

Marleen Hascher | Ann-Katrin Kastberg
Benjamin Kerst | Alina Mönig
Edmund Osterberger | Matthias Quent
Fabian Virchow

Jugend. Klima. Rechtsextremismus.

Perspektiven junger Menschen auf
Herausforderungen der Gegenwart



Verlag Barbara Budrich

Marleen Hascher • Ann-Katrin Kastberg • Benjamin
Kerst • Alina Mönig • Edmund Osterberger • Matthias
Quent • Fabian Virchow
Jugend. Klima. Rechtsextremismus.

Gefördert durch den zentralen Publikationsfonds der Hochschule Düsseldorf
University of Applied Sciences.

Der Druck dieser Publikation wurde gefördert im Rahmen des
Forschungsprojekts Integrative Demokratieforschung im Land Sachsen-
Anhalt – Antisemitismus, Rassismus und äußerste Rechte als
Herausforderungen auf dem Weg in eine heterogen-inklusive Gesellschaft
(IDLSA). IDLSA wird vom Ministerium für Wissenschaft, Energie,
Klimaschutz und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt gefördert.

Hochschule Düsseldorf
University of Applied Sciences

HSD

Gefördert durch:



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Wissenschaft, Energie,
Klimaschutz und Umwelt



IdK

Institut für
demokratische
Kultur

Marleen Hascher
Ann-Katrin Kastberg
Benjamin Kerst
Alina Mönig
Edmund Osterberger
Matthias Quent
Fabian Virchow

Jugend. Klima. Rechtsextremismus.

Perspektiven junger Menschen auf
Herausforderungen der Gegenwart

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2026

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

© 2026 Dieses Werk ist beim Verlag Barbara Budrich GmbH erschienen und steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0): <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>
Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung unter Angabe der Urheber*innen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenz. Stauffenbergstr. 7 | D-51379 Leverkusen | info@budrich.de | www.budrich.de



Die Verwendung von Materialien Dritter in diesem Buch bedeutet nicht, dass diese ebenfalls der genannten Creative-Commons-Lizenz unterliegen. Steht das verwendete Material nicht unter der genannten Creative-Commons-Lizenz und ist die betreffende Handlung gesetzlich nicht gestattet, ist die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers für die Weiterverwendung einzuholen. In dem vorliegenden Werk verwendete Marken, Unternehmensnamen, allgemein beschreibende Bezeichnungen etc. dürfen nicht frei genutzt werden. Die Rechte des jeweiligen Rechteinhabers müssen beachtet werden, und die Nutzung unterliegt den Regeln des Markenrechts, auch ohne gesonderten Hinweis.

Dieses Buch steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (<https://doi.org/10.3224/84743165>).
Eine kostenpflichtige Druckversion (Print on Demand) kann über den Verlag bezogen werden. Die Seitenzahlen in der Druck- und Onlineversion sind identisch.

ISBN 978-3-8474-3165-7 (Paperback)
eISBN 978-3-8474-3303-3 (PDF)
DOI 10.3224/84743165

Umschlaggestaltung: Chris Langohr Design, March – chrislangohr-design.de Titelnachweis: Tint Media / Shutterstock; Leon Bürger / rpress

Satz: Anja Borkam, Langenhagen – kontakt@lektorat-borkam.de

Inhalt

1. Einleitung	9
1.1 Forschungsprojekt „Rechtsextremismus in ökologischen Transformationsräumen: Diskursangebote, Resonanzwege und demokratische Alternativen“ (RIOET)	13
1.2 Zentrale Ergebnisse	15
1.3 Aufbau des Buchs	17
2. Klimawandel, Transformationsprozesse und die äußerste Rechte	19
2.1 Klimadiskurse der äußersten Rechten: Ein Überblick	19
2.2. Forschungsdesign und Methodik: Teil 1	32
2.2.1 Narrative zum Klimawandel in der <i>Jungen Freiheit</i> : Methodik und Datengrundlage	32
2.2.2 Sozialökologische Transformation und äußerst rechte Einflussnahme vor Ort: Daten und Methodik	37
2.3 Das Klima der <i>Jungen Freiheit</i> : Die Perspektive der äußerst rechten Wochenzeitung auf die Klimakrise	39
2.3.1 Äußerst rechte Medienlandschaft und die unterschiedlichen Positionen zum Klimawandel	39
2.3.2 Narrative zum Klimawandel in der <i>Jungen Freiheit</i>	43
2.3.3 Zusammenfassung: Die <i>Junge Freiheit</i> zum Klimawandel	59
2.4 Kohle, Wind, Wald: Sozialökologische Transformation und äußerst rechte Einflussnahmen vor Ort	60
2.4.1 Sozialökologische Transformationsprozesse	61
2.4.2 Äußerst rechte Einflussnahmen: Akteur*innen, Narrative und Strategien	64
2.4.3 Zusammenfassung: Sozialökologische Transformation und äußerst rechte Einflussnahme vor Ort	73
2.5 Fazit: Klimawandel, Transformationsprozesse und die äußerste Rechte	75
3. Klimageneration und/oder rechte Jugend? Ergebnisse aus der RIOET-Forschung	78
3.1 Jugend im Spannungsfeld von Klimawandel und Rechtsextremismus: Ein Überblick	78
3.1.1 Jugend und Rechtsextremismus	78
3.1.2 Extrem rechte Einstellung und Wahlverhalten junger Erwachsener	83
3.1.3 Jugend und Klimawandel	86

3.1.4	Zwischenfazit	91
3.2	Forschungsdesign und Methodik: Teil 2	92
3.2.1	Qualitative Erhebung	92
3.2.2	Quantitative Erhebung	101
3.2.3	Limitierungen	105
3.3	Angst, Ohnmacht und Enttäuschung: Einstellungen und Emotionen zum Klimawandel	106
3.3.1	Einstellungen zu lokalen sozialökologischen Transformationen	107
3.3.2	Einstellungen zum Klimawandel	109
3.3.3	Emotionen zum Klimawandel	112
3.3.4	Zusammenfassung: Angst, Ohnmacht und Enttäuschung: Einstellungen und Emotionen zum Klimawandel	119
3.4	Wirkmächtigkeit, Handeln und Verantwortung: Folgen für Politik- und Demokratievertrauen	119
3.4.1	Theoretische Zusammenhänge von politischer Informiertheit, politischem Vertrauen, Wahrnehmung von politischer Selbstwirksamkeit	120
3.4.2	Politische Informiertheit, politisches Vertrauen, Wahrnehmung von politischer Selbstwirksamkeit und politisches Handeln in der RIOET-Forschung	121
3.4.3	Ebenen der Verantwortung und daraus resultierendes politisches Handeln	125
3.4.4	Zusammenfassung: Wirkmächtigkeit, Handeln und Verantwortung: Folgen für Politik- und Demokratievertrauen	135
3.5	Zwischen Abwehr und Zustimmung: Resonanz auf äußerst rechte (Klima-)Narrative	136
3.5.1	Reaktionen auf (äußerst) rechte Klimanarrative in den Fokusgruppeninterviews (Impulse)	137
3.5.2	Zustimmung zu (äußerst) rechte Klimanarrativen in der Online-Befragung	140
3.5.3	Klimawandelleugnung in der qualitativen und quantitativen Befragung	142
3.5.4	Äußerst rechte Einstellungen unter den befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen	149
3.5.5	Politische Selbsteinstufung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen: Educational Gender Gap	155

3.5.6 Zusammenfassung: Zwischen Abwehr und Zustimmung: Resonanz auf äußerst rechte (Klima-)Narrative	158
3.6 Fazit: Klimageneration und/oder rechte Jugend? Ergebnisse aus der RIOET-Forschung	160
4. Schlussbetrachtung: Junge Menschen zwischen Klimakrise und äußerst rechter Einflussnahme	164
4.1 Ergebnisse	165
4.2 Ausblick: Anschließende Forschungsfragen und -perspektiven	171
5. Was tun? Handlungsempfehlungen für Politik, Zivilgesellschaft und demokratische Institutionen	173
Quellen und Literatur	179

1. Einleitung

Im historischen Hitzesommer 2018 – mit der größten Dürre in Skandinavien seit Beginn der Messungen – beschloss die damals 15-jährige Greta Thunberg, in den Schulstreik zu treten (Wolff 2018). Sie markierte damit den Auftakt einer beispiellosen globalen Klimaschutzbewegung, die vor allem von jungen Menschen getragen wurde. Auch in Deutschland schlossen sich weit über eine Million Menschen den Protesten an zahllosen Orten an. Die Jugend half mit aller Kraft, den gesellschaftlichen Kurs in Richtung sozialökologischer Transformation zu verschieben.

Doch sieben Jahre später hat sich die Stimmung geändert. Klimaproteste mobilisieren nur noch in Metropolen eine größere Zahl an Teilnehmenden (Zeit Online 2024). Die Zeiten sind wirtschaftlich schwierig geworden. Bei Wahlen machen immer mehr junge Menschen ihr Kreuz bei Rechtsaußenparteien (Infratest dimap 2024a). Der Aufstieg der Partei Bündnis 90/Die Grünen, die lange als Klimaschutzpartei angetreten ist, ist während ihrer Beteiligung an der Ampelregierung nicht nur bei jungen Menschen ins Stocken geraten. Mehr noch: Keine andere Partei wird in Deutschland so häufig gewaltsam angegriffen (Bundesregierung 2024). Im Jahr 2019 erklärte Götz Kubitschek, einer der profilierten Vordenker der äußersten Rechten,¹ die Partei Bündnis 90/Die Grünen zum Hauptgegner (Quent 2024) und schon bei den Bundestagswahlen 2021 organisierten äußerst rechte Akteur*innen Schmutzkampagnen gegen die Partei. Wie auch immer man die Politik der Partei bewertet: Die Stimmungsmache gegen klimapolitische Ziele stellt nicht nur die Akzeptanz notwendiger ökologischer Modernisierungen, sondern auch die demokratische Kultur auf die Probe. Der anti-ökologische Backlash ist in vollem Gang und Klimaschutz hat in politischen Debatten zunehmend das Nachsehen.

1 Im Folgenden nutzen wir den Begriff der äußersten Rechten als Sammelbegriff für verschiedene politische und ideologische Strömungen, die sich demokratischen Werten entgegenstellen und menschen(-rechts-)verachtende und auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen beruhende Positionen vertreten (Quent 2020: 43f.).

Zeitgleich hat die als gesichert rechtsextrem² eingestufte Partei Alternative für Deutschland (AfD),³ die als einzige im Bundestag vertretene Partei die menschliche Verantwortung für den Klimawandel leugnet (Alternative für Deutschland 2025), in Umfragen ihre Zustimmungswerte zwischenzeitlich verdoppelt und erreicht damit – wie zuletzt bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 – auch unter jungen Wähler*innen beachtlichen Zuspruch.⁴

Doch nicht nur die äußerste Rechte erschwert eine nachhaltige klimapolitische Wende, die heutigen sowie zukünftigen Generationen auf der ganzen Welt ein sicheres Leben ermöglichen könnte. Wissenschaftler*innen verweisen seit einigen Jahren darauf, dass auch Projekte im Namen der Klimapolitik eher ein „Weiter so“ der „imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017) be-

-
- 2 Der Begriff Rechtsextremismus wird – wie ähnliche Begrifflichkeiten – sowohl in wissenschaftlichen als auch in öffentlichen Diskussionen uneinheitlich genutzt; es existiert eine Vielzahl von Definitionen, Konzepten und sich teils überschneidenden Deutungsbereichen, beispielsweise zu den Begriffen Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus. In diesem Buch wird Rechtsextremismus als Sammelkategorie für diverse Phänomene auf den Ebenen von Einstellungen, Verhaltensweisen sowie von Ideologien, Narrativen und Organisationen der antiliberalen, populistischen, radikalen und extremen Rechten verwendet, die mit den demokratischen Prinzipien der Menschenwürde und/oder des Pluralismus und des Minderheitenschutzes konfliktieren. Innerhalb dieses Spektrums variiert die Intensität der Demokratiegefährdung; gemeinsamer Nenner sind Ungleichwertigkeitsideologien. Diesen Mindestkriterien folgend, fassen wir im Anschluss an die internationale politikwissenschaftliche Debatte mit den Begriffen „rechts außen“ bzw. „äußerste Rechte“ radikale, populistische und extremistische Akteur*innen der Rechten zusammen (Bjørge/Ravndal 2019).
 - 3 Dass sich die AfD „zu einer rechtsextremen Partei entwickelt [hat], die das Ziel verfolgt, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen“ (Cremer 2023: 60), und in der rassistische, antisemitische und verschwörungsideologische Einstellungen vorherrschen, wurde in der Rechtsextremismusforschung bereits ausgiebig analysiert. Auch eine wachsende Zahl von Innenministerien sowie der Verfassungsschutz kommt zu eindeutigen Ergebnissen: Seit Mai 2025 stuft der Verfassungsschutz die AfD als „gesichert rechtsextremistisch“ ein (Tagesschau.de 2025b). Auch die Landesverbände der hier untersuchten Regionen in Sachsen-Anhalt, Hessen und Nordrhein-Westfalen wurden bereits eingestuft: So wird der Landesverband der AfD in Sachsen-Anhalt seit November 2023 als gesichert rechtsextremistisch eingestuft – ebenso die Jugendorganisation der AfD, Junge Alternative (JA), auf Bundesebene. In NRW wird der JA-Landesverband als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft, ebenso die JA und AfD in Hessen. Gegen entsprechende Einstufungen klagt die AfD bisher regelmäßig erfolglos.
 - 4 So erhielt die AfD in der Altersgruppe der 18- bis 24-jährigen 21 Prozent der Stimmanteile, d.h. 14 Prozentpunkte mehr sind als noch bei der Bundestagswahl 2021. Nur die Partei Die Linke konnte mit 25 Prozent der Stimmanteile in der Altersgruppe der 18- bis 24-jährigen höhere Ergebnisse und mit 17 Prozentpunkten einen größeren Zuwachs erzielen (Tagesschau.de 2025a).

inhalten, die der nötigen globalen, solidarischen, sozialen und ökologischen Transformation im Wege stehen (Blühdorn et al. 2020; Dörre et al. 2022). Eine solche radikale materielle und kulturelle Veränderung würde, um die planetaren Grundlagen unseres Lebens zu erhalten, massive Einschränkungen beinhalten, die vor allem die Gesellschaften des Globalen Nordens betreffen würden. Die psychische und politische Abwehr dieser Herausforderung ist, so der Soziologe Stephan Lessenich, Teil einer Externalisierung, die westliche Wirtschafts- und Lebensweisen auszeichnet und stabilisiert: Hoch industrialisierte, kapitalistisch verfasste Gesellschaften lagern die Kosten ihres Wohlstands aus – auf zukünftige Generationen, auf ärmere Länder und zumeist auf Menschen im Globalen Süden (Lessenich 2018). „Wir leben gut, weil wir *von* anderen leben – von dem, was andere leisten und erleiden, tun und erdulden, tragen und ertragen müssen“ (ebd.: 24; Hervorhebung im Original).

Diese Externalisierung zeigt sich auch in politischen Diskussionen um den Klimawandel: Klimaschutz wird immer häufiger als Nice-to-have, nicht als Must-have diskutiert – an erster Stelle müsse das Wachstum der in Stagnation geratenen Volkswirtschaft stehen, wie es beispielsweise die Freie Demokratische Partei (FDP) formuliert (Freie Demokratische Partei e.V. 2024). Insgesamt ist die Klimakrise als Bedrohung für zukünftige Generationen im öffentlichen Diskurs zurückgetreten, während sich gleichzeitig Hitzerekorde häufen und Starkregenereignisse mit hunderten Todesopfern auch in Europa einen Eindruck von den katastrophalen Auswirkungen für Menschen und für die Wirtschaft vermitteln (Tagesschau.de 2024b; Zweites Deutsches Fernsehen 2024), wenn es nicht gelingt, die Erhitzung zu stoppen. Obwohl Umfragen zeigen, dass das Klimabewusstsein in der Bevölkerung immer noch groß ist, bestimmen insbesondere die Themen Flucht und Migration sowie die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten die Schlagzeilen. Klimapolitische Maßnahmen werden oft von konflikthaften Debatten begleitet, in denen Fragen nach gerechter Verteilung der Kosten und Folgen der Transformation verhandelt werden (Sommer/Schad 2022). Hierbei stehen dem Klimaschutz nicht nur materielle Interessen (zum Beispiel die Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz oder die Belastung aufgrund steigender Energiekosten) gegenüber, sondern es geht auch um individuelle Präferenzen und Gewohnheiten (wie beispielsweise das Autofahren) oder Fragen des Lebensstils (wie bei Urlaubsreisen mit dem Flugzeug oder beim Fleischkonsum). In den Debatten um Klimapolitik geht es nicht nur um die Ablehnung oder Befürwortung von Maßnahmen, sondern vielmehr um die Frage, „*wie, wo und bei wem* die Transformation ansetzen soll“ (Mau et al. 2023: 214, H.i.O.).

Die Zuspitzung von Konflikten um die sozialökologische Transformation und die steigende Dringlichkeit, klimapolitische Maßnahmen umzusetzen, führen in manchen Regionen der Welt zu einer Verunsicherung der Bevölkerung, an die äußerst rechte Kräfte anknüpfen können (Brand/Wissen 2024). Diese haben in den vergangenen Jahren ihre Strukturen und Netzwerke welt-

weit ausgebaut und die Themen Klimawandel und Klimapolitik verstärkt aufgenommen (Ekberg et al. 2022; Quent et al. 2022; Sommer et al. 2022). Die Verknüpfung äußerst rechter Ideologien mit den Themen Natur, Klima und Umwelt ist – insbesondere in Deutschland – nicht neu (Olsen 1999). Damals wie heute untermauern Akteur*innen der äußersten Rechten ihre Ablehnung von Klimaschutz mit antisemitischen, rassistischen, antifeministischen, klassistischen, verschwörungsideologischen⁵ und antimodernen Argumentationen (Quent et al. 2022).

Mitten in der sozialökologischen Transformation sind somit nicht nur viele klimapolitische Maßnahmen und Entscheidungen umstritten, sondern auch der Bestand der liberalen Demokratie gerät unter Druck. Antiliberale und antidemokratische Kräfte hoffen, aus Verunsicherungen und Veränderungen politisches Kapital schlagen zu können und treffen dazu vor Ort auf unterschiedliche Bedingungen. Während Einstellungen und Wahrnehmungen zum Erstarken der äußersten Rechten sowie zum Klimawandel oftmals getrennt untersucht wurden (Sommer et al. 2021), nimmt die vorliegende Publikation diese Themen sowie äußerst rechte Positionierungen in konkreten lokalen Transformationsräumen zum Klimawandel gemeinsam in den Blick und legt dabei einen besonderen Fokus auf die Perspektiven von jungen Menschen zwischen 16 und 27 Jahren. Angesichts der alarmierend hohen Zustimmung für äußerst rechte Parteien unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen untersuchen wir, wie diejenigen auf äußerst rechte Vereinnahmungen der Themen Klima, Natur und Umwelt blicken, um deren Zukunft es geht. Außerdem wollen wir die Perspektiven derjenigen sichtbar machen, deren Alltag bereits jetzt von sozialökologischen Transformationen ganz unmittelbar vor Ort betroffen ist. Wie gehen junge Menschen in Transformationsregionen in Ost- und Westdeutschland mit klimawandelbedingten Veränderungen um? Welche Rolle spielt für sie der Klimawandel? Folgt der ökologiebewussten Aufbruchsstimmung in der Jugend eine anti-ökologische Regression? Unter welchen Umständen und mit welchen Aktionen und narrativen Angeboten gelingt es der äußersten Rechten, Veränderungen und Ängste für ihre Zwecke zu adressieren und zu nutzen? Auf diese Fragen versuchen wir Antworten zu geben und widmen uns damit dem

5 Als „Verschwörungsideologie“ gelten Vorstellungen, denen zufolge ein bestimmtes Ereignis, ein bestimmter Zustand oder eine bestimmte politische Entscheidung das Werk einer geheimen, mächtigen und „böse“ Absichten verfolgenden Gruppe von Menschen ist. Menschen, die Verschwörungsideologien anhängen und/oder sie verbreiten, sehen sich selbst als Teil einer kleinen Personengruppe, die die jeweilige „Verschwörung“ durchschaut hat. Diese Vorstellungen stellen eine geschlossene Weltdeutung dar, die anderslautenden Fakten und Gegenargumenten nicht mehr zugänglich ist (Hausmanninger 2013).

spezifischen Zusammenhang der Themen Jugend, Klima und Rechtsextremismus.⁶

1.1 Forschungsprojekt „Rechtsextremismus in ökologischen Transformationsräumen: Diskursangebote, Resonanzwege und demokratische Alternativen“ (RIOET)

Diese Veröffentlichung baut maßgeblich auf den Ergebnissen des Forschungsprojekts „Rechtsextremismus in ökologischen Transformationsräumen: Diskursangebote, Resonanzwege und demokratische Alternativen“ (RIOET)⁷ auf, das von 2023 bis 2024 als Kooperationsprojekt des Instituts für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal und dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) an der Hochschule Düsselndorf durchgeführt wurde.⁸ Im Fokus dieser empirischen Erhebungen standen die Zusammenhänge zwischen Klimawandel, regionalen Transformationsprozessen und der politischen Haltung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Hinblick auf demokratische sowie antidemokratische Orientierungen. Mit besonderer Aufmerksamkeit für die Rolle rechtsorientierter Akteur*innen und Ideologien, zielte das Projekt darauf ab, verständlich zu machen, wie äußerst rechte Gruppierungen ökologische Krisenszenarien und Transformationsdynamiken instrumentalisieren und auf welche Resonanz sie damit bei jungen Menschen stoßen.⁹

6 Die Autor*innen danken Florian sowie allen weiteren Korrekturlesenden für wertvolle Hinweise bei der Fertigstellung des Buches.

7 Das Forschungsprojekt wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ finanziell ermöglicht. Die Analyse der *Jungen Freiheit* (vor allem in Kapitel 2.2.1 und Kapitel 2.3) war nicht Bestandteil des von „Demokratie leben!“ geförderten Projektes RIOET sondern ist eine thematisch passende Qualifizierungsarbeit aus dem Projektteam.

8 Für die Mitarbeit am Forschungsprojekt danken die Autor*innen Dora Stanić (M.Sc.) und Fynn Leitzke. Ebenso danken wir allen Interviewpartner*innen der qualitativen und quantitativen Erhebung, die ihre Zeit, Gedanken, Wünsche und Sorgen mit großer Offenheit mit uns geteilt haben und ohne die diese Studie nicht möglich gewesen wäre. Außerdem danken wir Anja Funke und Christian Meinel für ihre organisatorische Unterstützung.

9 Die Ergebnisse des Projekts wurden in Teilen an anderer Stelle bereits publiziert und können auf der Website des Instituts für demokratische Kultur der Hochschule Magdeburg-Stendal frei heruntergeladen werden: <https://idk-lsa.de/publikationen/>

Das Forschungsprojekt setzt sich aus fünf Teilstudien zusammen, deren Ergebnisse in dieser Publikation vorgestellt werden:¹⁰

Erstens haben wir in einer umfangreichen Dokumenten- und Quellenanalyse äußerst rechte Bezugnahmen auf die Themen Klima, Natur und Umwelt gesichtet und analysiert. Ergänzend wurde die äußerst rechte Zeitung Junge Freiheit exemplarisch in einer Textanalyse untersucht, um aktuelle Narrative der äußersten Rechten zum Klimawandel herauszuarbeiten. Diese Analyse der *Jungen Freiheit* war nicht Teil des RIOET-Projekts, sondern eine thematisch passende Qualifizierungsarbeit aus dem Projektteam. Unter dem Begriff „Narrativ“ verstehen wir eine „sinnstiftende Erzählung“, die darauf abzielt, „mittels der Vermittlung von spezifischen Wert- und Normalitätsvorstellungen und des Aufrufens von Emotionen Orientierung anzubieten“ (Virchow 2024: 5).

Zweitens haben wir vier Regionen in Ost- und Westdeutschland untersucht, die beispielhaft für Orte sozialökologischer Transformationsprozesse stehen und die wir hier vorstellen. Die Themen „Ende der Kohleverstromung“ (Rheinisches und Mitteldeutsches Braunkohlerevier), „Windenergie“ (Reinhardswald) und „Waldsterben“ (Harz) kennzeichnen die Transformationsprozesse in den Untersuchungsregionen. Anhand von Expert*innen-Interviews (N=31), Dokumenten- und Quellenanalysen, teilnehmenden Beobachtungen und Feldbegehungen haben wir uns diese Regionen erschlossen und herausgearbeitet, wie sich die Transformationsprozesse vor Ort gestalten und wie äußerst rechte Akteur*innen versuchen, lokal Einfluss zu nehmen.

An diese Teilstudien anknüpfend haben wir *drittens* in den vier Transformationsräumen jeweils Fokusgruppeninterviews (N=60) sowie narrativ-biografische Interviews (N=15) mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen geführt. Ziel dieses qualitativen Herangehens war es, herauszufinden, wie junge Menschen aktuell mit lokalen sozialökologischen Transformationsprozessen und dem Klimawandel umgehen und auf welche Resonanz äußerst rechte Narrative zum Themenzusammenhang Klima, Natur und Umwelt bei ihnen stoßen.

10 In diesem Buch zitieren wir Aussagen von Akteur*innen der äußersten Rechten, zeigen Abbildungen (z.B. Sticker, Poster), die von diesen Akteur*innen verwendet werden, und machen diskriminierende Aussagen von Teilnehmenden unserer Befragung öffentlich. Dieses Vorgehen bringt die Gefahr mit sich, äußerst rechte Inhalte zu reproduzieren und Betroffene (erneut) mit äußerst rechten Ideologien zu konfrontieren. Warum wurde sich dennoch dafür entschieden? Als Bildungsmaterial für die Präventions- und Interventionsarbeit sowie als Dokumentation der Ergebnisse für die Wissenschaft wird im Folgenden über Narrative und Strategien äußerst rechter Akteur*innen informiert. Die zitierten Aussagen und die abgebildeten visuellen Impulse dienen dem Zweck, über die (Bild-)Sprache äußerst rechter Akteur*innen aufzuklären. So sollen pro-demokratisch Engagierte sensibilisiert und informiert werden.

Diesen Fragen sind wir *viertens* zusätzlich in einer quantitativen Online-Befragung unter 2.099 jungen Menschen im Alter von 16 bis 27 Jahren nachgegangen: Aufbauend auf bestehender Forschung sowie unseren Befunden der qualitativen Erhebung haben wir einen umfassenden Fragebogen entwickelt, der unter anderem äußerst rechte Einstellungen im Allgemeinen und im Besonderen mit Bezug auf Klimathemen sowie demokratiebezogene Orientierungen abfragt. So konnten wir die Befunde und Hypothesen aus der qualitativen Tiefenuntersuchung mit der breiten quantitativen Datenbasis prüfen, kontextualisieren und erweitern.

Fünftens wurde die Frage nach möglichen Präventions- und Interventionsstrategien im Rahmen des Projekts bearbeitet. Dank der Einblicke, die uns Expert*innen aus der Praxis sowie Aktivist*innen gewährt haben, wie auch auf Basis unserer Forschungsergebnisse, skizzieren wir Handlungsempfehlungen, die eine Anregung für Politik und Zivilgesellschaft darstellen können.

1.2 Zentrale Ergebnisse

Die Untersuchung der äußerst rechten Zeitung *Junge Freiheit* sowie die Analyse äußerst rechter Narrative, Akteur*innen und Strategien in lokalen Transformationsprozessen zeigen beispielhaft, wie die Themen Klima, Natur und Umwelt aktuell von der äußersten Rechten vereinnahmt werden. So lässt sich vielfach zeigen, dass die *Junge Freiheit* sich rechtspopulistischer Rhetorik bedient, um durch wissenschaftsfeindliche Aussagen die Forschungen zum Klimawandel zu diskreditieren. Dabei bedient sie sich auch Darstellungen, die anschlussfähig sind für antisemitische, antikomunistische, geschichtsrevisionistische und rassistische Narrative (s. Kap. 2.3).

Konkret wurde in den untersuchten Forschungsregionen deutlich, wie sich Akteur*innen der äußersten Rechten strategisch einbringen, um die Debatten um die lokalen Transformationsprozesse zu beeinflussen. Die lokalen sozial-ökologischen Transformationsprozesse im Mitteldeutschen und Rheinischen Braunkohlerevier sowie im Reinhardswald und im Harz sind jeweils geprägt von spezifischen Spannungsfeldern, die Nährböden für äußerst rechte Rhetorik und Narrativbildung bieten. Äußerst rechte und verschwörungsideologische Akteur*innen beziehen sich vor Ort kommunikativ und/oder durch lokales Agieren auf die Transformationsprozesse. Dabei verwenden sie sowohl anti-ökologische als auch ökofaschistische Narrative. Vor allem die AfD zeigt in allen untersuchten Regionen eine starke Präsenz, es positionierten sich aber auch weitere äußerst rechte und verschwörungsideologische Akteur*innen, wie die neonazistische Kleinpartei Der III. Weg, entsprechend.

Die Präsenz und Aktivitäten äußerst rechter Akteur*innen sowie deren Versuche, ökologische Problematiken für ihre Agenda vor Ort, in eigenen Pu-

blikationen und in den sozialen Medien zu vereinnahmen, zeichnen ein besorgniserregendes Bild des Zusammenspiels zwischen ökologischen Krisen und politischer Radikalisierungsgefahr in Richtung Rechtsextremismus. Die Ergebnisse der qualitativen und quantitativen Erhebungen zeichnen ein vielschichtiges Bild dieses Zusammenspiels. Zunächst ist wichtig zu betonen: Die Mehrheit der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zeigt eine kritische Haltung gegenüber Akteur*innen und Angeboten der äußersten Rechten und erkennt die menschliche Verantwortung für den Klimawandel an. Dennoch gibt es auch Zustimmung zu äußerst rechten Narrativen, was insbesondere in der quantitativen Befragung deutlich wurde. Teilweise offenbarten sich bei den befragten jungen Menschen Wissens- und Verständnislücken bezüglich der Ursachen und Folgen des Klimawandels. Eine vehemente Verleugnung des anthropogenen Klimawandels haben wir in der qualitativen Befragung nicht gefunden, jedoch äußerten einzelne Befragte Zweifel an der menschlichen Verantwortung. Vielfach zeigten die Befragten in Bezug auf den Klimawandel Resignation, die bis zu Zynismus reicht. Lokale Transformationsprozesse werden vor allem unter einem alltagspragmatischen Gesichtspunkt behandelt: Was bringt es mir, was schadet es mir? So wurde bei den Diskussionen um klimabezogene Mobilitätsveränderungen deutlich, dass der öffentliche Nahverkehr für einige Befragte als Alternative nicht infrage kommt, weil dieser vor Ort schlecht ausgebaut ist. Unter einem affektiven Gesichtspunkt fühlen sich die Befragten dem Klimawandel gegenüber machtlos und alleingelassen. An dieses Unbehagen können äußerst rechte Deutungsangebote zum Teil anknüpfen.

Narrative der äußersten Rechten zu den Themen Klima, Natur und Umwelt wurden in den Fokusgruppeninterviews überwiegend abgelehnt. Während manche Befragte klimabezogene Äußerungen von rechts außen als Populismus, als lächerlich oder gefährlich einschätzten, stießen dieselben Aussagen bei einem kleinen Teil von ihnen aber auch auf Zustimmung. Selbst umweltbezogene Agitation der neonazistischen Kleinpartei Der III. Weg führte bei Einzelnen zu positiven Reaktionen, nach dem Motto: „Wenigstens tun sie etwas.“ Maßgeblich zur Zustimmung oder Ablehnung äußerst rechter Narrative trug bei, ob die Befragten die äußerst rechten Narrative einordnen konnten oder nicht. So korrigierten einige Teilnehmende der Fokusgruppeninterviews ihre Einschätzung, sobald ihnen die äußerst rechte Herkunft des diskutierten Narrativs bewusst wurde, und nahmen ihre vorherige Zustimmung selbstkritisch zurück. Auch die Gruppendynamik spielte unter den jungen Menschen eine bedeutsame Rolle. So zeigte sich in einem Teil der Fokusgruppeninterviews, dass „stille“ Teilnehmende mit einstiegen und der dominanten Tendenz zustimmten. „Laute“ Stimmen wirkten sich aber auch in die andere Richtung aus: Wenn es von Einzelnen eine klare Abgrenzung gegen Rechtsextremismus gab, neigte die Gruppe dazu, einer solchen Bewertung zuzustimmen.

Die quantitative Befragung zeigte aber auch, dass beunruhigend viele junge Menschen in Deutschland Aussagen zustimmen, die völkisch-nationalistischen Ökovorstellungen oder die Leugnung des menschengemachten Klimawandels formulieren. Dabei offenbarte sich eine deutliche Differenz zwischen formal weniger gut und besser gebildeten jungen Menschen. Wer äußerst rechte Einstellungen vertritt, stimmt auch Aussagen, die den menschengemachten Klimawandel leugnen oder anzweifeln, eher zu. Gleichzeitig sind die allermeisten jungen Menschen ambivalent eingestellt, offen für Veränderung und orientieren sich in ihrem Selbstverständnis an der politischen Mitte.

1.3 Aufbau des Buchs

Das erste Kapitel „Klimawandel, Transformationsprozesse und die äußerste Rechte“ ist den ersten beiden Teilstudien gewidmet. Zunächst geben wir einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand zu diskursiven Strategien rechtsextremer Akteur*innen im Umgang mit jungen Menschen und ihre Positionen zum Thema Klimawandel im Globalen Norden. Dabei gehen wir auf die historischen Verhältnisse zwischen ökologischen Bewegungen und reaktionären Akteur*innen seit der industriellen Moderne ein (Kap. 2.1). Bevor wir einzelne Fallbeispiele äußerst rechter Bezüge auf die Themen Klima, Natur und Umwelt näher beleuchten, erläutern wir zunächst die methodische Herangehensweise der vorgenommenen Teilstudien (Kap. 2.2). Anschließend wird im Unterkapitel „Das Klima der *Jungen Freiheit*: die Perspektive der äußerst rechten Wochenzeitung auf die Klimakrise“ anhand einer exemplarischen Analyse diskursanalytisch herausgearbeitet, welche Narrative zum Thema Klimawandel aktuell in äußerst rechten Diskursen verbreitet werden (Kap. 2.3). Im Unterkapitel „Kohle, Wind, Wald: sozialökologische Transformation und äußerst rechte Einflussnahmen“ beschreiben wir zunächst die vier Transformationsregionen, die im Forschungsinteresse des Projekts RIOET standen, bezüglich ihrer ökonomischen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, um im Anschluss die Entstehung der Transformationsprozesse dieser Regionen zu erläutern. Des Weiteren werden die relevanten äußerst rechten Akteur*innen dieser Regionen und deren Positionen und Strategien zu den regionalen Transformationsprozessen genannt (Kap. 2.4) und abschließend die Ergebnisse des zweiten Kapitels zusammengefasst (Kap. 2.5).

Im Kapitel „Klimageneration und/oder rechte Jugend? Ergebnisse aus der RIOET-Forschung“ werden die empirischen Ergebnisse des RIOET-Projekts vorgestellt. Dazu geben wir zunächst einen Überblick zum Forschungsstand (Kap. 3.1). Anschließend gehen wir näher auf die methodische Herangehensweise der qualitativen und quantitativen Studie ein und zeigen mögliche Begrenzungen, etwa hinsichtlich der Verallgemeinerbarkeit der Daten, auf (Kap.

3.2). Die Ergebnisse beider Erhebungen stellen wir anhand von drei thematischen Schwerpunkten dar: Erstens gehen wir auf die Einstellungen der jungen Menschen zum Klimawandel und zu den regionalen Transformationsprozessen sowie ihre geäußerten Emotionen zum Klimawandel ein (Kap. 3.3). Zweitens beleuchten wir, wie die Befragten ihre politische Informiertheit, ihr politisches Vertrauen und ihre eigene Wirkmächtigkeit im Kontext des Klimawandels wahrnehmen (Kap. 3.4). Drittens widmen wir uns der Frage, auf welche Resonanz äußerst rechte Klimanarrative bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen stoßen, und stellen vor, welche Anknüpfungspunkte für äußerst rechte Angebote sich in den Untersuchungen gezeigt haben (Kap. 3.5). Abschließend fassen wir die Befunde der empirischen Erhebungen zusammen (Kap. 3.6).

In der Schlussbetrachtung stellen wir zusammenfassend die zentralen Ergebnisse und die Relevanz der gesamten Studie dar. Außerdem skizzieren wir weitere Forschungsfragen, die sich aus den Befunden des RIOET-Projekts ergeben, und bieten einen Ausblick auf mögliche Erklärungsansätze, anhand derer die Ergebnisse dieser Studie in einen größeren gesellschaftstheoretischen Rahmen eingebettet werden könnten (Kap. 4).

Im abschließenden Kapitel „Was tun? Handlungsempfehlungen für Politik, Zivilgesellschaft und demokratische Institutionen“ leiten wir aus den gewonnenen Ergebnissen und Theoriebezügen dieses Berichts Handlungsempfehlungen ab. Sie richten sich vorrangig an pädagogisches und zivilgesellschaftliches Fachpersonal sowie politische Entscheidungsträger*innen, weniger auf den konkreten und direkten Umgang mit äußerst rechten Klimanarrativen. Unsere Handlungsempfehlungen zielen darauf ab, ein Bewusstsein für äußerst rechte Akteur*innen und deren Strategien gegenüber jungen Menschen in Klimadiskursen zu schaffen und Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen äußerst rechtes Gedankengut finanziell und personell flächendeckend nachhaltig zu stärken (Kap. 5).

2. Klimawandel, Transformationsprozesse und die äußerste Rechte

In diesem Kapitel beschreiben wir, wie die äußerste Rechte über das Thema Klimawandel kommuniziert und sich dazu positioniert. In Kapitel 2.1 zeigen wir zunächst, wie die äußerste Rechte historisch mit Fragen des Naturschutzes und der Ökologie umgegangen ist, und anschließend, wie die äußerste Rechte aktuell auf den Klimawandel blickt. Anschließend beschreiben wir die Methodik (Kap. 2.2) unserer beiden empirischen Untersuchungen in diesem Kapitel. Danach (Kap. 2.3) zeigen wir auf, wie die äußerst rechte Zeitung *Junge Freiheit* über den Klimawandel schreibt, um die Narrative der äußersten Rechten zum Klimawandel an einem Beispiel zu konkretisieren. In Kapitel 2.4 zeigen wir anhand von lokalen sozialökologischen Transformationsprozessen, wie sich äußerst rechte Akteur*innen zu diesen kommunikativ und/oder durch lokales Agieren positionieren und wie sie versuchen, diese zu beeinflussen und für die eigene Mobilisierung zu nutzen. Abschließend fassen wir die Ergebnisse kurz zusammen (Kap. 2.5).

2.1 Klimadiskurse der äußersten Rechten: Ein Überblick

Der Klimawandel, insbesondere die globale Erwärmung und deren Folgen, wie beispielsweise Dürren, Überflutungen und Stürme, sind in einer breiteren Öffentlichkeit zu einer zentralen Frage aufgestiegen, die Klimatologie und deren Ergebnisse ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt (Pfister 2001). In die politische Debatte um einen angemessenen Umgang bringen sich weltweit und auf unterschiedliche Weise auch Akteur*innen der äußersten Rechten ein. Dies hat zunehmend auch das Interesse der Forschung geweckt. Die folgenden Ausführungen skizzieren zunächst in historischer Perspektive knapp die Ursprünge der Natur- und Umweltschutzbewegung in Deutschland, die mehrheitlich enge Bezüge zum völkischen Milieu hatte. Im Anschluss wird aufgeführt, welche Positionen seitens der extremen bzw. populistischen Rechten hinsichtlich des menschengemachten Klimawandels und der politischen Maßnahmen der Defossilisierung formuliert werden; hiervon unterschieden werden programmatische Perspektiven, die vielfach mit Begriffen wie „ökofaschistisch“ versehen werden.

„Naturschutz als Heimatschutz“

Der Naturbezug der Menschen unterliegt historischen Änderungen. Im Zuge der seit 1700 in Europa einsetzenden Aufklärung setzte sich ein neues Mensch-Natur-Verständnis durch, zu dem zentral die Erforschung, Verwissenschaftlichung und Nutzbarmachung von Natur gehörte. Statt Anpassung an Natur proklamierte die Aufklärung die Emanzipation von Naturzwängen auf der Basis der Vernunft und die Gestaltbarkeit von Natur. Die Natur wurde als Ressource betrachtet, deren Nutzung zum gesellschaftlichen und ökonomischen Aufstieg des Bürgertums maßgeblich beitrug.

Als Gegenbewegung entstand um 1800 die Romantik, die für die Rückbesinnung des Menschen auf die Natur eintrat und Landschaft als emotional-ästhetischen Raum proklamierte. Rasche Industrialisierung und Verstädterungsprozesse riefen als Reaktion Großstadtfeindschaft und Agrarromantik hervor. Ihnen lag die Vorstellung zugrunde, dass der Mensch Teil eines organischen Ganzen sei, der insbesondere mit seiner eigenen „Scholle“ verbunden sei. In der engen Bindung an den Boden – paradigmatisch personifiziert in der Figur des Bauern – wurde die Einheit von Mensch und Erde beziehungsweise von Volk und Raum gesehen. Demgegenüber wurde das Leben in den (großen) Städten mit Vorstellungen der Entwurzelung, Vereinzelung und der Dekadenz verbunden. Insbesondere die Schriften von Wilhelm Heinrich Riehl (1854) waren einflussreich (Löwenich 1992).

In dem 1904 von Ernst Rudorff in Dresden gegründeten Bund Heimatschutz (ab 1914: Deutscher Bund Heimatschutz) konstituierte sich die frühe Naturschutzbewegung in Deutschland. Rudorff sah sich als scharfer Gegner des „verhassten Materialismus und der ‚Ideen der roten Internationale‘“ (Müller et al. 2020: 20). Das Plädoyer für einen ständischen Agrarstaat war verknüpft mit völkischen Vorstellungen, die menschliche Vergemeinschaftungen wie Lebewesen betrachten (Organizismus), sowie der Idealisierung des vermeintlich deutschen Volkes, dem eine besonders enge Verbindung zur Natur zugeschrieben wurde. Als antisemitisches Gegenbild wurde das Judentum als „wurzellos“ und primär auf materielle Bereicherung zielend dargestellt.

In der Jugendbewegung des frühen 20. Jahrhunderts spielte die Hinwendung zur Natur und zum Naturerleben eine ebenso zentrale Rolle wie die Wiederaneignung traditionaler Kulturpraxen. Als einer ihrer Hauptideologen formulierte Ludwig Klages (1913; 1929) eine radikale, antisemitisch grundierte Kritik an der Moderne und der Industriegesellschaft (Schneider 2001). „Die Demokratie war für ihn der Weg in die Vermassung und in die Massenkultur des Teufels. Klages hing einem elitären Führerprinzip an“ (Marian et al. 2022: 66). Die Erfahrung des Ersten Weltkriegs sowie politischer und gesellschaftlicher Umwälzungen nach dessen Ende verschärften die Interpretation einer grundlegenden Krise. Daran schloss auch Oswald Spenglers Buch *Der Unter-*

gang des Abendlandes (1919/1922) an. In der Einleitung zum ersten Band hieß es:

Statt einer Welt eine Stadt, ein Punkt, in dem sich das ganze Leben weiter Länder sammelt, während der Rest verdorrt; statt eines formvollen, mit der Erde verwachsenen Volkes ein neuer Nomade, ein Parasit, der Großstadtbewohner, der reine, traditionslose, in formlos fluktuierender Masse auftretende Tatsachenmensch, irregulär, intelligent, unfruchtbar, mit einer tiefen Abneigung gegen das Bauerntum (und dessen höchste Form, den Landadel), also ein ungeheurer Schritt zum Anorganischen, zum Ende [...] (Spengler 1923/2007: 45).

In der Nachfolge des antisemitisch grundierten Antiurbanismus Spenglers und der „Forderung nach einer ‚organischen‘ Wiedereinbindung der menschlichen Tätigkeit in natürliche Kreisläufe“ (Heuser 1991: 43) fanden sich in Teilen der NSDAP Vorstellungen, die eine Reagrarisierung Deutschlands befürworteten. Dies galt insbesondere für Otto Strasser, aber auch den Reichsminister für die besetzten Ostgebiete Alfred Rosenberg sowie den Reichsbauernführer Walther Darré. Heinrich Himmler, Reichsführer SS sowie Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, verfolgte – geprägt durch die radikal-völkische Artamanen-Bewegung (Kater 1971) – das Ziel der Germanisierung des osteuropäischen Raums, in dem sich nach einem beispiellosen antislawischen Mordprogramm deutsche Familien auf Höfen und in Wehrdörfern niederlassen sollten.

Wie in vielen anderen Bereichen auch wurden jüdische Mitglieder nach 1933 aus den Naturschutzverbänden vertrieben, die sich den Machthabern anordneten. Die von Reichsforstminister Hermann Göring zwischen 1933 und 1935 beschlossenen Naturschutzgesetze orientierten sich an einem völkischen Heimat-Begriff und situierten den Naturschutz in der Blut-und-Boden-Ideologie (Radkau/Uekötter 2003). Heimat, Natur und Deutscher Wald wurden als Sprachbilder in spezifischer Ausformulierung für die NS-Ideologie nutzbar gemacht (Zechner 2006). Tatsächlich ignorierte der NS-Staat spätestens mit dem Beginn der systematischen Kriegsvorbereitung und der Autarkiepolitik zentrale Paradigmen des Naturschutzes, etwa durch die Kultivierung von Ödland durch den Reichsarbeitsdienst, eine Intensivierung der Waldnutzung oder die Aufrüstung.

Eine kritische Aufarbeitung der Rolle der Naturschutzverbände und eine Auseinandersetzung mit den Deutungsmustern und Denkfiguren erfolgte nach 1945 über Jahrzehnte weder in der Bundesrepublik Deutschland noch in der DDR (Frohn 2019). Personelle Kontinuitäten und ein weit verbreitetes Desinteresse überwogen.

Die äußerste Rechte und der Naturschutz in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich seit Mitte der 1970er Jahre insbesondere um die Frage der sogenannten zivilen Nutzung der Atom-

kraft eine neue Umweltbewegung, die vielfach von emanzipativen Vorstellungen geprägt war. In ihr bewegten sich jedoch auch Gruppierungen wie der Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL) sowie der antisemitische Bund für Gotterkenntnis/Ludendorff (BfG/L) (Peters/Thesen 1980). Mit dem BfG/L waren beispielsweise Walther Soyka und Roland Bohlinger verbunden, die im Februar 1976 in Bremen das Institut für biologische Sicherheit gründeten, in dessen Gremien auch der spätere Rechtsterrorist Manfred Roeder saß. Soyka organisierte zahlreiche Sammelklagen gegen Atomkraftwerke in der BRD.

Im 1958 gegründeten WSL fanden sich etliche ehemalige Nazi-Kader zusammen, darunter in zeitweise leitender Stellung auch Werner Georg Haverbeck, den es bereits 1923 im Alter von 14 Jahren in die Vorläuferorganisation der Hitler-Jugend gezogen hatte und der später im NS-Regime zahlreiche Funktionen ausübte. Im WSL gelang Haverbeck – von den rassistischen Weltdeutungen des Anthroposophen Rudolf Steiner kommend – der Brückenschlag zu völkischen Sekten und deutschgläubigen Gruppierungen (Wölk 1992: 37-43). Als Organisationsknoten fungierte ab 1963 das Collegium Humanum in Vlotho, wo immer wieder Veranstaltungen stattfanden, bei denen umweltpolitische Themen völkisch grundiert diskutiert wurden. Der WSL beteiligte sich bereits Ende der 1960er Jahre an den Protesten gegen den Bau des Atomkraftwerks in Würgassen in Ostwestfalen, insbesondere an juristischen Einsprüchen und Klagen. WSL-Mitglieder beteiligten sich auch an der Ausarbeitung eines „ökologischen Manifests“ der extrem rechten NPD (heute: Die Heimat) (Mentel 2012). In dieser dominierte zeitweise eine gegenüber der Atomkraftnutzung kritische Position. In dem 1973 von der Partei verabschiedeten sogenannten Düsseldorf Program finden sich unter dem Programmpunkt „Volksgesundheit und Umweltschutz“ Forderungen nach unschädlichen Lebensmitteln, nach Verzicht von Antibiotika sowie Hormonen im Tierfutter, aber auch nach Reinhaltung der Luft und der Gewässer – jeweils kontextualisiert durch Formulierungen wie „Substanz des deutschen Volkes“, „gesundes Erbgut“ oder „drohender genetischer Verfall“ (Nicolaisen 2020: 101f.). Im August 1978 kündigte der NPD-Landesverband in Rheinland-Pfalz an, als „Grüne Partei“ mit dem Slogan „Grün ist Leben“ bei den Wahlen antreten zu wollen; in einer zentralen Entschließung beim 12. Bundesparteitag im November 1978 forderte die NPD ein „Umwelt beachtendes Wirtschaften im lebensrichtigen Ordnungssystem der Solidargemeinschaft Volk“ (zit. nach Peters/Thesen 1980: 153), wobei mit dem Begriff „lebensrichtig“ Bezug auf Ideologien der Ungleichwertigkeit und Hierarchisierung genommen wurde.

Herbert Gruhl, 1969 für die CDU in den Deutschen Bundestag gewählt und von 1975 bis 1977 Bundesvorsitzender des kurz zuvor gegründeten Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), veröffentlichte 1975 ein viel beachtetes Buch, in dem er die Position entwickelte, dass ein fortgesetztes Wachstum weder möglich noch sinnvoll sei. Teil seiner Argumentation war eine einwanderungsfeindliche und rassistische Rhetorik (Gruhl 1975). Nach

Austritt aus der CDU gründete er zunächst die Grüne Aktion Zukunft sowie später die Ökologisch-Demokratische Partei (Wüst 1993), die er jedoch 1990 verließ, um sich der weiter rechts stehenden Organisation Unabhängige Ökologen Deutschlands (UÖD) anzuschließen.

Im Juni 1981 veröffentlichten fünfzehn Professoren, darunter auch Ha-verbeck, das Heidelberger Manifest (Burgkart 1984; Wagner 2010). Darin behaupteten die Unterzeichner eine „Unterwanderung des deutschen Volkes“ im Zuge von Immigrationsprozessen, wodurch das bestehende System, dass sich auf „Völker“ als „biologische und kybernetische Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch und durch Traditionen weitergegeben“ würden, stütze, in seiner Substanz bedroht werde. Mit der Ableitung, dass eine „Rückkehr der Ausländer“ in ihre Heimat eine „ökologische Entlastung“ für die Bundesrepublik als „eines der dichtesten besiedelten Länder der Welt“ (Bambeck et al. 1981) bedeute, wurde auch in dieser Schrift, die breit rezipiert und diskutiert wurde, eine explizite Referenz auf den Umweltschutz konstruiert.

In seinem Bemühen, der NPD zu einer stärkeren ökologischen Profilierung zu verhelfen und zugleich Einfluss auf den Parteibildungsprozess von Bündnis 90/Die Grünen zu nehmen, gründete Siegfried Bublies 1978 die Grüne Zelle Koblenz sowie Ende 1979 die Zeitschrift *wir selbst*. Die bis 2002 erscheinende Publikation verstand sich als nationalrevolutionär und war stark von Henning Eichberg und dessen Versuchen beeinflusst, die Idee eines völkischen Naturmythos zu begründen, der sich auf das Heidentum als ursprüngliche europäische Religion stütze (Wölk 1992: 53-67). Parteipolitisch fanden sich seit Anfang der 1980er Jahre mit der Gründung der Partei Die Republikaner und ihrer bundesweiten Ausdehnung ebenfalls umweltpolitische Akzente. Im ersten Parteiprogramm wurden Ökologie und Umweltschutz in den Dienst der „Erhaltung und Förderung des Bestandes und der Gesundheit des deutschen Volkes“ gestellt, sodass eine enge Verknüpfung von Themen wie Ökologie, „Volksgesundheit“, Nationalismus und Rassismus entstand (Jahn/Wehling 1990: 75ff.). In späteren Programmen finden sich zum Politikfeld Umweltschutz neben konkreten Forderungen wie Kraft-Wärmekoppelung und Ausbau alternativer Energiequellen auch solche, die in der Verkehrspolitik stark auf die Ausweitung des Individualverkehrsmittels Auto orientierten. In der Summe kombinierte die Partei eine „technokratische Entpolitisierung und Problemverschiebung“ (ebd.: 82) mit einer Re-Politisierung von Verunsicherungen und Krisenwahrnehmungen: „Das Waldsterben ist so nicht mehr Folge der Schadstoff-Emissionen des Automobilverkehrs, sondern Teil einer durch den ‚liberalistischen Zeitgeist‘ ausgelösten Fundamental-Krise des ‚Volkes‘.“ (ebd.) Schlussfolgernd wurde völkischer Nationalismus als einzig angemessenes und tragfähiges ökologisches Konzept angeboten.

In die Traditionslinie der Thematisierung von Umweltschutz und Ökologie durch Rechtsaußen-Akteur*innen ist auch die Zeitschrift *Umwelt & aktiv*

einzuordnen, die im Zeitraum 2007 bis 2019 maßgeblich von NPD-Mitgliedern herausgegeben wurde und die Begriffe Umweltschutz, Tierschutz und Heimatschutz im Untertitel trug. Positive Referenzen auf das NS-Regime und germanische Mythologie fanden sich neben Hinweisen zur Begrünung von Dächern, der ursächlichen Verknüpfung von Einwanderung mit zunehmender Flächenversiegelung und Artensterben sowie eine scharfe Ablehnung einer Klimawandelpolitik. In der Nachfolge erscheint seit 2020 die Zeitschrift *Die Kehre* (Holly 2024). Der Grundtenor des Blattes findet sich in der Erzählung über die vermeintlich entfesselte Moderne, die die Menschen ihrer traditionellen Lebensweise entrissen habe und damit familiäre und völkische Bezüge zunehmend bedeutungslos habe erscheinen lassen. „Vermassung“, „Materialismus“ und Migration seien zentrale Hindernisse auf dem Weg (bzw. bei der Rückkehr) zu einer gesellschaftlichen Ordnung, in der der Mensch sich den Naturgesetzen fügt und bodenständig in räumlich überschaubaren Kreisläufen produziert und lebt. In diesem Zusammenhang werden Konzepte des Postwachstums (Degrowth) und Regionalismus in Gegenentwürfe zu Globalisierung und Interkulturalität umgemünzt (Langer 2021). Handlungspraktischen Ausdruck finden solche Sichtweisen in der antisemitisch grundierten Anastasia-Bewegung (Rosga 2020; Lochau 2022) sowie der Bewegung der völkischen Siedler*innen (Röpke/Speit 2019; Mobile Beratung 2020). Sie betreiben Bauernhöfe und ökologische Landwirtschaft und praktizieren einen Lebensstil, der nationalistisches Brauchtum (Namen, Feiern, Elternschaft) als Gegenmodell zur als Bedrohung angesehener Immigration versteht.

Klimawandelskepsis und Klimawandelleugnung rechtsaußen

Zwar gibt es in der Bevölkerung noch immer relevante Unterstützung für eine Politik der Energiewende, allerdings haben die Kontroversen zu einzelnen Maßnahmen deutlich zugenommen und Ablehnung und Protest regt sich an zahlreichen Stellen, etwa wenn es um die Errichtung von Windkraftanlagen oder den Ausbau der Übertragungsnetze geht. Zu beobachten ist dabei, dass es zunehmend nicht mehr um Lokalität und Umfang konkreter Bauprojekte geht, sondern die Politik der Energiewende grundsätzlich in Frage gestellt wird. Im Rahmen des entstehenden Energiewende-Populismus, der – nicht selten verschwörungsideologisch unterfüttert – Grundmuster populistischer Weltdeutung – „das Volk“ muss für die auf Eigennutz orientierte Politik „der Elite“ bezahlen; „das Volk“ sei gegen die von „weltfremden Gutmenschen“ betriebene Energiewende; Klimaschutz schade dem Naturschutz (Reusswig/Küpper 2022: 31-32) – aufruft, spielen Rechtsaußenakteur*innen aufgrund ihrer Ressourcen eine zentrale Rolle. Sie vertreten damit auch den Teil der Wähler*innen, die keine substanziellen Änderungen am Status Quo wünschen (Abou-Chadi et al. 2024: 5).

Derzeit dominieren in der äußersten Rechten anti-ökologische und klimawandelskeptische Positionen. Von der neonazistischen Szene (Malcoci 2023a, 2023b) über die AfD (Götze/Kirchner 2016) bis hin zu nationalkonservativen Kreisen findet die Position, dass es „klimatische Veränderungen [...] immer gegeben [hat]“ und der „Einfluss des Menschen auf dieses Naturphänomen [...] marginal“ (Leonhard 2023: 32) sei, breite Zustimmung. In anthroposophischen Kreisen wird zwar der Klimawandel als solcher nicht geleugnet, allerdings wird er auf kosmische Prozesse zurückgeführt (Hansson 2022). Bierl (2024: 270) bilanziert: „Die AfD präsentiert sich dezidiert antiökologisch: für Atom- und Kohlekraft, für den Ausbau des Flugverkehrs, für mehr Straßenbau, für Gentechnik und gegen eine Energiewende, gegen Elektroautos, Photovoltaik und Windkraft.“ Eine Inhaltsanalyse der Mitgliederzeitschrift *AfD Kompakt* von 2016 bis 2020 zeigt für diesen Zeitraum beispielsweise, dass Kritik an Klimaschutzpolitik vor allem mit ökonomischen und neoliberalen Positionen begründet wird und diese im Sinne eines nationalistischen Narrativs als Bedrohung für die nationale Ökonomie gesehen wird. Bemerkenswert ist hierbei, dass Populismus-Merkmale wie Elitenkritik bei der AfD im Vergleich zu anderen rechtspopulistischen Parteien weniger häufig zu beobachten sind (Küppers 2022).

Für die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag ist der Begriff Klimaschutz „ein politischer Kampfbegriff“ da sich „das Klima [...] nicht ‚schützen‘ lasse“ – schließlich sei „der menschliche Einfluss auf das Klima [...] umstritten“ und Klimaszenarien schlicht ohne substantielle Aussagekraft (AfD-Fraktion Bundestag 2023a). Entsprechend dieser Grundposition werden auch die Maßnahmen zur Dekarbonisierung und Förderung von Solar- und Windenergie abgelehnt (zur internationalen Perspektive Weisskircher/Volk 2025). Die AfD tritt dafür ein, aus allen Klimaabkommen auszutreten. Mit Formulierungen wie „Klima-Fanatiker der Bundesregierung“ (Leonhard 2023: 34) und „Klimaschutzkult“ (Schumacher 2023) versuchen Vertreter der äußersten Rechten die Klimapolitik der Bundesregierung abzuwerten.

In Ergänzung zu dieser grundlegenden Sichtweise werden weitere Begründungen in die Debatte eingeführt. So konstatiert der AfD-Politiker Hilse, er führe „regelmäßig Veranstaltungen durch, um die Menschen darüber aufzuklären, daß [sic!] die ganze Klimadebatte nur zum Ziel hat, die Freiheit der Menschen einzuschränken und ihnen so viel Geld wie möglich aus der Tasche zu ziehen“ (Hilse 2023: 18). „Die ganze Klimapolitik nützt letztendlich Profiteuren der Wind- und Solarbranche. [...] Weiterhin profitieren natürlich die sogenannten Klimawissenschaftler durch Unmengen an Forschungsgeldern“ (ebd.). Den angeblichen Profiteur*innen werden diejenigen gegenübergestellt, die sich vielfach durch den Austausch der Öl- und Gasheizungen finanziell überfordert sahen (Köcher 2023). Die Grundstruktur populistischen Denkens aufnehmend und thematisch konkretisierend – die Energiewende als Projekt abgehobener urbaner Eliten –, werden die Ergebnisse einer sozialwissen-

schaftlichen Studie von Eversberg et al. (2024) instrumentalisiert: „Überspitzt formuliert: Die Schere verläuft zwischen denjenigen, die sich die energetische Sanierung ihrer Immobilien leisten können – und denjenigen, die das nicht können“ (Krug 2025).

Deindustrialisierung als Drohkulisse

Eine vielfach verwendete Argumentationsfigur behauptet, dass eine ernsthaft betriebene Klimawandelpolitik zur Deindustrialisierung Deutschlands führe und damit weitreichende Wohlstandsverluste verbunden seien. Für ein Verbot fossiler Brennstoffe sei „man bereit, alles zu opfern – die Energiesicherheit, große Teile der Industrie, den Lebensstandard und viele Freiheiten wie etwa den Individualverkehr“ beklagt Cullen (2023: 47) in der Zeitschrift CATO und schlussfolgert: „An der sozialistischen Ausrichtung der Klimaideologie kann kein Zweifel bestehen, denn ihre Ideen sind in einem freien Markt mit Respekt vor dem privaten Eigentum nicht umsetzbar.“ (ebd.: 48) Die Behauptung einer leichtfertig in Kauf genommenen oder planmäßig betriebenen Deindustrialisierung wird regelmäßig insbesondere gegenüber der Partei Bündnis 90/Die Grünen und deren Vertreter*innen erhoben (Ottner/Weisskircher 2022). So hieß es in der Quartalszeitschrift *Tumult*, dass Habeck „sich vom ersten Tag an als knallharter Machtpolitiker und als Chefideologe einer irrationalen, aber vom Staat mit Verboten und massiven Markteingriffen erzwungenen grünen Transformation der Wirtschaft gezeigt“ habe; das Ergebnis: „Die Deindustrialisierung und die Vernichtung von Volksvermögen nimmt Fahrt auf“ (Germis 2023: 15). In der Wochenzeitung *Junge Freiheit* warnte Hinz (2023) davor, die Partei eine „Verbotspartei“ zu nennen, dies sei eine „Verkennung ihrer totalitären Mission.“ Unter Verweis auf eine Stellungnahme der AfD-Politikerin Beatrix von Storch hieß es weiter, es gebe zahlreiche Belege dafür, dass

[D]ie internationale Finanzindustrie sich die Grünen als ihre Agenten auserkoren hat und sie an ihrem „goldenen Faden“ hängen. Die zunehmend totalitäre Gängelung der Bürger, die Ausplünderung und Verarmung der deutschen Mittelschichten unter dem Vorwand des Klimaschutzes, die sukzessive Lahmlegung und Ausweitung der deutschen Wirtschaft ist Teil ihres Geschäftsmodells (ebd.).

Auch in der extrem rechten Monatszeitschrift *Deutsche Stimme* wurde hinsichtlich der Partei Bündnis 90/Die Grünen ähnliches behauptet: „Sie ist eine kommunistische Partei. Natürlich hat sie sich weiterentwickelt, und die Entwicklung zur Partei der Besserverdienenden hat ihr elitäre, salonkommunistische Züge gegeben und sie macht mittlerweile gemeinsame Sache mit der globalistischen Plutokratie“ (Aichfriede 2023: 29). Beide Begriffe – Globalismus und Plutokratie – sind in Texten der radikalen Rechten weitverbreitet und verweisen auf eine antisemitische Weltdeutung, der zufolge „das Judentum“ die Welt beherrscht und sich in seinem „Werk der Zerstörung aller Völker“ sowohl

der internationalen Finanzwelt als auch der kommunistischen Weltbewegung bedient. Der Historiker Volker Weiß (2023) hat zu solchen Sprechweisen notiert: „Durch sie scheinen die nationalsozialistischen Propagandaphrasen von der Plutokraten-Herrschaft und der Verschwörung von Kommunisten und Kapitalisten gegen Deutschland durch. Mit der Chimäre einer „roten und goldenen Internationale“ findet sich auch eine antisemitische Denkfigur bereits des 19. Jahrhunderts wiederbelebt.“ Irgendeine Form der Verständigung mit der Partei Bündnis 90/Die Grünen wird denn auch entschieden abgelehnt: „Ein Kompromiß [sic!] mit Kommunisten – und die Grünen sind nichts anderes als Kommunisten mit einem grünen Mäntelchen – ist das Papier nicht wert, auf dem er niedergeschrieben wird“ (Hilse 2023: 19).

Hinsichtlich der vielfältigen Proteste angesichts einer als inkonsequent und unzureichend wahrgenommenen Politik der Klimawende ist man sich zwar uneins, wie die Beteiligten sozial zu bewerten sind – „häufig familiär und sozial entwurzelte, gelegentlich sogar psychisch instabile Personen“ (Rohbohm 2023) oder „Aktivisten [...] oft Studenten aus bildungsbürgerlichen Milieus, die von ihren Eltern in ihrem Handeln unterstützt werden“ (Markovics 2023: 15), so besteht doch große Einigkeit hinsichtlich der abwertenden – „Andere Organisationen sind mit Namen wie ‚Extinction Rebellion‘ oder ‚Birth Strike‘ noch deutlicher. Sie offenbaren den nihilistischen Charakter der Klimabewegung.“ (Cullen 2023: 48) – und kriminalisierenden Charakterisierung des Handelns: „Wenn Dauerstudentinnen und verwöhnte Muttersöhnchen termingeplagten Normalbürgern den Weg zur Arbeit versperren und sich dabei als Menschheitsretter aufspielen, kommt nicht nur den unmittelbar Betroffenen die Galle hoch“ (Lieger et al. 2023: 16-17). Selbst die Gruppe Fridays for Future wird unter Terrorismusverdacht gestellt (ebd.: 9-10). Zugleich wird in verschwörungsideologischem Duktus gemutmaßt, dass sich mit der großen (medialen) Aufmerksamkeit für diese Gruppen ein gezieltes Ablenkungsmanöver verband: „Da kam es wie gerufen, daß [sic!] FFF von Januar 2019 an in Deutschland massiv gehypt wurde und das Migrationsthema völlig in den Hintergrund trat“ (Lieger et al. 2023: 12).

Die Selbstinszenierung als Opfer eines Deutungskampfes schließt die Erzählung ein, dass die öffentliche Ablehnung der Klimawendepolitik mit hohen persönlichen Risiken verbunden sei und sich gegen eine große Übermacht behaupten müsse (Leonhard 2023); tatsächlich ist darauf zu verweisen, dass – nicht zuletzt mit dem erneuten Regierungsantritt Donald Trumps in den USA, durch den Anti-Ökologismus quasi zur Staatsdoktrin geworden ist (Nordensvard/Ketola 2022; Müller 2023) – es ein weltweites, umfangreich finanziertes und mit großer Reichweite ausgestattetes Netzwerk der Klimawandelskeptiker*innen und -leugner*innen gibt (Graham 2024). YouTube profitiert auch weiterhin von der Werbung für entsprechende Inhalte – und an die Betreiber*innen der entsprechenden Kanäle wird ein Teil des Geldes ausgeschüttet (Center for Countering Digital Hate 2024).

Desinformationskampagnen der Klimawandelleugnung stellen nicht nur die in der Fachöffentlichkeit sehr breit getragenen Erkenntnisse zum Klimawandel und dessen Auswirkungen in Frage, sondern zielen auch auf eine Diskreditierung der damit befassten Wissenschaftler*innen, denen vorgeworfen wird, ihre Positionierungen seien durch finanzielle Vorteile oder Karriereoptionen motiviert. In anderen Fällen werden die Schlussfolgerungen der Forschungsarbeiten abqualifiziert, indem häufig die mit der Durchführung wissenschaftlicher Untersuchungen verbundenen Einschränkungen mit disqualifizierenden Irrtümern oder sogar Fehlinterpretationen und Fehldarstellungen verwechselt werden (Krishna 2021: 3).

Zugleich wird der Beitrag, den eine in Deutschland umgesetzte veränderte Klimapolitik auf die weltweite Entwicklung hätte, als Argument für die Sinnlosigkeit des Unterfangens in die Debatte eingeführt. Da Deutschland „am weltweiten anthropogenen CO₂-Gesamtausstoß mit ca. 2 % beteiligt (China: 28 %)“ sei, würde sich die Erderwärmung „nur um 0,000653 Grad Celsius verringern“ (AfD-Fraktion Bundestag 2019). Insofern sei diese Politik wirkungslos. Sie sei zudem „unverantwortlich [...], wenn für das Erreichen dieses aberwitzig geringen Wertes Menschenleben gefährdet, Arbeitsplätze vernichtet, Tiere geopfert und viele Milliarden Euro ausgegeben werden!“ Angesichts dieses als „ideologische Verblendung“ charakterisierten Vorgehen hofft man auf eine Gegenbewegung: „Über die große ‚Transformation‘, die die linke Klimaelite der Welt zugeordnet hat, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen“ (Krug 2025).

Kampagnen gegen Windenergienutzung

Besondere Erfolgsaussichten einer politischen Mobilisierung sieht die AfD beim Thema Windenergie, insbesondere dort, wo entsprechende Anlagen im Wald errichtet werden sollen. Der Ausbau von Windkraftanlagen in Deutschland ist von der Debatte über die Umweltauswirkungen der Energiewende begleitet (Hummel/Wernicke 2025). Auseinandersetzungen um Windenergie manifestieren sich als Kämpfe um das legitime Objekt des Umweltschutzes und die ethische Konstitution eines Umweltsubjekts. Die Landschaft als Lebensraum und Kulisse gewinnt als zentraler Punkt in der ökologischen Agenda der Windenergiegegner*innen an Bedeutung (Arifi/Winkel 2021). Ähnlich wie seitens äußerst rechter Parteien in Ungarn, Österreich und den Niederlanden (Kaiser 2023) wendet sich die AfD – in der Sache unzulässig verallgemeinernd (Budras/Decker 2023) – gegen den Subventionierungsbedarf und beklagt, dass „jede einzelne Windindustrieanlage [...] auf Kilometer die Bettung von Landschaft und Ortschaft [stört], [...] das Einfühlen in die jeweiligen Natur- und Siedlungsräume“ unmöglich mache und „damit die Gewahrung von Herkunft, Genius loci und Heimat“ erschwere bzw. verhindere (AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag 2023b: 4). Auch mit Blick auf die Windenergie setzt

die äußerste Rechte systematisch auf die Gegenüberstellung von Naturschutz und Klimaschutz und versucht dabei, an die Einwände und Bedenken lokaler Initiativen gegen die Errichtung von Windkraftanlagen anzuknüpfen (Eichenauer et al. 2018) und diese zu einer grundlegenden Ablehnung einer Politik der Klimawende zuzuspitzen – auch wenn etwa die Zahl der Kollisionen von Vögeln und Fledermäusen mit Windkraftanlagen niedriger ist als solche mit Stromleitungen oder Gebäuden (McKenna et al. 2025). Unter anderem mit Blick auf die Errichtung von Windkraftanlagen im Reinhardswald kündigte die AfD-Parteivorsitzende Alice Weidel beim Bundesparteitag 2025 im sächsischen Riesa an: „Ich kann euch sagen: Wenn wir am Ruder sind, wir reißen alle Windkraftwerke nieder, nieder mit diesen Windmühlen der Schande“ (zit. nach Hummel/Wernicke 2025). Flächenverbrauch, Tierschutz und Entsorgung der Anlagen werden auch in der Zeitung *Deutsche Stimme* (ehemals NPD, heute Die Heimat) angeführt und mit dem völkisch konnotierten Satz gerahmt: „Es ist bekannt, dass wir Deutschen ein besonderes Verhältnis zum Wald haben“ (Paasche 2023: 17).

Mit Blick auf die Notwendigkeit der Sicherung der Energieversorgung tritt die AfD – auch hier im politischen Einklang etwa mit dem französischen Rassemblement National um Marine Le Pen sowie Victor Orban in Ungarn (Lubarda 2024) und Giorgia Meloni in Italien – für den Ausbau der Atomkraft ein (Götze/Kirchner 2016). In Deutschland finden sich auf der äußersten Rechten zahlreiche Stimmen, die die Rückkehr zu dieser Form der Energiegewinnung proklamieren: von der *Jungen Freiheit* (Schmidt 2023) über *Compact* (Pfählinger/Reuth 2023) bis hin zur Partei *Die Heimat* (ehemals NPD): „Dabei wäre die klimaschädliche Kohleverstromung gar nicht nötig, würde Deutschland auf die klimaschonende Kernenergie setzen, was in diesem links-grünen Ideologiestaat aber als No-go gilt“ (Gansel 2023: 24).

Im Rahmen ihrer antiökologischen Positionierung fordert die AfD in Berlin beispielsweise, die Bildungsangebote zum Thema Klimawandel zurückzuführen und stattdessen Bildungsangebote auszubauen, die konkrete Naturerfahrung ermöglichen (AfD-Fraktion Berlin 2024: 1). Dabei wird ein grundsätzlicher Gegensatz zwischen Umweltschutz und Naturschutz konstruiert bzw. das real existierende Spannungsverhältnis einseitig ausgelegt: dem Naturschutz gehe es um Natur als „wahrnehmbare, nicht als messbare Größe“, der Umweltschutz interessiere sich für „Messwerte, Treibhausgase und die Atmosphäre“ (ebd.: 3). Bis heute wird Naturschutz vielfach auch in der äußersten Rechten gedacht als „Bewahrung von kleineren Einzelteilen der Natur bzw. die Pflege von historischen Kulturlandschaften“ sowie oft „eine penibel atomistische Aufmerksamkeit für ausgewählte als besonders erachtete Organismen oder Biotoptypen“ (Müller et al. 2020: 19) wie Vögel, Amphibien oder Orchideen. Mit Formulierungen wie „In der Natur zu sein, ist ein kontemplativer Prozess, der eingewoben ist in den ästhetischen Diskurs und die Kulturgeschichte der Deutschen“ (ebd.) behauptet die AfD einen spezifischen Bezug

der Deutschen zur Natur, der bereits in der frühen Naturschutzbewegung sichtbar wurde (Gottschlich/Katz 2020: 72).

Ökofaschismus

Die Bezeichnung Ökofaschismus hat in jüngerer Zeit insbesondere im Zusammenhang mit rechtsterroristischer Gewalt Bekanntheit erlangt. Der Anschlag auf zwei Moscheen im neuseeländischen Christchurch am 15. März 2019 wurde von einem Täter begangen, der sich selbst als ethno-nationalistischer Öko-Faschist bezeichnet hatte. Ökofaschistische Weltdeutungen fokussieren auf die Vorstellung, dass Einwanderung – insbesondere aus dem Globalen Süden in Länder des Globalen Nordens – zur Zersiedlung sowie zu einem höheren Ressourcenverbrauch und CO₂-Ausstoß führe – und damit Umwelt und Natur zerstört würden. In dem zugrundeliegenden biologistischen und rassistischen Verständnis existiert eine sogenannte natürliche Ordnung, die sich zu einem dadurch auszeichne, dass zu einem spezifischen geographischen Raum jeweils eine ethnisch homogene Gemeinschaft (Volk, Nation, Rasse) gehöre, und zum anderen nur die Reinhaltung dieser Gemeinschaft deren Überleben erlaube. Umweltschutz gerät in dieser Weltdeutung zu einem moralischen Argument, um rassistische Gewalt zu legitimieren. Eine ähnliche Sichtweise vertrat der Attentäter, der am 3. August 2019 in einem Supermarkt in El Paso 23 Menschen tötete. In seiner Erklärung behauptete er eine lateinamerikanische Invasion in die USA und vertrat die weltweit in der extremen Rechten verbreitete Erzählung vom sogenannten Großen Austausch, der zufolge systematisch die weiße Bevölkerung im Globalen Norden durch die Förderung der Einwanderung geschwächt werden solle. In den Morden – in diesem Fall an einem Ort, der stark von mexikanischen Einwander*innen genutzt wurde – materialisierte sich sein Ziel, die Zahl der Menschen zu verringern, die sich aus seiner Sicht illegitimer Weise im Land aufhalten und dort Ressourcen verbrauchen. Für die USA schlug er eine Aufteilung des Staatsgebiets entlang angeblicher kultureller und genetischer vermeintlicher Rassenidentitäten vor. Ökofaschismus ist insofern eine Weltdeutung, die sich für die Wiederherstellung einer imaginären Gemeinschaft durch die Rückkehr zu einer romantisierten ethno-pluralistischen Vision einer angeblich natürlichen Ordnung einsetzt (Biehl/Staudenmaier 1996).

Mit Blick auf den in ökofaschistischen Kreisen häufig aufgerufenen finnischen Ökofaschisten Kaarlo Pentti Linkola hat Protopapadakis (2014) die weltanschauliche Grundlage des Ökofaschismus sowie der damit verbundenen Handlungsmoral skizziert: Da Natur bzw. die Ökosphäre alleinige Trägerin eines absoluten moralischen Wertes sei, hänge der Wert einzelner Spezies – auch der Spezies *Homo sapiens* – davon ab, ob sie sich ‚der Natur‘ bzw. den ‚Gesetzen der Natur‘ unterwerfe. Menschen sollten große Gebiete der Erde menschenfrei halten, zumal technologische Entwicklungen und Verstädterung ei-

nen hohen Ressourcenverbrauch bedeuteten. Linkola vertritt die These, dass die Überbevölkerung das negativste Ergebnis technologischen Fortschritts sei, weil letzterer den als natürlich bezeichneten Modus der Selbstregulation der Größe einer Population außer Kraft setze und auch das Überleben von Menschen ermögliche, die früher den sogenannten Härten der Natur zum Opfer gefallen wären. Für Linkola ist jedes Mittel willkommen, um zu einer Verringerung der Zahl der Menschen und damit zu einem vermeintlich neuen Gleichgewicht zu kommen, darunter auch Kriege und Genozide: „Who misses all those who died in the Second World War? Who misses the twenty million executed by Stalin? Who misses Hitler’s six million Jews?“ (zit. nach Protopapadakis 2014: 592).

Diese Perspektive erinnert an Ted Kaczynski, der als „Unabomber“ bekannt geworden ist. Zwischen 1978 und 1995 hatte er im Namen einer seines Verständnisses nach „wilden Natur“ eine Anschlagserie verübt, bei der drei Menschen getötet und 23 weitere verletzt wurden. Fleming (2024) geht anhand der von Kaczynski verfassten Schriften der Frage nach, ob für Kaczynski die Bezeichnung „Ökoterrorist“ oder „rechtsextremer Ökologist“ bzw. „Ökofaschist“ zutreffe. Für letztere spräche seine Feindschaft gegenüber der Linken und seine Aufforderung, zur Natur zurückzukehren, sowie die positive Resonanz, die er bei rechten Ökologen gefunden hat, darunter auch Linkola, der Kaczynskis Idee einer alternativen Gesellschaft als sorgfältig und durchdacht gelobt hat. Andererseits, so Fleming, habe Kaczynski rassistische Überlegenheitsnarrative abgelehnt und das Thema der weltweiten Überbevölkerung als randständig angesehen.

Rueda (2020) hat darauf hingewiesen, dass in der äußersten Rechten in den USA auch eine ökofaschistische bzw. neo-ökofaschistische Szene existiere, zu der beispielweise Richard Spencer (Bar-On 2019) und neopagane Gruppen wie die Wolves of Vinland gehörten. Im US-amerikanischen Kontext vermischen sich Narrative über Natur mit solchen über das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ (für Weiße), dem „Frontier“-Mythos und der Faszination der Siedlerkolonialist*innen für eine – angeblich leere – „Wildnis“ sowie die (neo-)malthusianische „Fixierung“ auf die Überbevölkerung im globalen Süden (Szenes 2023: 3-4). Andere Perspektiven betonen eine antikolonialistische Sichtweise auf ökofaschistische Phänomene, wenn sie darauf verweisen, dass bei der kolonialen Konstruktion von „Rassen“ bzw. „Ethnien“ People of Color systematisch und strategisch in die Nähe von Natur gerückt wurden, um ihre Entmenschlichung, Ausbeutung und Tötung zu rechtfertigen. „Genocidal violence, in other words, has always relied on justifications grounded in nature“ (Simpson/Cheever 2025: 18).

Ökofaschistische Positionen und die mit Klimawandelskepsis bzw. -leugnung verbundenen Sichtweisen trennt manches; allerdings darf nicht übersehen werden, dass es zwischen beiden – vereinfacht gesprochen – Strömungen auch weltanschauliche Überschneidungen und geteilte historische Referenzen

gibt, etwa hinsichtlich der Bezugnahme auf völkische Bewegungen des späten 18. sowie des 19. Jahrhunderts, das Narrativ der ‚Umvolkung‘ bzw. der Bedrohung des globalen Nordens durch sogenannte Überbevölkerung im sowie Wanderungsbewegungen aus dem globalen Süden. Konkretisiert wird dies aktuell nicht zuletzt mit Blick auf Menschen, die vor den Folgen des globalen Klimawandels die Flucht ergreifen; in der *Deutschen Stimme* werden angebliche Pläne zur „Öffnung weiterer Zuwanderungsschleusen für vermeintliche Klima-Opfer“ beklagt und das absurde Szenario aufgerufen, dass „mehr als 500000 Bewohnern der Malediven das Recht eingeräumt werden [könnte], sich dauerhaft in Deutschland niederzulassen“ (Siefers 2023: 20).

2.2 Forschungsdesign und Methodik: Teil 1

Bevor im weiteren Verlauf dieses Kapitels erste Ergebnisse des RIOET-Projekts dargestellt werden, soll hier noch ein Blick auf das methodische Vorgehen der ersten beiden empirischen Kapitel (Kap. 2.3 und Kap. 2.4) geworfen werden. Dabei wird zunächst auf die Methodik der qualitativen Diskursanalyse und anschließend auf die der Situationsanalysen eingegangen.

2.2.1 *Narrative zum Klimawandel in der Jungen Freiheit: Methodik und Datengrundlage*

Parallel zum RIOET-Projekt wurde im Rahmen einer Qualifizierungsarbeit eine Analyse der Berichterstattung der äußerst rechten Zeitung *Junge Freiheit* durchgeführt. Die Erkenntnisse daraus helfen, den Umgang der äußersten Rechten mit der Klimawandeldiskussion besser zu verstehen.. Die *Junge Freiheit* stellt ein zentrales Publikationsorgan der äußersten Rechten dar und eignet sich daher gut für eine exemplarische Analyse. Die Wochenzeitung publiziert seit über 30 Jahren und ist das größte äußerst rechte Print-Periodikum (Czymara/Bauer 2023: 21). Entgegen dem Branchentrend stieg die Auflage der Wochenzeitung seit 2015 und lag im 4. Quartal 2023 bei ca. 27.000 verkauften Printexemplaren (IVW 2024: 22), im gleichen Zeitraum verkaufte die Zeitung außerdem etwa 6.900 E-Paper (ebd.: 28). Neben dem Printangebot stellt die *Junge Freiheit* täglich Artikel auf die eigene Webseite und erweitert so das Angebot. Durch eine Vielzahl kostenloser Artikel ist dieses Angebot niedrigschwellig abrufbar und die Inhalte leicht zugänglich. Czymara und Bauer (2023: 22) kamen durch eine quantitative Inhaltsanalyse zu dem Ergebnis, dass die Zeitung maßgeblich dadurch charakterisiert ist, dass sie zu Themen ablehnend berichtet. Die Artikel legen Schwerpunkte auf negative Beschreibungen,

die Ausnahme stellt die Berichterstattung zur AfD dar, über die positiv berichtet wird.

Ziel der im Kapitel 2.3 dargestellten Analyse war es, Narrative zum Klimawandel herauszuarbeiten, die von der *Jungen Freiheit* verbreitet werden. Wie in der Einleitung beschrieben, verstehen wir Narrative als sinnstiftende Erzählungen, die das Ziel haben Orientierung anzubieten und dazu spezifische Wert- und Normalitätsvorstellungen vermitteln und dabei Emotionen aufrufen (Virchow 2024: 5). Das Vorgehen wurde angelehnt an die Wissenssoziologische Diskursanalyse nach Keller (2011) durchgeführt. Mit der Wissenssoziologischen Diskursanalyse kann untersucht werden, wie gesellschaftliches Wissen entsteht und sich verbreitet. Dabei werden die das Wissen verbreitenden Akteur*innen und die Art der Kommunikation berücksichtigt, es wird gezielt hinterfragt bzw. betrachtet, welche Meinungen als Wahrheit gelten. Keller begreift Texte, Praktiken und Artefakte als materiale Manifestationen gesellschaftlicher Wissensordnungen und interessiert sich dafür, wie diese zur Bildung gesellschaftlicher Wissensvorräte beitragen (Keller 2011: 78). Somit ist die Diskursanalyse keine reine Textforschung, sondern fragt nach dem sozialen Zusammenhang von Sprach- und Zeichengebrauch und Bedeutungsproduktion. Die soziale Situiertheit wird miteinbezogen und es wird gefragt: Wer, wie, wo und für wen wird eine Aussage produziert? (ebd.: 99). Dabei wird angenommen, dass textübergreifende Verweise und Zusammenhänge in Gestalt von Regeln und Ressourcen existieren. Ein einzelnes Aussageereignis bildet deshalb nicht einen einzelnen Diskurs ab. Diskurse müssen also aus den einzelnen Aussagenzusammenhängen rekonstruiert und diese aufeinander bezogen werden (ebd.: 78).

In der Forschungspraxis wird die Rekonstruktion von typischen oder typisierbaren Strukturelementen, die „als sinnstiftende Muster“ (ebd.: 79) den Diskursen zugrunde liegen, angestrebt. Diese sinnstiftenden Muster werden in der vorliegenden Untersuchung als Narrative begriffen. Der praktische Forschungsprozess verlief in mehreren Schritten, die teilweise parallel oder abwechselnd stattfanden.

Zusammenstellung des Datensamples

Die Artikel auf der Webseite der *Jungen Freiheit* von 01.04.2023 bis 31.03.2024 bildeten die Datengrundlage der Analyse; Bilder und Videos in den Artikeln wurden nicht analysiert.

Um der Problematik der großen Textmengen, die der Ansatz der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse mit sich bringt (Keller 2011: 79), zu begegnen, wurde das Datenkorpus unter Berücksichtigung der Untersuchungsziele reduziert. Für das Sampling wurden zunächst die Artikel auf der Webseite der *Jungen Freiheit* per Stichwortsuche durchsucht. Um möglichst alle Artikel von April 2023 bis März 2024 zu erfassen, die für die Analyse relevant sind, wurde

die Online-Datenbank mit dem Stichwort *Klima* durchsucht. Weitere Begriffe für die Schlagwortsuche wurden dann induktiv am Datenmaterial ausgewählt. Diese waren *Erderwärmung, Klimaerwärmung, Klimakonferenz, Treibhausgas, CO₂, Kohlendioxid, Methan, Natur, Umwelt, Öko, Letzte Generation, Fridays for Future, Grüne, Heizung, Wärmewende, Wärmepumpe, Energiewende, Energiesicherheit, E-Auto, Mobilitätswende, Verkehrswende, Bahn, Dunkelflaute, Lithium, Kernkraft, Atom, Kohle, Wind, Windenergie, Solar und Photovoltaik*. Verweise auf weitere Artikel wurden ebenfalls betrachtet, die verlinkten Artikel wurden in das Datenkorpus aufgenommen, wenn sie den Themenbereich Klimawandel bzw. damit direkt verbundene Themen behandelten.

Bei der gesamten Suche wurden Texte, die sich nicht spezifisch auf die Klimadebatte oder damit verbundene Themen beziehen, aussortiert. Ebenfalls wurden Texte aussortiert, in denen nicht mehr als ein Satz einen Bezug zum Klimawandel herstellt (Viehöver 2010: 244). Für den untersuchten Zeitraum April 2023 bis einschließlich März 2024 konnten mit diesen Kriterien 336 Beiträge identifiziert werden. Die wichtigsten Ressorts für das Thema waren *Deutschland* mit 165, *Wirtschaft* mit 59, *Kommentar* mit 33, *Gesellschaft* mit 26, und *Ausland* mit 17 Artikeln. Die beiden Ressorts *Natur & Technik* und *Medien* hatten jeweils 8 Beiträge zum Thema. Maximal drei Beiträge wurden jeweils den Ressorts *Allgemein, Debatte, Kultur, Politik, Presse, Sein und Zeit, Streiflicht, Umwelt* und *Wissen* zugeordnet. 49 Artikel waren im April 2024 hinter der Paywall und nur mit einem Abonnement abrufbar, diese wurden ebenfalls in der Analyse berücksichtigt.

Vorgehen bei der Datenanalyse

Die Vorgehensweise der Analyse lehnte sich an die Narrative Diskursanalyse nach Viehöver (2010) an. Da Narrative und ihre konstitutiven Einheiten nicht einfach aus dem Text abzulesen sind, wurden neben den vermittelten Inhalten auch Elemente identifiziert, die „von der wörtlichen (oder bildlichen) Textoberfläche zur Tiefenstruktur führen“ (Viehöver 2010: 246). Dazu wurden Indikatoren wie Metaphern, ironische Wendungen, Slogans und Schlagworte identifiziert (ebd.: 246).

Als weiteres Element zur Identifizierung der Narrative wurden auch die narrativen Strukturen betrachtet, die diesen zugrunde liegen. Diese können anhand der Strukturannahmen über Narrative erkannt werden. Dazu zählt die Annahme, dass sich Geschichten in einzelne Episoden einteilen lassen, die sich jeweils Wertgegensätzen zuordnen lassen. Diese Gegensätze können sich wiederum entweder durch Gegensatzpaare (schwarz/weiß) oder durch Beziehungen zwischen Protagonisten (Held/Antiheld) zeigen. Eine weitere Strukturannahme ist, dass Narrative über Aktanten verfügen (Held; Antiheld; Sender; Empfänger; Objekt; Helfer). Außerdem werden die einzelnen Episoden und

Aktanten über einen Plot miteinander verbunden. Dies beschreibt Viehöver folgendermaßen: „Durch diesen konfigurativen Akt werden sowohl die Bedeutung der wörtlichen Oberflächenstrukturen als auch die Wertestrukturen organisiert“ (ebd.: 246f.).

In der Analyse waren somit die rhetorischen Mittel und Figuren sowie die narrativen Schemata relevant, um Aussagen über einen Diskurs und die genutzten Narrative treffen zu können.

Grobanalyse – Auswahl der Texte für die Feinanalyse

Um mehr als eine Nacherzählung der Diskurselemente bei der Rekonstruktion der Diskursstruktur zu erreichen, wurden spezifische und kontrollierte Auswertungstechniken angewandt (Keller 2011: 91). Da Detailanalysen ressourcenaufwändig sind, konnten nicht alle Texte des Datenkorpus detailliert ausgewertet werden. Dieser wurde daher kontrolliert mithilfe der „Prinzipien des theoretical sampling, der minimalen und maximalen Kontrastierung“ (ebd.: 92) verdichtet. Aus dem Forschungsprozess heraus begründete sich so, welche Texte für die Feinanalyse herangezogen wurden: Das gesamte Datenkorpus wurde gelesen, die Kernthemen in den Artikeln identifiziert und der Inhalt in wenigen Worten zusammengefasst. Parallel dazu erfolgte die Priorisierung der Artikel für die Feinanalyse. Artikel mit zuvor nicht erwähnten Themen erhielten die höchste Priorisierung, bei Wiederholungen sank die Priorität.

Von den Artikeln mit der höchsten Priorität wurden 13 „bedeutsam“ erscheinende Dokumente ausgewählt und mit diesen die ersten Feinanalysen durchgeführt. Anschließend wurden Dokumente mit stark abweichenden (maximale Kontrastierung) und vergleichsweise ähnlichen (minimale Kontrastierung) Inhalten identifiziert und ebenfalls ausgewertet. Für die Auswahl bildeten die Priorisierung und die bereits durchgeführte Zusammenfassung die Grundlage. Dieses Vorgehen ermöglichte es, ein breites Spektrum des Klimadiskurses im Korpus zu erfassen (maximale Kontrastierung). Gleichzeitig konnten durch die minimale Kontrastierung die einzelnen Teilbereiche möglichst detailliert erfasst werden. Dieser Prozess wurde weitergeführt, bis die Analyse gesättigt erschien (Keller 2011: 92f.). Durch dieses Verfahren wurden 54 Artikel für die detailliertere Analyse ausgewählt.

Um die Priorisierung der Artikel mit der tatsächlichen Relevanz innerhalb des Datensatzes abzugleichen, wurde im Anschluss eine automatisierte Textsuche im gesamten Datenkorpus durchgeführt. Dazu wurde das Programm MAXQDA genutzt. Die Suchbegriffe wurden sieben Kategorien zugeordnet: *Klimawandel*, *Mobilitätswende*, *Grüne*, *Aktivist*innen*, *Wärmewende*, *Energiewende* und *Kernkraft*. Für die Suche wurden mehrere Suchbegriffe für die einzelnen Kategorien genutzt und mit einer automatisierten Lemma-Liste er-

gänzt.¹¹ Anschließend wurden die Treffer aussortiert, die nicht dem Thema entsprachen. Die daraus entstandene Tabelle 2 (Kap. 2.3.2) zeigt, in wie vielen Artikeln diese Begriffe jeweils auftauchen.

Feinanalyse

Nach der groben Analyse wurden die 54 ausgewählten Artikel detaillierter betrachtet und die weitere Analyse, angelehnt an die Narrative Diskursanalyse nach Viehöver (2010), mit dem qualitativen Analyseprogramm MAXQDA durchgeführt.

Aus den ausgewählten Dokumenten wurden die unterschiedlichen thematischen Episoden der Texte identifiziert. Die Episoden (Problem, Ursachen, Problemfolgen, Lösungsvorschläge) wurden in den jeweiligen Codefamilien¹² zusammengefasst. Außerdem wurden die Aktanten identifiziert und in Codefamilien (Held, Antiheld, Opfer, Helfer) zusammengefasst. Auch Gegensatzpaare wurden identifiziert und wenn möglich in übergeordnete Codes strukturiert. Gegensatzpaare können aus sich gegenüberstehenden Aktanten bestehen, aber auch aus gegenübergestellten Themen wie beispielsweise Atomausstieg und Klimaschutz. Des Weiteren wurden rhetorische Mittel wie Ironie, Metaphern, rhetorische Fragen und die im Diskurs verwendeten Begriffe für Aktanten und für relevante Themen kodiert. Weitere übergeordnete Kategorien, die Hinweise auf die Erzählung liefern, sind die Raum- und Zeitstruktur. Relevante Ortsbezüge und Zeitbezüge, vor allem Hinweise auf zeitliche Veränderungen, sind hier zusammengefasst. Die Subkategorien entstanden durch den Kodierungsprozess induktiv und wurden fortlaufend an neue Erkenntnisse angepasst.

Die durch den Kodier-Prozess entstandenen Kategorien wurden im Anschluss zusammengefasst und auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede innerhalb der übergeordneten Kategorien untersucht. Hinweise auf die Wertestrukturen der einzelnen Episoden und Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Episoden bildeten die Basis für die Rekonstruktion der Narrative. Während des gesamten Prozesses wechselten sich einzelnen Arbeitsschritte ab, bis die Analyse abgeschlossen war.

11 Lemma-Listen fassen verschiedene Varianten eines Begriffs zusammen. So können leicht abweichende, aber sinngleiche Wörter identifiziert werden, ohne die Suche mit jeder dieser Varianten erneut durchzuführen; bspw. Aktivisten, Aktivist, Aktivistin.

12 Eine Codefamilie ist ein hierarchisches System. Es dient dazu, Codes und Subcodes in einer Baumstruktur zu ordnen.

2.2.2 Sozialökologische Transformation und äußerst rechte Einflussnahme vor Ort: Daten und Methodik

Ein empirischer Bezugspunkt der RIOET-Erhebungen lag auf jeweils zwei ausgewählten Regionen in Ost- und Westdeutschland, die auf unterschiedliche Weise vom Klimawandel bzw. damit einhergehenden sozialökologischen Transformationsprozessen und entsprechenden lokalen Transformationskonflikten betroffen waren. Zudem ließen sich für diese Regionen Akteur*innen der äußersten Rechten sowie verschwörungsideologische Akteur*innen identifizieren, die auf die entsprechenden lokalen Transformationsprozesse oder auf die übergeordnete Klimawandelthematik und -politik Bezug nahmen. Für die Analyse der in diesen Regionen ablaufenden Prozesse sowie der damit verbundenen Bezüge zu äußerst rechten und verschwörungsideologischen Narrativen wurden verschiedene Daten herangezogen. Auf diese Datengrundlage wird im Folgenden kurz eingegangen.

Tabelle 1: Forschungsregionen und Transformationsprozesse

Region	Transformationsprozess
1. Zeitz-Weißenfelder Kohlerevier (Sachsen-Anhalt)	(vorgezogener/geplanter) Ausstieg aus der Braunkohleverstromung
2. Rheinisches Kohlerevier/Garzweiler II (NRW)	(vorgezogener/geplanter) Ausstieg aus der Braunkohleverstromung
3. Harz (Sachsen-Anhalt)	Waldsterben
4. Reinhardswald (Hessen)	geplanter Bau von Windkraftanlagen

Expert*inneninterviews

Zunächst wurden im Projekt 31 leitfadengestützte Expert*inneninterviews durchgeführt. Diese umfassten Expert*innen aus den Feldern „Rechtsextremismus und Klima“, „Rechtsextremismus und Jugend“ oder „Klima und Jugend“. Darüber hinaus wurden auch Personen interviewt, die als Expert*innen für die lokalen Situationen bzw. als relevante lokale Akteur*innen in den vier Fallregionen adressiert wurden. Die Interviewten verfügten über Expertise in den folgenden Wissens- und Handlungsfeldern:

- Wissenschaft (n=3)
- Umwelt- und Naturschutzorganisationen (n=2)
- Zivilgesellschaftliche Bündnisse/Bürger*inneninitiativen (n=10)
- Jugendorganisationen (n=2)
- Präventions- und Interventionsarbeit im Bereich Rechtsextremismus (n=3)
- Partnerschaften für Demokratie (n=1)
- Politik/Verwaltung (n=1)

- Jugendsozialarbeit/Jugendeinrichtungen (n=7)
- Bildungs- und Publikationsarbeit zu den Themen Rechtsextremismus/Klima/Jugend (n=5)

Ein Ziel dieser Interviews war es, einen vertieften Einblick in die für das RIOET-Projekt relevanten Themenfelder zu gewinnen. Darüber hinaus ging es u.a. darum, fundiertes Wissen über die untersuchten Regionen zu generieren sowie die entsprechenden sozialökologischen Transformationsprozesse und die Bezugnahmen äußerst rechter und verschwörungsideologischer Akteur*innen darauf näher zu beleuchten.

Teilnehmende Beobachtungen und Feldbegehungen

Letztgenanntes Ziel wurde auch mit den teilnehmenden Beobachtungen und Feldbegehungen (N=11) verfolgt, die im Verlauf des RIOET-Projekts in den vier Forschungsregionen durchgeführt wurden: Um weiterführende Einsichten zu den vier Forschungsregionen zu gewinnen und die Ergebnisse der Expert*inneninterviews zu ergänzen, wurden bei verschiedenen Anlässen – beispielsweise bei Demonstrationen – teilnehmende Beobachtungen durchgeführt und gezielt bestimmte Orte aufgesucht. Darunter etwa die Stadt Zeitz oder die Abbruchkante des Tagebaus Garzweiler II, sowie die umliegenden umgesiedelten/nicht-umgesiedelten Ortschaften. Die Ergebnisse dieser Beobachtungen und Begehungen wurden in Beobachtungstagebüchern festgehalten. Die Feldbegehungen und deren Auswertungen waren hilfreich, um die Lebensumstände der jungen Menschen vor Ort besser nachvollziehen und thematisierte Konflikte besser verstehen zu können.

Presseberichterstattung

Zur Beschreibung der vier Forschungsregionen wurde zusätzlich eine Recherche in der lokalen Presse durchgeführt. Es wurden Presseberichte identifiziert, in denen über die lokalen Transformationsprozesse und -konflikte oder über entsprechende äußerst rechte und verschwörungsideologische Bezugnahmen berichtet wurde. Darüber hinaus flossen weitere Quellen ein, wie die Internetauftritte lokaler Protestbündnisse, sowie institutionelle Quellen, etwa statistische Analysen zur politischen Struktur und zum Wahlverhalten anhand der jüngsten Landtags- und Kommunalwahlergebnisse.

Äußerst rechte und verschwörungsideologische Quellen

Eine weitere Datengrundlage für die Situationsanalysen der im RIOET-Projekt fokussierten vier Forschungsregionen stellen äußerst rechte und verschwörungsideologische Primärquellen dar, in denen eine Bezugnahme auf diese Re-

gionen oder die für diese relevanten Transformationsprozesse und -konflikte stattfand. Diese Daten betrafen beispielsweise Auftritte und Posts äußerst rechter Parteien und Politiker*innen im Internet und den Sozialen Medien, Landtagsanfragen äußerst rechter Parteien, Artikel in äußerst rechten Medien oder Inhalte aus Telegram-Gruppen.

2.3 Das Klima der *Jungen Freiheit*: Die Perspektive der äußerst rechten Wochenzeitung auf die Klimakrise

Wie im vorherigen Kapitel beschreiben, wurde parallel zum RIOET-Projekt auch eine Analyse der Wochenzeitung *Junge Freiheit* durchgeführt.¹³ Sie diente dazu, exemplarisch die Medienlandschaft der äußersten Rechten tiefer zu analysieren und die aktuell formulierten Narrative der äußersten Rechten zum Klimawandel herauszuarbeiten. Um die Bedeutung der Zeitung und deren Haltung zu Klimawandelthemen einzuordnen, wird im Folgenden zunächst kurz auf die äußerst rechte Medienlandschaft eingegangen und darauf geschaut, wie sich diese allgemein zum Thema Klimawandel positioniert.

2.3.1 Äußerst rechte Medienlandschaft und die unterschiedlichen Positionen zum Klimawandel

Viele äußerst rechte Akteur*innen stehen etablierten Medien, insbesondere dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, kritisch bis feindlich gegenüber. Medien, die mit Begriffen wie „Systemmedien“ und „Lügenpresse“ belegt werden, beschreibt die äußerste Rechte als links, inländer*innenfeindlich oder von der Regierung gleichgeschaltet (Virchow 2021: 322ff.). Für die Kommunikation der eigenen Themen entwickelten die Akteur*innen unterschiedliche Strategien, darunter die Publikation eigener Medienprodukte wie Zeitschriften oder Online-Angebote (ebd.: 325). Die äußerst rechte Medienlandschaft ist heute vielseitig und besteht aus einem breiten Spektrum unterschiedlicher Strömungen. Sie kann als dynamisches und ausdifferenziertes Feld begriffen werden, auf dem ständig neue Akteur*innen auftauchen und andere ihre Arbeit einstellen. Durch die Erschließung digitaler Räume ist eine unübersichtliche Medienlandschaft der äußersten Rechten entstanden, deren Akteur*innen zum Teil untereinander vernetzt sind und die gleichzeitig durch autonome Akteur*innen bespielt wird (ebd.: 327). Im wachsenden Angebot aus Printmedien

13 Die diesem Kapitel zugrunde liegende Forschung ist als thematisch passende Qualifizierungsarbeit aus dem Projektteam entstanden und war nicht Teil des RIOET-Projekts.

und Online-Angeboten konnten sich mehrere Akteur*innen dauerhaft etablieren und eine zunehmende Reichweite aufbauen. Insbesondere die Wochenzeitung *Junge Freiheit*, das Monatsblatt *Zuerst!*, die Zeitschriften *Compact* und *Cato* sowie die *Preußische Allgemeine Zeitung* konnten sich dauerhafte Strukturen aufbauen (ebd.).

Bernhard Forchtner hat bei seinen Untersuchungen unter anderem wichtige Publikationsorgane der äußersten Rechten betrachtet. Dennoch existieren kaum wissenschaftliche Publikationen, die einzelne Periodika auf deren Kommunikation zum Klimawandel hin untersuchen. Eine Ausnahme stellt hier die Analyse des „rechte[n] Deutungs-, [und] metapolitische[n] Kulturkampf-Projekt[s]“ (ebd.: 111) *Die Kehre* dar, die von Wiebke Zimmermann durchgeführt wurde. *Die Kehre* ist eine Zeitschrift zur „Etablierung einer Konservativen Ökologie“ (ebd.) und erscheint vierteljährlich im Oikos Verlag. Die Analyse von Zimmermann zeigt, dass *Die Kehre* zwar den Klimawandel nicht leugnet, aber:

[S]owohl die Klimaerwärmung (und dass selbige maßgeblich anthropogen vorangetrieben wird) als auch Einzelelemente klimaschützerischer Maßnahmen im Rahmen der Energiewende können akzeptiert werden, ohne dass dies jedoch für den Klimaschutz gelten muss. Es gibt daher insofern keinen Klimaschutz von rechts, als dass dieser in der thematischen Auseinandersetzung schlichtweg, aber dennoch intentional, durch einen „ganzheitlichen“ Begriff von Ökologie substituiert wird und auch werden soll (ebd.: 113).

In der Zeitschrift wird Klimaschutz als defizitäre Ideologie präsentiert, deren Projekte Vernichtung und Zerstörung bedeuten und im Widerspruch zum Natur- und Umweltschutz stehen (ebd.: 112f.). Klimaschutzmaßnahmen werden als technokratisch dargestellt, weshalb sie dem ökologischen Verständnis der äußerst rechten Autor*innen widersprechen, das sich als Sehnsucht nach „einer idealisierten heilen, in den natürlichen Umweltverhältnissen eingebundenen Ordnung“ (ebd.: 113) beschreiben lässt. Die Klimakrise wird als Umweltkrise gedeutet und als „eine Folgeerscheinung des materialistischen Globalkapitalismus“ (ebd.: 115) beschrieben. Daraus entsteht die „Vision einer Kulturwende, die sowohl regressiv als auch revolutionär ist“ (ebd.). Konkrete Antworten auf klimapolitische Fragen bieten die Beiträge des Magazins nicht, stattdessen kritisieren sie die vorhandenen Strategien zum Klimaschutz, schwerpunktmäßig die erneuerbaren Energien (ebd.: 116). Der Klimawandel wird in dem Periodikum auch als Fluchtursache thematisiert. In diesem Zusammenhang wird von einer „Ideologie der Schuld“ (Karsten 4/2020 zitiert nach Zimmermann 2022: 100) geschrieben und auf völkische Denkbilder von räumlich getrennten Kulturen zurückgegriffen.

Andere deutsche äußerst rechte Medien wurden bisher nicht einzeln zum Thema Klimawandel untersucht.¹⁴ Weitere Forschungen betrachteten unter-

14 Eine im April 2024 durchgeführte Literaturrecherche ergab keine weiteren Treffer.

schiedliche äußerst rechte Medien und werteten diese zusammen aus. Die einzelnen Periodika stehen dabei stellvertretend für die äußerste Rechte oder ihre unterschiedlichen Strömungen. Dabei stehen meist allgemeine Fragen zur rechten Ökologie und nicht das Thema Klimawandel im Mittelpunkt.

Für die Jahre 2007 bis 2014 untersuchten Forchtner et al. (2018: 589) deutschsprachige äußerst rechte Zeitschriften und einen Online-Blog danach, wie diese das Phänomen Klimawandel artikulieren. Dazu führten die Forschenden eine quantitative Diskursnetzwerkanalyse durch (ebd.: 590). Das Korpus bildeten der Blog *Politically Incorrect* stellvertretend für rechtspopulistische Akteur*innen, das Monatsmagazin *Nation & Europa* und das Nachfolgeprojekt *ZUERST!*. Diese wurden zusammen ausgewertet und exemplarisch für rechtsextreme Akteur*innen betrachtet. In die Analyse wurden zudem das rechtsextreme Umweltmagazin *Umwelt & Aktiv* sowie – als radikalste Ausprägung des äußerst rechten Spektrums – das neonazistische Magazin *Recht & Wahrheit* einbezogen (ebd.: 593). In allen analysierten Medien war die Darstellung zu finden, dass linke Akteur*innen keinen gesunden Menschenverstand hätten. Dazu werden von diesen Medien nicht nur Parteien und andere Akteur*innen, die dem linken Spektrum zugerechnet werden können, gezählt, sondern beispielsweise auch Parteien aus dem konservativen Spektrum wie die CDU (ebd.: 595f.). Sie alle werden von den analysierten Medien als irrational, fehlgeleitet und als nicht in der Lage, das vermeintlich Offensichtliche zu sehen, beschrieben. Häufig wird bei der Beschreibung ein polemischer, skeptischer Ton angeschlagen. Darüber hinaus wird linken Akteur*innen und sogenannten Mainstream-Wissenschaftler*innen vorgeworfen, in Bezug auf den Klimawandel absichtlich falsche Tatsachen zu behaupten. Ein weiterer Vorwurf lautet, dass kritische (wissenschaftliche) Stimmen unterdrückt würden. Äußerst rechten Akteur*innen wird im Gegensatz dazu zugesprochen, über gesunden Menschenverstand zu verfügen und daher vernünftig zu argumentieren (ebd.: 596). Auch populistische Ausführungen zum Klimawandel sind in allen untersuchten Medien zu finden. Forchtner et al. (2018) vermuten, dass ein Beweggrund hinter dem Klimawandelskeptizismus der Äußersten Rechten das Feindbild eines globalistischen Regimes ist, das die vermeintliche Souveränität des Volkes bedrohe.¹⁵ Das Magazin *Umwelt & Aktiv* unterscheidet sich stark von den anderen betrachteten Medien, die sogenannte Mainstream-Medien als Feindbild ansehen und sie beispielsweise als gleichgeschaltet bezeichnen. Im Magazin *Umwelt & Aktiv* wird nicht auf eine vermeintliche Klimawandelreligion Bezug genommen und auch befürchtete Freiheitseinschränkungen durch Klimaschutzmaßnahmen sind dort kein Thema

15 Weitere Erklärungsansätze, warum Rechtspopulist*innen überwiegend Klimaschutzmaßnahmen ablehnen, beschreiben Sommer et al. (2022: 77ff.). Darunter ideologische Ablehnung, strategische Ablehnung, strategischer Naturschutz, Konflikte um die Lebensführung, Verteidigung von Privilegien und psychologische Begründungen.

(ebd.: 597). In dem rechtsextremen Umweltmagazin wird im Gegensatz zu den anderen analysierten Medien der Klimawandel nicht kontinuierlich geleugnet (ebd.: 600). Für die Autor*innen überraschend war das Ergebnis, dass nur selten Verbindungen zwischen den Themen Migration und Klimawandel in den analysierten Artikeln zu finden sind (ebd.).

Forchtner/Özvatn (2020: 222) gehen in einer quantitativen Diskursanalyse der Frage nach: „How does the German far-right communicate the environment, and in what do differences and similarities exist between anti-liberal, (nominally) democratic (populist) radical-right actors and the anti-democratic extreme right?“ (ebd.: 217). Das Datenkorpus der Untersuchung bildeten Beiträge der *Jungen Freiheit*, der rechtsextremen Monatszeitung *ZUERST!*, der rechtsextremen Ökozeitung *Umwelt & Aktiv* und der rechtsextremen Monatszeitung *Deutsche Stimme* aus dem Zeitraum 2013 bis 2016. Außerdem analysierten die Autor*innen Parteiprogramme der AfD und der NPD (ebd.). Die Auswertung der Daten ergab, dass die unterschiedlichen Periodika Umweltthemen sehr ähnlich bewerten. Gleichzeitig legen sie den Fokus der behandelten Themen anders als etablierte Medien. Der dort präsente Klimawandel oder Gentechnik werden verhältnismäßig selten thematisiert (ebd.: 241). Der Klimawandel steht selten als eigenständiges Thema im Mittelpunkt der Diskussionen. In anderen Themenschwerpunkten werden klimabezogene Themen angeschnitten, beispielsweise in Beiträgen zur Energiesicherheit (ebd.: 224). Klimawandelskepsis ist bei den untersuchten Medien dominant (ebd.: 225). Klimaschutz wird beispielsweise als pseudoreligiöses Thema und Klimaschutzbefürworter*innen als fanatische Anhänger*innen einer Klimaschutzreligion dargestellt (ebd.). Wissenschaftliche Erkenntnisse werden infrage gestellt und vorgeblicher Alarmismus wird ebenso wie Klimaschutzmaßnahmen kritisiert. Dabei wird auf negative Auswirkungen für den „kleinen Mann“ hingewiesen, der unter den Maßnahmen leiden müsse (ebd.: 225f.).

Die wohl aktuellste Forschung, die die Klimawandelkommunikation äußerst rechter Medien in Deutschland untersucht, ist eine Bildanalyse mit der Fragestellung: „What similarities/differences exist in how local/regional/national environment and global climate change are visually articulated?“ (Forchtner/Olsen 2023: 231). Bernhard Forchtner und Jonathan Olsen untersuchen dabei Bilder aus Beiträgen zum Klimawandel in der *Jungen Freiheit*, der *Deutschen Stimme*, dem als „rechtsextremistisch“ (Bundesministerium des Inneren und für Heimat 2023: 75) eingestuften *Compact-Magazin* und in *Die Kehre*. Die analysierten Beiträge stammen aus dem Zeitraum Januar 2020 bis einschließlich Juli 2021 (Forchtner/Olsen 2023: 234). Laut den Autoren waren die häufigsten Framings, die durch die Bilder vermittelt wurden: wirtschaftliche Schäden durch Klimaschutzmaßnahmen, Klimawandelirrationismus, Umweltschäden durch Klimaschutzmaßnahmen, Steuerung der Klimadebatte durch Sonderinteressen, alte Wege sind gute Wege und die Gefahr durch Grüne Politik. Von den 115 untersuchten Bildern zum Thema Klimawandel

waren 75 negativ und 33 positiv konnotiert. Zum ebenfalls untersuchten Thema lokale Umwelt waren die Bewertungen etwa umgekehrt (ebd.: 236). Dies zeigt, welche Rollen die beiden Themen für die äußerste Rechte einnehmen.

2.3.2 Narrative zum Klimawandel in der Jungen Freiheit

Von der allgemeinen Medienlandschaft der äußersten Rechten kommen wir nun konkret zur Zeitung *Junge Freiheit*. Diese erscheint als Printausgabe wöchentlich und veröffentlicht zudem täglich Artikel auf der eigenen Webseite. Das Thema Klimawandel bzw. angrenzende Themen werden in vielen Artikeln der Zeitung behandelt und die *Junge Freiheit* ist als auflagenstarke Wochenzeitung eine wichtige Akteurin der äußerst rechten Medienlandschaft (Michel 2022: 282).

Die herausgearbeiteten Narrative sind unterschiedlich und teilweise widersprüchlich, aber alle lehnen Maßnahmen zum Klimaschutz ab. Um den Aufbau der Narrative nachvollziehbar zu machen, werden nachfolgend zuerst die Ergebnisse der durchgeführten Grobanalyse erklärt, anschließend werden die wichtigsten Kategorien der detaillierten Analyse und danach die Narrative dargestellt.

Ergebnisse der Grobanalyse

Die Grobanalyse lieferte zunächst einen Eindruck dafür, welche Themen mit Bezug zum Klimawandel für die *Junge Freiheit* von besonderer Relevanz sind. Dabei wurden die 336 Beiträge gelesen und inhaltlich zusammengefasst (vgl. Kap. 2.2.1). Auffällig war, dass die Kritik an Klimaschutzmaßnahmen einen hohen Stellenwert bei den Artikeln einnahm, insbesondere an dem Gebäudeenergiegesetz, der Mobilitätswende und der Energiewende. Die Artikel beschreiben einen drohenden Wohlstandsverlust durch die Maßnahmen. Auch Kritik an Klimaaktivist*innen war ein wichtiges Thema, direkte Auswirkungen durch den Klimawandel werden dagegen nur in den wenigsten Artikeln formuliert. Dabei ist insbesondere hervorzuheben, dass ausschließlich negative Auswirkungen beschrieben, beziehungsweise vorhergesagt werden und keiner der analysierten Artikel beschlossene Klimaschutzmaßnahmen positiv bewertet. Positive Entwicklungen, beispielsweise für die Wirtschaft, werden nicht behandelt.

Nach dieser ersten Analyse des gesamten Datenmaterials wurden anschließend alle Beiträge nach Stichworten durchsucht. Die genutzten Suchbegriffe sind durch die Arbeit mit den Texten entstanden (siehe Kap. 2.2.1) und wurden zu übergeordneten Themen zusammengefasst (siehe Tab. 2). Deutlich wurde so, dass während des untersuchten Zeitraums das Interesse am Thema Klimawandel und Klimawandelpolitik der *Jungen Freiheit* nachließ. Das Stichwort,

das in den meisten Artikeln vorkam, war „Grüne“. Etwas weniger Treffer ergab die Suche nach *Aktivist*innen*. Bei allen Suchen, außer der Kategorie „Grüne“, wurden mehrere Suchbegriffe genutzt um Artikel zu identifizieren die das Thema behandeln. Insbesondere im Monat April 2023 behandeln die Artikel das Thema Kernkraft intensiv. In diesem Monat erfolgte die Umsetzung des Ausstiegs Deutschlands aus der Kernenergie. Danach verlor das Thema in der *Jungen Freiheit* an Bedeutung. Bei der Kategorie Klimaaktivist*innen war in dem untersuchten Zeitraum die *Letzte Generation* und die Straßenblockaden der Gruppe das häufigste Thema. Dieses verlor im Laufe des untersuchten Jahres an Bedeutung. Ein ähnlicher Verlauf ist bei der Wärmewende zu beobachten. Das relevanteste Thema in dieser Kategorie war das Gebäudeenergiegesetz.

Tabelle 2: Artikel in der Jungen Freiheit, aufgeschlüsselt nach Monaten und behandelten Themen

Thema ¹⁶	Apr 2023	Mai 2023	Jun 2023	Jul 2023	Aug 2023	Sep 2023	Okt 2023	Nov 2023	Dez 2023	Jan 2024	Feb 2024	Mär 2024	Artikel gesamt
Grüne	49	23	24	11	10	10	7	13	14	11	8	9	189
Aktivist*innen ¹⁷	21	28	14	17	9	20	8	9	9	5	6	4	150
Wärmewende ¹⁸	19	21	18	5	5	5	2	5	1	3	5	5	94
Energiewende ¹⁹	17	15	7	5	10	0	6	1	7	5	3	4	80
Kernkraft ²⁰	26	6	7	4	4	0	1	3	6	0	4	5	66
Klimawandel ²¹	11	10	7	3	7	3	3	6	3	0	1	3	57
Mobilitätswende ²²	1	2	2	5	3	3	1	1	2	4	2	6	32
Identifizierte Artikel gesamt	64	50	37	31	24	27	13	22	23	15	13	17	336

- 16 Für die Suche wurden mehrere Suchbegriffe für die einzelnen Themen genutzt und mit einer automatisierten Lemma-Liste ergänzt. Anschließend wurden die Treffer aussortiert, die nicht dem Thema entsprachen.
- 17 Suchbegriffe: Aktivist, Klimakleber, Klima-Kleber, Klimaterrorist, Klima-Terrorist, Klimaextremist, Klima-Extremist, Klimaradikale, Klima-Radikale, Klimabewegung, Letzte Generation, Fridays for Future, FFF, Extinction Rebellion
- 18 Suchbegriffe: Heizung Heizungsgesetz, Wärmewende, Wärmepumpe, Gebäudeenergiegesetz
- 19 Suchbegriffe: Energiewende, Windkraft, Windenergie, Flatterstrom, Stromleitung, Solar, Photovoltaik, Fotovoltaik, Windräder, Windrad, Erneuerbare, Energie, Stromtrassen, Biogas, Windpark, Kohleausstieg, Dunkelflaute
- 20 Suchbegriffe: Kernkraft, Atom, Kernenergie, Nuklear, Nuclear, Kernreaktor
- 21 Suchbegriffe: Klimawandel, Klimaerwärmung, Klimakatastrophe, Erderwärmung, Globale Erwärmung, Globale Abkühlung, Eiszeit
- 22 Suchbegriffe: E-Auto, Elektroauto, Elektro-Auto, Mobilitätswende, Verbrennerverbot, Dieserverbot, Ladesäule

Die Tabelle 2 zeigt, dass die *Junge Freiheit* Interesse an Themen mit Bezug zum Klimawandel hatte. Gleichzeitig wurde der Klimawandel selten direkt in den Artikeln benannt, sondern über Akteur*innen und Maßnahmen zum Klimaschutz angeschnitten.

Nachdem im Rahmen der Grobanalyse ein Überblick zu den gesamten Daten entstanden ist, wurden insgesamt 54 Artikel der Wochenzeitung für die Feinanalyse ausgewählt.

Die wichtigsten Analysekategorien der Feinanalyse

Bei der Feinanalyse stellte sich heraus, dass zwei auf den ersten Blick gegensätzliche Narrative zum Klimawandel in den Artikeln der *Jungen Freiheit* zu finden sind. Viele Artikel stellen Klimaschutzmaßnahmen grundsätzlich in Frage und vermitteln klimawandelskeptische Positionen unterschiedlicher Art. Wenige Artikel argumentieren pro Klimaschutz, um die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren, oder beispielsweise das Thema Migration aufzugreifen.

Um die Narrative, die die *Junge Freiheit* zum Klimawandel verbreitet, rekonstruieren zu können, wurde bei den Artikeln nach thematischen Episoden der Erzählungen gesucht und passende Textstellen in Codes gesammelt (siehe Kap. 2.2.1). Bevor nun die identifizierten Narrative dargestellt werden, wird zunächst ein Überblick zu den relevantesten Episoden gegeben.

Probleme: Ursachen, Folgen und Lösungen

Die ausgewerteten Artikel beurteilen den Klimaschutz, die aktuelle Klimapolitik und Klimaschutzbefürworter*innen fast ausschließlich negativ. In der Analyse bildeten sich drei übergeordnete Themen heraus, die die Artikel der *Jungen Freiheit* als Problem darstellen: (1) Klimawandel als politisches Thema allgemein, (2) die mit Klimaschutz zusammenhängenden Transformationsprozesse und (3) negative Klimawandelauswirkungen. Diese wurden jedoch nur in Verbindung mit Kritik an anderen Maßnahmen wie dem Atomausstieg und dem Schüren von Ängsten, wie beispielsweise mehr Geflüchtete durch den Klimawandel, formuliert.

Die Ursachenbeschreibungen zu den ersten beiden Problemen, Klimawandel als politisches Thema allgemein und Klimaschutz/Transformationsprozesse, sind in den Ausführungen der *Jungen Freiheit* identisch. Als Ursachen werden die Interessen von Eliten und als „Grüne“ beschriebene Akteur*innen, eine Ideologie beziehungsweise fanatischer Glaube an eine vermeintliche Klimareligion, Klimaforschungen und Besonderheiten der deutschen Gesellschaft identifiziert. Auch eine angeblich fehlende Neutralität der Klimaforschung wird in den Artikeln angeprangert. Bei der Problembeschreibung von negativen Klimawandelauswirkungen wird der Klimawandel nur bei dem Thema Neobiota (Tier- und Pflanzenarten, die in ein Gebiet gelangt sind, in

dem sie natürlicherweise nicht vorkommen) als Problemursache identifiziert, ohne näher darauf einzugehen, wie dieses ausgelöst wird.

Auf Problemfolgen des Klimaschutzes wird in den Beiträgen der *Jungen Freiheit* ausführlich eingegangen. Die häufigsten beziehen sich auf Klimaschutzmaßnahmen wie die Energie-, Verkehrs- und Heizungswende. Die angeführten Auswirkungen würden die Wirtschaft, den Wohlstand, die Energieversorgungssicherheit und die Demokratie des Landes, sowie den Wohlstand und die Sicherheit der Bürger*innen betreffen. Durch Klimaschutzmaßnahmen würden, in der Argumentation der Zeitung, die Energiepreise so stark steigen, dass diese „noch mehr Firmen außer Landes treiben könnt[en]“ (Stein 2023). Außerdem mahnt die *Junge Freiheit* ökologische Schäden durch die Maßnahmen an.

Negative Auswirkungen durch den Klimawandel selbst, thematisieren die Artikel des ausgewerteten Zeitraums selten. Wenn dies geschieht, dann werden diese als Randnotiz thematisiert oder durch Konjunktion in Frage gestellt, wie in dem Artikel „Nun soll Deutschland auch noch ‚Klimaflüchtlinge‘ aufnehmen“ (JF-Online 2023e). Indirekt wird so kommuniziert, dass das Problem der Klimageflüchteten nicht durch den Klimawandel entstehen würde, sondern inszeniert sei.

Lösungen für die identifizierten Probleme formulieren die Autor*innen nur selten. Beispielsweise wird argumentiert, dass nur durch die Nutzung von Kernkraft der Klimawandel effektiv bekämpft werden könnte (eines der wenigen Beispiele, in denen der Klimawandel nicht vordergründig infrage gestellt wird). Sie verweisen zum Beispiel auf den „Physiknobelpreisträger Steven Chu“ (JF-Online 2024b) der überzeugt ist, „daß [sic] der Klimawandel nur durch Kernenergie gestoppt werden kann“ (ebd.). Die anderen Ansätze befassen sich mit der Frage, wie Klimaschutzmaßnahmen reduziert werden können. Ein Artikel nennt „Anpassungen an den Klimawandel“ (JF-Online 2023l) sinnvoller als Maßnahmen zur Emissionsreduktion, um den Wohlstand zu sichern (ebd.).

Um Kosten für den durch internationale Gesetze festgelegten Klimaschutz zu senken, schlägt die *Junge Freiheit* vor, nur noch das Mindeste zu unternehmen:

Diese Rolle des vorbildlichen Klima-Klassenprimus steht einem überalterten Land mit sklerotischen Institutionen und einer bedenkenträgerischen Innovationskultur dagegen gar nicht gut zu Gesicht. Natürlich kann man die EU-Klimaschutzverordnung nicht so leicht entschärfen, aber unser eigenes Klimaschutzgesetz können wir so weit abrüsten, daß [sic] wir nur das EU-rechtlich Geforderte tun (Kofner 2023).

In den Fällen, in denen der Klimawandel stärker infrage gestellt wird, besteht der Lösungsansatz im Widerstand und Protest gegen grüne Politiker*innen (Stein 2023) und der Hoffnung auf eine Regierung ohne Beteiligung der Partei Bündnis 90/Die Grünen (Zach 2023a). Laila Mirzo formuliert diese Forderung in einem Artikel vom 29. September 2023 wie folgt: „Wir brauchen Politiker,

die angesichts der Veränderungen einen kühlen Kopf bewahren und nachhaltige Lösungsansätze vorschlagen und keine ideologischen Hitzköpfe“ (Mirzo 2023).

*Aktanten: Held*innen, Feindbilder und Opfer*

Ein wichtiges Strukturmerkmal von Erzählungen und Narrativen sind Aktanten. Die relevantesten davon sind für diese Untersuchung Held*innen, Antiheld*innen (Feindbilder) und Opfer.

Antiheld*innen sind die präsentesten Aktanten in den Ausführungen der *Jungen Freiheit*. Die Feindbilder werden teilweise auch als Problemursache identifiziert. Hauptsächlich Personen und Institutionen, die allgemein für Klimaschutz oder konkrete Klimaschutzmaßnahmen eintreten, werden darin als Antiheld*innen beschrieben und teilweise klar zum Feindbild erklärt. Dazu zählen politische Gegner*innen, darunter maßgeblich die Partei Bündnis 90/Die Grünen und als Grüne markierte Personen. Auch der Staat und die EU sind als Antiheld*innen dargestellt. Die Artikel beschreiben als solche auch konservative Akteur*innen, wenn diese sich für Klimaschutz einsetzen oder als Befürworter*innen von Klimaschutzmaßnahmen betrachtet werden, beispielsweise Friedrich Merz oder die CDU/CSU insgesamt (JF-Online 2023g). Gleiches gilt für christliche Kirchen oder deren Vertreter*innen (Fischer 2023). Eliten sind als weitere Antiheld*innen dargestellt und werden als mächtige Gruppe umschrieben, die als Strippenzieher*innen hinter der Klimapolitik stehen und durch Klimapolitik ihren Reichtum vergrößern wollen:

Denn selbstredend ist der grüne Klima-Lobby-Filz alles andere als uneigennützig und idealistisch. Dafür sprechen schon die beachtlichen Geldströme, die nicht zuletzt von jenseits des Atlantiks aus Kreisen des US-amerikanischen Milliardärssozialismus in die Kassen der entsprechenden Organisationen fließen (Zach 2023b).

Auch Klimaaktivist*innen werden seitens der Autor*innen fast immer als Antiheld*innen beschrieben. Ausnahmen stellen Aktivist*innen dar, die sich für Kernkraft einsetzen (Albrecht, 2023). Weitere Feindbilder sind Klimaforscher*innen (Hauke 2023c), Naturschutzvereine (Zach 2023b) und (öffentlich-rechtliche) Medien (JF-Online 2023i). Auch Staatsorgane wie die Justiz (Behrens 2023), Schulen (JF-Online 2023p) oder – auf europäischer Ebene – das EU-Parlament und die EU-Kommission (Rothacher 2023) sind als Antiheld*innen dargestellt, wenn diese sich für Klimaschutz einsetzen oder nach Meinung der JF-Autor*innen zu wenig gegen Klimaaktivist*innen unternehmen. Vor allem der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird als „fanatisiert“ (Harm, 2023) und einseitig bei dem Thema Klima wahrgenommen oder als von den Eliten gesteuert beschrieben. Den kritisierten Medien werfen die Autor*innen vor, bewusst mit falschen Bildern Klimawandelauswirkungen zu dramatisieren (JF-Online, 2023i).

Neben Institutionen und als wirkmächtig beschriebene Antiheld*innen werden auch Geflüchtete, Ausländer*innen (JF-Online 2024a) und nicht arbeitende Menschen (Hauke 2023b) als Feindbilder aufgerufen. Beispielsweise wenn durch klimawandelbedingte Katastrophen Menschen fliehen, werden diese Geflüchteten als Bedrohung dargestellt. Ein weiteres Feindbild, das die *Junge Freiheit* zeichnet, sind Neobiota, die das Ökosystem in Deutschland bedrohen würden (Meckelein 2023).

Als Held*innen stellt die *Junge Freiheit* hingegen Gruppen dar, die sich gegen Klimaschutzmaßnahmen oder Klimaforschung aussprechen. Teilweise sind darunter auch Akteur*innen zu finden, die in weiteren Artikeln der Wochenzeitung als Antiheld*innen präsentiert werden. Daran ist erkennbar, dass die Einstellung zum Thema für die Bewertung der Autor*innen mindestens genauso relevant ist, wie deren allgemeine politische Positionierung. Beispielsweise wird ein CDU-Politiker positiv beschrieben, weil dieser vor politischem Einfluss in der Abiturbewertung warnt (Kaiser 2023a). Auch Klimaaktivist*innen, die die meisten Artikel negativ bewerten, werden in Beiträgen befürwortet, sofern diese sich für die Weiternutzung der Kernkraft in Deutschland einsetzen (Albrecht 2023). Obwohl der Staat und dessen Organe auch als Teil des Problems des Klimadiskurses betrachtet werden, sind zum Teil auch staatliche Institutionen und damit verbundene Personen als Held*innen dargestellt, beispielsweise ein Verfassungsrichter, der nicht in seiner Position als Richter spricht, seine Funktion als Richter in der Beschreibung der *Jungen Freiheit* jedoch prominent platziert ist. So wird auf dessen berufliche Autorität verwiesen, das Rechtssystem selbst aber meist kritisiert. Der genannte Jurist warnt in seiner Rede vor den Folgen der Klimapolitik durch eine „hedonistische [] Elite“ (JF-Online 2023l) und vor den Folgen der aktuellen Klimapolitik für die Umwelt und die Demokratie. Ermittlungen des Staatsschutzes gegen Klimaaktivist*innen bewertet die Zeitung ebenfalls positiv (Versteegen 2023). Feuerwehrleute, welche die durch die Energiewende entstehenden Gefahren bekämpfen, sind auch als Held*innen eingeordnet (Leonhard, 2024).

Die analysierten Artikel beschreiben die AfD durchweg positiv. Einzelne Artikel behandeln ausschließlich Statements von Parteimitgliedern zur Klimapolitik (JF-Online 2023j) oder Parteifunktionär*innen veröffentlichen als Gastautor*innen ihre Positionen direkt in der *Jungen Freiheit* (von Storch 2023a; 2023b). Die Partei ist dabei als Akteurin dargestellt, die vor Missständen warnt und diese auch aufdeckt (JF-Online 2023j), oder wird als treibende Kraft hinter konservativer Politik inszeniert. Ähnlich präsentiert sich die *Junge Freiheit* selbst. Sie warnt vor den Gefahren der Klimapolitik, vor allem vor dem Bündnis 90/Die Grünen und initiiert eine Petition zur Verlängerung der Nutzungsdauer der Atomkraft (JF-Online 2023l). Um sich solidarisch mit einem LKW-Fahrer zu zeigen, organisierte die Zeitung eine Spendenaktion. Der Fahrer durchbrach zuvor eine Straßenblockade der Letzten Generation und verlor deswegen seinen Führerschein und seine Arbeit (Behrens 2023). Die

Junge Freiheit stellt sich mehrmals hinter den Fahrer, relativiert und rechtfertigt dessen Gewalt an den Demonstrierenden. Anwohner*innen und Bürger*inneninitiativen die sich gegen lokale Maßnahmen der Energiewende wenden, erhalten positive Beschreibungen wie „Naturfreunde“ (Hinz 2023b) und „Naturschützer“ (Pellack 2023). Diese Zuschreibungen erhalten sie, weil sie sich damit gegen eine angeblich zerstörerische grüne Politik wenden würden. Meist wird die Bevölkerung jedoch als Opfer dargestellt, die Nachteile durch die Klimapolitik (JF-Online 2023d) oder durch Proteste von Klimaaktivist*innen erfahren würden (JF-Online 2023k).

Rekonstruktion der Narrative zum Klimawandel und der Klimawandelpolitik

Weitere Kategorien waren beispielsweise Gegensatzpaare, rhetorische Mittel, Raum- und Zeitstruktur, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Aus den identifizierten Episoden konnten dann die Narrative rekonstruiert werden, die die *Junge Freiheit* zum Klimawandel verbreitet. Diese werden nachfolgend dargestellt.

Der Klimawandel bedroht die heimische Artenvielfalt

In dieser Erzählung wird der Klimawandel anerkannt, jedoch ohne auf die Frage der Ursachen für diesen einzugehen. Der Plot ist in dieser Erzählung, dass sich durch klimatische Veränderungen Neobiota stärker ausbreiten und die heimische Artenvielfalt durch Verdrängungsmechanismen bedroht.

Im Artikel „Neobiota – die Invasion der Fremdartigen“ (2023) schreibt Martina Meckelein:

Ein weiterer Verbreitungseffekt ist ohne Frage der Klimawandel. Gerade die Ausbreitung der Asiatischen Tigermücke in Deutschland ist dafür ein gutes Beispiel. Die Tropen sind die Heimat des Winzlings. Ursprünglich stammt sie aus Indonesien, Thailand und Vietnam. In Deutschland wurde sie zum ersten Mal 2014 in Freiburg festgestellt. Normalerweise könnten ihre Eier die kalten Temperaturen während des deutschen Winters nicht überstehen. Doch unsere Winter sind in den letzten Jahren so mild gewesen, daß [sic] die Eier überlebten (ebd.).

Der Schwerpunkt liegt bei dem Thema jedoch weniger auf dem Klimaschutz, sondern mehr auf Naturschutz und dem Schutz der heimischen Arten vor „fremdartigen“ (ebd.): „Die Auswirkungen sind umwälzend. Denn diese fremdländischen Arten verdrängen immer stärker die einheimische Flora und Fauna“ (ebd.).

Zusammenfassend wird ein Narrativ bedient, demzufolge die schützenswerte heimische Artenvielfalt durch fremde Arten bedroht ist. Auffällig ist, dass die *Junge Freiheit* nur äußerst selten über klimawandelbedingte ökologische Folgen schreibt, beim Thema Neobiota aber wird dieser als Argument

genutzt, um die drohende Gefahr für die Natur zu unterstreichen. Dies lässt die Vermutung zu, dass die Gefahr durch invasive „Fremdartige“ sinnbildlich für Migration stehen soll, die angeblich „das deutsche Volk“ bedrohen würde. Die Übertragung einer Neobiota-Debatte auf Menschen hat jedoch keine Grundlage, außer der sprachlichen Nähe. Eine solche Äquivalentsetzung passt aber in rassistische und völkische Denkmuster (Fachstelle für Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz [FARN] 2019).

Bedrohung durch klimabedingte Migrationsbewegungen

Analog zu der Erzählung der bedrohten Artenvielfalt verbindet die *Junge Freiheit* den Klimawandel auch direkt mit dem Thema Migration. In dieser Erzählung wird nicht eindeutig ausgeführt, ob von einem anthropogenen Klimawandel ausgegangen wird. Andeutungen beschreiben jedoch klimabedingte Migrations- und Fluchtbewegungen als Lüge politischer Gegner*innen. So steht in dem Artikel: „Nun soll Deutschland auch noch ‚Klimaflüchtlinge‘ aufnehmen“ (JF-Online 2023e). Dabei werden lediglich in der Bildunterschrift negative Auswirkungen auf die Ökologie eindeutig anerkannt.

Ein steigender Meeresspiegel wird im Text konjugiert und „Klimaflüchtlinge“ (ebd.) in Anführungszeichen geschrieben:

Deutschland müsse jene Menschen aufnehmen, deren Heimat aufgrund von klimatischen Veränderungen nicht mehr bewohnbar sei. Das betreffe besonders Völker von Inselstaaten, weil dort der Meeresspiegel steige (ebd.).

Indirekt wird so kommuniziert, dass das Problem der Klimageflüchteten nicht durch den Klimawandel entstehen würde, sondern von Linken oder Grünen Akteur*innen inszeniert sei.

Andererseits wird der Klimawandel in Teilen anerkannt und die Folgen als „spürbar“ (JF-Online 2023e) beschrieben, ohne jedoch auf mögliche Ursachen dafür einzugehen. Wie bei den Neobiota werden keine Klimaschutzmaßnahmen befürwortet, sondern lediglich vor mehr Geflüchteten in Deutschland gewarnt.

Zentral ist in dieser Erzählung der befürchtete Migrationsdruck auf Deutschland, der zu einer Überforderung führen würde und daher bekämpft werden müsse:

Auf die Gleise geschubst, mit einem Messer angegriffen oder sexuell bedrängt. Kriminalität an Bahnhöfen im Südwesten nimmt zu. Die Nationalitäten der Tatverdächtigen sind vielfältig. Was bedeutet das für die von der Politik geforderte Verkehrswende (JF-Online 2024a)?

Jedoch wird die Lösung nicht beim Klimaschutz gesehen, sondern in Flucht-, beziehungsweise Migrationsbekämpfung. Entgegen den Erwartungen vor der Untersuchung kombinieren die Beiträge der *Jungen Freiheit* nur selten die beiden Themen Migration und Klima.

Das Narrativ dabei ist: Deutschland wird durch Fluchtbewegungen bedroht und muss sich abschotten. Der Klimawandel wird hier nicht als direkte Gefahr gesehen, sondern die Menschen, die durch entstandene Katastrophen fliehen müssen. Klimaschutzmaßnahmen werden abgelehnt, dafür wird ein vermeintlicher Grund für Abschottungspolitik gefunden. Die vermeintliche Anerkennung klimatisch bedingter Katastrophen entpuppt sich so als fremdenfeindliche Argumentation.

CO₂-Emissionen durch Grüne Transformation – Paradoxe Klimapolitik

Auch in dieser Erzählung ist die Anerkennung oder Leugnung des Klimawandels nicht eindeutig formuliert. Der Kern der Erzählung ist, dass durch Transformationsmaßnahmen vermehrt CO₂ ausgestoßen wird, insbesondere durch den Kernkraftausstieg, die Energie- und die Verkehrswende:

E-Autos schaden dem Klima – davon ist der frühere Ifo-Chef Sinn überzeugt. Auch die Energiewende sei ohne Kernkraft allein mit dem „grünen Flatterstrom“ nicht zu stemmen. Er erklärt, warum der Klimaschutz letztlich den CO₂-Austoß erhöht (JF-Online 2023b).

Diese Annahme verknüpfen die Artikel nur in Ausnahmefällen mit Forderungen nach effektivem Klimaschutz. Stattdessen werden Transformationsmaßnahmen dadurch als delegitimiert betrachtet. Hier wird nicht direkt der Klimawandel geleugnet, aber die Aussage, dass Klimaschutzmaßnahmen die CO₂-Emissionen steigern würde, stellt auch die Motivation dahinter in Frage. Indirekt wird so angedeutet, dass Entscheidungen für mehr Transformationsmaßnahmen mit dem Wissen getroffen werden würden, dass menschliches Handeln das Klima nicht beeinflusse. Beispielhaft ist dies in einem Artikel über Bio-Fleisch zu erkennen: „Wenn überhaupt noch Fleisch, dann Bio-Fleisch, sagen die Grünen. Doch eine Studie zeigt jetzt, wie viel klimaschädlicher das im Vergleich zu herkömmlichem Fleisch ist“ (JF-Online 2023f).

Das Narrativ hinter dieser Erzählung ist: CO₂ hat keinen Einfluss auf das Klima, denn wenn dem so wäre, müssten die Befürworter*innen des Klimaschutzes andere Maßnahmen ergreifen, als die Transformationsmaßnahmen, die aktuell vorangetrieben werden. Diese Erzählung dient dazu, das Vertrauen in politische Entscheidungsträger*innen anzugreifen, indem vermeintliche Widersprüche übertrieben dargestellt werden. Ausschließlich solche Studien, die in dieses Narrativ passen, werden herausgegriffen und Aussagen teilweise aus dem Kontext herausgenommen. Die überwiegende Mehrheit der Untersuchungen wird unter dem Generalverdacht der politischen Einflussnahme abgelehnt, da diese sich nicht in dieses Narrativ einbinden lassen.

Klimaschutz als Widerspruch zum Umweltschutz

Maßnahmen zum Klimaschutz sind in den Ausführungen der *Jungen Freiheit* ausschließlich schädlich für die lokale Umwelt und die Natur. Insbesondere

erneuerbare Energien und E-Autos gelten als Zerstörungsfaktor für die Umwelt. Klimaschutz steht in dieser Erzählung diametral dem Umweltschutzgedanken gegenüber und lasse sich nicht mit diesem vereinbaren. So schreibt die Zeitung, dass es wegen des Baus von zu vielen Windkraftanlagen „zu Trockenheit kommen [könne]“ (JF-Online 2023a) und der „Flächenverbrauch für die Energiewende“ (Pellack 2023) enorm sei. Außerdem werden die durch Windkraftanlagen entstehenden „nicht-recyclbare[n] Abfälle“ (ebd.), sowie die „Verschandelung der Natur“ (Hinz 2023b) und die „Verspargelung der Landschaft“ (ebd.) kritisiert und die Belastung des Ökosystems wie angebliche „Massentötungen von Tieren“ (Pellack 2023) durch die Rotorblätter beschrieben. Bei dem Thema E-Autos stehen giftige Stoffe (Leonhard 2023) und ökologische Probleme bei der Entsorgung und Entstehung der Batterien in der Kritik (JF-Online 2023g). Auch die Gefahr für die Umwelt durch Brände wird hervorgehoben (JF-Online 2023c). Daraus resultiert dann die Unterscheidung zwischen *echtem* und *falschem Naturschutz*. Auch Akteur*innen werden so eingeordnet, Initiativen gegen Windräder sind dabei als die wahren Umweltschützer*innen markiert. Naturschutzvereine und Initiativen, die Klimaschutzmaßnahmen befürworten, werden als falsche Umweltschützer*innen betrachtet. Sie wären entweder nicht in der Lage die offensichtlichen Auswirkungen zu begreifen oder würden von Eliten bezahlt und könnten daher nicht an *echtem Umweltschutz* interessiert sein. Insbesondere die Partei Bündnis 90/Die Grünen wird dabei als solche falsche Umweltschützerin ausgemacht:

Als die entschiedensten Agenten der Zerstörung wirken die Grünen. Ursprünglich als Umweltschützer angetreten, treiben sie im Namen der dysfunktionalen Energiewende jetzt auch die Verschandelung von Natur und Umwelt voran. Sie verspargeln die Landschaft mit Windrädern und versiegeln sie mit Solarparks (Hinz 2023b).

Daraus resultiert das Narrativ: Klimaschutzmaßnahmen sind Umweltzerstörung, Klimaschützer*innen sind nicht durch Naturschutz motiviert. Dass diese Gegenüberstellung von Klimaschutz und Umweltinteressen nicht aus der Absicht eines priorisierten Umweltschutzes der *Jungen Freiheit* resultiert, lässt sich daran erahnen, dass diese sich in dem Untersuchungszeitraum kaum für das Thema Umweltschutz stark macht und Beiträge darüber veröffentlicht. Vielmehr soll diese Gegenüberstellung die Klimaschutzinitiativen grundlegend delegitimieren und Klimaschutz als vorgeschoben darstellen. Durch diese Darstellung soll auch Zweifel an der Realität des Klimawandels entstehen und der Fokus von der globalen Krise hin zur lokalen Umwelt gelenkt werden.

Klimaschutz schadet der Wirtschaft (Deindustrialisierung)

Für die *Junge Freiheit* ist die deutsche Wirtschaft bereits „zertrümmert“ (Douglas 2024), Klimaschutzmaßnahmen werden dabei als einer der Hauptgründe angeführt. Diese Erzählung ist zentral bei der Einordnung der Energie-

wende durch die Zeitung. Klimaschutzmaßnahmen, vor allem Gesetze zum Ausstieg aus der Kernkraft und der Kohleverstromung und zu Verboten von Autos mit Diesel- oder Benzinmotoren deutet die Zeitung als Destabilisierung der deutschen Wirtschaft, worauf die Deindustrialisierung des Landes folge. Auswirkungen sind anschließend Arbeitsplatzverluste und Armut in der Bevölkerung. Außerdem werden Blackouts und Strommangel vorhergesagt. Auswirkungen der Deindustrialisierung werden an Beispielen exemplifiziert, wie dem Stellenabbau bei der Firma *Bosch*, der direkt mit Klimaschutzmaßnahmen in Verbindung gebracht wird: „Der Kahlschlag bei der deutschen Automobilindustrie geht weiter. Ein wichtiger Zulieferer streicht allein in Baden-Württemberg hunderte Stellen. Einer der Gründe: das E-Auto“ (JF-Online 2023d). Durch Klimaschutzmaßnahmen würden, in der Argumentation der Zeitung, die Energiepreise so stark steigen, dass diese „noch mehr Firmen außer Landes treiben könnt[en]“ (Stein 2023). Antagonist*innen sind als Linke und Grüne beschriebene Akteur*innen, die gemeinsam mit Eliten Politik gegen die Bevölkerung machen würden. Die CDU/CSU ist in der Darstellung, je nach Artikel, Teil der Held*innen oder des Feindbildes, wie folgendes Zitat zeigt:

Die Deindustrialisierung startete auf leisen Sohlen – ganz ohne die Grünen und die „Fridays for Future“-Gymnasiasten: Atomausstieg und Ticketsteuer 2011, Klimaschutzplan 2050 (2016), aus dem „Gesetz zur Einhaltung der Klimaziele 2030“ im Koalitionsvertrag 2018 wurde 2019 das Klimaschutzgesetz und das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG). 2020 folgte das Kohleausstiegsgesetz und 2021 der Klimabeschluß [sic] des Bundesverfassungsgerichts (Fischer 2024).

Die negativen Auswirkungen für die Wirtschaft und das Land sind entweder dargestellt als Kollateralschäden der Klimapolitik oder als die eigentliche Intention dahinter, um Deutschland zu schwächen. Das grundlegende Narrativ ist: Grüne Eliten nutzen Klimaschutzmaßnahmen, um Deutschland zu deindustrialisieren und zu schwächen. Diese Erzählung entspricht strukturell einer Verschwörungserzählung: Eine elitäre Gruppe würde sich demnach durch die systematisch verbreitete Lüge des Klimawandels und die damit verbundenen Maßnahmen bereichern – auf Kosten der breiten Bevölkerung und gezielt gegen Deutschland. Vermeintliche Belege für diese Ziele sind meist nur dann als solche zu erkennen, wenn schon von dieser Verschwörung ausgegangen wird. Durch die Inszenierung einer verschwörerischen Elite ist dieses Narrativ gut in weiteren populistischen Erzählungen nutzbar.

Verarmung durch Klimaschutz

Diese Erzählung ist der eben beschriebenen Erzählung von der Deindustrialisierung ähnlich. Die Verarmung der Bevölkerung folgt hier aber nicht dem wirtschaftlichen Abstieg Deutschlands, sondern direkt durch die Klimaschutzgesetze im Wohnungsbau – beispielsweise durch das als „Heizungshammer“ (Rothacher 2023) beschriebene Gebäudeenergiegesetz. Demnach wird „Woh-

nen [...] in Deutschland zum Luxus – egal, ob man im Eigenheim oder in der Mietskaserne lebt“ (Hauke 2023a). Für Hausbesitzer*innen wäre das neue Gesetz gleichbedeutend mit der Drohung von „faktischer (Teil-)Enteignung“ (Stein 2023). Insgesamt beschreibt die *Junge Freiheit* „die Ausplünderung und Verarmung der deutschen Mittelschichten unter dem Vorwand des Klimaschutzes“ (Hinz 2023a) als wirtschaftliche Folge der Klimaschutzmaßnahmen, die neben Wirtschaftsunternehmen insbesondere die „arbeitend[e] Mitte“ (Fischer 2024) besonders belastet. Diese könne sich den aktuellen Lebensstandard wegen Klimaschutzmaßnahmen und den damit einhergehenden Teuerungen bald nicht mehr leisten (ebd.). Zusammengefasst ist das Narrativ: Die Bevölkerung leidet unter Klimaschutzmaßnahmen. Dabei wird davon ausgegangen, dass der Klimawandel entweder nicht existiert oder weit weniger dramatische Auswirkungen auf die Menschen hat als die Klimaschutzpolitik.

Klimaschutzpolitik. Klimaschutzbefürwortung als Ideologie oder Pseudoreligion

In dieser Erzählung sind Akteur*innen, die Klimaschutz befürworten, als ideologisch motiviert oder durch eine Pseudoreligion beeinflusst. Der Klimawandel ist hier eine reine Glaubensfrage, im Sinne einer religiösen Überzeugung. Insbesondere Aktivist*innen aber auch anderen Fürsprecher*innen von Klimaschutz wird somit abgesprochen, rational zu argumentieren, da diese von einer Lüge oder falschen Überzeugung beeinflusst seien:

Wie jede Ideologie bedient sich das Narrativ vom menschengemachten Klimawandel einer aggressiven Propaganda, die die realen Verhältnisse in lügenhafter Weise auf den Kopf stellt (Schmidt-Ahmad 2023).

Klimaschutz wird als „Ersatzreligion“ (Fischer 2023) bezeichnet, Klimaschutzbefürworter*innen gelten als „Klimasekte“ (Hauke 2023) und Klimaschutzideen allgemein als „Klimafanatismus“ (Harms 2023). Die *Junge Freiheit* nutzt Formulierungen mit religiösen Bedeutungen, um die Motivation hinter der Klimaschutzbewegung oder Klimaschutzmaßnahmen als religiösen Fanatismus zu framen. Beispiele dafür sind die Bezeichnung des Wirtschaftsministers Robert Habeck als „Säkularen Christus“ (Mehrens 2023) oder „Erlöser“ (ebd.), die „grüne ‚Transformation‘ [als] der neue Götze“ (ebd.) und Klimaschutzbefürworter*innen als „Klima-Apokalyptiker“ (ebd.). Vorhergesagte Klimaauswirkungen in Form von vermehrten Naturkatastrophen werden als religiöse apokalyptische Geschichten eingeordnet. Verbindungen zwischen aktuellen Wetterereignissen und damit zusammenhängenden Katastrophen markierten die Artikel als Panikmache. Die Klimaforschung ist in dieser Erzählung ebenfalls keine ernsthafte methodisch abgesicherte Wissenschaft, denn sinnvolle Forschung würde durch „religiöse[n] Eifer“ (JF-Online 2023a) verhindert.

Das dahinterliegende Narrativ ist: Klimaschutz ist eine religiöse Praxis, die der Mehrheitsgesellschaft durch Fundamentalist*innen aufgezwungen wird. So wird der Klimawandel als reine Glaubensfrage abgetan und infrage gestellt und gleichzeitig Befürworter*innen von Klimaschutzmaßnahmen als unglaubliche Akteur*innen dargestellt. Belege für diese Einordnungen liefert die *Junge Freiheit* nicht, sondern arbeitet mit Schlagwörtern und wiederholt diese häufig, um so die eigene Erzählung zu verbreiten.

*Radikalisierung und Gewalt von Klimaaktivist*innen als Gefahr*

Die Aktivist*innen der Letzten Generation sind in den meisten Artikeln zu dieser Erzählung die Antiheld*innen, andere klimaaktivistische Gruppen werden seltener benannt. Der Plot der Erzählung handelt von der Radikalisierung von Aktivist*innen, wegen der die Bevölkerung mit Gewalt bis Terror konfrontiert ist. Klimaaktivist*innen sind in diesen Darstellungen linksradikal bis -extremistisch (Versteegen 2023). Zuschreibungen von totalitären, sozialistischen Einstellungen lassen sich ebenfalls in den Ausführungen der Zeitung finden. Eine weitere Radikalisierung der Gruppen wird vorausgesagt (Kofner 2023). Auch Warnungen vor einer „Klima-RAF“ (ebd.) werden von einigen Artikeln formuliert. Staatsorgane sind hierbei zum einen Held*innen, die Aktivist*innen bekämpfen, in anderen Beiträgen sind sie jedoch zu nachsichtig mit ihnen oder arbeiten mit den Gruppen zusammen:

In der scheinbar totalitären Praxis gelte für sogenannte Weltanschauungskämpfer stets ein Sonderrecht. Heute werden die massenhaften Nötigungen durch sogenannte Klimakleber vom Staat nicht bloß geduldet, sondern geradezu protegiert, weil ihr Handeln darauf angelegt ist, die Menschen auf die von der Regierung gewollte Spur zu zwingen (Hinz 2023b).

Als Opfer wird hier die arbeitende Bevölkerung beschrieben, die Belästigungen und Verzögerungen ertragen müsse, und durch die Radikalisierung vermehrt auch Gewalt zu befürchten habe. Das Narrativ ist: Klimaaktivist*innen sind eine Gefahr für die Bevölkerung. Um diese Erzählung zu verbreiten, werden einzelne Aktionen dramatisiert und zukünftige Schrecken-Szenarien gezeichnet. Diese Vorhersagen werden jedoch nicht begründet, sondern lediglich mit dramatischen Begriffen wie totalitär, RAF und Terror emotional aufgeladen.

Klimawissenschaft als Feindbild

In dieser Erzählung werden die Klimawissenschaft und Forscher*innen in dem Bereich als nicht unabhängig und deren Ergebnisse als verfälscht, falsch interpretiert oder gänzlich erfunden dargestellt. Der Klimawandel wird in dieser Erzählung der *Jungen Freiheit* geleugnet:

Grundlage für die apokalyptischen Meldungen, die sich quer durch die deutsche Presselandschaft erstreckten, so konnte man diesen entnehmen, war eine Verkün-

derung des „EU-Klimawandeldienst“ beziehungsweise von „europäischen Wissenschaftlern“ des von der Europäischen Kommission verwalteten Copernicus Climate Change Service (C3S) der EU. Dieser beruft sich auf seine eigenen Daten, die er mit denen des Weltklimarats (IPCC) kombiniert haben will. Nachtigall, ick hör dir trapsen, dürfte sich der ein oder andere EU und „Klimaskeptiker“ angesichts dieser Quelle gedacht haben. Treibt das ideologische Herangehen der Politik an den Klimawandel doch kaum irgendwo auf der Welt so grüne Blüten wie in Brüssel (Kaiser 2023b).

Der Grund hinter der falschen Klimawissenschaft ist laut den äußerst rechten Autor*innen die Finanzierung durch mächtige Eliten, die Ängste in der Bevölkerung schüren wollen, um Maßnahmen durchsetzen zu können, von denen sie angeblich profitieren. Der Einfluss der Eliten reicht in den Darstellungen der *Jungen Freiheit* von den als Grüne bezeichnete Gruppen und der Partei Bündnis 90/Die Grünen über Konzerne und Banken bis zu Wissenschaftler*innen (von Storch 2023b) und Aktivist*innen (ebd.). Diese würden entweder direkt bezahlt oder über ein Netzwerk an Organisationen beeinflusst. Held*innen in dieser Erzählung sind Expert*innen und Wissenschaftler*innen, die gegen die vermeintlich bezahlte Mainstream-Wissenschaft argumentieren. Das Narrativ dahinter ist: Klimawissenschaft ist nicht unabhängig und die Ergebnisse kein Resultat ernsthafter Wissenschaft. Die wissenschaftsfeindliche Haltung der Autor*innen wird hier deutlich. Sie gehen nicht auf den Inhalt der durch sie selbst angeführten Studien ein, sondern versuchen durch Verschwörungserzählungen die Forscher*innen zu diskreditieren.

Klimapolitik als Gefahr für die Demokratie und Instrument der Unterdrückung

Kern dieser Erzählung ist, dass mächtige Eliten, darunter insbesondere die Partei Bündnis 90/Die Grünen, über Klimaschutzmaßnahmen die freie demokratische Grundordnung abschaffen wollen und zu einem totalitären System umbauen möchten. Die Eliten werden als mächtige Gruppe dargestellt, die als Strippenzieher*innen hinter der Klimapolitik stehen und durch Klimapolitik ihren Reichtum vergrößern wollen. Die Unterdrückung der Bevölkerung sei das eigentliche Ziel hinter dem Klimaschutz, wie folgendes Zitat zum geplanten Gebäudeenergiegesetz illustriert:

Viele Haus- und Wohnungsbesitzer werden an der Finanzierung scheitern und ihre Immobilien verkaufen müssen. So erschafft eine neofeudale Klasse sich eine fügsame Masse aus besitzlosen, abhängigen, atomisierten Proletariern (Hinz 2023b).

Die Klimapolitik wird so als Verschwörung dieser Eliten dargestellt. Hinter der Klimapolitik steht in dieser Erzählung ein „milliardenschwere[s] Netzwerk von Plattformen, Stiftungen, Denkfabriken und Lobby-Organisationen [...], die von Milliardären und direkt oder indirekt der globalen Finanzindustrie finanziert werden“ (von Storch 2023a). Die „grüne Agenda [ist] ohne die Inte-

ressen mächtiger Kapitalgeber überhaupt nicht zu denken“ (Harms 2023), und hinter der Politik in Deutschland sei die „Handlungslogik transnationaler Großstrukturen“ (Hinz 2023b) zu finden. Motiviert sei die Förderung der Klimaschutzpolitik durch die Eliten lediglich durch „enorme[] Gewinnaussichten“ (von Storch 2023a). Dabei schreckt die *Junge Freiheit* nicht vor Vergleichen mit totalitären sozialistischen Regimen oder Nazi-Deutschland zurück. Neben eindeutigen Beschreibungen eines Klima-Sozialismus lassen sich indirekte Vergleiche der Klimawandelpolitik mit dem historischen Nationalsozialismus finden. Diese reichen von einzelnen Begriffen wie dem „totalen Stromumbau“ (Pellack 2023) und dem „Endsieg im Kampf für ein mit Wärmepumpen zu rettendes Klima“ (Stein 2023) bis hin zum Begriff des „grünen Faschismus“ (Hinz 2023a). Diese Vergleiche unterstreichen die Bewertung der Autor*innen, dass die Demokratie in Deutschland unter dem Deckmantel von Klimaschutz beseitigt werden soll:

Robert Habecks Heizungsverbots-Gesetz war nicht einfach nur Murks. Es war der planvolle Versuch einer von der eigenen Mission überzeugten Lobbyistentruppe, die unter den Fittichen eines zum Minister aufgerückten Überzeugungstäters dessen Haus faktisch übernommen hat, in einem zentralen Bereich ein autoritäres Zwangssystem zu errichten, um Mittelstand und Mittelschicht zu entmündigen, kalt zu enteignen und einer „Klima“-Planwirtschaft mit totalitärem Anspruch zu unterwerfen (Zach 2023a).

Gesetze, wie das Gebäudeenergiegesetz, werden als totalitäre Maßnahme beschrieben, auf die weitere und strikere folgen würden. Held*in in dieser Erzählung ist die AfD, die als einzige Partei gegen die totalitären Entwicklungen einstehe.

Das Narrativ ist: Mächtige Eliten würden im Hintergrund die Entscheidungen für mehr Klimaschutz steuern. Sie bezahlen angeblich Wissenschaftler*innen und Medien, damit diese passende Ergebnisse publizieren, und hätten wichtige Parteien und Politiker*innen unter Kontrolle. Der Klimawandel ist hier als Vorwand dargestellt, um über wirkmächtige Transformationsmaßnahmen die Bürger*innen zu unterdrücken beziehungsweise zu kontrollieren und den Profit zu maximieren. Im Kern ist dies eine für Antisemitismus anschlussfähige Verschwörungserzählung, die sich an dem Narrativ bedient, dass der Klimawandel keine reale Gefahr wäre, sondern ein Lüge/Übertreibung der Eliten, um die Bevölkerung zu unterdrücken und ein totalitäres System zu errichten. Auch für diese Erzählung werden keine Belege ins Feld geführt, sondern lediglich Annahmen und Behauptungen über die politischen Gegner*innen.

Erinnerungskultur und deutsche Besonderheiten als vermeintliche Ursache für Klimaschutzbefürwortung

In dieser Erzählung nimmt die *Junge Freiheit* an, dass Klimaschutz in Deutschland radikaler umgesetzt werde und die deutsche Bevölkerung diese

stärker befürworten würde als in anderen Ländern. „Deutsche Besonderheiten“ spielten dabei eine wichtige Rolle, um zu erklären, warum die Menschen in Deutschland nicht gegen die Klimapolitik aufbegehren. Als Beispiel für einen besseren Umgang mit Klimaaktivist*innen wird Großbritannien angeführt, wo im Gegensatz zu Deutschland „gegen Klima-Exzesse scharf durchgegriffen“ (Hinz 2023b) werde. Als negative deutsche Eigenschaft ist der Obrigkeitsglaube beschrieben:

Wo ist sonst die Lobby der Leistungsträger? Kein Eigentümer-Verband geht auf die Barrikaden, ruft zur Massendemonstration auf. Es regt sich kein lautstarker Widerstand gegen die große Transformation, die nichts weiter ist als eine bevorstehende indirekte Enteignung. Der Obrigkeitsglaube in Deutschland bleibt unerschütterlich. Es zeigt sich dasselbe Phänomen wie bei der Corona-Politik. Damals war eine große Mehrheit mit den massiven Grundrechtseinschränkungen einverstanden, nicht wenigen ging die Freiheitsberaubung noch nicht weit genug, und nur eine kleine Minderheit begehrte dagegen auf. Die Deutschen sind ein Volk von Mitläufern, dem Freiheit und Eigentum nichts bedeuten, wenn die Herrschenden das so wollen (Hauke 2023b).

Für die *Junge Freiheit* ist auch ein fehlender Stolz auf das eigene Land dafür verantwortlich:

Es bedarf einer tiefgreifenderen Entzauberung grüner Ideologie, die wenig mit vernünftiger Ökologie zu tun hat. Sondern speziell in Deutschland trägt sie immer selbstmörderischere, autoaggressive Züge – eine Lust an der Selbstauslöschung unserer Nation und freier Marktwirtschaft (Stein 2023).

Ein unerschütterlicher Obrigkeitsglauben der deutschen Bevölkerung und der Umgang mit der NS-Vergangenheit des Landes, der eine Selbstverneinung darstellt und die Identitätsbildung der Deutschen störe, wird dann weiter als die Problemursache für den Erfolg der Klimapolitik in Deutschland angeführt:

der auf die NS-Vergangenheit zwangsfixierte, identitätsgestörte und damit entmündigte Demos [dulde] über sich eine – vorsichtig ausgedrückt – in jeglicher Hinsicht unterqualifizierte politische Klasse (Hinz 2023b).

Hier wird die Erinnerungskultur an die nationalsozialistischen Verbrechen als Ursache beschrieben, weshalb die Bevölkerung nicht gegen die Klimaschutzmaßnahmen aufbegehren würde. Das Narrativ hinter der Erzählung ist: Die Deutschen werden angeblich unterdrückt und begehren aus einem falschen Schuldbewusstsein nicht dagegen auf, freie Deutsche würden sich gegen die Klimaschutzmaßnahmen wehren. So wird der historische Nationalsozialismus relativiert und eine Kehrtwende in der Erinnerungskultur gefordert. In diesem Narrativ zeigt die *Junge Freiheit* deutlich, dass sie für die gegenwärtige Gestalt der deutschen Gesellschaft wenig Positives übrig hat und dass einige der Autor*innen sich an einer Erinnerungskultur stören, die die Verbrechen der NS-Diktatur betont. Beim Blick auf das vorherige Kapitel zeigt sich, dass die äußerst rechten Autor*innen flexibel mit ihrer Haltung zur NS-Diktatur sind. In

einigen Artikeln wird diese in Form eines NS-verharmlosenden Vergleichs für die Klimaschutzpolitik genutzt und in anderen wiederum bagatellisiert.

2.3.3 Zusammenfassung: Die Junge Freiheit zum Klimawandel

Bei dem Thema Klimawandel greift die *Junge Freiheit* auf rechtspopulistische Ideologieelemente zurück. Dementsprechend werden die AfD, die *Junge Freiheit* und andere äußerst rechte Akteur*innen als Stimme des Volkes präsentiert, die das Volk vor einer ‚grünen Elite‘ warnt und zu schützen versucht. Diese Erzählung findet sich in unterschiedlichen Spielarten in den Artikeln wieder, in denen die Akteur*innen und Unterdrückungsinstrumente variieren können. Die Darstellungen folgen dabei immer demselben populistischen Muster vom unterdrückten Volk, machtmisbrauchenden Eliten und rechten Fürstreiter*innen, die für das Volk sprechen würden.

Wissenschaftsfeindliche Aussagen und Kritik an Medien, insbesondere öffentlich-rechtlichen, begleiten den Rechtspopulismus in der Berichterstattung der Zeitung. Beide Haltungen sind auch unabhängig von populistischen Äußerungen formuliert. Die Versuche, anerkannte Medien und Wissenschaftler*innen zu delegitimieren, sind Teil der Bemühungen um gesellschaftliche Hegemonie. Parallel zur Abwertung anerkannter Akteur*innen werden alternative Expert*innen präsentiert, die durch ihre Außenseiterposition als Held*innen vorgestellt werden, die vorgeblich für die Wahrheit kämpfen. Dies ermöglicht das Gestalten alternativer Realitäten, in der äußerst rechte Akteur*innen und ausgewählte Vertreter*innen aus der Wissenschaft und der Presse als glaubwürdige Alternative wahrgenommen werden sollen.

Die Darstellung von Medien und Wissenschaftler*innen als unglaubwürdig mündet, zusammen mit der populistischen Beschreibung von Eliten, in einigen Artikeln der *Jungen Freiheit* in Verschwörungserzählungen. Darin steuert ein geheimer, aber für die Autor*innen erkennbarer, elitärer Kreis die Klimawissenschaft, Klimapolitik, Medien und Klimaaktivist*innen. Diese führen entweder aus Überzeugung oder wegen finanzieller Anreize die Befehle der Eliten aus. Daraus entstehen klare Feindbilder, die in der Beschreibung der JF-Autor*innen eine Gefahr für die Demokratie und die Freiheit der Bürger*innen darstellen sollen. Die Akteur*innen der äußersten Rechten können sich somit als eine Art Befreiungskämpfer*innen inszenieren. Durch die Nutzung von antisemitisch anschlussfähigen Darstellungen wird auch ein Klientel bedient, das diese aufgreifen, ohne dass die Zeitung selbst eindeutig direkte antisemitische Äußerungen formuliert.

Vergleiche von totalitären sozialistischen Regimen und Klimawandelbefürworter*innen werden genutzt, um politische Gegner*innen als gewaltsam und autoritär zu beschreiben, die kein Interesse am Wohl der Bevölkerung hätten. Auch in diesem Fall wirken äußerst rechte Akteur*innen als Gegenpol, die

für Freiheitsrechte eintreten. Durch die regelmäßigen Vergleiche mit sozialistischen Staaten wird außerdem ein antikommunistisches Feindbild angedeutet.

Seltener als antisozialistische Rhetorik sind Begriffe, die Vergleiche mit dem historischen Nationalsozialismus nahelegen. Durch Begriffe wie „totaler Stromumbau“ bewerten die Autor*innen die Energiepolitik der Regierung als faschistische Praxis, ohne diesen Vorwurf im Detail auszuführen. Die nationalsozialistische Vergangenheit wird auch adressiert, indem in der Zeitung die Erinnerungskultur daran abgelehnt und diese als Ursache für die Akzeptanz vermeintlich totalitärer Mittel in Deutschland dargestellt wird. In beiden Varianten stellen die NS-Bezüge auch eine Relativierung des historischen Nationalsozialismus dar.

Klimapolitik wird in der *Jungen Freiheit* für parteipolitische Positionierung genutzt. Die AfD wird dabei als einzige Partei durchweg positiv bewertet. Alle anderen genannten Parteien erhalten teilweise oder durchgehend negative Zuschreibungen. Eindeutig als Hauptgegnerin markiert ist die Partei Bündnis 90/Die Grünen. Diesen und im Klimaschutz verbündeten Akteur*innen wird dabei u.a. Irrationalismus attestiert. Durch die Bewertung der Parteien stehen die Autor*innen der Zeitung eng an der Seite der AfD und unterstützen diese mit Beiträgen, welche die Parteilinie bestätigen.

Klimawandel und Klimapolitik verbindet die *Junge Freiheit* mit ihrer immigrationskritischen Position. Auch wenn die Artikel diese Themen nur selten verbinden, wird die Verknüpfung in einem Artikel durch klimabedingte Fluchtbewegungen direkt genannt und in einem Beitrag über Neobiota zumindest angedeutet. Insgesamt behandeln die analysierten Artikel den Klimawandel selten direkt, das Thema wird häufig genutzt, um andere Schwerpunkte der Zeitung zu stärken. Die Ablehnung von linken und grünen Personen sowie vermeintlichen politischen Eliten ist deutlich erkennbar. Die *Junge Freiheit* stellt sich bei dem Thema als Opposition zu diesen auf.

2.4 Kohle, Wind, Wald: Sozialökologische Transformation und äußerst rechte Einflussnahmen vor Ort

Sozialökologische Transformationsprozesse, die im Zuge des Klimawandels entstehen, zeigen sich konkret in lokalen Kontexten und werden vor Ort diskutiert. Oft gehen sie mit gesellschaftspolitischen Konflikten einher, die auch von äußerst rechten Akteur*innen aufgegriffen werden. Im Zuge des RIOET-Projekts wurde eine problemzentrierte Lokalforschung in vier Forschungsregionen getätigt. Das Ziel dieser Forschung bestand zum einen darin, ein grundlegendes Verständnis der fokussierten vier Transformationsregionen und der mit den entsprechenden Transformationsprozessen einhergehenden Konflikte zu generieren. Zum anderen sollte ergründet werden, welche strategischen Po-

sitionierungen entsprechende Akteur*innen auf der Handlungs- oder Kommunikationsebene zu den jeweiligen regionalen Transformationsprozessen und Transformationskonflikten eingenommen haben. In den folgenden Abschnitten wird zunächst eine kurze Beschreibung der untersuchten Transformationsprozesse gegeben. Im Anschluss daran wird der primäre Fokus dieses Kapitels auf den strategischen Positionierungen äußerst rechter und verschwörungsideologischer Akteur*innen zu diesen Prozessen liegen, die zur Darstellung gebracht werden, bevor die wichtigsten Ergebnisse des Kapitels eine Zusammenfassung erfahren.

2.4.1 Sozialökologische Transformationsprozesse

Bezüglich der gerade erwähnten sozialökologischen Transformationsprozesse werden zunächst die in den Kohleregionen Zeitz-Weißenfels (Sachsen-Anhalt) und dem Rheinischen Kohlrevier (Nordrhein-Westfalen) untersuchten Prozesse thematisiert. Daraufhin wird auf die in den Waldregionen untersuchten Prozesse im Reinhardswald (Hessen) und im Harz (Sachsen-Anhalt) eingegangen (vgl. hierzu auch Kap. 2.2.1).²³

Geplanter Braunkohleausstieg – Zeitz-Weißenfels

Die Mittelstadt Zeitz liegt im Mitteldeutschen Revier, das sich über den südlichen Teil Sachsen-Anhalts und den nördlichen Teil Sachsens erstreckt. Wirtschaftlich ist die Region stark industriell geprägt (Burgenlandkreis 2024). In dieser Stadt hat die Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft GmbH (MIBRAG), die größte regionale Bergbaugesellschaft des Mitteldeutschen Reviers, ihren Sitz. Sie stellt einen zentralen Arbeitgeber für die Zeitzer Bevölkerung dar (MIBRAG 2024). Das *Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze* (Kohleausstiegsgesetz), das 2020 im Deutschen Bundestag als Reaktion auf die Bedrohung des globalen Klimawandels angenommen wurde (Hausding 2020), sorgt daher in der Braunkohleregion Zeitz-Weißenfels für konfliktreiche Diskussionen: Ängste um Arbeitsplatzverluste durch die bevorstehende Schließung des Reviers und ein damit verbundener befürchteter Rückgang der Bevölkerungszahlen durch Abwanderung beschäftigen politische Akteur*innen und die Bevölkerung.

23 Ausführlichere Beschreibungen dieser Prozesse lassen sich in den 2024 erschienenen Situationsanalysen des Projekts RIOET finden: Situationsanalyse Hessen und NRW: https://idk-lsa.de/wp-content/uploads/2024/05/Kerst-Osterberger-Virchow-2024-%E2%80%93-RIOET_Situationsanalyse-Hessen-und-NRW.pdf; Situationsanalyse Sachsen-Anhalt: https://idk-lsa.de/wp-content/uploads/2024/05/Hanser-Kastberg-Quent-2024-%E2%80%93-RIOET_Situationsanalyse-Sachsen-Anhalt.pdf

Geplanter Braunkohleausstieg – Rheinisches Kohlerevier/Garzweiler II

Das Rheinische Revier liegt in der Niederrheinischen Bucht im Städtedreieck Aachen, Mönchengladbach und Bonn (Lanuv NRW o.J.) und dient seit dem 19. Jahrhundert der industriellen Kohlegewinnung (DEBRIV o.J.). Als größtes Braunkohlerevier Europas umfasst es die Tagebaue Inden I/II, Garzweiler I/II und Hambach und beherbergt auf 4.800 qkm etwa 2,5 Millionen Menschen in 65 Städten und Gemeinden (Lanuv NRW o.J.; Goerke/Kamlage/Pauß 2023; Strukturwandel Rheinisches Revier). Aufgrund ihrer Prägung durch die Braunkohleförderung ist die Region auch von verschiedenen Problemlagen und Konflikten wie Umweltbelastungen, Bergbauschäden, Eingriffe in die Natur und Umsiedlungen von Dörfern betroffen (Goerke/Kamlage/Pauß 2023: 3). „In den letzten Jahren war das Revier auch Schauplatz bundesweiter Proteste der Klimabewegung (z. B. Hambacher Wald 2018 und Lützerath 2022/23)“ (ebd.: 3). Damit einhergehend spielt das Thema der Arbeitsplatzsicherheit in der Braunkohleindustrie in der Region eine wichtige Rolle. Nach Zahlen der Statistik für Kohlewirtschaft (2024) waren im Jahr 2022 7.676 Personen im Rheinland in der Braunkohleindustrie beschäftigt, wohingegen es im Jahr 2019 noch 9.785 und im Jahr 2010 noch 11.606 Beschäftigte waren (Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. 2024). Allerdings habe seit den 2000er Jahren der Verlust von Braunkohlearbeitsplätze nur einen geringen Effekt auf die Arbeitslosenquote im Revier gehabt (MDR o.J.).

Ähnlich wie in der Region Zeitz-Weißenfels wirkte sich der bundesweite Ausstieg aus der Braunkohleverstromung und insbesondere der vorgezogene Braunkohleausstieg im Rheinischen Revier bereits zum Jahr 2030 konfliktbehaftet auf die Region rund um den betroffenen Tagebau Garzweiler II aus (Deutscher Bundestag 2022; Wirtschaftsministerium NRW o.J.). Seine Abbaufelder sollen erheblich verkleinert werden, was dazu führte, dass entgegen den ursprünglichen Plänen der Großteil der Ortschaften in der Nähe des Tagebaus, die zu Erkelenz gehören, nicht umgesiedelt und für die Kohlegewinnung abgebaggert werden sollte (Wirtschaftsministerium NRW o.J.). Ausgenommen von dieser Erhaltung von Ortschaften war allerdings die Ortschaft Lützerath, deren Abriss aus Sicht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen zur Braunkohlegewinnung und damit zur Wahrung der Energieversorgungssicherheit notwendig blieb (RND 2023; Wirtschaftsministerium NRW o.J.). Dies führte zu einem umfangreichen Protestgeschehen um die sich schon seit 2006 in Umsiedlung befindende und seit 2020 von Klimaaktivist*innen besetzte Ortschaft Lützerath (Pasvantis 2020; RND 2023). Neben den vielzähligen Anti-Kohle-Aktionen und -Protesten gab es im rheinischen Kohlerevier in den letzten Jahren auch mehrere Pro-Kohle Aktionen und Proteste. Diese thematisierten vor allem mögliche Arbeitsplatzverluste durch einen vorgezogenen Ausstieg aus der Braunkohlegewinnung und -verstromung.

Geplanter Bau von Windkraftanlagen – Reinhardswald

Der über 1000 Jahre alte Reinhardswald, der auch als „Grimms Märchenwald“ oder „Märchenwald“ bekannt ist (Naturpark Reinhardswald o.J.), befindet sich im Norden des Landkreises Kassel in Nordhessen. Der Wald selbst befindet sich im gemeindefreien Gutsbezirk Reinhardswald (Landkreis Kassel o.J.b, o.J.a) und bildet mit einer Fläche von 20.000 Hektar das größte geschlossene Waldgebiet Hessens (Naturpark Reinhardswald o.J.). Auf einem Höhenzug des Reinhardswalds ist der Bau von 20 Windkraftanlagen (WKA) geplant („Windpark Reinhardswald“); dieser soll von der Windpark Reinhardswald GmbH & Co. KG realisiert werden und seine Planung wurde bereits in den Jahren 2012 und 2013 kritisch diskutiert (eg/tty 2012; Pinto 2013).

Trotz Angaben des Regierungspräsidiums Kassel, dass für die geplanten WKAs lediglich 0,07 Prozent der Fläche des Reinhardswalds benötigt werden und dass ein Großteil dieser Flächen aufgrund von klimatischen Veränderungen und Borkenkäferbefall ohnehin baumfrei sei (Regierungspräsidium Kassel 2022a: 4), formierten sich nach der Genehmigung des entsprechenden Antrags auf Errichtung und Inbetriebnahme der 18 WKA im Jahr 2022 durch das Regierungspräsidium Kassel (Regierungspräsidium Kassel 2022b) zahlreiche Protestbündnisse. Klagen wurden von verschiedenen Akteur*innen, darunter Umweltverbänden erhoben, die von Bürger*inneninitiativen unterstützt wurden, sowie von zwei umliegenden Gemeinden (Henke 2023; Müller 2021; Neu/Thiele 2022).

Waldsterben – Harz

Im Landkreis Harz des Bundeslandes Sachsen-Anhalt befindet sich anteilig der Nationalpark Harz. Er gilt als ein bedeutendes Biotop für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten (Nationalparkverwaltung Harz 2024). Seit einigen Jahren ist der Harzer Wald durch ein massives Waldsterben bedroht: Vier von fünf Bäumen des Nationalparks sind vollständig abgestorben oder stark beschädigt (Pomer 2023). Grund dafür sind der sich rasant ausbreitende Borkenkäfer und vermehrt auftretende Hitzesommer und Stürme (NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V. 2014). Die Problematik des Waldsterbens im Harz wird von zahlreichen Konflikten begleitet. So entwickelte sich um den Umgang mit Totholz innerhalb des Waldes ein Rechtsstreit zwischen der Leitung des Nationalparks Harz und dem Naturschutzbund Sachsen-Anhalt (NABU) auf der einen Seite und Sachsen-Anhalts Forstminister Sven Schulze (CDU) auf der anderen Seite (Harzer Kurier 2022). Dabei sprachen sich die Nationalparkleitung und der NABU gegen die Entnahme von Totholz aus, um die Biodiversität innerhalb des Waldes zu erhalten, während der Forstminister für die Totholzzräumung aufgrund von erhöhter Brandgefahr plädierte. Der Rechtsstreit konnte im September 2022 allerdings durch die Wernigeröder Erklärung zur Wald-

brandprävention im Nationalpark Harz beigelegt werden, in der vereinbart wurde, dass zum Schutz von Orten abgestorbene Bäume beseitigt werden können und Brandschneisen für Feuerwehrfahrzeuge geschaffen werden (ebd.). Auch die Frage, ob die Kalamitätsflächen des Waldes als Standorte für Windkraftanlagen auszuweisen wären, sorgt in der Harzregion für Konflikte zwischen Naturschützer*innen und Sachsen-Anhalts Forstminister Sven Schulze (Koch 2024).

*2.4.2 Äußerst rechte Einflussnahmen: Akteur*innen, Narrative und Strategien*

Im Zuge der Forschung wurde sowohl in den ostdeutschen als auch in den westdeutschen Forschungsregionen ein breites Spektrum äußerst rechter und verschwörungsideologischer Akteur*innen sichtbar. Diese waren lokal verortet und/oder traten mit lokalen Aktionen in Erscheinung. Andere Akteur*innen bezogen sich beispielsweise durch Social-Media-Posts und Artikel auf die Situationen vor Ort. Wie oben beschrieben wird im Folgenden im Detail aufgezeigt, welche äußerst rechten und verschwörungsideologischen Akteur*innen in den Untersuchungsregionen sichtbar wurden und welche strategischen Positionierungen diese auf der Handlungs- oder Kommunikationsebene zu den jeweiligen regionalen Transformationsprozessen und -konflikten eingenommen haben. Zunächst werden die beiden untersuchten Kohleregionen Zeitz-Weißenfels und das Rheinische Kohlerevier thematisiert. Daraufhin folgt die Transformationsregion Reinhardswald, gefolgt von der Transformationsregion Harz.

Äußerst rechte Positionierungen zum Kohleausstieg in Zeitz-Weißenfels

In der Zeitzer Region war die AfD zum Zeitpunkt der Forschung die einflussreichste äußerst rechte Akteurin. Der Landtagswahlkreis Zeitz wird seit 2016 von AfD-Politikern im sachsen-anhaltinischen Landtag direkt vertreten. Im Jahr 2016 war die AfD in diesem Landkreis mit 31,6 Prozent der Erststimmen und 30,4 Prozent der Zweitstimmen erstmals stärkste Kraft bei den Landtagswahlen und stellte André Poggenburg als direkten Landtagswahlkreisvertreter auf (Landesportal Sachsen-Anhalt 2016). Die letzte Stadtratswahl in Zeitz 2019 gewann die AfD mit 17,11 Prozent, konnte allerdings nicht all ihre gewonnenen Sitze besetzen, da sie nicht genug Kandidat*innen zur Wahl aufgestellt hatte (András 2019). Vor den Kommunalwahlen 2024 besetzte die AfD im Zeitzer Stadtrat zwei von insgesamt 30 Sitzen (Stadt Zeitz 2024). Im Landtagswahlkreis Zeitz lassen sich auch weitere Kontinuitäten von Wahlerfolgen und Aktivitäten äußerst rechter Parteien beobachten: Bei den Landtagswahlen 2011 erlangte dort die NPD 6,0 Prozent der Erststimmen und 6,4 Prozent der

Zweitstimmen (Landesportal Sachsen-Anhalt 2020a), während die DVU bei den Landtagswahlen 1998 dort 12,9 Prozent der Zweitstimmen für sich verbuchen konnte (Landesportal Sachsen-Anhalt 2020b). Spätestens seit 2021 führt auch die neonazistische Kleinpartei Der III. Weg regelmäßige Flugblattaktionen in Zeitz durch (Der III. Weg 2021, 2022a, 2022b, 2023b, 2023c, 2023d). Zugleich ließen sich in der Ortschaft Bornitz bei Zeitz sogenannte völkische Siedler*innen nieder, die dem mittlerweile verbotenen rechtsextremen Verein Artgemeinschaft angehörten (Mitteldeutsche Zeitung 2023). Der Verein Artgemeinschaft unterhielt Verbindungen ins terroristische, militante und rechtsextreme Milieu (Schierholz/Huesmann 2023). So war der Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke Mitglied des Vereins und auch der verurteilte NSU-Terrorist Ralf Wohlleben fand nach seiner Haftentlassung Unterschlupf bei den Siedler*innen in Bornitz (Ayyadi 2023).

Dass die AfD in ihrer Programmatik gegen die Energiewende gerichtet ist, zeigte sich auch auf der regionalen Ebene in Zeitz, in der Positionierung der Landes-AfD auf den Transformationskonflikt des Braunkohleausstiegs: So griff der AfD-Abgeordnete Lothar Waehler in seiner Rede im Landtag, welche er am 27.01.2023 auf seiner Facebookseite veröffentlichte, die Thematik des geplanten Braunkohleausstiegs in Zusammenhang mit den sozioökonomischen Problemen des Postwende-Strukturwandels in Zeitz auf (Facebookseite der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt 2023). In dieser Rede bezeichnete er den zukünftigen Transformationsprozess, welcher mit dem Braunkohleausstieg auf die Region zukommen wird, als „ideologiegeprägt“ und von „dem absurden Vorhaben, das Weltklima zu retten“ (ebd.), motiviert. Dabei sprach er auch davon, dass Braunkohlekraftwerke heute „dank überragender deutscher Ingenieurskunst“ (ebd.) schadstoffarm seien. Anschließend bezeichnete er den Braunkohleausstieg als „aufgedrängten falschen Weg“ (ebd.) und als „Einbahnstraße, die es zu korrigieren gilt“ (ebd.). Des Weiteren äußerte sich auch die AfD Burgenlandkreis auf ihrer Facebookseite kritisch zu den beschlossenen Maßnahmen zur CO₂-Einsparung der Deutschen Bundesregierung. So reposteten sie am 10. Oktober 2021 einen Beitrag der Facebookseite „AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt“, in dem es bezüglich der CO₂-Steuer hieß:

Die Regierenden nutzen die Klima-Hysterie zur Geldbeschaffung. Preisaufschläge für Benzin sind nämlich eine feste Einnahmequelle, mehr als 60 Prozent des Literpreises werden als Steuern und Abgaben verbucht. Autofahren darf kein Luxus werden (Facebookseite der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt 2021).

An den beiden Statements der Facebookseite der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt werden Narrative der anti-ökologischen Strategie, die äußerst rechte Akteur*innen im Klimawandeldiskurs anbringen, deutlich sichtbar: Zum einen werden die negativen Auswirkungen von Braunkohlekraftwerken auf das Klima geleugnet und Klimaschutzbemühungen damit delegitimiert und lediglich als ideologisch motiviert dargestellt. Zum anderen werden dabei Ängste vor Wohlstandsverlusten in der Bevölkerung durch die Energiewende ge-

schürt, die oft verschwörungsideologisch aufgeladen werden, wie es an dem Post aus dem Jahr 2021 erkennbar ist: So diene die Energiewende nicht dazu, das Klima zu schützen, sondern dazu, dass Politiker*innen die Bevölkerung ausbeuten und sich an ihr bereichern wollten. Neben der AfD zeigten sich weitere äußerst rechte politische Akteur*innen, die im Raum Zeitz mit umwelt- und klimapolitischen Themen mobilisierten. Beispielsweise wurden über die Telegram-Gruppe „Zeitz läuft“ rechtspopulistische und teilweise antisemitische Inhalte sowie Aufrufe zu Veranstaltungen von Reichsbürger*innen verbreitet. Die Gruppe existiert seit dem 6. Dezember 2021 und wird von Bodo P. als Administrator geführt. P. meldete während der Coronapandemie mehrere Veranstaltungen in Zeitz an, welche sich gegen die Infektionsschutzmaßnahmen der bundesdeutschen Regierung und gegen Impfungen richteten (Mitteldeutsche Zeitung 2021). Diese Demonstrationen wurden als „Montagsspaziergänge“ bezeichnet (ebd.). Thematisch rückten die Inhalte der Telegram-Gruppe 2024 von der Coronathematik ab und warben unter anderem für die sogenannten Bauernproteste, die sich ebenfalls gegen die Politik der Bundesregierung richteten. Die Proteste von Landwirt*innen wurden zum Teil auch von äußerst rechten Akteur*innen unterstützt (Maurin 2024). Dabei traten in der starken Ablehnung der Partei Bündnis 90/Die Grünen verschwörungsideologische Narrative zutage, die Teil der anti-ökologischen Strategie der äußersten Rechten sind. Der Partei Bündnis 90/Die Grünen wurde vorgeworfen, die Landwirt*innen ausbeuten zu wollen, beispielsweise durch eine beabsichtigte Verteuerung des Agrardiesels. Ebenso wurde der Partei vorgeworfen, den Deutschen Bauernverband e.V. gezielt zu infiltrieren, um ihre politische Agenda (Transformation und Klimaneutralität) entgegen den wahren Interessen der Landwirt*innen durchzusetzen. Im gleichen Zuge wird auch der Vorwurf abgeleitet, dadurch vermeintlichen Schaden für die Bundesregierung, dessen Teil die Partei zu dem damaligen Zeitpunkt war, durch die Proteste der Landwirt*innen verhindern zu wollen. Die Protestierenden hingegen werden als Gegner*innen einer vermeintlichen „schwarz-rot-grün-gelb-dunkelroten“ Einheitspartei dargestellt (Telegram-Kanal „Zeitz läuft“ 2023a). Auch Veranstaltungen der Reichsbürger*innenbewegung wurden dort beworben, wie „Das große Treffen der 25+1 Bundesstaaten“ am 28. Oktober 2023 in Dresden (Telegram-Kanal „Zeitz läuft“ 2023b).

Anders als bei den anderen Transformationsregionen ist in der Region Zeitz-Weißenfels allerdings, dass es keine Proteste und Kundgebungen im Rahmen der geplanten Schließung des Mitteldeutschen Reviers gab und auch keine Bündnisse, die sich für den Erhalt des Reviers einsetzen, bekannt sind. Die AfD konnte hier als einzige politische äußerst rechte Akteurin ausgemacht werden, die direkten Bezug in der Region nimmt und dies auch nur in Form von Social-Media-Beiträgen. Auch die äußerst rechte und verschwörungsideologische Telegram-Gruppe „Zeitz läuft“ nahm bisher keinen direkten Bezug zur Braunkohlethematik in Zeitz und näherte sich ökologischen Themen in der

Gegend lediglich durch die Proteste der Landwirt*innen Ende 2023/Anfang 2024 an sowie durch verschwörungsideologische Narrative um die Partei Bündnis 90/Die Grünen, die dort auch als „Klimapartei“ bezeichnet wurde (Telegram-Kanal „Zeit läuft“ 2022).

Äußerst rechte Positionierungen zum Kohleausstieg im Rheinischen Revier

Auch im Falle des Transformationsprozesses um den vorgezogenen Kohleausstieg im Rheinischen Revier gab es mehrere Bezüge von Akteur*innen aus dem äußerst rechten Spektrum zur Thematik. Hierbei zeigte sich die AfD bzw. die AfD NRW als deutlich sichtbare Akteurin, auch wenn sie bei den letzten NRW-Landtagswahlen im Jahre 2022 lediglich einen Zweitstimmenanteil von 5,4 Prozent in ganz NRW erreichte, während die CDU die Wahlen mit einem Zweitstimmenanteil von 36,6 Prozent gewann (Landeswahlleiterin NRW 2022). In den Kreisen des Rheinischen Reviers erlangte die AfD ähnlich schwache Ergebnisse (ebd.), so etwa 5,8 Prozent im Kreis Heinsberg (Statistisches Landesamt NRW o.J.b). Die CDU gewann im Kreis Heinsberg bei diesen Wahlen mit einem Zweitstimmenanteil von 47,1 Prozent (ebd.). Auch bei den letzten NRW-Kommunalwahlen im Jahr 2020 schnitt die AfD vergleichsweise schwach ab, indem sie nur 5,1 Prozent der Stimmen in ganz NRW erzielte (Landeswahlleiterin NRW 2020). Die stärkste Kraft in NRW wurde die CDU mit 34,3 Prozent (ebd.). Im Rat der Stadt Erkelenz, zu dem viele der (ehemaligen) Ortschaften am Tagebau Garzweiler II gehören, ist die AfD, was auch für andere Parteien der äußersten Rechten gilt, hingegen derzeit überhaupt nicht vertreten (Statistisches Landesamt NRW o.J.a). Auch im Stadtrat von Erkelenz stellt die CDU seit den letzten Kommunalwahlen mit 42,0 Prozent die stärkste Fraktion (ebd.).

In ihrer konkreten Bezugnahme auf den vorgezogenen Kohleausstieg thematisierte die AfD u.a. mögliche Arbeitsplatzverluste im Rheinischen Revier, etwa durch eine damalige Landtagsabgeordnete, die im Jahr 2018 an einem der oben angesprochenen Pro-Kohle-Protesten teilnahm (AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen 2018). Entsprechend wurde vonseiten der AfD NRW behauptet, dass durch den Kohleausstieg, der „ideologisch getrieben“ sei (AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen 2022: 73), „unzählige Menschen“ ihre Arbeit verlieren würden (AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen 2019a). Zudem würden durch den Kohleausstieg „die teuersten Strompreise der Welt noch teurer“ werden, ohne dass zugleich der CO₂-Ausstoß reduziert würde (ebd.); ferner werde auch die Energiesicherheit bedroht (AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen 2019b). Diese wesentlichen Positionen zum Kohleausstieg bzw. zur Energiewende finden sich auch bei der Bundestagsfraktion der AfD wieder, die als einzige Partei im Deutschen Bundestag den Ausstieg aus der Braunkoh-

leverstromung vollständig ablehnt und weitestgehend rückgängig machen möchte (AfD Bundestagsfraktion 2023; AfD Bundesverband 2025: 77-80).

In vergleichbarer Weise wurde von der AfD-Fraktion im Landtag NRW das Protestgeschehen um Lützerath thematisiert, während zu den Umsiedlungen von Dörfern zum Zwecke der Kohlegewinnung geschwiegen wurde. Mitglieder der AfD-Landtagsfraktion suchten während der Räumung das Gelände auf und posteten dazu einen in den sozialen Medien geteilten Videobericht (AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen 2023a). Dabei wurden die Proteste um Lützerath mit dem Begriff des „Klimaterrors“ belegt (ebd.), und in anderen Social-Media-Äußerungen der AfD wurden Klimaaktivist*innen als „Klimaterroristen“ bezeichnet, so auch Greta Thunberg und Luisa Neubauer, die beide während der Räumung Lützerath vor Ort waren (AfD 2023). Der Partei Bündnis 90/Die Grünen wurde unterstellt, sie würde in Lützerath mit „Klimaterroristen Hand in Hand gegen unsere Polizei“ auftreten (AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen 2023b).

Im Jahr 2022 teilte der AfD-Fraktionsvorsitzende des Landtages in Thüringen, Björn Höcke, in mehreren sozialen Medien einen Post zur Situation im Reinhardswald (vgl. zum Beispiel Höcke 2023), in dem er einen Vergleich zwischen den Protesten in Lützerath und im Reinhardswald zog: „Anders als bei dem linksextremen Medienspektakel um ‚Lützi‘ lassen sich in Nordhessen keine Berufsrebelln blicken. Der Widerstand ist authentisch, parteiübergreifend und getragen vom bürgerlichen Mittelstand der Region. Dieser Wald ist ein nationales Naturerbe, das uns alle angeht“ (ebd.).

Abgesehen von der AfD, die in Gestalt der genannten Aktionen rund um einen (vorgezogenen) Kohleausstieg im Rheinischen Revier eine lokale Präsenz zeigte, sich vor allem aber in den sozialen Medien zum Thema äußerte, hat das Forschungsprojekt keine weiteren Akteur*innen der organisierten äußersten Rechten identifiziert, die sich im Untersuchungszeitraum zum Thema positioniert haben. Dieses Ergebnis bestätigten auch mehrere der interviewten Personen aus der Region Erkelenz, die zudem der Ansicht waren, dass in Erkelenz und den Ortschaften um Garzweiler II weder die AfD noch weitere Akteur*innen der äußersten Rechten eine größere Rolle spielen würden. Ein als Experte interviewtes Mitglied eines bundesweiten Anti-Kohle-Bündnisses, der sowohl mit der Situation des Kohleausstiegs in West- als auch in Ostdeutschland vertraut war und zudem aus der Region Erkelenz stammte, äußerte dementsprechend, dass die AfD bereits ein Jahr vor den Ereignissen in Lützerath aufgehört habe, die Kohleausstiegsthematik politisch zu adressieren. Seines Erachtens sei das Feld „an die Linken [verloren] [...], wenn man nur diese zwei Gruppen unterscheiden will“. Äußerst rechte Organisationen und entsprechend organisierte junge Menschen seien ihm nicht aufgefallen, was er auch darauf zurückführte, dass es in den Ortschaften rund um Garzweiler II nur wenige junge Menschen gebe.

Schließlich wurde der Transformationsprozess Kohleausstieg im Rheinischen Revier noch in zahlreichen äußerst rechten Medien thematisiert und dabei wurden oftmals die Anti-Kohle-Proteste und die Besetzungen im Hambacher Forst sowie in Lützerath fokussiert und teilweise in den Kontext des Linksextremismus gesetzt (vgl. z.B. fw 2023; Mai 2023; st 2023).

Äußerst rechte Positionierungen zum geplanten Windparkprojekt im Reinhardswald

Ähnlich wie im Transformationsprozess um den vorgezogenen Kohleausstieg zeigte sich die AfD auch im Transformationsprozess um das geplante Windparkprojekt im Reinhardswald als deutlich sichtbare und aktive Akteurin. Diesbezüglich ist zunächst eine sogenannte Protestaktion zu nennen, die im August 2020 von Mitgliedern der AfD-Bundestagsfraktion und der AfD-Landtagsfraktion Hessen, darunter die umweltpolitischen sowie wirtschafts- und energiepolitischen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, durchgeführt wurde. Im Rahmen dieser Aktion wurden vonseiten der AfD eine Pressekonferenz und eine Übernachtung im Wald organisiert, begleitet von YouTube-Videos zur Aktion, Flugblättern und Infobroschüren. Ähnlich wie bei einer vergleichbaren Aktion zwei Jahre später äußerte sich die AfD ablehnend gegen den Windpark Reinhardswald und argumentierte weitgehend übereinstimmend mit lokalen Anti-Windpark-Bürger*inneninitiativen und anderen Kritiker*innen des Windparkprojekts jenseits des äußerst rechten Spektrums: So wurden Argumente des Umwelt-, Natur- und Artenschutzes angeführt und gesagt, dass das Projekt gegen den Willen der betroffenen Bürger*innen sei und entsprechende Proteste ignoriert würden (AfD Bundestagsfraktion 2020a, 2020b; AfD-Fraktion Hessen o.J., 2022a, 2022b). Auch die AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA) tauchte im Reinhardswald auf und inszenierte sich im Frühjahr 2022 in einer auf YouTube hochgeladenen Protestaktion unter dem Banner „Märchenwald bleibt! Mythos Wald statt Klimawahn“ unter anderem beim Einpflanzen junger Bäume im Wald. Dabei wurde auf den Reinhardswald in einer kulturhistorischen Perspektive als „Märchenwald“ bzw. „Grimms Märchenwald“ Bezug genommen. Der Wald wurde als Teil der nationalen und regionalen Identität betont und es wurde eine explizite Verknüpfung von Ökologie, Umweltschutz und Heimatschutz hergestellt (AfD-Kompakt 2022; Junge Alternative 2022).²⁴ Zudem wurden seitens der AfD das Bündnis 90/Die Grünen bzw. dessen als ideologisch beschriebene Energiewendepolitik angegriffen und als Hauptverantwortliche für das kritisierte Windparkprojekt benannt,

24 Auch die äußerst rechte Identitäre Bewegung, die nach Angaben der Behörde im Jahr 2022 ca. 40 hessenweite und ca. 400 bundesweite Mitglieder hatte (IM Hessen 2023: 77) und in ihrem Agieren bewusst versucht, junge Menschen anzusprechen, versuchte im Februar 2022 eine ähnliche Aktion. Allerdings scheiterte diese, da die geplante Versammlung polizeilich untersagt wurde (ebd.: 81).

etwa indem in einem von der AfD-Fraktion Hessen geteilten Facebook-Post ein junges AfD-Mitglied mit der Äußerung zitiert wurde, dass die Mitglieder des Bündnis 90/Die Grünen in Hessen „Windrad-Ideologen und keine Umweltschützer“ seien (AfD-Fraktion Hessen 2018).

Auch wenn die AfD mit ihrer Kritik am geplanten Windparkprojekt im Reinhardswald hinsichtlich zahlreicher Aspekte im Einklang mit lokalen Anti-Windpark-Bürger*inneninitiativen stand, stieß sie bei diesen nicht auf positive Resonanz. Vielmehr beklagten diese Vereinnahmungsversuche durch die AfD: So habe die AfD den Initiativen zwar im Vorfeld der oben genannten Aktion im Reinhardswald Unterstützung angeboten oder sie auf der Einladung zu einer ihrer Aktionen im Wald verlinkt (Holdinghausen 2020).²⁵ Die Initiativen, die sich als „parteilich neutral“ bezeichnen, reagierten ablehnend und distanzten sich auf ihrer Website „ausdrücklich von jeglicher Form von Extremismus, insbesondere von rechtem Gedankengut, von der AfD und Gruppierungen wie dem Reichsbürgertum“ sowie von falschen Behauptungen der AfD, dass der ganze Wald oder der Reinhardswald „Urwald“ abgeholzt werden würde (ebd.; Rettet den Reinhardswald o.J.).²⁶ Zudem veranstaltete am 16. März 2024 die am Reinhardswald angrenzende Ortschaft Immenhausen zusammen mit einem ansässigen Sportverein und dem Naturpark Reinhardswald eine Aktion gegen Rassismus (Hoffmann 2024). Bei dieser Gelegenheit grenzte sich auch der Landrat des Landkreises Kassel, Andreas Siebert, gegenüber Vereinnahmungsversuchen der AfD ab: „Unser Märchenwald – der Reinhardswald – gehört uns. Wir lassen ihn nicht durch gezielte Desinformationskampagnen der AfD übernehmen“ (ebd.). Die Geschäftsführerin des Naturparks Reinhardswald hob hervor, dass Begriffe und Themen wie Heimat, Reinhardswald, Märchen, Natur und Umweltschutz „positiv besetzt seien und sie nicht völkisch-nationalistisch gesinnten Gruppen und Rechtspopulisten überlassen werden dürften“ (ebd.).

Eine weitere Akteurin der organisierten äußersten Rechten, die Bezüge zum lokalen Transformationsprozess im Reinhardswald zeigte, war die neonazistische Kleinpartei Der III. Weg, die nach Angaben der hessischen Verfassungsschutzbehörde im Jahr 2022 bundesweit 700 und hessenweit 35 Mitglieder hatte (IM Hessen 2023: 135). Im Jahr 2023 wurden von derselben Behörde

25 Derartige Verlinkungen finden sich auch auf der Website der neonazistischen Kleinpartei Der III. Weg in einem das geplante Windparkprojekt ebenso ablehnenden Beitrag (Der III. Weg 2022c).

26 Zudem wurden von der AfD-Fraktion Hessen mehrere kleine Anfragen zur Windkraft gestellt. Dabei wurden zahlreiche Themenbereiche adressiert: beispielsweise der Flächenverbrauch von Windkraftanlagen (AfD-Fraktion Hessen 2019a), die Entsorgung von Windkraftanlagen und die damit verbundenen Kosten (AfD-Fraktion Hessen 2019b), das Brandschutzkonzept in Windkraftanlagen (AfD-Fraktion Hessen 2020) sowie die potenziellen negativen Auswirkungen solcher Anlagen in Wäldern (AfD-Fraktion Hessen 2019a, 2021).

50 Mitglieder gezählt (IM Hessen 2024: 133). Die neonazistische Kleinpartei ist seit 2021 mit mehreren Veranstaltungen in Nordhessen in Erscheinung getreten und gründete kürzlich ihrem Bemühen einer bundesweiten Verankerung folgend einen sogenannten Stützpunkt in der Region (o.A. 2023). Abgesehen von wenigen Aufklebern mit Parteilogo, die im Naturpark Reinhardswald auftauchten, scheint es anders als im Falle der AfD keine lokalen Aktionen der Partei und ihrer Aktivist*innen gegeben zu haben, die sich thematisch dezidiert auf die Situation im Reinhardswald bezogen. Allerdings wurde die Situation in zwei Onlinebeiträgen auf der Parteiwebsite thematisiert (Der III. Weg 2022c, 2023d). In diesen wurde unter anderem zur „Rettung“ des Reinhardswalds aufgerufen und ebenfalls behauptet, dass der ganze „Märchenwald [...] abgeholzt“ würde (Der III. Weg 2023d). Dieser würde „gefällt für 241 Meter hohe Monsterwindräder“ und für das „Klima“ [...] abgeholzt“ (ebd.). Zudem wurde formuliert, dass die Partei für Natur- und Umweltschutz kämpfen würde und dieser eng mit dem Heimatschutz verbunden sei. Dies würde sich am Reinhardswald zeigen, der dementsprechend als „Rückzugsort für deutsche Menschen“ beschrieben wurde (ebd.). „Heimat“ wird in diesem Kontext völkisch verstanden als exklusiver Ort des angestammten deutschen Volkes.

Im Zuge der Forschung wurden zudem drei Telegram-Gruppen mit lokalem Bezug identifiziert. Bei einer davon handelte es sich um den Informationskanal einer lokalen Anti-Windkraft-Initiative. In den beiden anderen Gruppen wurden neben den Informationen dieser Initiative auch klimawandelleugnende und verschwörungsideologische Narrative verbreitet. In der reichweitenstärkeren Gruppe gab es zunächst Interventionsversuche der Mitglieder der Initiative gegen solche Positionen.

Zuletzt zeigte sich, dass auch die Situation im Reinhardswald in zahlreichen Medien der äußersten Rechten behandelt wurde. Dies ist deshalb bemerkenswert, weil es in Deutschland auch an vielzähligen anderen Orten realisierte und geplante Windparkprojekte und Anti-Windkraft-Initiativen gibt (Recherche team Europäische-Energiewende-Community 2021), ohne dass eine so große Aufmerksamkeit bei äußerst rechten Akteur*innen sichtbar wurde wie bei der Situation im Reinhardswald. Zu nennen wären hier mehrere über die letzten Jahre verteilte Beiträge und Gastkommentare im nationalliberalen und rechtskonservativen Onlinemagazin *Tichys Einblick*, in denen sich eine signifikante Schnittmenge zu den Argumenten der lokalen Windparkkritiker*innen zeigte (Douglas 2023; Etscheid 2022; Tichy Redaktion 2019). Eine solche Art der Bezugnahme fand sich auch in einem Onlineartikel des völkischen Magazins *Die Kehre*, in welchem unter anderem die lokale Anti-Windkraft-Initiative „Pro Märchenland e.V.“ mit ihrem Protestspruch „Das Märchenland ist stinksauer“ (Schindler 2014) zitiert und das Vorhaben im Reinhardswald als „ökologische Katastrophe“ beschrieben wurde (Fröhlich 2020). Angesichts der Wiederaufnahme der Fäll- und Rodungsarbeiten titelte die rechte jungkonservative Wochenzeitung *Junge Freiheit* mit starker Bezugnahme auf einen

BILD-Artikel (Schlagenhauser/Storch 2023) „Grüne zerstören Märchenwald für Windräder“ (Junge Freiheit 2023m) und stellte damit ebenso wie andere äußerst rechte Akteur*innen die Partei Bündnis 90/Die Grünen als wesentliche Verursacherin für die behauptete Zerstörung des Märchenwaldes dar.

Äußerst rechte Positionierungen zum Waldsterben im Harz

Auch bezüglich des Waldsterbens in Sachsen-Anhalt trat die AfD in Erscheinung: So bezeichnete der AfD-Landtagsabgeordnete Daniel Roi in seiner Rede am 12. Oktober 2021 im Landtag die Partei Bündnis 90/Die Grünen als „Waldvernichtungspartei Nr. 1“ (Landtag von Sachsen-Anhalt 2022: 81) und problematisierte deren Unterstützung der Fridays for Future-Bewegung (ebd.: 82). Der AfD-Abgeordnete des Deutschen Bundestags Dietmar Friedhoff beschäftigt sich besonders intensiv mit dem Waldsterben im Harz und lud am 1. Juli 2023 zu seiner „1. Harzer Waldkonferenz“ im Südharz ein (Friedhoff 2023). Laut Friedhoffs Bericht nahmen an der Konferenz „Vertreter der Kreisverbände Harz, Nordhausen und Göttingen für die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Thüringen und Niedersachsen“ (ebd.) teil. Auf der Konferenz wurde der Errichtung von Windparks auf den Kalamitätsflächen des Waldes widersprochen und die Wiederaufforstung mit Mischwald befürwortet. Dabei ist in Friedhoffs Bericht ein starker Bezug zu romantischer Naturverklärung zu erkennen, da damit argumentiert wird, „[...] dass die deutschen Wälder Heimat und Tradition sind“ (ebd.). Auch ein Bezug zum deutschen Mythos der sogenannten Trümmerfrauen (Lueg 2015) lässt sich bei Friedhoff erkennen, da er die Wiederaufforstung des Waldes als „nationale Kraftanstrengung, ähnlich wie 1945 bis 1948 [bei den] Kulturfrauen [...]“ (ebd.) bezeichnet, „weil Umweltschutz auch Heimatschutz [...]“ (ebd.) sei. Die Idee der Harzer Nationalparks an sich wird von Vertreter*innen der AfD kritisiert. Die Kritik richtet sich dabei gegen die Maßnahmen des Nationalpark Harz zur Waldentwicklung, die beinhalten, dass das Totholz der abgestorbenen Fichten im Wald verbleiben soll, da dieses auch ökologische Funktionen erfüllt. Diese sind beispielsweise das Stoppen von Wind, die Verminderung von Sonneneinstrahlung auf den Boden und die Bereitstellung einer Lebensgrundlage für viele Lebewesen (Nationalpark Harz o.J.). In einem Interview mit dem Rechtsaußenmagazin *Freilich* bezeichnete der AfD-Abgeordnete des niedersächsischen Landtags Marcel Queckemeyer die Etablierung von Nationalparks im Harz als Teil „grüner Ideologie“, ohne die das Waldsterben besser verhindert werden könnte. Dabei sprach er sich auch gegen die Maßnahme des Nationalparks aus, das Totholz im Wald nicht zu beräumen (Freilich Magazin 2024). Wie sein Parteikollege Roi griff er zudem vor allem die Klimapolitik der Partei Bündnis 90/Die Grünen – besonders deren Einsatz für Windparks – an (ebd.). Insofern mobilisierte die AfD auch im Harz gegen geplante Windkraftanlagen. Zusätzlich zeigten sich solche Anti-Windkraft Mobilisierungsversuche auch bei weiteren äußerst rechten Ak-

teur*innen: So berichtete die Regionalausgabe des nördlichen und mittleren Sachsen-Anhalts der Tageszeitung *Volksstimme* darüber, dass der 2023 gegründete Verein Schöne Harzer Heimat gegen geplante Windkraftanlagen in Elbingerode mobilisierte (Schröder 2023). In seiner Onlinepräsenz beschreibt sich der Verein zwar als „in politischer und religiöser Hinsicht unabhängig“ (Schöne Harzer Heimat 2023), steht jedoch in enger Verbindung zum rechts-extremen völkischen Siedlungsprojekt Weda Elysia e.V. in Wienrode, welches der Anastasia-Bewegung zuzurechnen ist (Röpke 2023). Weda Elysia e.V. gibt sich auf seiner Homepage naturnah und ökologisch, transportiert dabei jedoch antisemitische, antifeministische und völkische Ideologien. Im Webshop des Vereins finden sich neben Sachbüchern zu Garten- und Landschaftsbau viele Bücher mit verschwörungserzählerischen Inhalten (Lindenquell Marktplatz 2024). Die Strategie des Vereins ist es, viele Grundstücke zu erwerben,²⁷ Akzeptanz in der Bevölkerung zu gewinnen und politisch Einfluss zu nehmen. Die Akzeptanz soll unter anderem durch das Ausrichten von Volksfesten und Veranstaltungen in den eigenen Räumen erreicht werden (Sachsen-Anhalt Rechtsaussen 2021). Auf diesen Veranstaltungen konnten bereits Mitglieder der äußerst rechten Vereinigung Harzrevolte, AfD-Politiker*innen und Mitglieder von der Partei Die Rechte beobachtet werden (Röpke 2023). Der Verein wurde 2009 von dem Ehepaar Maik Schulz und Anja Maria „Aruna“ Palitzsch-Schulz gegründet und ist seit Juni 2023 vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft (ebd.). Trotz einer Informationsveranstaltung des Verfassungsschutzes am 8. November 2023 über die rechtsextreme Ideologie der Bewegung vor dem Hintergrund der Wahl zum Ortschaftsrats in Wienrode, bei welcher die beiden Mitglieder von „Weda Elysia e.V.“, Anja Maria „Aruna“ Palitzsch-Schulz und Johannes Degel, antraten (Klaus 2023), wurde erstere am 12. November 2023 mit 101 Stimmen in den Ortschaftsrat gewählt (Stadt Blankenburg 2023).

2.4.3 Zusammenfassung: Sozialökologische Transformation und äußerst rechte Einflussnahme vor Ort

In der Gesamtschau der sozialökologischen Transformationsprozesse, die im Zuge des RIOET-Projekts untersucht wurden, lässt sich festhalten: Alle untersuchten Transformationsprozesse standen im Zentrum intensiver öffentlicher, medialer und politischer Debatten und Auseinandersetzungen. Diese wurden auch lokal ausgetragen, was beispielsweise an einem diversen und umfangreichen Protestgeschehen sichtbar wurde. Als exemplarisch dafür können die zahlreichen Proteste um die Ortschaft Lützerath dienen, die trotz der Entschei-

27 Der Verfassungsschutz rechnet „Weda Elysia e.V.“ etwa 20 Grundstücke zu (Klaus 2023).

derung, den Kohleausstieg im Rheinischen Revier auf das Jahr 2030 vorzuziehen, nicht erhalten, sondern für die Kohlegewinnung abgebaggert wurde. Ebenso sind die von zahlreichen Bürger*inneninitiativen getragenen Proteste gegen das geplante Windkraftprojekt im nordhessischen Reinhardswald hier nochmal anzuführen.

Gleichzeitig ließen sich im Kontext der untersuchten Transformationsprozesse mehrere Spannungsfelder identifizieren, zwischen denen sich die Debatten und Auseinandersetzungen um die entsprechenden Prozesse bewegten. In den Forschungsregionen Harz und Reinhardswald bewegten sich diese zwischen Maßnahmen für den Klimaschutz im Sinne der Energiewende und dem Erhalt der lokalen Natur-, Kultur-, und Tourismuslandschaft in ihrer bisherigen Form. In den Kohleregionen Zeitz-Weißenfels und Rheinisches Revier ließ sich ein Spannungsfeld zwischen Klimaschutzmaßnahmen, dem Erhalt von durch den Kohleabbau bedrohten Ortschaften und strukturellen Herausforderungen, wie dem (möglichen) Verlust von Arbeitsplätzen in der Kohleindustrie, ausmachen.

Ein weiterer zentraler Befund, der im Fokus der vorhergehenden Ausführungen stand, ist, dass sowohl in den ostdeutschen als auch in den westdeutschen Untersuchungsregionen ein breites Spektrum äußerst rechter und verschwörungsideologischer Akteur*innen sichtbar war. Diese bezogen sich in ihren Positionierungen kommunikativ und/oder durch lokales Agieren auf die untersuchten Transformationsprozesse und die mit ihnen einhergehenden Transformationskonflikte: Diesbezüglich ist als ressourcenstarke Akteurin insbesondere die AfD zu nennen, die die einzige Fraktion im Deutschen Bundestag darstellt, die den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung vollständig ablehnt (AfD Bundestagsfraktion 2023; AfD Bundesverband 2025: 77-80). Auf der lokalen Ebene zeigte sich, dass sich die AfD in allen Forschungsregionen sowohl auf der Handlungs- als auch auf der Kommunikationsebene zu den lokalen Transformationsprozessen und Transformationskonflikten positionierte. Dies geschah unabhängig von ihrer regionalen und kommunalen politischen Stärke, die im Bundesland NRW und in der Forschungsregion Rheinisches Revier vergleichsweise gering war, wohingegen sie im Bundesland Sachsen-Anhalt und insbesondere in der Forschungsregion Zeitz-Weißenfels vergleichsweise stark war. Zu nennen ist aber beispielsweise auch die neonazistische Kleinpartei Der III. Weg. Diese mobilisierte in den beforschten Regionen, indem sie Klimathemen und untersuchte Transformationsprozesse adressierte oder zu naturnahen Aktionen aufrief. Zudem wurden äußerst rechte Protestformationen und Gruppierungen sichtbar, die vor allem in den ostdeutschen Forschungsregionen vermehrt auftraten, sich gegen geplante Windkraftanlagen wandten oder Bezüge zum Themenbereich Ökologie zeigten, wie völkische Siedler*innen.

In den verschiedenen Forschungsregionen wurden zudem äußerst rechte und verschwörungsideologische Gruppen und Einzelakteur*innen mit regio-

nalem Bezug identifiziert, die in den sozialen Medien auftraten. Dies etwa in Form von Telegram-Gruppen, in denen in variierenden Häufigkeiten äußerst rechte und verschwörungsideologische Inhalte verbreitet wurden oder zu Protesten aufgerufen wurde. Zudem gab es mehrere Bezugnahmen äußerst rechter Medien auf verschiedene der untersuchten Transformationsprozesse, die vor allem hinsichtlich der Situation im Reinhardswald bemerkenswert waren.

2.5 Fazit: Klimawandel, Transformationsprozesse und die äußerste Rechte

Bevor wir im nächsten Kapitel auf die Perspektiven Jugendlicher zum Klimawandel und die äußerste Rechte eingehen, fassen wir hier noch die zentralen Punkte dieses Kapitels zusammen.

Die äußerste Rechte und der Klimawandel

Die Naturschutzbewegung in Deutschland hatte schon früh Bezüge zum völkischen Milieu und war anschlussfähig für antisemitische Bilder. Während der NS-Herrschaft dienten sich die Naturschutzverbände an die Machthaber an und unterstützen so die Blut-und-Boden-Ideologie der NSDAP. Eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Traditionsbeständen setzte erst spät ein; seitens der äußersten Rechten gab es immer wieder Versuche, in Konflikten um Umwelt, Natur und die Nutzung der Atomkraft völkische Deutungen einzubringen und transformative Ansätze zurückzudrängen. Heute stehen unter anderem die Zeitschrift *Die Kehre* und die Anastasia-Bewegung in der Tradition des völkischen Naturschutzes.

In der äußersten Rechten allgemein dominieren aktuell jedoch anti-ökologische und klimawandelskeptische Positionen. Maßnahmen zum Klimaschutz werden durch beinahe alle Akteur*innen abgelehnt und als Projekte abgehobener Eliten betrachtet. Die Ablehnung wird häufig mit einer drohenden Deindustrialisierung begründet, die eine konsequente Klimaschutzpolitik nach sich ziehen würde.

Innerhalb der äußersten Rechten existiert jedoch auch eine ökofaschistische Weltdeutung, die Umweltschutz als moralisches Argument nutzt, um rassistische Gewalt zu legitimieren. In dieser Weltdeutung würde Einwanderung, aus dem globalen Süden in den Norden, zu einem erhöhten Ressourcenverbrauch führen, was Naturzerstörung nach sich ziehen würde. Die ökofaschistische und die klimawandelleugnende Weltdeutung widersprechen sich in einigen Punkten, sie teilen sich jedoch historische Referenzen und es existieren

weltanschauliche Überschneidungen, wodurch die inhaltlichen Widersprüche nicht zwangsläufig zu gegenseitiger Ablehnung führen.

Die *Junge Freiheit* und der Klimawandel

Um die Narrative der äußersten Rechten zum Klimawandel detaillierter zu beschreiben, haben wir die online verfügbaren Artikel der Zeitung *Junge Freiheit* exemplarisch untersucht. Die Untersuchung wurde angelehnt an die Narrative Diskursanalyse nach Viehöver (2010). Dazu wurde zunächst eine Sichtung der Artikel vorgenommen, die die *Junge Freiheit* im ausgewählten Zeitraum online veröffentlicht hat. Anschließend wurden alle Artikel gelesen und nach Relevanz und Themen sortiert, um danach ausgewählte Beiträge ausführlich zu analysieren. Während dieser Feinanalyse wurden Textstellen, die für die Rekonstruktion von Narrativen relevant sind, kategorisiert. Aus diesen Kategorien konnten anschließend die Narrative zum Klimawandel rekonstruiert werden.

Allgemein lässt sich durch die Untersuchung feststellen, dass das Interesse am Klimawandel und damit verbundenen Themen im untersuchten Zeitraum von April 2023 bis April 2024 nachgelassen hat. Obwohl mit 336 Artikeln, die Bezüge zum Klimawandel aufwiesen, das Thema nicht unwichtig war, wurde meist nicht der Klimawandel direkt thematisiert, sondern die damit einhergehenden Transformationen und Akteur*innen, die diese vorantreiben. Ausführungen über negative Auswirkungen durch den Klimawandel lassen sich kaum in den Artikeln der Zeitung finden, stattdessen werden hauptsächlich Klimaschutzmaßnahmen kritisiert.

So ist es nicht verwunderlich, dass Narrative, die direkt negative Klimawandelauswirkungen beschreiben, kaum zu finden sind. Sofern das der Fall ist, handeln diese von bedrohlichen fremden Tier- und Pflanzenarten oder warnen vor zusätzlicher Migration, die durch den Klimawandel entstehen könnte. Die meisten Narrative, die in der *Jungen Freiheit* zu finden sind, warnen vor negativen Auswirkungen durch Klimaschutzmaßnahmen. Diese betreffen dann die Wirtschaft, den Wohlstand, die Umwelt und die Sicherheit sowie die Freiheitsrechte der Bevölkerung. Hier werden häufig rechtspopulistische Bilder aufgerufen, in denen eine unbestimmte Elite das Volk unterdrücken würde und dazu den Klimawandel als Argument anführe. Seltener aufgerufen wird das Narrativ, das die Erinnerungskultur an die NS-Herrschaft in Deutschland in Verbindung zur Klimawandelpolitik bringt. Die lebendige Erinnerungskultur würde angeblich dazu führen, dass die Bevölkerung Obrigkeitshörig wäre und Maßnahmen zum Klimaschutz akzeptiere, die die *Junge Freiheit* als freiheitsberaubend und autoritär beschreibt.

Lokale Transformationsprozesse und äußerst rechte Einflussnahmen

Nachdem wir uns den Positionen der äußersten Rechten zum Klimawandel allgemein genähert haben, schauten wir uns konkrete lokale Transformationsprozesse an und sind der Frage nachgegangen, wie äußerst rechte und verschwörungsideologische Akteur*innen versucht haben auf diese Einfluss zu nehmen. Dazu wurde eine problemzentrierte Forschung in vier Regionen durchgeführt.

Die vier untersuchten Regionen waren die geplanten Kohleausstiege in Zeitz-Weißenfels und im Rheinischen Revier, die geplanten Windkraftanlagen im Reinhardswald und das Waldsterben im Harz. In diesen Regionen konnten Konflikte zum Umgang mit konkreten klimawandelbedingten Herausforderungen und Klimaschutzmaßnahmen beobachtet werden. Diese wurden in allen untersuchten Regionen intensiv medial begleitet, in der lokalen Presse und teilweise bundesweit. In allen vier Kontexten positionierte sich insbesondere die AfD zu den Themen und versuchte diese politisch zu nutzen. Aber auch andere äußerst rechte und verschwörungsideologische Akteur*innen versuchten, Einfluss auf die einzelnen Prozesse zu nehmen, neben der neonazistischen Kleinpartei Der III. Weg beispielsweise auch völkische Siedler*innen und unterschiedliche äußerst rechte Publikationsorgane.

3. Klimageneration und/oder rechte Jugend? Ergebnisse aus der RIOET-Forschung

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der empirischen Erhebung im Rahmen des Forschungsprojekts „Rechtsextremismus in ökologischen Transformationsräumen“ (RIOET) vorgestellt und interpretiert. Dazu leiten wir das Themenfeld Jugend–Klima–Rechtsextremismus zunächst ein und geben einen Überblick zum Stand der Forschung in diesem Bereich (Kap. 3.1), bevor wir im zweiten Schritt näher auf das Forschungsdesign und die Methodik des RIOET-Projekts eingehen (Kap. 3.2). Anschließend werden die Ergebnisse der qualitativen und quantitativen Erhebung vorgestellt und in drei Themenbereiche unterteilt: Einstellungen und Emotionen zum Klimawandel (Kap. 3.3), Politik- und Demokratievertrauen (Kap. 3.4) und Resonanz auf äußerst rechte Narrative (Kap. 3.5). Abschließend fassen wir die Ergebnisse zusammen und gehen auf mögliche Limitierungen und offene Frage ein (Kap. 3.6).

3.1 Jugend im Spannungsfeld von Klimawandel und Rechtsextremismus: Ein Überblick²⁸

Die Themen Jugend und Klima stehen nicht erst seit der erhöhten diskursiven Präsenz ab 2018 durch Fridays for Future im Fokus äußerst rechter Strategien. Äußerst rechte Akteur*innen nutzen bereits wesentlich länger die Bedeutung ökologischer und jugendspezifischer Anliegen in gesellschaftlichen Debatten, um mit vermeintlich attraktiven Angeboten neue Zielgruppen zu erreichen. Dieses Kapitel gibt einen Überblick über diese Strategien, indem historische Kontinuitäten, thematische Schwerpunkte und die Inhalte der rechtsextremen Ideologien dahinter aufgezeigt werden. In diesem Kapitel folgt ein Blick in die Forschungslandschaft zu affektiven und kognitiven Bezügen junger Menschen zum Klimawandel sowie zu klimabezogenem Aktivismus, um zentrale Befunde und Ansätze für die weiterreichende Forschung zu identifizieren.

3.1.1 *Jugend und Rechtsextremismus*

Jugend ist ein zentrales Handlungsfeld der äußersten Rechten. Dies hat zwei zentrale Gründe: Die Kindheit und vor allem die Jugend sind Entwicklungsphasen, in denen Menschen wesentlich ihre politische Identität und ihr Werte-

28 Wir danken Lilli Walter für die Mitarbeit an diesem Kapitel.

system ausbilden. Die Entwicklung kognitiver Fähigkeiten und die Auseinandersetzung mit komplexen Sachverhalten nehmen an Bedeutung zu; medial vermittelte Informationen, die Gruppe der Gleichaltrigen in der Schule und in der Berufsausbildung, aber auch erste Erfahrungen in der Arbeitswelt sowie Prägungen durch das Elternhaus (bzw. die Ablösung aus ihm) bilden den Kontext, in dem es zu einer zunehmenden Beschäftigung mit politischen Fragestellungen und Entwicklungen kommen kann. Dies gilt auch für Themen wie Klimawandel und gesellschaftliche Transformationsprozesse (BMUV 2020).

Junge Menschen für gesellschaftliches, ehrenamtliches oder – im engeren Sinne – parteipolitisches Engagement zu gewinnen, darum bemühen sich viele Gruppen, Verbände und Organisationen; auch jene, die sich einem völkischen Nationalismus, autoritären Gesellschaftsmodellen und heteronormativen Geschlechterarrangements verpflichtet fühlen und diese zur gesellschaftlichen Norm machen wollen. In äußerst rechter Weltanschauung steht Jugend aber auch für die Kraft und den Willen eines Volkes, „im Ringen mit anderen Völkern“ zu bestehen. Aus der Jugend soll sich die zukünftige Führungselite rekrutieren; sie gilt als aktionsbereit. Schließlich steht Jugend auch für die „biologische Kontinuität des Volkes“ (Bott 1969; Virchow 2006: 57–90).

In der Nachkriegsgeschichte hat die äußerste Rechte ein breites Angebot entwickelt, um junge Menschen anzuziehen, sie ideologisch zu beeinflussen und ihnen eine politische Heimat zu bieten. Hierzu gehören beispielsweise kulturelle Angebote wie Musik und Tanz, Zeltlager und Wanderungen, aber auch politische Schulungen, Kampfsportwettbewerbe, virtuelle Erlebniswelten und Demonstrationen sowie die Mitwirkung in Jugendorganisationen, von denen einige auch an Parteien angeschlossen waren (Langebach 2016). Mit dem raschen Bedeutungszuwachs sozialer Medien haben diese eine zentrale Rolle als Sozialisations- und Politisierungsplattformen gewonnen. Junge äußerste Rechte sind nicht nur in der Traditionslinie des völkischen Nationalismus in Deutschland ein Thema – in vielen westlichen Nationen etablierten sich in den vergangenen Jahrzehnten neofaschistische Jugendszenen. Beispielsweise untersuchten Duindam et al. 2024 die Tendenzen zur rechtsextremen gewalttätigen Radikalisierung unter niederländischen Jugendlichen und identifizierten vier unterschiedliche Profile: „Rechtsextrem gewalttätig Radikale“ (6 Prozent), „Gewalttätige Experimentierer“ (25 Prozent), „Wenig Gewaltbereite“ (33 Prozent) und „Keine Gewaltbereitschaft“ (36 Prozent). Die Ergebnisse zeigen, dass bestimmte demografische Merkmale, insbesondere ein jüngeres Alter und männliches Geschlecht, sowie Risikofaktoren wie wahrgenommene Ungerechtigkeit, mangelnde Legitimität der Regierung, Aggression, geringe intergruppalen Kontakte, wahrgenommene Bedrohung der eigenen Gruppe und Überlegenheitsgefühle mit der Radikalisierungsneigung zusammenhängen. Die Studie betont die Bedeutung dieser Faktoren für präventive Maßnahmen, um gezielt gegen äußerst rechte gewalttätige Radikalisierung vorzugehen und die gesellschaftliche Resilienz zu stärken (ebd.). Eine Studie von Yvonne

Krieg (2022) untersucht die Verbindung zwischen Verschwörungsmentalität, rechtsextremer Ideologie und diskriminierendem Verhalten bei Jugendlichen in Deutschland. Befragt wurden 2824 Schüler*innen mit verschiedenem Bildungshintergrund (Durchschnittsalter 15 Jahre). Während Jugendliche seltener an Verschwörungstheorien glauben als Erwachsene, zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen einer höheren Verschwörungsmentalität und rechtsextremen Einstellungen sowie diskriminierendem Verhalten gegenüber Fremden und Homosexuellen, insbesondere in der 9. Klasse im Gegensatz zur 7. Klasse. Die Studie hebt hervor, dass Verschwörungsnarrative in Krisenzeiten wie der COVID-19-Pandemie verstärkt auftreten, was durch soziale Isolation und verstärkten Medienkonsum begünstigt wird (ebd.).

Spätestens seit der deutsch-deutschen Vereinigung ist die präventive und akademische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus von einem Fokus auf Jugendliche und junge Erwachsene geprägt. Dies ergibt sich phänomenologisch aus der Beobachtung, dass der Rechtsextremismus ab den 1970er-Jahren zunehmend durch jugend- und subkulturelle Einflüsse, insbesondere der rechtsextremen Teile der Skinhead-Szene, dominiert wurde. Gewaltsame Eskalationen gingen häufig vor allem von jungen Tätern (und seltener jungen Täterinnen) aus (Scherr 2001: 173). Die starke Jugendbezogenheit der Rechtsextremismusdebatte stellte lebensabschnittsbezogene Entwicklungsprozesse und jugendkulturelle Kontexte in den Vordergrund. Mitunter ging damit die Entpolitisierung des Rechtsextremismus und seiner ideologischen und gesellschaftlichen Ursprünge einher. Der Blick richtete sich häufig auf Devianz und Gewalt sowie die individuellen und sozioökonomischen Umstände der jungen Rechtsextremen, während der Kontext ideologischer Legitimationen und Kontinuitäten sowie die Verantwortung der Erwachsenenengesellschaft außen vor blieben (ebd.: 182). Zahlreiche Präventionsprogramme richteten sich vor allem auf die Jugendphase aus (Bruns 2022). Die umstrittene Umsetzung von Konzepten wie der akzeptierenden Jugendarbeit mit jungen Neonazis durch dazu nicht ausreichend qualifizierte Sozialarbeiter*innen hatte häufig eher problemverstärkende Folgen, die lokale Hegemonien rechtsextremer Strukturen teilweise normalisierten und stärkten, sodass in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre immer mehr davon Abstand genommen wurde (Bock et al. 2023; Bruns 2022). Ab der Jahrtausendwende setzten sich zunehmend neue Paradigmen bei der Begegnung des Rechtsextremismus durch, die vor allem auf die Stärkung von alternativen Angeboten und zivilgesellschaftlichen Gegenkräften, auf die Unterstützung von Betroffenen von rechter Gewalt sowie auf Prävention, Beratung und Ausstiegshilfen setzten. Seitdem hat sich dieses Handlungsfeld ausdifferenziert und stark professionalisiert (Nehmer et al. 2022). Angebote und Projekte richten sich nicht mehr nur an Jugendliche, was auch die Entwicklung berücksichtigt, dass die einst neonazistische Jugendszene aus der Hochphase der 1980er- und 1990er-Jahre älter geworden ist. Außerdem haben in den vergangenen Jahren neue Erscheinungen mit eher älteren Trägergruppen an Be-

deutung gewonnen, beispielsweise die sogenannte Reichsbürger*innenszene, die Protestbewegung Pegida und die AfD (Schönberger/Schönberger 2023; Virchow 2016; Kleinert 2018). Auch die vorrangig jugendbezogenen Aspekte des Rechtsextremismus haben sich seit den frühen 2000er-Jahren verändert und zumindest äußerlich modernisiert. Mitte der 2000er-Jahre kopierten die sogenannten Autonomen Nationalisten den Stil und das Auftreten der (post-) autonomen Linken, um so moderner und kulturell anschlussfähiger zu erscheinen und sich besser vor sozialen und repressiven Gegenmaßnahmen zu schützen (Schedler/Häusler 2011). Ab 2013 ist mit der sogenannten Identitären Bewegung (IB) eine aktionsorientierte Akteurin der sogenannten Neuen Rechten in Deutschland in Erscheinung getreten, die sich vor allem an junge Menschen richtet. Die IB inszeniert sich modern, jung, äußerlich adrett und gleichzeitig im Sinne des Mainstreams im Auftreten, das heißt betont ordentlich und unter Verzicht auf allzu martialisches Auftreten. Ihre Protestaktionen und Demonstrationen werden insbesondere für die Verwendung in klassischen und sozialen Medien penibel orchestriert – so wird beispielsweise darauf Wert gelegt, bei Demonstrationen junge Frauen zu zeigen, die vorherrschenden Schönheitsidealen entsprechen (Fiedler 2018). Die IB und daran orientierte Gruppen verzichten weitgehend auf offensichtliche Bezüge zum Nationalsozialismus und suchen andere historische und popkulturelle Referenzen, beispielsweise in den christlichen Kreuzzügen, die vielen jüdischen und muslimischen Menschen das Leben kosteten, oder in der verherrlichten Kriegerkultur Spartas. Real ist die IB wie auch andere rechtsextreme Jugendszenen von hegemonialen Männlichkeitsvorstellungen geprägt; dies begünstigt die Entwicklung eines militanten Habitus und die Kooperation mit der Neonaziszene, etwa bei Kampfsportevents der Szene (Südwestrundfunk 2024). Gleichzeitig haben sich die IB und die AfD immer stärker angenähert – trotz offizieller Unvereinbarkeitsbeschlüsse seitens der Partei.

Hafeneger und Kolleg*innen (2021) kommen in ihrer Forschung zur Jugendpolitik der AfD zum Ergebnis, dass Jugendpolitik von der AfD bislang nicht näher thematisiert oder in den Mittelpunkt gestellt werde (ebd.: 154). Konstatiert wird schließlich auch eine „Ferne gegenüber Jugend“ und den gelebten Jugendkulturen (ebd.). Dieser Befund muss jedoch mittlerweile insofern relativiert werden, als dass die AfD die ganze Bandbreite politischer Themen in medialen Öffentlichkeiten kommuniziert, die insbesondere von jüngeren Menschen genutzt werden. Durch eine intensive Nutzung von TikTok erzielt die AfD dabei weit überdurchschnittliche Reichweiten (Serrano et al. 2019; Rochnia et al. 2021). Bei der Bundestagswahl 2021 waren bei jungen AfD-Wähler*innen Social Media gegenüber Fernsehen, Radio und persönlichen Gespräche allerdings noch vergleichsweise unwichtige Informationsquellen (Friedrich-Ebert-Stiftung 2022: 35).

Insbesondere die IB und ihre internationalen Strukturen professionalisieren die Nutzung sozialer Medien durch die äußerste Rechte erheblich. So haben

sich soziale Netzwerke für den Rechtsextremismus zum wichtigsten Instrument und zum Raum für die Ansprache, Radikalisierung und Vernetzung (nicht nur) junger Menschen entwickelt (Rothut et al. 2024). Mit der zeitgleichen Etablierung der AfD im parlamentarischen Raum erweiterten sich Diskurs- und Resonanzräume ebenso wie finanzielle und karrierebezogene Möglichkeiten. Die Produktion äußerst rechter Medien insbesondere für digitale Räume ist auch zu einem Arbeitsmarkt für Bewegungsunternehmer*innen, Influencer*innen und Mitarbeiter*innen von Parteien und Medien der äußersten Rechten geworden: Mit der Radikalisierung der AfD unter den Einflüssen der sogenannten Neuen Rechten verschmelzen diese Entwicklungen im digitalen und im politischen Raum zunehmend miteinander. Insbesondere der Jugendverband der AfD, die Junge Alternative (JA), übernahm eine Brückenfunktion zwischen rechtsextremen Jugendlichen und der parlamentarischen Ebene. Dabei hatte die als besonders extrem geltende und Anfang 2025 aufgelöste JA einen radikalisierenden Einfluss auf die Gesamtpartei und unterstützte deren Normalisierung durch lebensweltliche und erlebnisorientierte Angebote für junge Menschen online und offline (Heinze 2024). Heinze untersuchte die JA und ihre Beziehung zur Mutterpartei AfD. Auf Grundlage von halbstrukturierten Interviews mit hochrangigen JA-Mitgliedern, (Social-)Mediakommunikation sowie offiziellen Dokumenten der JA, der AfD und des Verfassungsschutzes wurde analysiert, inwiefern Jugendorganisationen rechtsextremer Parteien als Radikalisierungstreiber fungieren und welche Konflikte zwischen Partei und Jugendflügel entstehen, insbesondere im Hinblick auf Finanzierung, Macht und Legitimität. Die Studie zeigt, dass die JA nach ihrer Gründung rasch organisatorische Strukturen aufbaute, aber ideologische und strategische Konflikte zu hoher Fluktuation führten. Obwohl die AfD die JA 2015 offiziell anerkannte, blieben Spannungen bestehen, insbesondere in Bezug auf den Umgang mit rechtsextremistischen Mitgliedern und der Vermeidung von Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Die Untersuchung verdeutlicht, dass die Radikalisierung beider Organisationen ihre Beziehung nachhaltig prägte. Am 1. Februar 2025 erklärte die JA, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuft wurde, auf Drängen des AfD-Parteivorstands die Selbstauflösung. Zum Redaktionsschluss dieses Buches wurde die Bezeichnung Patriotische Jugend für die neue Jugendorganisation durch die AfD ins Spiel gebracht (Bröckling 2025: o.S).

Dass die Jugendorganisationen inhaltlich stärker zugespitzte Positionen vertreten als die Mutterpartei, ist nicht ungewöhnlich. Eine internationale Vergleichsstudie von McDonnell et al. aus dem Jahr 2025 zeigt, dass die Mehrheit der Mitglieder von Jugendorganisationen politischer Parteien sich als radikaler im Vergleich zur Mutterpartei wahrnimmt. Befragt wurden hierfür 4.000 Mitglieder von 12 Jugendverbänden in sechs Ländern. Dabei sind Mitglieder von Mitte-Links-Jugendorganisationen tendenziell radikaler als ihre Mitte-Rechts-Pendants. Zudem identifiziert die Studie drei Gruppen: „Radikale“, „Mode-

rate“ und „Alignierte“, wobei Radikale am stärksten von den Parteilinien abweichen. Besonders radikal sind diejenigen, die länger in der Jugendorganisation aktiv sind und keine direkten Karriereambitionen innerhalb der Partei verfolgen. Überraschenderweise haben demnach Wahlerfolge der Mutterpartei keinen Einfluss auf die Wahrnehmung der ideologischen Übereinstimmung. Insgesamt verdeutlicht die Studie, dass Parteimitglieder keine homogene Gruppe sind und dass ideologische Diskrepanzen zwischen Basis und Parteiführung vielfach zu beobachten sind.

Viele junge AfD-Unterstützer*innen heben sich in der Breite nicht durch äußerlich-subkulturelles Auftreten von den älteren Generationen ab, sondern kopieren in einem nachholenden Konformismus äußerst rechte Positionierungen in der Elterngeneration und ordnen sich in ihren Selbstbeschreibungen eher der politischen Mitte zu. Sie übernehmen und reproduzieren damit die Normalisierung der äußersten Rechten in der sogenannten gesellschaftlichen Mitte (Hemkentokrax 2024). Zeitgleich treten 2024 und 2025 subkulturell und neonazistisch auftretende junge Menschen wieder verstärkt in Erscheinung, die teilweise die martialischen Outfits von Skinheads und Neonazikameradschaften reproduzieren. Bei rechtsextremen Aufmärschen, beispielsweise gegen queere CSD-Versammlungen, treten die neuen Neonazis und die äußerlichen „Normies“ in einer Aura demonstrativen Bedrohungsgebahrens Seite an Seite in Erscheinung (von der Weiden 2024). Opferberatungsstellen und Behörden berichten seit Jahren von einer stetigen Zunahme rechts motivierter Gewalttaten. Im Alltag, so berichten beispielsweise Jugendliche aus Halberstadt in Sachsen-Anhalt, müsse man sich tarnen, um nicht in öffentlichen Räumen von Rechtsextremen als Linker erkannt und angegriffen zu werden (Gantenbrink 2024). Übergriffe und Bedrohungen gegen nichtrechte Jugendliche haben sich online sowie insbesondere in strukturschwachen Regionen (wieder) zu einer Gefahr für Pluralismus, demokratische Kultur und die psychische und physische Unversehrtheit insbesondere von jungen Menschen entwickelt. 2025 machte der Fall der mutmaßlich rechtsterroristischen Gruppe Letzte Verteidigungswelle Schlagzeilen: Bei Razzien nahm die Polizei fünf Hauptverdächtige im Alter zwischen 14 und 18 Jahren fest (Fröhlich et al. 2025). Die Gruppe steht stellvertretend für eine Reihe neuer extrem rechter und militanter Jugendgruppen, die unter anderem mit Angriffen auf CSD-Demonstrationen und politische Gegner auffallen.

3.1.2 Extrem rechte Einstellung und Wahlverhalten junger Erwachsener

Auf der Einstellungsebene zeigen sich in der Leipziger Autoritarismus-Studie von 2024 in der Altersgruppe der 16- bis 30-Jährigen hinsichtlich manifest rechtsextremer Einstellungen für junge Menschen in westdeutschen Bundes-

ländern deutlich höhere Zustimmungen zu neonationalsozialistischer Ideologie (bis zu 6,6 Prozent) als bei Befragten des gleichen Alters aus ostdeutschen Bundesländern, während die Zustimmung bei einem Teil der ethnozentrischen Einstellungen bei ostdeutschen Jugendlichen mit bis zu 23,6 Prozent fast doppelt so hoch ist wie bei den westdeutschen Befragten dieser Alterskohorte (Decker et al. 2024: 54). In der *Mitte-Studie* des Jahres 2023 finden sich für die Alterskohorte der 18- bis 34-Jährigen 12,3 Prozent mit einem manifest rechts-extremen Weltbild; 14,1 Prozent stimmen Aussagen zu, die Nationalchauvinismus messen, 10,7 Prozent Sozialdarwinismus (Zick et al. 2023: 76). Mit Ausnahme der Zustimmung zu Items zu Fremdenfeindlichkeit und Nationalchauvinismus liegt die Zustimmung in dieser Alterskohorte – zum Teil deutlich – über der Zustimmung bei den Gruppen der 35- bis 64-Jährigen bzw. den über 65-Jährigen.

Bezogen auf die in der Forschung berücksichtigten Bundesländer ergibt sich folgendes Bild: In Sachsen-Anhalt erreichte die AfD 20,8 Prozent der Zweitstimmen bei den Landtagswahlen am 6. Juni 2021; gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl war dies ein Verlust von 3,5 Prozent. In den Altersgruppen der 18- bis 24-Jährigen bzw. der 25- bis 34-Jährigen betrug der Anteil der AfD 18 Prozent bzw. 28 Prozent (Tagesschau 2021). In Befragungen zur Wahlabsicht hat sich der Zustimmungswert für die AfD seit Spätsommer 2023 deutlich erhöht. Der Sachsen-Anhalt-Monitor 2023 hat gezeigt, dass insbesondere in der Alterskohorte zwischen 18 und 29 Jahren die Tendenz zur manifesten Ablehnung der Demokratie als Staatsidee hoch ist (14 Prozent gegenüber beispielsweise drei Prozent bei den 50- bis 65-jährigen Befragten). Zugleich sind die Altersgruppen ab 30 Jahren deutlich unzufriedener mit der Art, wie Demokratie in Deutschland funktioniert (Arenz et al. 2023: 76 ff.). Auf der rechten Seite des politischen Spektrums seien deutlich mehr Befragte sehr bzw. ziemlich unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie als auf der linken (ebd.: 80). Die Alterskohorte zwischen 18 und 29 Jahren zeigt deutlich unterdurchschnittliche Zustimmungswerte zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (ebd.: 141); der AfD billigen die Befragten die zweithöchste gebündelte Lösungskompetenz zu, bezogen auf das Themengebiet Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung die höchste Lösungskompetenz (ebd.: 115). Der Klimawandel wird von den Befragten als nachrangiges Problem für Sachsen-Anhalt und die Bundesrepublik Deutschland betrachtet (ebd.: 99 – 111).

In Nordrhein-Westfalen erreichte die AfD bei der Landtagswahl am 15. Mai 2022 insgesamt 5,4 Prozent der Zweitstimmen und verlor damit 1,9 Prozent gegenüber der Landtagswahl im Jahr 2017. In den Altersgruppen 18 bis 24 Jahre bzw. 25 bis 34 Jahre betrug der AfD-Stimmenanteil vier Prozent bzw. fünf Prozent (Tagesschau.de 2022). Mit den Landtagswahlen 2023 in Bayern und in Hessen drückte sich erstmals seit den 1990er-Jahren wieder in westdeutschen Wahlergebnissen ein deutlicher Rechtstrend unter jungen Menschen in Deutschland aus: Erstwähler*innen wählten im Durchschnitt etwa genauso

häufig rechts außen wie der Bevölkerungsdurchschnitt der Länder. Bei den Landtagswahlen in Bayern am 8. Oktober 2023 erhielt die AfD 14,6 Prozent der Zweitstimmen und konnte damit das Ergebnis der Wahl von 2018 (10,2 Prozent) deutlich steigern. Während sieben Prozent der Wähler*innen aus der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen im Jahr 2018 für die AfD votiert hatten, waren es 2023 mit 16 Prozent mehr als doppelt so viele. In dieser Alterskohorte war der Stimmenzuwachs der AfD am höchsten (Tagesschau.de 2023a). Bei der zeitgleich stattfindenden Landtagswahl in Hessen, bei der die AfD 18,4 Prozent der Zweitstimmen gewinnen konnte, lag der AfD-Stimmenanteil der 18- bis 24-Jährigen bei 18 Prozent (Tagesschau.de 2023b). Mit Blick auf die Bundestagswahl 2021 war noch konstatiert worden, dass die AfD unter jungen Wähler*innen keine große Rolle spiele, wobei sich ein differenzierter Blick lohne: So sei die Zustimmung unter jungen Menschen im Vergleich zu 2017 leicht gestiegen. Verantwortlich für den Stimmenanteil der AfD unter jungen Menschen seien vor allem junge Männer in Ostdeutschland (Friedrich-Ebert-Stiftung 2022: 25). Bei den Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen im September 2024 bestätigte sich diese Entwicklung – auch hier schnitt die AfD bei Jungwählenden mit 30 oder mehr Prozent den Nachwahlbefragungen folgend sehr hoch ab (Tagesschau.de 2024a; 2024b; 2024c). In den Wahlkämpfen adressierte die AfD junge Menschen stark; insbesondere der Thüringer AfD-Ministerpräsidentenkandidat Björn Höcke präsentierte sich mit Plakaten wie „JA zur Jugend“ (JA ist zugleich das Akronym der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative) sowie mit der bei ostdeutschen Jugendlichen nach wie vor beliebten „Simme“ – dem Simson-Moped aus der DDR (Pilz 2024). In der politischen und öffentlichen Debatte wurde in diesem Zusammenhang vor allem die erfolgreiche Nutzung der Videoplattform TikTok durch die Rechtsaußenpartei als Ursache und Problem diskutiert. Außerdem wurden die Krisenbelastungen junger Menschen sowie unsichere Zukunftsperspektiven als Ursachen angeführt (Tagesschau 2024d). Bei den Bundestagswahlen im Februar 2025 wählten nach Angaben der Forschungsgruppe Wahlen 21 Prozent der 18- bis 24-Jährigen die AfD, die damit hinter der Linkspartei (26 Prozent) zweitstärkste Kraft wurde, mit deutlichem Abstand vor CDU/CSU (13 Prozent), SPD (11 Prozent), Bündnis 90/Die Grünen (10 Prozent), dem Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW, 6 Prozent) und der FDP (5 Prozent). Das gute Abschneiden der Linkspartei wurde unter anderem darauf zurückgeführt, dass die Partei als ein besonders starker Gegenpol zur AfD und einer Rechtsverschiebung der Mitte-Parteien, insbesondere der Union mit Kanzlerkandidat Friedrich Merz, angesehen wurde (Drees 2025: o.S.).

3.1.3 Jugend und Klimawandel

Die Forschung zu jugendlichem Klimaaktivismus hat in den vergangenen Jahren zugenommen und soll im Folgenden kurz zusammengefasst werden, bevor wir in Kapitel 3 die Ergebnisse unserer empirischen Erhebung vorstellen.

Studien zeigen übereinstimmend, dass junge Menschen weltweit nicht nur eine hohe Besorgnis über die Klimakrise empfinden, sondern auch aktiv werden, um Veränderungen herbeizuführen. Zu den zentralen Themen gehören die psychische Gesundheit, Formen des Aktivismus und die politischen Einstellungen junger Menschen. Ein wiederkehrendes Ergebnis ist, dass die Klimakrise nicht nur eine ökologische, sondern auch eine psychologische Herausforderung darstellt (Habibi-Kohlen 2023; Tsevreli et al. 2023; Hickman et al. 2021; Wallis et al. 2021). Gefühle wie Angst, Wut und Hoffnungslosigkeit sind weit verbreitet, insbesondere unter Jugendlichen, die sich von politischen Entscheidungsträger*innen und der älteren Generation im Stich gelassen fühlen (vgl. Kap. 3.3). Gleichzeitig zeigen Forschungen, dass Klimaaktivismus eine Möglichkeit sein kann, mit diesen Belastungen umzugehen und ein Gefühl von Selbstwirksamkeit zu entwickeln (vgl. Kap. 3.4). Politische Einstellungen spielen eine zentrale Rolle: Während ein progressives Weltbild oft mit größerer Klimaschutzsorge und Engagement korreliert, zeigen einige Studien, dass wirtschaftliche Unsicherheiten oder konservative Wertvorstellungen das Umweltbewusstsein junger Menschen beeinflussen können (Priest/Menthen: o.J.). Darüber hinaus verdeutlichen Untersuchungen, dass soziale Herkunft und Bildungschancen die Wahrnehmung und das Engagement für den Klimaschutz prägen (Della Porta et al. 2023).

Klimabezogene Einstellungen und Emotionen junger Menschen

Hickman et al. (2021) untersuchten, inwiefern Jugendliche weltweit durch das Thema Klimawandel psychisch belastet werden und ob geografische Unterschiede bestehen. Im Rahmen einer Erhebung, die 2021 in zehn Ländern (Australien, Brasilien, Finnland, Frankreich, Indien, Nigeria, Philippinen, Portugal, England und den USA) durchgeführt wurde, wurden 10.000 Jugendliche im Alter von 16 bis 25 Jahren befragt. Die Ergebnisse zeigen, dass im Durchschnitt 59 Prozent der Befragten sehr oder extrem besorgt über die Auswirkungen des Klimawandels sind, während insgesamt 84 Prozent zumindest mäßig besorgt sind. Viele Befragte berichteten von negativen Gefühlen wie Traurigkeit, Angst und Schuld, 45 Prozent gaben an, dass ihre Sorgen den Alltag beeinträchtigen. Zudem machten sich 75 Prozent der Jugendlichen große Sorgen um ihre Zukunft. Besonders hoch war die Besorgnis auf den Philippinen, was mit den dort bereits real erlebten Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Stürmen in Verbindung gebracht wird. Klimaschutzmaßnahmen der je-

weiligen Regierungen wurden häufig als unzureichend oder schlecht wahrgenommen.

Delaram Habibi-Kohlen (2023) untersuchte die psychischen und emotionalen Belastungen von Kindern und Jugendlichen durch die Klimakrise und analysierte, wie die Verleugnung dieser Realität durch die Elterngeneration zu einem Gefühl des Alleingelassenseins führt. Die kulturelle Verdrängung der Verantwortung schwächt demokratische Werte und das Gemeinwohl. Kinder erleben Umweltinstabilität als existenzielle Bedrohung, während Erwachsene oft mit Beruhigung oder Abwehr reagieren. Dies verstärkt das Gefühl von Hilflosigkeit und Isolation bei jungen Menschen. Eine realistische und empathische Auseinandersetzung mit der Klimakrise – ohne Verleugnung oder Omnipotenz – kann Jugendlichen helfen, mit der Unsicherheit umzugehen. Entscheidend ist demnach, dass Erwachsene ihre eigene Überforderung und Schuld anerkennen und gemeinsam mit Kindern nach Handlungsmöglichkeiten suchen, anstatt sie unbewusst zum Schweigen zu bringen. Tsevreli et al. (2023) untersuchten die eco-anxiety (Öko-Angst) und climate-anxiety (Klimawandel-Angst) der Generation Z, wobei sie eine kritische Analyse von weltweiten Studien zu den ökologischen Gefühlen von Kindern und Jugendlichen sowie tatsächlichen Daten zu Naturkatastrophen seit 2000 einbezogen. Die Ergebnisse zeigen, dass (a) die Generation Z im Globalen Norden über die Zukunft der Umwelt besorgt ist, während sie im Globalen Süden unter den Auswirkungen der ökologischen Krise leidet, (b) die Generation Z aktiv gegen den Klimawandel handelt und (c) die Öko-Angst eine existenzielle Dimension für Kinder und junge Menschen hat. Die Studie betont, dass die emotionalen Reaktionen der Generation Z auf die ökologische Krise und den Klimawandel neue Richtungen in der Umweltbewusstseinsbildung und -reflexion eröffnen könnten. Besonders hervorzuheben ist die existenzielle Dimension der eco-anxiety, die für die Forschung spannend ist, da sie Auswirkungen auf das Wohlbefinden und die Gesundheit zukünftiger Gesellschaften haben könnte.

Uba et al. (2023) untersuchten die Faktoren, die die Besorgnis junger Menschen (im Alter von 18 bis 34 Jahren) über den Klimawandel und Umweltfragen im Zeitraum 2018–2019 beeinflussen. Die Ergebnisse basieren auf einer Panelbefragung in neun europäischen Ländern. Die wichtigsten Ergebnisse zeigen, dass politische Orientierung, persönliche Werte und sozioökonomische Bedingungen entscheidend sind, um die Klimabesorgnis zu erklären. Junge Menschen mit libertären Werten und progressiven Ansichten zu Immigration und Umverteilungspolitik sind tendenziell stärker besorgt über den Klimawandel. Im Gegensatz dazu sind diejenigen mit rechten politischen Ansichten oder solchen, die wirtschaftliche Schwierigkeiten erfahren, weniger geneigt, sich mit Klimafragen zu befassen. Die Studie hebt hervor, dass relative Benachteiligung, wie wirtschaftliche Probleme, das Engagement für den Klimawandel behindert und unterstützt die „finite pool of worry“-Hypothese, die besagt, dass Menschen nicht gleichzeitig um zu viele Dinge besorgt sein können.

Wenn ein anderes Problem dringlicher und bedeutsamer wird, kann die individuelle Besorgnis über den Klimawandel sinken (Uba et al. 2023: 838). Der Einfluss von extremen Wetterereignissen und Klimaprotesten, wie sie von Jugendbewegungen wie Fridays for Future organisiert werden, zeigte nur einen geringen direkten Einfluss auf das Ausmaß der Besorgnis, was die dynamische Natur von politischen Einstellungen und Werten bei der Gestaltung des Klimaanliegens unterstreicht. Bartels und Karić (2023) untersuchten das Engagement junger Menschen im Kontext des Klimawandels, basierend auf der LEMOCC-Studie, die Perspektiven junger Menschen aus sieben Ländern auf Klimafragen beleuchtete. Die Studie zeigt, dass junge Menschen den Klimawandel als ernstes Thema betrachten und großes Interesse am Engagement für den Klimaschutz zeigen, jedoch häufig an der Umsetzung scheitern, was als „gap between talk and action“ beschrieben wird. Das Engagement umfasst nicht nur kollektive Aktivitäten in Gruppen oder Vereinen, sondern auch individuelle Verhaltensänderungen, die als erster Schritt zur Nachhaltigkeit und Klimabewusstsein angesehen werden. Allerdings erkennen viele, dass diese individuellen Maßnahmen allein nicht ausreichen, um die nötigen strukturellen Veränderungen zu erreichen. Die Studie hebt hervor, dass Unterstützung für junge Menschen erforderlich ist, um Konsumgewohnheiten zu hinterfragen und Alternativen zu entwickeln. Zudem zeigt die Untersuchung, dass der Zugang zu engagierten Gruppen durch Peergroups und durch die Schaffung von mehr Zeit für Engagement im Bildungssystem erleichtert werden sollte. Insgesamt verdeutlicht die Studie die Vielfalt des Engagements junger Menschen und fordert mehr Möglichkeiten für deren Beteiligung und Austausch.

Klimaaktivismus am Beispiel von Fridays for Future

Die Art und Weise, wie junge Menschen sich für den Klimaschutz engagieren, ist vielfältig. Neben Protestformen wie Demonstrationen und Schulstreiks nutzen sie gezielt soziale Medien, um Aufmerksamkeit zu erzeugen, politische Forderungen zu kommunizieren und Gleichgesinnte zu mobilisieren (Bartels/Karić 2023; Schelling 2024; Damoah et al. 2024; Belotti et al. 2022). Nationale und internationale Gruppen, Netzwerke und Kampagnen wie Ende Gelände, Just Stop Oil, Extinction Rebellion oder die Letzte Generation greifen auf teils provokative und konfrontative Aktivitäten zivilen Ungehorsams zurück, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Sie sind nicht allein, aber stark von jungen Menschen getragen. Die Vielfalt der Ansätze und Strategien zeigt, dass Klimaaktivismus neue politische, mediale und technologische Bedingungen antizipiert und die Aufmerksamkeitsökonomie der Öffentlichkeit verschiedentlich zu nutzen versucht. Besonders gut beforscht und auf Grund der großen Breitenwirkung der Mobilisierung sowie Sympathie in der jungen Generation nehmen Fridays for Future und die Schulstreiks von Greta Thunberg

eine besondere Rolle ein – ein unvollständiger Blick in die Literatur zeigt die Besonderheiten dieser Mobilisierungen.

Als jugendliche Klimaaktivistin drückte Greta Thunberg in ihren Äußerungen das Gefühl aus, dass Warnungen und Appelle zum Klimaschutz oft unbeachtet bleiben und nur durch dramatischere Aktionen Gehör finden könnten. Sie warf damit grundlegende Fragen auf, wer in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wie der Klimadebatte gehört wird und welche Versuche zur Mitsprache ignoriert werden (Schelling 2024: 53). In diesem Kontext werden die Fridays for Future-Proteste als historisch neues Phänomen analysiert. Die protestierenden Jugendlichen beanspruchen eine Position, die traditionell den Erwachsenen zugeschrieben wurde, und fordern, als „mündige“ und „vernünftige“ Akteure gehört zu werden. Sie kritisieren die Erwachsenenengeneration für ihr angeblich irrationales Festhalten an bestehenden Verhältnissen, die den Klimawandel verschärfen. Besonders wird betont: Die Jugendlichen wollen nicht nur mit der Erwachsenenengeneration gleichziehen, sie grenzen sich bewusst von ihnen ab. Sie beklagen die mangelnde Mündigkeit und Verantwortung der älteren Generation. Die Protestierenden der Klimabewegung verweisen auf die Notwendigkeit sofortigen Handelns und verweigern das idealisierte Bild von Kindheit als sorgenfreier Lebensphase. Stattdessen fordern sie eine dringende Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Gegenwart und den existenziellen Bedrohungen des Klimawandels, der eine Zukunft ohne Offenheit und Alternativen zu bieten scheint (ebd.: 55).

Während Fridays for Future in Deutschland ursprünglich eine jugendzentrierte Bewegung war, hat sie sich jedoch bereits innerhalb weniger Monate deutlich verbreitert und differenziert, wie Haunss et al. (2020) zeigen: Die Bewegung hat sich aus dem schulischen Umfeld hinaus in breitere zivilgesellschaftliche Kreise diffundiert. Diese soziale Ausweitung zeigt sich nicht nur in der Altersstruktur, sondern auch in der zunehmenden Beteiligung von Personen mit vorheriger Protest- und Organisationserfahrung. Trotz dieser Ausweitung bleibt FFF von einer stark bildungsbürgerlichen Sozialstruktur geprägt: Ein erheblicher Teil der Befragten verfügte über akademische Abschlüsse oder stammte aus akademischen Haushalten. Auch der Frauenanteil ist überdurchschnittlich hoch und bestätigt den starken Einfluss junger weiblicher Aktivistinnen auf die Bewegung. Inhaltlich zeigen sich die Protestierenden hoch motiviert und politisiert. Hauptantrieb ist die Sorge um die eigene Zukunft und die Wahrnehmung eines politischen und moralischen Handlungsimperativs. Die Bewegung adressiert Verantwortung sowohl auf individueller Ebene – etwa beim Konsumverhalten – als auch strukturell in Richtung Politik, Wirtschaft und kapitalistischer Produktionsweisen. Die Teilnehmenden sehen ihr Engagement als sinnvolle Ergänzung zur institutionellen Politik und äußern ein hohes Vertrauen in die Wissenschaft sowie in kollektive politische Einflussmöglichkeiten durch Bürgerbewegungen. Jugendliche wurden überwiegend über persönliche Gespräche im Schul- und Freundeskreis erreicht, weni-

ger über soziale Medien oder Organisationen – ein Befund, der die These einer Fremdsteuerung durch Umweltverbände oder Parteien widerlegt. Greta Thunberg hatte insbesondere in der Frühphase mobilisierenden Einfluss, verlor dann aber stark an Bedeutung, was als Ausdruck einer zunehmenden Eigenständigkeit der Bewegung zu interpretieren ist.

Die FFF-Proteste in Deutschland hatten auf das politische Verhalten von Bürger*innen nachweislich Einfluss: Aufbauend auf Mobilitätsdaten zu fast 4.000 Protesten führten Fabel et al. (2023) eine detaillierte zeitliche und räumliche Analyse der Protestbeteiligung durch. Anhand verschiedener empirischer Strategien zur Berücksichtigung nicht-zufälliger Protestteilnahme zeigen die Ergebnisse, dass eine stärkere lokale Protestbewegung zu einer signifikanten Zunahme der Stimmen für Bündnis 90/Die Grünen bei Landes- und Bundeswahlen seit 2019 führte. Ein zentraler Mechanismus war die intergenerationale Übertragung pro-ökologischer Einstellungen von Kindern auf ihre Eltern. Zudem spielten eine verstärkte klimapolitische Präsenz von Politiker*innen der Partei Bündnis 90/Die Grünen in sozialen Medien sowie eine intensivere Berichterstattung über Umweltfragen in lokalen Medien eine Rolle (ebd.).

Della Porta et al. (2023) befassten sich mit den strukturellen Grundlagen der organisierten kollektiven Mobilisierung für Klimagerechtigkeit, basierend auf Umfragedaten von FFF-Protesten in europäischen Städten im Jahr 2019. Die Ergebnisse zeigen zusammengefasst eine heterogene soziale Zusammensetzung der Protestierenden und widerlegen die Vorstellung, dass die FFF-Demonstrationen überwiegend von reichen Jugendlichen dominiert werden. Etwa die Hälfte der Befragten identifizierte sich als Angehörige der unteren/arbeitenden oder unteren Mittelschicht. Zudem zeigte sich, dass das soziale Umfeld der Aktivist*innen ihre Haltung beeinflusste, insbesondere in Bezug darauf, welche Institutionen und Ansätze zur Bewältigung der Klimakrise als vertrauenswürdig erachtet werden. Untere und arbeitende Schichten waren weniger zuversichtlich in Bezug auf Unternehmen oder individuelle Lebensstilentscheidungen zur Bekämpfung des Klimawandels. Die Studie hebt auch hervor, dass der Protest von FFF vielfältige Allianzen über soziale Klassen hinweg förderte.

Analysen von Wallis et al. (2021) untersuchten psychologische Faktoren, die junge Menschen (13–25 Jahre) zur Teilnahme an der FFF-Bewegung motivieren, basierend auf dem Social Identity Model of Pro-Environmental Action (SIMPEA) und Theorien zu umweltbewusstem Verhalten. Die Analyse zeigte, dass insbesondere die Wahrnehmung, dass Freund*innen an Protesten teilnehmen, die Identifikation mit anderen Umweltaktivist*innen sowie persönliche Normen und ein moralisches Verpflichtungsgefühl die Protestbeteiligung stärkten.

Auch die FFF-Bewegungen in anderen Ländern sind Gegenstand der Forschung: So untersuchten Belotti et al. (2022) FFF in Rom und zeigten, wie junge Klimaaktivist*innen soziale Medien als ihr eigenes politisches Instru-

ment nutzen. Damoah et al. (2024) konzentrierten sich auf Proteste insbesondere in Subsahara-Afrika und stellten dar, wie sich die weltweite Klima- und Umweltbewegung auch im Globalen Süden als transformative Kraft etabliert hat, die vor allem von jungen Menschen getragen wird.

3.1.4 Zwischenfazit

Zahlreiche Untersuchungen zu den Auswirkungen der Klimakrise auf junge Menschen und deren politisches Engagement haben insbesondere die dominanten klimaprogressiven Strömungen unter Jugendlichen in den Fokus genommen. Sie beschreiben das Spannungsverhältnis zwischen Ohn- und Gegenmacht sozialer Bewegungen und deren jugendlicher Prägungen in verschiedenen nationalen und kulturellen Kontexten. Im medial-öffentlichen Bild entstand dabei der Eindruck, die Jugend entwickle sich zunehmend zu einer progressiv-ökologischen Kraft mit großer gesellschaftlicher Gestaltungsmacht. Womöglich externalisierte die Erwachsenengesellschaft damit auch ihre Verantwortung und Tatenlosigkeit auf die nachwachsenden Generationen. Gleichzeitig mit dem Erstarken neuer ökologischer Bewegungen formierte sich jedoch international auch die äußerste Rechte neu – und richtete ihre Aktivitäten dabei zunehmend explizit auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus. Beide Entwicklungen – normativ-politisch in weiten Teilen gegensätzlich – sind Ausdruck sich zuspitzender sozialer und ökologischer Krisen, zu deren Bewältigung in Gesellschaft, Wissenschaft und Politik unterschiedliche Ansätze existieren.

Die vorliegenden Befunde zeigen dabei deutlich, dass „die Jugend“ keine homogene Gruppe darstellt. Vielmehr ist sie durch eine deutliche Heterogenität geprägt: Während ein beträchtlicher Teil der Jugendlichen progressiv-ökologisch orientiert ist und sich aktiv in Klimabewegungen engagiert, existieren gleichzeitig Gruppen, die offen sind für äußerst rechte Narrative. Diese Polarisierung lässt sich auch sozial und regional differenziert beobachten – etwa durch eine höhere Anfälligkeit für rechtsextreme Positionen bei bestimmten jungen Bevölkerungsgruppen in Ostdeutschland. Das politische Feld unter Jugendlichen ist damit umkämpft, ein einheitlicher ökologisch-progressiver Konsens lässt sich nicht feststellen.

Der Klimawandel könnte aufgrund seiner großen Bedeutung insbesondere für junge Menschen als ideologisches Brückenthema für Polarisierung, Distinktion und Radikalisierung von rechts fungieren. Während viele junge Menschen ihn als zentrale Herausforderung unserer Zeit begreifen und daraus Motivation für zivilgesellschaftliches Engagement schöpfen, nutzt die äußerste Rechte das Thema zunehmend und strategisch, um Anschluss an die gesellschaftliche Mitte – einschließlich Jugendlicher – zu gewinnen. Die Klimakrise wird so zum ideologischen Kampffeld: zwischen Mobilisierung für Verände-

rung und der instrumentellen Nutzung von Klimaskepsis, Ablehnung oder Verschwörungserzählungen als Mittel zur gesellschaftlichen Einflussnahme.

Nicht zuletzt zeigt sich eine psychosoziale Dimension der Auseinandersetzung mit dem Klimawandel: Für viele junge Menschen stellt die Klimakrise nicht nur ein politisches, sondern auch ein emotional tiefgreifendes Stressmoment dar – begleitet von Gefühlen der Angst, Unsicherheit oder Ohnmacht. Aktivismus bietet für manche einen Weg, diese Gefühle zu kanalisieren und Selbstwirksamkeit zu erfahren. Gleichzeitig versuchen extrem rechte Akteur*innen, diese Emotionen gezielt aufzufangen, umzudeuten und in Ressentiments oder Aggression umzuleiten. Sozialwissenschaftliche Forschung hat sich bislang kaum mit der Trias zwischen Jugend, Rechtsextremismus und Klimawandel beschäftigt – die vorliegende Studie verkleinert diese Lücke.

3.2 Forschungsdesign und Methodik: Teil 2

Bevor im weiteren Verlauf dieses Kapitels die Ergebnisse des RIOET-Projekts dargestellt werden, soll hier noch ein Blick auf das methodische Vorgehen geworfen werden. Dabei wird zunächst auf die Methodik der qualitativen Interviews und anschließend auf die quantitative Online-Befragung eingegangen.

3.2.1 Qualitative Erhebung

Wie bereits in Kapitel 2.4 dargestellt, lag der Fokus der qualitativen Erhebung auf je zwei Regionen in Ost- und Westdeutschland, die auf unterschiedliche Weise vom Klimawandel bzw. damit einhergehenden sozialökologischen Transformationsprozessen betroffen sind. Nach der Situationsanalyse (Kap. 2.4), wurden in den vier Regionen Fokusgruppeninterviews (N=9) und narrativ-biografische Interviews (N=15) mit jungen Menschen durchgeführt, um deren Perspektive auf den lokalen Transformationsprozess zu erfragen. Dabei wurden Erkenntnisse aus den Expert*inneninterviews (N=31), Onlinerecherchen sowie den Feldbegehungen einbezogen (Kap. 2.2.2), um den Leitfaden für die Interviews zu entwickeln. Die Interviews wurden im Zeitraum von April 2023 bis März 2024 durchgeführt.

Fokusgruppeninterviews

Im Rahmen des Projekts sollte unter anderem beantwortet werden, wie junge Menschen in Transformationsregionen in Ost- und Westdeutschland mit den dortigen Veränderungen umgehen und welche Rolle für sie der Klimawandel spielt. Forschungsinteresse war außerdem, unter welchen Umständen und mit

welchen narrativen Angeboten es der äußersten Rechten gelingt, Veränderungen und Ängste für ihre Zwecke zu adressieren und zu nutzen. Wie anschlussfähig sind also äußerst rechte Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene im Kontext von sozialökologischen Transformationsprozessen und Klimawandel?

Um diese Frage zu beantworten, wurden in allen Forschungsregionen zwei bis drei Fokusgruppeninterviews mit je drei bis sieben jungen Menschen im Alter zwischen 16 und 26 Jahren geführt. Ziel des Forschungsprojekts war, zu untersuchen, welche Perspektiven und Erfahrungen Jugendliche und junge Erwachsene auf den Klimawandel und die jeweiligen sozialökologischen Transformationsprozesse in ihrer Region haben. Schwerpunkt der Fokusgruppeninterviews war, herauszufinden, auf welche Resonanz äußerst rechte Narrative zu Klima, Natur und Umwelt bei den Befragten stoßen. Dabei war auch von Interesse, wie die jungen Menschen diese Themen untereinander aushandeln und diskutieren. Gruppeninterviews dienen in der qualitativen Sozialforschung üblicherweise weniger der Untersuchung von Einzelmeinungen, vielmehr steht dabei im Vordergrund, die Gruppendynamik, die kollektive Auseinandersetzung und die gemeinsame Meinungsbildung zu untersuchen (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2021: 118ff.; Vogl 2019: 695ff.). Da für das Forschungsvorhaben konkrete Themen vorab feststanden, wurden die Diskussionen als Fokusgruppeninterview stark an einem Leitfaden orientiert und damit die Themen überwiegend vorgegeben. Auch der zeitliche Rahmen wurde bei manchen Gruppen im Vorfeld festgelegt – teilweise durch äußere Umstände und immer in Absprache mit den Teilnehmenden. Damit wurde sowohl der thematische als auch der zeitliche Verlauf der Fokusgruppeninterviews eingegrenzt. Der Leitfaden behielt durch offene Formulierungen und Erzählaufforderungen dennoch eine grundsätzliche Offenheit für Themensetzungen seitens der Teilnehmenden. Für die Erhebung wurden den Gruppen verschiedene inhaltliche Impulse in Form von Bildmaterial, Textausschnitten und Videos gezeigt und zur Diskussion gestellt. Die Impulse nahmen zum einen Bezug auf die Klimawandelthematik und die jeweiligen lokalen sozialökologischen Transformationsprozesse und -konflikte. Zum anderen wurden klima- und transformationsbezogene Aussagen und Narrative, die als äußerst rechts oder verschwörungsideologisch klassifizierbar sind bzw. von äußerst rechten oder verschwörungsideologischen Akteur*innen stammen, gezeigt. Die Impulse basieren auf den in der ersten Projektphase in den Expert*inneninterviews gewonnenen Erkenntnissen sowie aus einer Analyse äußerst rechter und verschwörungsideologischer Primärquellen (Publikationen, Landtagsanfragen, Web-Sites, Social-Media-Auftritte, Telegramkanäle) zur Klima- und Transformationsthematik (siehe Tab. 3).

Tabelle 3: Impulse, die den Fokusgruppenteilnehmende vorgelegt wurden

	Impulsinhalt	Format	Quelle
<i>Allgemeiner Impuls</i>			
Impuls 1	Begriff: „Klimawandel“ – Diskussionsanstoß allgemein zum Thema	Text	Selbst erstellt
<i>Lokaler Transformationsprozess</i>			
Impuls 2	Bilder zum Garzweiler Kohleabbau und Protesten, Kohlebagger vor Lützerath, RWE-Werbung zur Renaturierung, Kohlebagger, Abbruchkante	Fotocollage	Selbst erstellt
Impuls 3	Transformationsprozess im Reinhardswald: geplante Windräder und Bürgerinitiative gegen den Windpark	Videoausschnitt	(Hessischer Rundfunk 2022: 00:00:01–00:00:41)
Impuls 4	Braunkohle Ausstieg Fachtagung Hermannschacht Zeitz	Videoausschnitt	(BLK RegionalTV 2018: 00:14–00:45, 02:51–04:13)
Impuls 5	Der Harz stirbt vor unseren Augen – es braucht 100 Millionen Bäume	Videoausschnitt	(Focus Online 2023: 00:00–01:34)
<i>Äußerst rechte und verschwörungsideologische Impulse allgemein</i>			
Impuls 6	„Fridays are Lie Days – Klimalüge entlarven.“	Screenshot: Aufkleber	(Z-Versand o.J.)
Impuls 7	„Was Deutschland in den 18 Jahren mit dem Kohleausstieg an CO2 spart, stößt China in nur 18 Tagen aus! Der Preis dafür ist hoch: Offizielle Regierungsdokumente rechnen mit bis zu 250.000 gefährdeten Jobs – allein in NRW!“	Screenshot: Textausschnitt aus Telegrampost	(AfD-Fraktion NRW 2021)
Impuls 8	„Schnee im März: Blamage für Klimaideologen.“	Screenshot: Artikel im Magazin	(Pföhringer 2023)
Impuls 9	„Habeck über Klima-Kleber: ‚Bewundere die jungen Leute für ihre Courage.‘ Darunter die Headline: ‚Für Habeck ‚Mutige Jugendliche‘. Für uns Extremisten.“	Screenshot: Twitter Post (Sharepic)	(AfD 2023)
Impuls 10	„Umwelt & Heimat schützen! – Eine intakte Natur ist die Grundlage unseres Volkes! Mach mit!“	Screenshot: Parteiplakat	(Der III. Weg 2019)
Impuls 11	„Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit!“	Zitat als Text	(EIKE o.J.)
Impuls 12	„Wer [...] die Frage nach dem ökologischen Fußabdruck stellt, den das Bevölkerungswachstum in Entwicklungs- und Schwellenländern hinterlässt, vor allem in Afrika, der macht sich schnell des ‚Rassismus‘ verdächtig.“	Zitat als Text	(Schreiber 2019)
<i>Äußerst rechte und verschwörungsideologische Impulse mit lokalem Bezug</i>			
Impuls 13 (Zeit)	„Bundesregierung beschließt Kohleausstieg: Strom muss BEZAHLBAR bleiben! Grundlast sichern! GroKo! Aufwachen!“	Screenshot: Sharepic	(AfD Kreis Bielefeld 2020)
Impuls 14 (Harz)	Flyer „1. Harzer Waldkonferenz“ zum Thema Waldsterben	Screenshot: Konferenzflyer	(Friedhoff 2023)
Impuls 15 (Rheinisches Revier)	„Der Kohleausstieg funktioniert, die Bürger haben keine Kohle mehr.“	Screenshot: Instagram Sharepic	(AfD-Fraktion NRW 2022)
Impuls 16 (Reinhardswald)	Flyer „Erst der Wald, dann das Windrad!“	Screenshot: zweiseitiger Flyer	AfD-Fraktion Hessen 2022
Impuls 17 (Reinhardswald)	Karikatur, die Windräder in einem Waldkahlschlag darstellt. „Erneuerbare Energien retten die Wälder. Aufforstung in RLP.“	Screenshot: Telegram-Post	(Telegram-User*in 2022)

Impulsinhalt		Format	Quelle
<i>Pro Klimaschutz Impuls</i>			
Impuls 18	„Klimaaktivisten werden manchmal als gefährliche Radikale dargestellt. Aber die wirklich gefährlichen Radikalen sind die Länder, die die Produktion von fossilen Brennstoffen erhöhen.“	Zitat als Text	(Guterres 2022)

Im Rahmen der Fokusgruppeninterviews wurden die Impulse nach und nach der Gruppe zur Diskussion gestellt. Dabei wurde den Teilnehmenden auch die Quelle des Impulses transparent gemacht, teilweise direkt bei der Einführung des Impulses oder im Verlauf der Diskussion. Die Teilnehmenden wurden offen gebeten, sich über den Impuls auszutauschen.

Da besonders die äußerst rechten und verschwörungsideologischen Impulse den Großteil der Fokusgruppeninterviews eingenommen haben, sollen diese hier zur Nachvollziehbarkeit ausführlich dargestellt und kontextualisiert werden. Das Wiedergeben und Abbilden äußerst rechter Aussagen und Bilder birgt immer die Gefahr, äußerst rechte Inhalte selbst zu reproduzieren und weiter zu verbreiten. Um mit dieser Verantwortung möglichst sensibel umzugehen, haben wir uns im Folgenden dazu entschieden, die Mehrheit der Impulse lediglich als Text darzustellen und analytisch zu kontextualisieren. Das Ziel dabei ist, äußerst rechte Aussagen zu dekodieren und somit Rezipient*innen für äußerst rechte Klimanarrative zu sensibilisieren. Bei zwei der folgenden Impulse haben wir uns dazu entschieden, auch das jeweilige Bild abzubilden, um in einem Fall die strategische Annäherung an die Symboliken von Fridays for Future zu zeigen und im anderen Fall, um die strategische Selbstverharmlosung des III. Wegs zu veranschaulichen. Die Darstellung ist hier wichtig, um auf die Anschlussfähigkeit dieser Impulse aufmerksam zu machen und zur Analyse dieser und ähnlicher Abbildungen zu ermutigen und befähigen.

Als erster Impuls wurde den Gruppen ein Sticker gezeigt, der sich optisch an das Logo von Fridays for Future anlehnt, stattdessen aber „Fridays are Liedays – Klimälüge entlarven“ (Abb. 1) titelt. Diese Sticker werden im rechtsextremen Z-Versand verkauft. In einem klimawandelleugnenden Verständnis soll hier suggeriert werden, dass die klimapolitischen Anliegen der Klimaaktivist*innen von Fridays for Future auf Lügen basieren würden, da der Klimawandel selbst nicht existiere. Obwohl der menschengemachte Klimawandel wissenschaftlicher Konsens ist (Cook et al. 2013), wird dieser noch immer geleugnet. Durch das Übernehmen der Optik des Fridays for Future-Stickers wird zum einen strategisch versucht, anschlussfähig für Personen zu sein, die das Logo von Fridays for Future schon aus der Berichterstattung kennen, sich aber noch nicht intensiv mit dem Klimawandel auseinandergesetzt haben. Zusätzlich soll Verwirrung gestiftet werden, indem die verschwörungsideologische Leugnung des Klimawandels einer Gruppe zugeschrieben wird, die für ihren Klimaaktivismus bekannt ist. Schließlich handelt es sich um eine Provokation in Richtung Klimaaktivist*innen von Fridays for Future.



Abbildung 1: Sticker aus einem äußerst rechten Versandhandel

Der nächste Impuls ist ein Screenshot eines Telegrammposts der AfD-Fraktion NRW aus dem Jahr 2021. Er titelt: „Was Deutschland in den 18 Jahren mit dem Kohleausstieg an CO₂ spart, stößt China in nur 18 Tagen aus! Der Preis dafür ist hoch: Offizielle Regierungsdokumente rechnen mit bis zu 250.000 gefährdeten Jobs – allein in NRW!“ Der Impuls verbindet dabei verschiedene Strategien der äußersten Rechten und Klimawandelleugnung. Durch das Gegenüberstellen der beiden Kennzahlen des CO₂-Ausstoßes wird der Eindruck vermittelt, dass diese grundsätzlich in einem vergleichbaren Verhältnis ständen, obwohl dies hier nicht der Fall ist. Dadurch wird nicht nur die mögliche Einsparung des CO₂ in Deutschland relativiert, sondern es findet auch eine Verantwortungsverschiebung von Deutschland auf China statt. Komplexe globale Zusammenhänge werden bis zur Unvergleichbarkeit vereinfacht. Indem die AfD NRW hier außerdem mögliche Arbeitsplatzverluste in den Kontext setzt, betreiben sie sogenannten Whataboutism. So wird hier die Aussage, dass CO₂ eingespart werden könnte durch eine Gegenaussage relativiert, die in einem Scheinzusammenhang steht (Rafael 2016); auf diese Weise werden zwei verschiedene Problemstellungen (CO₂-Verbrauch und Arbeitsplatzverluste) gegeneinander ausgespielt und von dem ursprünglichen Problem des hohen CO₂-Ausstoßes abgelenkt.

Eine Ablenkungsstrategie lässt sich auch in dem Impuls „Schnee im März: Blamage für Klimaideologen“ (Pfährringer 2023) erkennen. Dabei handelt es sich um die Überschrift eines Artikels im äußerst rechten Compact-Magazin aus dem Jahr 2023. In der Überschrift werden zwei verschiedene Phänomene, das Wetter und das Klima, vermischt. Während Wetter beschreibt, was „zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort in der Atmosphäre passiert“ (ARD alpha 2023), bezieht sich der Begriff des Klimas auf das durchschnittliche Wetter im Langzeitverlauf (ebd.). Somit stehen eine zunehmende

Klimaerwärmung und ein Schneetag im März nicht, wie hier suggeriert, in einem direkten Widerspruch. Gleichzeitig wird auch hier der wissenschaftliche Konsens zum Klimawandel angezweifelt, indem von „Klimaideologen“ die Rede ist und somit die Anerkennung des Klimawandels zur Meinung degradiert wird.

Der Impuls „Habeck über Klima-Kleber: ‚Bewundere die jungen Leute für ihre Courage‘“ mit der Unterschrift: „Für Habeck ‚Mutige Jugendliche‘. Für uns Extremisten.“ wurde von der AfD auf Twitter gepostet. Die ursprüngliche Headline stammt aus einem Artikel, der am 29.04.2023 auf *Focus Online* veröffentlicht wurde (Focus online 2023) und bezieht sich auf eine Aussage des damaligen Wirtschaftsministers, wonach er die öffentlich viel diskutierten Aktionen der Letzten Generation positiv bewertete. Die AfD versucht dagegen, die Klimaaktivist*innen zu kriminalisieren und durch den Extremismusbegriff zu diskreditieren. Durch die Gegenüberstellung dieser Haltung mit den Aussagen des damaligen Wirtschaftsministers soll der Eindruck entstehen, dass dieser extremistische Bewegungen unterstütze und somit selbst kein legitimer politischer Akteur wäre.



Abbildung 2: Plakat der neonazistischen Kleinpartei Der III. Weg

Ein weiteres Bild (Abb. 2), das den Fokusgruppeninterviews zur Diskussion vorgelegt wurde, ist ein Plakat der neonazistischen Kleinpartei Der III. Weg. Das Poster, das eine Hand zeigt, die einen Eichensprossling hält und somit naturnah wirken soll, greift mit dem Titel „Umwelt & Heimat schützen! Eine intakte Natur ist die Grundlage unseres Volkes!“ das Konzept des „Heimatschutzes“ auf, das auf Ernst Rudorff zurückzuführen ist und heute „ein breite-

res Spektrum an rassistischen Auffassungen – gegen sämtliche Menschen, die nicht einem völkisch-deutschen Verständnis entsprechen“ (Fachstelle Radikalisierungsprävention 2019: 11) umfasst. Grundlage ist die völkische Blut-und-Boden-Ideologie, die für Personen, die die Partei und/oder den ideologischen Hintergrund dieser Symbole nicht kennen, hinter der Bildsprache verborgen bleibt. Die Akteur*innen nutzen hier die Bildsprache, um sich selbst zu verharmlosen und die eigentlichen rassistischen politischen Forderungen zu verschleiern.

Auch ein Zitat, das sich auf der Website des sogenannten Europäischen Instituts für Klima & Energie e. V. (EIKE) findet, wurde als Impuls in die Fokusgruppeninterviews gegeben: „Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit!“ EIKE ist ein bekannter Akteur der deutschen Klimawandelleugnungsszene. Neben der Leugnung einer Bedrohung des Klimas wird suggeriert, dass mögliche politische Entscheidungen, die für den Klimaschutz getroffen werden und einen Einfluss auf das alltägliche Leben haben, nur ein Vorwand seien, um die Menschen in ihrer Freiheit einzuschränken.

Die Deutsche Stimme ist das Presseorgan der Partei Die Heimat (früher NPD). Aus ihr wurde der Satz „wer [...] die Frage nach dem ökologischen Fußabdruck stellt, den das Bevölkerungswachstum in Entwicklungs- und Schwellenländern hinterlässt, vor allem in Afrika, der macht sich schnell des ‚Rassismus‘ verdächtig“ als Impuls entnommen. Die Deutsche Stimme schließt sich an das Narrativ der „Überbevölkerung“ an. Dieses Konzept, das auf den Ökonomen Thomas Robert Malthus zurückzuführen ist, geht davon aus, dass eine wachsende Weltbevölkerung bei weniger schnell wachsenden Nahrungsressourcen ein Problem darstelle, das durch die Kontrolle des Bevölkerungswachstums einzugrenzen sei. Dabei beruhten die Vorschläge Malthus', wie diese Kontrolle aussehen solle, auf sozialdarwinistischen Vorstellungen. Auch heute noch beziehen sich politische Akteur*innen auf diese Perspektive. Dabei ist auffällig, dass die scheinbaren Probleme in dieser Argumentation stets in den Globalen Süden externalisiert und rassistisch aufgeladen werden. Globale Ungerechtigkeitsverhältnisse, Verteilungs- und Ressourcenprobleme werden nicht problematisiert (Fachstelle Radikalisierungsprävention 2019: 5f.). Durch den Satz, dass Personen, die diesen Vorstellungen weiter anhängen, des Rassismus verdächtig werden, stilisiert die Deutsche Stimme Anhänger*innen der rassistischen Ideologie zum Opfer, wenn diese für ihre Aussagen kritisiert werden.

Diese und alle weiteren Impulse stellen die Grundlage dar, auf welcher die Fokusgruppeninterviews geführt wurden. Die Gruppen für diese Fokusgruppeninterviews setzten sich wie in Tabelle 4 dargestellt zusammen.

Tabelle 4: Soziodemografie der Fokusgruppeninterviews

Nr.	Gruppen-konstellation	Transforma-tionsprozess	N	Geschlecht	Alter	Migrations-hintergrund ²⁹	(Fach-) Abitur	Aufgewach-sen in Ost-Deutschland
1	Offene Jugend-einrichtung (Erkelenz/NRW)	Kohleausstieg Rheinisches Kohlerevier	7	5 (m); 1 (w); 1 (d)	18–27	4	4	0
2	Aufsuchende Jugendarbeit (Erkelenz/NRW)	Kohleausstieg Rheinisches Kohlerevier	6	6 (m)	18–19	5	3	0 1 (k.A.) ³⁰
3	Freiwilliges ökologisches Jahr (ganz NRW)	Kohleausstieg Rheinisches Kohlerevier	5	4 (m); 1 (d)	18–23	0	5	0
4	Offene Jugend-einrichtung (Hofgeismar/Hessen)	Geplanter Windpark Reinhardswald	6	3 (m); 2 (w); 1 (d)	15–25	1	1	0 1 (k.A.)
5	Dorf bei Reinhardswald (Nördlicher LK Kassel/Hessen)	Geplanter Windpark Reinhardswald	6	5 (m); 1 (w)	20–29	0	5	0
6	Verein (Region Zeitz-Weißenfels)	Kohleausstieg Region Zeitz- Weißenfels	3	2 (m); 1 (w)	17–24	1	1	3
7	Verein (Region Zeitz-Weißenfels)	Kohleausstieg Region Zeitz- Weißenfels	3	2 (m); 1 (w)	16–21	0	2	3
8-9	Freiwilliges Soziales Jahr (ganz Sachsen-Anhalt) ³¹	Waldsterben im Harz	24	3 (m); 9 (w)	16–21	3	11	19

Ein Teil der Interviewakquise erfolgte durch die Empfehlung und Vermittlung der zu Beginn des Projekts interviewten lokalen Expert*innen und Akteur*innen, die weitestgehend problemlos erreicht werden konnten. Beispielsweise wurden drei Fokusgruppeninterviews durch vorher als Expert*innen identifizierte und interviewte Jugendsozialarbeiter*innen initiiert. Weitere Interviews konnten mithilfe von Praxis- und Kooperationsakteur*innen wie lokalen Partnerschaften für Demokratie oder Landessportbünde realisiert werden. Zudem wurden gezielt Sportvereine und andere lokale Akteur*innen, wie beispielsweise Jugendclubs, Freiwillige Feuerwehren und Schulen angefragt, oder versucht, Zugänge ins Feld durch Kontakte in Gewerkschaften und Unternehmen zu bekommen. Allerdings war die Resonanz, insbesondere im Hinblick auf die letztgenannten Zugangsversuche trotz einer Vielzahl von Anfragen sehr begrenzt und blieb oft ohne Erfolg. Dies führte zu einer gewissen Limitierung

29 Interviewteilnehmende mit Migrationshintergrund waren entweder selbst nach Deutschland zugewandert oder hatten mindestens ein Elternteil, auf das dies zutraf.

30 „k.A.“ meint, dass entsprechende Person/en diese Frage nicht beantwortete/n.

31 In Sachsen-Anhalt wurden zwei Fokusgruppeninterviews im Rahmen einer Weiterbildung zum freiwilligen Sozialen Jahr durchgeführt. Da die Aufschlüsselung zu den beiden Gruppen im Nachgang nicht mehr möglich war, werden die Gruppen hier gesammelt beschrieben.

hinsichtlich der Pluralität der Teilnehmenden. So konnten aus bestimmten Zielgruppen nur sehr wenige Personen erreicht werden; beispielsweise Personen, die in der Kohleindustrie beschäftigt sind und insofern von einem der im Projekt untersuchten Transformationsprozesse beruflich direkt betroffen waren.

Narrativ-biografische Interviews

Die Fokusgruppeninterviews wurden durch jeweils bis zu vier narrativ-biografische Interviews pro Fallregion ergänzt. Hierbei lag der Fokus auf den individuellen Perspektiven und biografischen Erfahrungen der Befragten in Bezug auf den Klimawandel, die Klimawandelpolitik und die lokalen sozialökologischen Transformationsprozesse und -konflikte. Die Haltung gegenüber äußerst rechten und verschwörungsideologischen Perspektiven und (lokalen) Akteur*innen wurde in den Interviews ebenfalls thematisiert. Auch die Frage, wie sich die Interviewten zu (den jeweiligen lokalen) Klima- und Transformationsfragen positionieren, wurde erfragt. Die narrativ-biografischen Interviews setzten sich wie folgt zusammen:

Tabelle 5: Untersuchte Transformationsregionen

	Transformations-prozess	N	Geschlecht	Alter	(Fach-) Abitur	Migrations-hintergrund	Aufgewachsen in Ost-Deutschland
1	Waldsterben im Harz	4	3 (m); 1 (w)	16–26	2	0	3
2	Kohleausstieg in der Region Zeitz-Weißenfels	5	4 (m); 1 (w)	18–25	4	1	5
3	Kohleausstieg im Rheinischen Kohlerevier	2	1 (m); 1 (k.A.)	22–30	2	0 1 k.A.	0 1 k.A.
4	Geplanter Windpark im Reinhardswald	1	1 (m)	23	1	0	0

Auswertung

Die qualitativen Interviews wurden zunächst transkribiert und pseudonymisiert³², bevor sie im Rahmen einer inhaltlich strukturierenden, qualitativen Inhaltsanalyse (Kuckartz/Rädiker 2022: 129–156) sowohl induktiv als auch deduktiv (ebd.: 102 f.) in einem zweistufigen Kodierprozess mithilfe der Analysesoftware MAXQDA ausgewertet wurden. So wurden im Verlauf des Kodierprozesses zunächst in einem deduktiven Verfahren (ebd.: 71 ff.) aus dem theoretisch informierten Leitfaden für Expert*inneninterviews bzw. aus den Diskussionsimpulsen der Fokusgruppeninterviews und den Erzählaufforderungen für die narrativ-biografischen Interviews Oberkategorien gebildet. Anschlie-

32 Aus Gründen der Lesbarkeit wir auf die Nennung von Zeitangaben verzichtet.

ßend wurden in einem offen-induktiven Verfahren textnahe Unterkategorien erstellt, die daraufhin den gebildeten Oberkategorien zugeordnet wurden (ebd.: 86–89; Strauss/Corbin 1997).

3.2.2 Quantitative Erhebung

Wie spezifisch und generalisierbar sind Befunde und Hypothesen aus den qualitativen Fallstudien im Rahmen des Forschungsprojekts in Hinblick auf die Gruppe der 16- bis 27-Jährigen in Deutschland insgesamt? Um diese Frage beantworten zu können und um statistische Zusammenhänge verschiedener Hypothesen explorativ untersuchen zu können, wurde im zweiten Teil des Forschungsprojekts zwischen dem 25.03.2024 und dem 05.04.2024 eine quantitative Jugendbefragung durchgeführt.

Fragebogenkonzeption, Umsetzung und Auswertung

Bei der Fragebogenkonzeption wurden theoretische sowie empirische Aspekte einbezogen und sowohl auf etablierte Items und Skalen zurückgegriffen als auch in vivo aus dem Material neue Items konstruiert, um die Forschungslücke zur Zustimmungsfähigkeit klimabezogener Narrative, die in der äußersten Rechten genutzt werden, zu füllen und Auffälligkeiten sowie Zusammenhänge zu identifizieren. Unter anderem geht es dabei um die Forschungsfragen: Wie anschlussfähig sind klimabezogene Narrative der äußersten Rechten bzw. verschwörungsideologische Aussagen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen?

Die Befragung wurde durch das infas – Institut für angewandte Sozialwissenschaft als Online Access Panel durchgeführt und im Anschluss durch das RIOET-Forschungsteam mit Hilfe der Software für die statistische Datenanalyse SPSS ausgewertet. Das Sample fokussiert die zentrale Zielgruppe der jungen Menschen in Deutschland. In vielen bundesweiten quantitativen Untersuchungen sind Menschen aus ostdeutschen Bundesländern nicht stark vertreten. Dabei ist diese Gruppe in Hinblick auf tendenziell stärkere Affinitäten zu äußerst rechten Einstellungselementen und einer geringeren Salienz des Klimaschutzthemas besonders interessant – weshalb in dieser Studie jeweils etwa 1.000 Befragte aus westdeutschen und 1.000 aus ostdeutschen Bundesländern in einem Online Access Panel befragt werden sollten. Der Fragebogen konnte ausschließlich in deutscher Sprache beantwortet werden. Vollständig beantwortet wurden schließlich 2.099 Fragebögen. Dies ermöglicht in vertiefenden Auswertungen eine Binnendifferenzierung, mit der in weitergehenden Analysen Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Gruppen beschrieben werden können. Repräsentativität im engeren Sinne liegt dabei für die jeweiligen Gruppen Ost- und Westdeutschland nicht vor und ist im Rahmen des hy-

pothesenprüfenden Verfahrens auch nicht beabsichtigt. Gleichwohl sind die Grundgesamtheit und Streuung der Stichprobe groß genug, um Unterschiede und Trends zu identifizieren.

Zur Konstruktion des Fragebogens wurde auf übliche soziodemographische Merkmale sowie auf kognitive und affektive Dimensionen in Hinblick auf Klimawandel und Klimaschutz(-politik) zurückgegriffen. Außerdem wurden demokratiebezogene Orientierungen sowie Aspekte von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus erhoben. Die Zusammensetzung des Fragebogens ergibt sich aus bereits in anderen Erhebungen etablierten (u.a. der Leipziger Autoritarismus-Studie, der Mitte-Studie oder der Umweltbewusstseinsstudie) und neuen Items. Dabei wurden Impulse aufgenommen aus a) der Fachliteratur, b) der qualitativen Forschung im Projekt und c) aus Workshops mit Expert*innen sowie d) der Beratung seitens des umsetzenden Umfrageinstituts. Im Rahmen eines Pretests mit 50 Teilnehmenden wurde sichergestellt, dass der Fragebogen robuste und valide Ergebnisse liefern kann. Insgesamt sollten die Befragten neben den Fragen zur Soziodemografie 61 Aussagen beantworten.

Im Rahmen der Auswertung wurde zunächst eine deskriptive Analyse der Daten durchgeführt, um einen Überblick über die Verteilung der Variablen mit Blick auf verschiedene demografische Merkmale, wie das Geschlecht oder den (angestrebten) Schulabschluss, zu erhalten. Zusätzlich wurden Mittelwertvergleiche durchgeführt, um zentrale Tendenzen der Variablen zu ermitteln und abzubilden. Zur weiteren Analyse wurden Mittelwertindizes gebildet, die verschiedene Items zusammenfassen. Dabei wurden jeweils nur Fälle berücksichtigt, in denen alle Items des Index beantwortet wurden. Um die Validität dieser Indizes zu überprüfen, wurde eine explorative Faktorenanalyse (EFA) durchgeführt. Die EFA diente dazu, zu prüfen, ob die Items denselben latenten Faktor messen und somit als ein gemeinsamer Index verwendet werden können. Die Indizes setzen sich wie in Tabelle 6 dargestellt zusammen.³³

Um Zusammenhänge zwischen den gebildeten Indizes und weiteren Variablen zu untersuchen, wurden anschließend Korrelationen berechnet. Diese helfen dabei, mögliche Beziehungen zwischen den untersuchten Merkmalen aufzudecken und Hypothesen zu überprüfen.

33 Zur Überprüfung der internen Konsistenz der erstellten Indizes wurde jeweils auch Cronbach's Alpha berechnet. Der Wert lag beim Index Klimawandelleugnung bei $\alpha = 0,683$ (Index äußerst rechte Einstellung $\alpha = 0,784$) und somit unter den gängigen 0,7. Da die explorative Faktorenanalyse zeigt, dass alle Items einen konsistenten theoretischen Zusammenhang abbilden, und die Aussagen auch inhaltlich eng miteinander zusammenhängen, wurden die Indizes trotz der nur bedingt überzeugenden Reliabilität als theoretisch und empirisch sinnvoll eingestuft, wie es auch beispielsweise in der Mitte-Studie stellenweise durchgeführt wird (Zick et al. 2023: 111).

Tabelle 6: Gebildete Mittelwertindizes

Index äußerst rechte Einstellung (n=1461)
Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.
Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.
Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.
Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.
Nicht nur unsere Umwelt, sondern auch unser Volk muss rein gehalten werden.
Index Klimawandelleugnung (n=1610)
Es gibt keine ausreichenden wissenschaftlichen Belege dafür, dass es einen Klimawandel gibt.
Der Klimawandel ist nicht von Menschen gemacht.
Personen, welche in der Öffentlichkeit dem Klimawandel skeptisch gegenüberstehen, werden unfair behandelt.
Die herrschende Klimapolitik ist vor allem ideologisch getrieben.
Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit durch die Klimapolitik.
Die Umweltproblematik wird von vielen Umweltschützern stark übertrieben.

Stichprobenbeschreibung

Tabelle 7 gibt einen Überblick über die soziografische Zusammensetzung der gewichteten Stichprobe³⁴ der durchgeführten Online-Befragung. Die Befragung wurde insgesamt von 2.099 Jugendlichen und jungen Erwachsenen beantwortet, darunter 51,8 Prozent männliche, 46,9 Prozent weibliche und 1,1 Prozent diversgeschlechtliche Befragte. Das Durchschnittsalter liegt bei 21,8 Jahren (Standardabweichung = 3,4 Jahre).³⁵ Während der Großteil der Befragten (Fach-)Abitur, allgemeine Hochschulreife oder einen gleichwertigen Abschluss hat (42,7 Prozent), besuchten 17,5 Prozent der Befragten zum Zeitpunkt der Umfrage noch die Schule.

- 34 Mit dem Bundesland als Kalibrierungsfaktor wurde in der Stichprobe die hohe Fallzahl ostdeutscher und Berliner Befragter ausgeglichen. Zusätzlich wurden bei der Gewichtung weitere Faktoren berücksichtigt, um die Stichprobe noch genauer an die reale Bevölkerung anzupassen. Diese Faktoren umfassen die Kombination von Geschlecht und Altersgruppen, die Größe der Gemeinde (BIK-Gemeindegrößenklasse), den höchsten erreichten Schulabschluss, die Staatsangehörigkeit und die Haushaltsgröße. Das Gewicht ist demnach ein Gesamtgewicht für die 16-27-jährigen in Deutschland.
- 35 Während in der Befragung das exakte Alter erfragt wurde, wird das Alter in der Tabelle nach zwei Kohorten aufgeteilt.

Tabelle 7: Soziografische Zusammensetzung der gewichteten Stichprobe der Online-Befragung (N=2099)

		Absolute Häufigkeit	Prozent
Geschlecht	Männlich	1087	51,8
	Weiblich	985	46,9
	Divers	23	1,1
	keine Angabe	4	0,2
Alter	16-21	965	46
	22-27	1134	54
(Angestrebter) Schulabschluss	noch Schüler*in	367	17,5
	Ohne Abschluss von der Schule gegangen	63	3
	Hauptschulabschluss oder gleichwertigen Schulabschluss	256	12,2
	Mittlere Reife/Realschulabschluss oder gleichwertigen Abschluss	467	22,2
	(Fach)-Abitur, allgemeine Hochschul- reife oder gleichwertigen Abschluss	896	42,7
	keine Angabe	49	2,3
Subjektive Schicht- zugehörigkeit	Oben	650	31
	Mitte	810	38,6
	Unten	471	22,4
	keine Angabe	75	3,6
	weiß nicht	92	4,4
Größe des Wohnorts	(Land-) Gemeinden mit unter 5.000 Einwohner*innen	509	24,2
	Kleinstadt mit 5.000 bis unter 20.000 Einwohner*innen	398	18,9
	Mittelstadt mit 20.000 bis unter 100.000 Einwohner*innen	517	24,7
	Großstadt ab 100.000 Einwohner*innen	516	24,6
	keine Angabe	60	2,8
	weiß nicht	99	4,8
Zuwanderungs- geschichte gesamt	niemand ist zugewandert	1104	52,6
	ich selbst bin zugewandert	152	7,2
	Teile meiner Familie sind zugewandert	677	32,2
	ich selbst und Teile meiner Familie sind zugewandert	69	3,3
	keine Angabe	59	2,8
	weiß nicht	39	1,9

Nur drei Prozent aller Teilnehmenden sind ohne einen Abschluss von der Schule gegangen, 12,2 Prozent haben einen Hauptschul- oder gleichwertigen Abschluss und gut ein Fünftel (22,2 Prozent) ging mit der Mittleren Reife beziehungsweise einem Realschul- oder gleichwertigen Abschluss von der Schule. Mit 43,6 Prozent aller Befragten lebte der Großteil der Befragten zur Zeit der Befragung im klein- bis mittelstädtischen Raum. Der Anteil derer, die in einem Ort unter 5.000 Einwohner*innen (24,2 Prozent) und derer, die in einer Großstadt mit mehr als 100.000 Einwohner*innen (24,6 Prozent) lebten, ist nahezu gleich groß. Mehr als die Hälfte aller Befragten (52,6 Prozent) hat keine Zuwanderungsgeschichte und lediglich ein Zehntel (10,5 Prozent) der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist selbst nach Deutschland zugewandert. Bei einem knappen Drittel (32,2 Prozent) sind Teile der Familie, also mindestens ein Elternteil und/oder die Großeltern, nach Deutschland zugewandert. In der Onlineumfrage wurde außerdem die subjektive Schichtzugehörigkeit der Teilnehmenden abgefragt. Dabei ordnen sich mit 38,6 Prozent die meisten Befragten der Mitte zu, ein knappes Drittel (31 Prozent) ordnet sich der oberen Schicht zu und 22,4 Prozent der unteren.

Auch das Bundesland, in dem die Befragten derzeit leben, wurde abgefragt. Aufgrund des absichtlich hohen Anteils von Befragten aus den ostdeutschen Bundesländern wird bei der Unterscheidung zwischen den Angaben west- und ostdeutscher Jugendlicher und junger Erwachsener im Folgenden auf den ungewichteten Datensatz zurückgegriffen (Tab. 8), um ein genaueres Bild der jungen ostdeutschen Bevölkerung zeichnen zu können. Somit leben 47,6 Prozent der Befragten aktuell in Westdeutschland und 39,7 Prozent in Ostdeutschland. Durch die strukturelle Besonderheit der Großstadt Berlins, die teils zur DDR und teils zur BRD zählte und aufgrund von Unterschieden in den Antworten der zwölf Prozent Berliner*innen in dieser Studie, wird der Stadtstaat als eigene Kategorie ausgewiesen.

Tabelle 8: Verteilung des Wohnorts nach Bundesländern (Berlin, Ost- und Westdeutschland) im nicht gewichteten Datensatz (N=2099)

Wohnort	Absolute Häufigkeit	Prozent
Westdeutschland	999	47,6
Ostdeutschland	834	39,7
Berlin	252	12,0
keine Angabe	14	0,7

3.2.3 Limitierungen

Die vorliegende Studie erfasst die Stimmen und Perspektiven junger Menschen, die in ökologischen Transformationsräumen in Deutschland leben und

vor Ort mehr oder weniger mit den Themen Klimawandel und Rechtsextremismus konfrontiert sind. Diese Perspektiven werden in dieser Publikation abgebildet. Aufgrund der beschränkten Stichprobe, bei der nicht alle jungen Stimmen abgebildet werden, erhebt die folgende Studie keinen Anspruch auf Vollständigkeit. So konnten beispielsweise trotz intensiver Bemühungen keine separaten Gruppen an jungen Menschen interviewt werden, die persönlich negative Auswirkungen durch die Transformationen zu befürchten haben, wie beispielsweise junge Arbeiter*innen oder Angestellte in Braunkohle-Tagebauen. Ebenso waren aufgrund der Resonanzen auf die Interviewakquise in den qualitativen Interviews, vor allem in den narrativ-biografischen Interviews, klimaktivistische Personen überrepräsentiert.

Um einen breiteren Eindruck über die Einstellungen junger Menschen in Deutschland zum Thema Klimawandel und Rechtsextremismus zu gewinnen, wurde daher die quantitative Befragung durchgeführt. Dies ermöglicht nicht nur, die Ergebnisse der qualitativen Befragungen mit den quantitativen Ergebnissen ins Verhältnis zu setzen und gegebenenfalls Unterschiede kenntlich zu machen, sondern auch, an einigen Stellen die quantitativen Ergebnisse vor dem Hintergrund der Fokusgruppeninterviews kritisch zu hinterfragen. Bei der vorliegenden Auswertung konnten noch nicht alle im Fragebogen erfragten soziodemografischen Daten berücksichtigt werden, was die Aussagekraft bezüglich der Faktoren, die möglicherweise Einfluss auf die Beantwortungen der Fragen nehmen, gegebenenfalls limitiert.

3.3 Angst, Ohnmacht und Enttäuschung: Einstellungen und Emotionen zum Klimawandel

Im Rahmen der qualitativen Befragungen wurden die jungen Menschen in narrativ-biografischen Interviews und Fokusgruppeninterviews zu ihren Ansichten über den Klimawandel und damit verbundener Politik im Allgemeinen befragt. Sie äußerten sich zu den im RIOET-Projekt untersuchten klimawandelbedingten lokalen sozialökologischen Transformationsprozessen, wie dem Kohleausstieg, der Windkraft und dem Waldsterben (vgl. Kap. 2.2.3). Dabei thematisierten sie neben ihren Standpunkten zum Klimawandel und den jeweiligen Transformationsprozessen in ihren Regionen teilweise auch, welche Emotionen sie damit verbanden. Zunächst soll kurz dargestellt werden, wie sich die Teilnehmenden der qualitativen Interviews zu dem jeweiligen, in ihrer Region stattfindenden, klimawandelbedingten lokalen sozialökologischen Transformationsprozess positionierten. Daraufhin werden auf Grundlage der qualitativen und quantitativen Daten zunächst die Einstellungen der untersuchten jungen Menschen zur Klimawandelthematik und damit zusammenhängen-

den Themen dargestellt, bevor auf ihre damit einhergehenden Emotionen eingegangen wird.

3.3.1 Einstellungen zu lokalen sozialökologischen Transformationen

Auf die untersuchten lokalen sozialökologischen Transformationsprozesse angesprochen, zeigte sich zunächst, dass fast alle Befragten zumindest ein oberflächliches und vielfach auch ein vertieftes Wissen über die jeweiligen Prozesse in ihren Regionen aufwiesen. Diese Thematiken wurden teilweise auch im eigenen sozialen Umfeld wie in der Familie, im Freund*innenkreis und der Schule diskutiert. Im Folgenden gehen wir auf die einzelnen Transformationsprozesse sowie die Reaktionen der Befragten ein.

Geplantes Windparkprojekt im Reinhardswald

Über dieses Projekt wurde im Zuge der Fokusgruppeninterviews mit zwei Gruppen diskutiert, deren Teilnehmende in der (unmittelbaren) Nähe des Reinhardswaldes wohnten (Gruppen 4 und 5). Dabei stieß der geplante Windpark auf unterschiedliche Reaktionen: Während ein Teil der Teilnehmenden das geplante Windparkprojekt im Sinne der Energiewende unterstützte, äußerte eine größere Anzahl der Befragten starke Kritik. Die Kritiker*innen hatten sich in der Vergangenheit teilweise intensiv mit dem geplanten Windparkprojekt beschäftigt und begründeten damit ihre vollständige Ablehnung. Sie berichteten, dass diese Ablehnung auch in ihren Familien und in Freund*innenkreisen geteilt würde. Sie empfanden das Projekt beispielsweise als „absolute Frechheit“ und als „katastrophales Zeichen“, das auch von der Politik ausgehe. Dabei gründete sich diese Ablehnung auf verschiedene Aspekte. So wurden die Anlagen und die für diese benötigte Infrastruktur (zum Beispiel die Zuwegungen) als schädlich für den Wald und dessen klimaschützende Funktion betrachtet, was als konträr zu Vorstellungen des Umwelt- und Naturschutzes wahrgenommen wurde:

Ich finde es ein bisschen widersprüchlich, einen Wald abzuholzen für Windräder. Denn die Bäume sorgen für saubere Luft und die wollen sie jetzt alle wegmachen für Windräder, damit wir Energie kriegen (Anne, Gruppe 4).

Zudem wurde ein mögliches erhöhtes Waldbrandrisiko aufgrund der Anlagen thematisiert, eine massive Belastung für die eigene Ortschaft durch künftigen Schwerlastverkehr in der Bauphase der Anlagen befürchtet und teilweise vermutet, dass das Land Hessen vor allem aus Profitinteressen das Windparkprojekt im Reinhardswald realisieren wolle.

Trotz der ablehnenden Haltung, die sich unter vielen Teilnehmenden der Fokusgruppeninterviews in der Region des Reinhardswaldes gegenüber dem geplanten Windparkprojekt zeigte, wurden Windkraftanlagen im Allgemeinen nicht abgelehnt und der Bau solcher Anlagen sowie anderer erneuerbarer Energien wurde größtenteils befürwortet. So betrachteten diese Teilnehmenden mehrheitlich ausschließlich Windkraftanlagen in Wäldern als problematisch, während sie den Ausbau erneuerbarer Energien als wichtige Maßnahme gegen den Klimawandel unterstützten und sich auch offen gegenüber Windkraftanlagen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld zeigten. Zusammenhänge zum „Not-in-my-Backyard“-Phänomen, das von Wissenschaftler*innen schon früh bezüglich Windkraftanlagen beschrieben wurde (Smith/Klick 2008), ließen sich dementsprechend nur bei wenigen Teilnehmenden feststellen. Das Phänomen besteht darin, dass Bürger*innen einerseits politischen Maßnahmen und Entscheidungen in Bezug auf neue Energieinfrastruktur (Devine-Wright 2013) bzw. Windkraftanlagen positiv gegenüberstehen, diese andererseits aber ablehnen, wenn diese in ihrer unmittelbaren Nähe, sozusagen in ihrem „Hinterhof“ („Backyard“), umgesetzt werden sollen.

Geplanter Kohleausstieg im Rheinischen und im Mitteldeutschen Kohlerevier

Was die geplanten und vorgezogenen Ausstiege aus der Braunkohleverstromung aus Klimaschutzgründen im Rheinischen und Mitteldeutschen Kohlerevier anbelangt, wurden diese in der betroffenen Forschungsregion von den meisten Teilnehmenden der qualitativen Fokusgruppeninterviews und narrativ-biografischen Interviews befürwortet und positiv diskutiert. Zudem wurden auch das Vorgehen zur Kohlegewinnung und diese selbst kritisiert. Insbesondere die Umsiedlungen von Dörfern für den Kohleabbau sowie die mit der Kohleindustrie verbundene lokale und globale Umweltverschmutzung wurden von Teilnehmenden der Fokusgruppeninterviews im Rheinischen Kohlerevier negativ gesehen. So wurde von diesen Teilnehmenden mehrfach kritisiert, dass, wie es Markus (Gruppe 2) ausdrückte, „für ein bisschen Braunkohle“, die dann irgendwann sowieso nicht mehr verfügbar sei, „ganze Dörfer und Siedlungen“ umgesiedelt werden mussten. Der mögliche Verlust von Arbeitsplätzen infolge des Kohleausstiegs, der wiederum im Fokus äußerst rechter Narrative stand, stieß nur selten auf Bedenken der Teilnehmenden. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass die Befragten selbst bzw. Personen aus ihrem Umfeld nicht in der Kohleindustrie arbeiteten. Allerdings wiesen manche Teilnehmende darauf hin, dass der Ausstieg aus der Kohle sozial verträglich gestaltet werden müsste. Dementsprechend sprach sich beispielsweise ein Interviewpartner aus einem narrativ-biografischen Interview aus dem Mitteldeutschen Braunkohlerevier dafür aus, dass im Zuge des Braunkohleausstiegs dringend darauf geachtet werden müsse, „dass sie [die Leute] eben nicht ins wirt-

schaftlich Bodenlose fallen und [...] die Region halt wirklich wirtschaftlich irgendwie voranzubringen dauerhaft“ (Leon, narrativ-biografisches Interview).

Waldsterben im Harz

Der Transformationsprozess des Waldsterbens im Harz wurde schließlich von den Teilnehmenden der qualitativen Erhebung intensiv und sehr emotional verhandelt. Dabei wurde teilweise auch eine Kritik am politischen Umgang mit ihm verbunden:

Das macht einen natürlich traurig, wenn man das so sieht. Also Wald ist natürlich sehr, sehr wichtig für Mensch, Tier, Ökosystem. Also so ein Wald ist extrem wichtig. Und auch mal ganz abgesehen davon, ist es natürlich auch landschaftlich sehr schade, was da alles kaputt geht. Ja, aber so richtig fühlt man sich dann doch machtlos und so ein bisschen von der Politik, sage ich mal, allein gelassen. Wie schon gesagt, also meiner Meinung nach wird das von politischer Ebene mit falschen Maßnahmen, angegangen. Vielleicht nicht alles, aber der Großteil (Max, Gruppe 9).

Die direkte und starke Betroffenheit, die viele Teilnehmenden im Angesicht des Waldsterbens artikulierten, wurde u.a. mit der Furcht vor dem Verlust einer Landschaft begründet, die beispielsweise mit positiven (Kindheits-)Erinnerungen verknüpft war, oder regelmäßig für diverse Freizeitaktivitäten frequentiert wurde, wie Spaziergänge oder Wanderungen im Wald. So äußerte sich eine weitere Teilnehmerin eines der Fokusgruppeninterviews zur Situation im Harz folgendermaßen:

Also mich trifft es persönlich auch, da ich in der Region, sag ich mal, auch groß geworden bin und auch als Kind immer schon im Wald war, mit der Familie wandern war immer in den Bergen und so. Und man sieht halt jetzt in den letzten zehn Jahren, sag ich mal, einen deutlichen Unterschied, dass es deutlich brauner geworden ist im Wald, nur noch abgeholzte Baumflächen oder kaputte Bäume, beziehungsweise tote Bäume (Mia, Gruppe 9).

3.3.2 Einstellungen zum Klimawandel

Sowohl das Interesse am Klimawandel als auch die Einschätzungen der Klimawandelfolgen variierten unter den Befragten: Häufig wurde der Klimawandel als „ziemlich wichtiges“ und „ernstes“ Thema sowie als großes Problem bewertet, teilweise stieß das Thema aber auch auf Desinteresse. Bezüglich der Problematik des Klimawandels äußerte sich ein Teilnehmer aus einem Fokusgruppeninterview in der Region des Rheinischen Kohlereviere (Gruppe 2) beispielsweise mit der Ansicht, dass, wenn

[...] man nichts ändert groß und alles jetzt so weitermacht, wie es gerade läuft, dann sehe ich da halt auch keine große Zukunft mit der Erde oder eher gesagt mit uns Menschen auf der Erde, denn irgendwann sind halt auch einfach irgendwann die Kapazitäten der Erde halt aufgebraucht (Gregor, Gruppe 2).

Teilnehmende des zweiten Fokusgruppeninterviews zur Situation im Harz (Gruppe 9) gaben hingegen an, sich in ihrer Freizeit nicht mit dem Thema zu befassen, und wenn, dann „nur ungewollt“. In diesem Fokusgruppeninterview wurde das Thema Klimawandel teilweise auch als überstrapaziert wahrgenommen und spielte im persönlichen Umfeld keine große Rolle. So äußerte ein Teilnehmer, dass ihn das Thema gesellschaftlich „mittlerweile ziemlich nervt, weil man überall davon hört, irgendwie ist es einfach zu viel“ (Max, Gruppe 9).

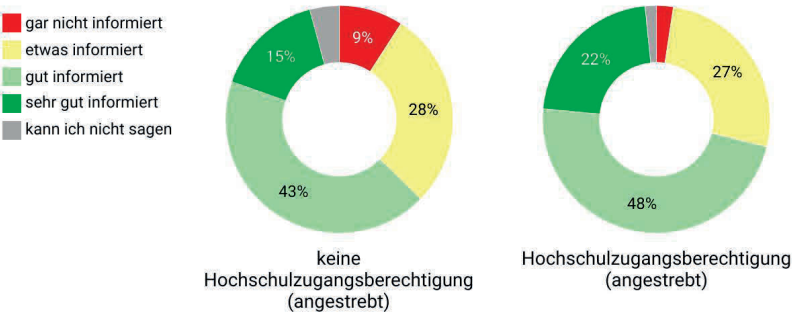
Teilnehmende der narrativ-biografischen Interviews, die sich klimapolitisch engagieren, äußerten ein erwartbar hohes Problembewusstsein für den Klimawandel und begründeten dies mit einer verstärkten persönlichen Betroffenheit.

In der quantitativen Befragung darauf angesprochen, wie gut sie sich zu den Ursachen und den Folgen des Klimawandels informiert fühlen, gaben die Jugendlichen und jungen Erwachsenen mehrheitlich an, dass sie gut über die Ursachen (59,4 Prozent) und die Folgen (63,8 Prozent) des Klimawandels informiert seien. Besonders Befragte, die bereits eine Hochschulzugangsberechtigung hatten oder anstrebten, fühlten sich zu einem Drittel gut bis sehr gut informiert. In Bezug auf die Ursachen des Klimawandels teilten diese Einschätzung 64,6 Prozent und in Bezug auf dessen Folgen waren es 69,5 Prozent. Obwohl auch mehr als die Hälfte der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die voraussichtlich ohne Hochschulzugangsberechtigung von der Schule gehen werden oder bereits gegangen sind, sich in beiden Themenfeldern gut bis sehr gut informiert fühlten, schätzten sich im Vergleich lediglich 54,9 Prozent als dementsprechend gut über die Ursachen und 58,4 Prozent über die Folgen informiert ein (vgl. Abb. 3 und 4).

Wie ernst Jugendliche und junge Erwachsene das Problem mit dem Klimawandel einschätzen, wurde ebenfalls quantitativ ermittelt. Dabei wurde deutlich, dass die Mehrheit aller Befragten das Problem als eher ernst bis extrem ernst einschätzt. Anders stellen sich die Ergebnisse mit Blick auf die eigene Region dar, wo diese Einschätzung mit 37,3 Prozent nur ein gutes Drittel teilte. Für andere Regionen der Welt schätzte der größte Teil der Befragten den Klimawandel als ein eher bis extrem ernstes Problem ein (67,8 Prozent). Nur 8,7 Prozent ordneten das Problem mit dem Klimawandel dort als überhaupt nicht bis kaum ernst ein. Somit wurde der Klimawandel in der Befragung häufiger als globales statt als lokales Problem verortet (vgl. Abb. 5). In Bezug auf die eigene Region der Befragten zeigten die Ergebnisse, dass Personen aus Großstädten mit über 100.000 Einwohner*innen mit 43,4 Prozent am häufigsten angaben, dass durch den Klimawandel verursachte Probleme in ihrer Region eher bis extrem ernst seien. Unter denjenigen Befragten, die in einem

kleinen Ort mit unter 5.000 Einwohner*innen lebten, teilte nur ein Drittel diese Einschätzung.

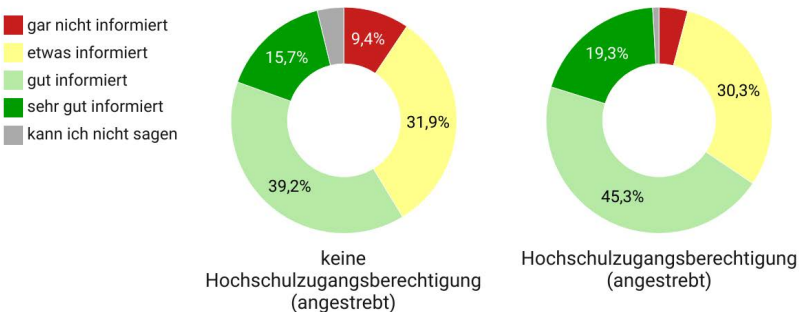
Wie gut fühlen Sie sich insgesamt informiert über die Folgen des Klimawandels?



Erstellt mit Datawrapper

Abbildung 3: Informiertheit über die Folgen des Klimawandels nach (angestrebtem) Schulabschluss, gewichteter Datensatz (N = 2099)³⁶

Wie gut fühlen Sie sich insgesamt informiert über die Ursachen des Klimawandels?



Erstellt mit Datawrapper

Abbildung 4: Informiertheit über die Ursachen des Klimawandels nach (angestrebtem) Schulabschluss, gewichteter Datensatz (N = 2099)

36 Bei den folgenden Abbildungen handelt es sich um eigene Darstellungen.

Was denken Sie, wie ernst ist derzeit das Problem mit dem Klimawandel...



Erstellt mit Datavrapper

Abbildung 5: Problemwahrnehmung im gewichteten Datensatz (N = 2099) (fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

Mit Blick in die quantitativen Daten zeigte sich zudem, dass nicht nur das Interesse für die Themen Klimaschutz und Klimawandel unter den in Ostdeutschland lebenden Befragten etwas geringer war, sondern auch, dass die dort Lebenden das Problem mit dem Klimawandel etwas seltener als eher bis extrem ernst einschätzten. So gaben unter den in Westdeutschland lebenden Befragten 54,4 Prozent an, dass sie sich ziemlich bis sehr stark für die Themen Klimaschutz und Klimawandel interessierten und nur 46,9 Prozent der in Ostdeutschland lebenden Personen. Unter den Befragten, die in Berlin leben, gab mit 57,9 Prozent ein noch größerer Anteil an, ziemlich bis sehr an diesen Themen interessiert zu sein. Mit Blick auf die Problemeinschätzung des Klimawandels, gaben rund 15,8 Prozent der in Ostdeutschland lebenden Befragten an, dass das Problem mit dem Klimawandel für sie persönlich überhaupt nicht bis kaum ernst sei, während die Einschätzung 12,4 Prozent der westdeutschen Befragten teilten. Dementsprechend schätzten letztere mit 59,4 Prozent das Problem für sich persönlich als eher bis extrem ernst ein. Der Anteil der ostdeutschen Befragten war hier mit 52,2 Prozent geringer.

3.3.3 Emotionen zum Klimawandel

In den narrativ-biografischen Interviews und vor allem in den Fokusgruppeninterviews fiel auch auf, dass Teilnehmende im Zusammenhang mit der Thematik des Klimawandels immer wieder negative Emotionen artikulierten: So wurde der Klimawandel mit Emotionen wie „Angst“, „Traurigkeit“, „Bedauern“, „Unwohlsein“, „Unbehagen“, „Ohnmacht“, „Machtlosigkeit“, „Verzweiflung“ und „Allein-Gelassen-Sein“ sowie mit „Wut“ und „Frust“ oder einem allgemein „schlechten Gefühl“ assoziiert. So sagte zum Beispiel Marie (Gruppe 8), dass sie es schade fände, „dass die Menschheit das Klima so zerstört hat“. Zudem brachten Teilnehmende im Verlauf der Interviews die von ihnen artikulierten, negativ mit dem Klimawandel verbundenen Emotionen immer wieder mit verschiedenen Perspektiven, Meinungen, Erfahrungen oder Wahrnehmungen in Verbindung. Diese Perspektiven, Meinungen, Erfahrungen oder Wahrnehmungen können hier als der „affektive Fokus“ (Szanto 2021: 427) der von den Teilnehmenden artikulierten Emotionen begriffen werden. Durch diesen Fokus wird deutlich, warum die Teilnehmenden den Klimawandel überhaupt mit negativen Emotionen verbanden bzw. warum er Gegenstand

ihrer Sorge ist (vgl. ebd.). So lässt sich beispielsweise die von manchen Teilnehmenden artikulierte Emotion der Machtlosigkeit u.a. durch die Wahrnehmung dieser Teilnehmenden erklären, im Umgang mit dem Klimawandel begrenzte Handlungsmöglichkeiten zu haben. Aufgrund dieser Wahrnehmung, die in diesem Fall den affektiven Fokus der empfundenen Machtlosigkeit dieser Teilnehmenden bildet, wird deren Emotion der Machtlosigkeit verständlich. Gründe für die Wahrnehmung begrenzter Handlungsmöglichkeiten könnten dann beispielsweise das Fehlen politischer Einflussmöglichkeiten sein. Gleichzeitig zeigte sich, dass die mit dem Klimawandel verbundenen Emotionen der Teilnehmenden verschiedene Bezüge aufwiesen, die sich in drei Hauptdimensionen unterscheiden ließen. Diese Dimensionen umfassen: Erstens ein Bezug auf bestimmte aktuelle oder zukünftige Ereignisse, wie beispielsweise die im RIOET-Projekt untersuchten sozialökologischen Transformationsprozesse. Zweitens wurde ein Bezug zur eigenen Person, zum eigenen Handeln oder zur eigenen Generation hergestellt. Drittens bezogen sich die Emotionen auf bestimmte Akteur*innen oder Gruppen innerhalb der Gesellschaft sowie deren Handeln.

Tabelle 9: Kontextualisierte geäußerte Emotionen bezüglich des Klimawandels in den qualitativen Interviews³⁷

Negative Emotionen im Kontext des Klimawandels	Affektiver Fokus	Emotionsbezug
Angst, Unbehagen, Traurigkeit, weitere negative Emotionen (aber auch Zynismus)	Wahrnehmung klimawandelbedingter negativer (zukünftiger) Folgen, auch im Kontext sozialökologischer Transformationsprozesse	Bezug auf (zukünftige) Ereignisse
Schlechtes Gewissen	Wahrnehmung, selbst zu wenig gegen den Klimawandel zu tun	Bezug auf sich selbst
Machtlosigkeit, Ohnmacht, Verzweiflung	Wahrnehmung begrenzter eigene Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit dem Klimawandel	Bezug auf sich selbst
Frust und Wut	Wahrnehmung eines mangelnden Engagements im Kampf gegen den Klimawandel; eines fehlenden Interesses am Thema; einer Ignorierung bis Leugnung des Klimawandels	Bezug auf andere Gruppen (Mitmen- schen, Gesellschaft)
Allein-Gelassen-Sein, Frustration, Wut, Machtlosigkeit, Enttäuschung, Sich-klein-Fühlen	Wahrnehmung mangelnden Handelns politischer Akteur*innen bezüglich des Klimawandels, Lobbyismus	Bezug auf andere Akteur*innen (Politik)
Starke negative Emotionen, Gewaltfantasien, aber auch Verständnis	Negative Sichtweise auf die Aktionen der Letzten Generation	Bezug auf andere Akteur*innen (Letzte Generation)

So zeigte sich, dass bei manchen Teilnehmenden mit den negativen Emotionen zum Klimawandel ein Bedauern verbunden war, welches sich auf einen Ver-

37 Die Tabelle führt negative Emotionen auf, die in den qualitativen Interviews (narrativ-biografische Interviews und Fokusgruppeninterviews) von den Teilnehmenden mit dem Klimawandel in Verbindung gebracht wurden. Sie zeigt die affektiven Fokusse der jeweiligen Emotionen, durch die deren Aufkommen erklärt werden kann und auf welche Akteur*innen und Ereignisse sich diese Emotionen im Allgemeinen bezogen.

lust von Landschaft und Natur verschob, der dem als klimawandelbedingt wahrgenommenen Waldsterben in der Harzer Region zugerechnet wurde. Andere Teilnehmende verknüpften ihre mit dem Klimawandel verbundenen Emotionen mit Ängsten und Sorgen bezüglich ihrer eigenen Zukunft oder der Zukunft nachkommender Generationen:

[A]ls junger Mensch macht es mir Angst für meine Zukunft, aber auch vor allem Angst für die Zukunft um die Generationen, die nach mir kommen sollen. Weil, mein Traum ist es schon, irgendwann eine Familie zu gründen und Kinder zu haben und irgendwie denen ein gutes Leben geben zu können. Und wenn jetzt immer so weitergemacht wird, wie es jetzt ist, wird das ein bisschen schwieriger werden (Ciel, Gruppe 3).

Auch Markus (Gruppe 2) hatte ein „schlechtes Gefühl“ bezüglich des Klimawandels, den er für etwas „Schlimmes“ hielt und der seiner Meinung nach auch in naher Zukunft negative Folgen haben werde. Gleichzeitig verband Markus sein negatives Klimawandelgefühl mit einem schlechten Gewissen. Der Grund dafür lag in Markus' Einschätzung darin, bisher nicht genug gegen den Klimawandel getan zu haben und insofern war Markus' Gefühl vor allem auf sein eigenes Handeln bzw. Nicht-Handeln bezogen. Eine solche Bezugnahme fand sich auch bei Annalenas und Sebastians Emotionen zum Klimawandel, allerdings hinsichtlich ihrer wahrgenommenen Handlungsmöglichkeiten. Diese empfanden sie als gering und beschrieben dementsprechend, dass sie sich als einzelne Personen „sehr machtlos“ fühlen würden im Umgang mit dem Klimawandel oder nur „sehr wenig Einfluss“ auf diesen hätten (vgl. hierzu im Detail, Kap. 3.4).

Neben den hergestellten Bezügen auf sich selbst, das eigene Handeln und die eigenen Handlungsmöglichkeiten zeigte sich in den qualitativen Interviews, wie bereits kurz angesprochen, dass die von den Teilnehmenden geäußerten Emotionen zum Klimawandel auch auf andere Gruppen und Akteur*innen bezogen wurden. Diesen wurde vor allem ein mangelndes Interesse am Klimawandel und dessen Folgen attestiert, sowie unzureichendes oder fehlendes Gegenhandeln. So beschrieb Bilal (Gruppe 1) ein Gefühl der Trauer darüber, dass sich viele Menschen nicht für den Klimawandel interessieren würden und die Zerstörung der Umwelt unvermindert fortgesetzt werde. Andere Teilnehmende waren der Meinung, dass der Klimawandel von vielen nicht ernst genommen, in seinen Ausmaßen nicht verstanden würde oder zu wenig Handlungsdruck gegeben sei: „Man sieht Länder brennen. Man sieht komplette Eisschichten schmelzen. Und die Leute verstehen es nicht“ (Ryan, Gruppe 3). Celine artikuliert einen „unfassbaren Frust“ und „Wut“ bezüglich der „Menschen, die jetzt verdammt noch mal ihren Arsch nicht hochkriegen, um ordentlich sich darum zu kümmern, dass es besser wird“ (Celine, Gruppe 8). Janosch richtete seine Wut auf klimawandelleugnende Personen:

Also, das macht mich halt auch ziemlich wütend, einfach dann diesen Menschen gegenüberzutreten und da zu sagen: Ja, also warum ignorierst du das, dass es das gibt? Und man KANN es nicht ignorieren. Und dann halt mit irgendwelchen Verschwörungstheorien antworten, wo dann halt auch wirklich gar kein Sinn mehr dahintersteckt (Janosch, Gruppe 3).

Bei anderen Teilnehmenden bezogen sich ihre negativ mit dem Klimawandel verbundenen Emotionen auf die negative Bewertung des politischen Handelns im Umgang mit dem Klimawandel und dessen Folgen. Max (Gruppe 9) fühlte sich beispielsweise beim Umgang mit dem Waldsterben im Harz nicht nur machtlos, sondern auch von der Politik „alleingelassen“. Eine Teilnehmerin beschrieb ein Gefühl der „Frustration“, welches sie auf das Handeln politischer Akteur*innen bzw. deren wahrgenommenes, unzureichendes Handeln bezog:

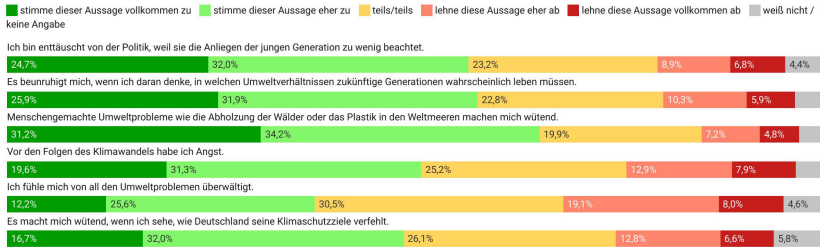
Es löst persönlich ganz viele Gefühle aus, die natürlich Handlungen auslösen, besonders so derzeitige Frustrationen bezüglich unserer politischen Akteure, die halt relativ wenig Handlungen in Betracht ziehen und das auch eher verhindern, dass unsere Meinung stark durchgesetzt wird (Lisa, narrativ-biografisches Interviews).

Verschiedene Aussagen zum Umweltaffekt, also der „emotionale[n] Reaktion zu Umweltthemen mit positiven oder negativen Gefühlen“ (BMUV, 2023: 48), darunter auch Aussagen zum Klimawandel, wurden auch in der Online-Befragung abgefragt. Ursprünglich wurde in den regelmäßigen Umweltbewusstseinsstudien (UBSs) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) die Kenngröße des Umweltaffekts erfragt. Daran anschließend wurden einige Aussagen zur emotionalen Reaktion auf den Klimawandel und dessen Folgen im Rahmen des RIOET-Projekts mit in den Fragebogen aufgenommen.³⁸ Die Ergebnisse verdeutlichen, dass auch viele der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der quantitativen Befragung negative Emotionen in Bezug auf den Klimawandel teilten (vgl. Abb. 6). So stimmten 65,4 Prozent aller Befragten eher bis vollkommen zu, dass sie menschengemachte Umweltprobleme wütend machten, und 57,8 Prozent waren (eher) beunruhigt, wenn sie daran dachten, in welchen Umweltverhältnissen zukünftige Generationen leben müssen. Über die Hälfte der Befragten stimmte zu, dass sie enttäuscht von der Politik seien (vgl. hierzu im Detail Kap. 3.4), weil sie die Anliegen der jungen Generation zu wenig beachte. Konkret auf den Klimawandel bezogen, stimmten 31,3 Prozent eher und 19,6 Prozent der Befragten vollkommen zu, dass sie vor den Folgen des Klimawandels Angst hätten. 25,2 Prozent waren teils/teils dieser Ansicht. 32 Prozent der Befragten gaben an, dass es sie eher wütend mache, wenn sie sehen würden, wie Deutschland seine Klimaschutzziele verfehle. 16,7 Prozent waren

38 In den UBSs gibt es eine vierstufige Antwortskala: „stimme voll und ganz zu“, „stimme eher zu“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“. In der vorliegenden Befragung wurde wie bei der Mehrheit der Items eine fünfstufige Likertskala vorgegeben.

vollkommen dieser Ansicht und 21,6 Prozent teils/teils. Insofern zeigte sich unter den Befragten eine prinzipiell hohe (teilweise) Zustimmung bezüglich negativer Emotionen zu Umweltthemen und dem Klimawandel.

Umweltaffekt



Erstellt mit Datawrapper

Abbildung 6: Items zum Umweltaffekt, gewichteter Datensatz (N = 2099)

Noch höher fielen diese Zustimmungen mit Blick auf Geschlechterunterschiede der Befragten aus. Unter den weiblichen Teilnehmenden stimmten beispielsweise mit 72,8 Prozent fast drei Viertel der Aussage zu, dass sie Probleme wie die Abholzung der Wälder oder das Plastik in den Weltmeeren wütend machten. Unter den männlichen Befragten teilte mit 58,5 Prozent zwar auch eine Mehrheit diese Einschätzung, aber dennoch waren es deutlich weniger als bei den befragten Frauen und Mädchen. Ein ähnliches Bild zeichnete sich auch bei der Zustimmung zur Aussage „Vor den Folgen des Klimawandels habe ich Angst“ ab. Während hier über die Hälfte (56,8 Prozent) der weiblichen Befragten eher oder vollkommen zustimmte, waren es unter den männlichen Befragten mit 45,5 Prozent deutlich weniger. Hinsichtlich der Wut über verfehlt Klimaschutzziele wurde diese bei Frauen und Mädchen (54,6 Prozent) deutlicher häufiger als bei Männern und Jungen (43,5 Prozent) bestätigt.

Bezogen auf die jeweiligen Bildungsniveaus zeigten sich deutliche Unterschiede in der Bewertung der Items zum Umweltaffekt. Befragte, die ein (Fach-)Abitur, eine allgemeine Hochschulreife oder einen gleichwertigen Abschluss hatten oder anstrebten, stimmten 72,7 Prozent vollkommen oder eher zu, dass sie menschengemachte Umweltprobleme wütend machten. Bei den Befragten, die einen niedrigeren Schulabschluss hatten oder derzeit abschlossen, waren es im Vergleich 15 Prozent weniger (57,7 Prozent). Außerdem fühlten sich unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit (angestrebter) Hochschulzugangsberechtigung mit 43,1 Prozent nach eigener Angabe mehr Personen überwältigt von den Umweltproblemen als unter denen, die keine Hochschulzugangsberechtigung hatten oder anstrebten (31,3 Prozent). Ähnliches galt für die Angst vor Klimawandelfolgen. Diesbezüglich stimmten 55 Prozent der befragten Personen mit (angestrebter) Hochschulzugangsberechtigung zu, vor den Folgen des Klimawandels Angst zu haben, während unter den

Personen ohne (angestrebte) Hochschulzugangsberechtigung über elf Prozent weniger dieser Angst zustimmten. Auch die Wut darüber, dass Deutschland seine Klimaschutzziele verfehlt, war bei Personen mit (angestrebter) Hochschulzugangsberechtigung höher (53,4 Prozent) als bei den Befragten ohne (angestrebte) Hochschulzugangsberechtigung (43,1 Prozent).

Eine interessante Differenz in der Wahrnehmung verschiedener Gruppen und Akteur*innen bezüglich deren Umgang mit dem Klimawandel zeigte sich in der emotionalen Bewertung der klimaaktivistischen Gruppierung Letzte Generation. Während, wie oben festgestellt, Teile der Bevölkerung und vor allem politische Akteur*innen eher aufgrund eines wahrgenommenen unzureichenden oder fehlenden Gegenhandelns bezüglich des Klimawandels mit negativen Emotionen assoziiert wurden, wurde die Letzte Generation gerade aufgrund ihres Handelns für das Klima oftmals mit negativen Emotionen belegt. Einer der von den Teilnehmenden selbst genannten Gründe dafür waren die Aktionsformen der Gruppierung – diese waren zum Zeitpunkt der Erhebungen ein stark polarisierter Bestandteil der nationalen Mediendebatte. So betrachteten viele Teilnehmende der Interviews die Ziele der Gruppe zwar als legitim oder äußerten vereinzelt Verständnis für deren Vorgehen vor dem Hintergrund der Dringlichkeit der Klimawandelproblematik. Allerdings wurde das Mittel der Straßenblockade von diesen Teilnehmenden oft kritisch gesehen oder vehement abgelehnt, beispielsweise weil sie befürchteten, dass die Aktionen negative Emotionen hervorriefen und der Klimawandelthematik eher schaden könnten, oder weil sie die Aktionen als zu „extrem“ einschätzten. Bei anderen Teilnehmenden, die vor allem der Gruppe 8 zuzuordnen waren, zeigte sich eine noch stärkere Ablehnung der Letzten Generation, die bis hin zur Artikulation expliziter Gewaltvorstellungen ging, darunter Tötungsfantasien. Diese Teilnehmenden äußerten, dass sie die Aktionen der Gruppierung zum Beispiel als „abartig“, „affig“ oder „sehr schrecklich“ empfanden, auch weil sie teilweise der Meinung waren, dass durch die Blockaden Rettungswagen an der Durchfahrt gehindert und damit Menschenleben gefährdet würden. Jennifer äußerte zudem, dass sie die Gruppierung in „Rage“ bringen würde, und glaubte, bei einer entsprechenden Straßenblockade „nicht bremsen [zu] können“, während Nils sagte, dass er „die von der Straße runterkloppen“ würde. Während diese Art von emotionalisierten Äußerungen in der Gesamtschau der Daten nur am Rande zu finden ist, fiel insbesondere diese Gruppe aus dem Harz (Gruppe 8) mit äußerst drastischen Gewaltfantasien gegenüber Aktivist*innen der Letzten Generation auf. Die Teilnehmenden dieser Gruppe bestärkten sich gegenseitig in ihren abwertenden Aussagen und es war auffällig, dass die Diskussion unter den Teilnehmenden bei diesem Thema am engagiertesten geführt wurde.

Anders als die Aktionen der Letzten Generation wurden die Demonstrationen von Fridays for Future (FFF) von den interviewten jungen Menschen positiver bewertet. Auch besuchten einige Teilnehmende der Fokusgruppeninterviews mehrere Male FFF-Demonstrationen, teilweise aus inhaltlichem Inte-

resse und teilweise mehr aus Neugier. Hinsichtlich der Aktionen der Letzten Generation und FFF spiegelten sich die Ergebnisse der qualitativen Forschung in den Erkenntnissen der quantitativen Forschung wider. So wurden auch in der Online-Befragung die Aktionen der erstgenannten Gruppe überwiegend negativ bewertet (vgl. Abb. 7), während die Aktionen von FFF deutlich positiver aufgenommen wurden. So gaben lediglich 18,3 Prozent aller Befragten an, dass sie die Aktionen der Letzten Generation eher oder sehr gut bewerten würden, während über 40 Prozent die Aktionen eher oder sehr schlecht fanden. Fast 45 Prozent aller Befragten hingegen bewerteten die Aktionen von FFF als sehr oder eher gut.

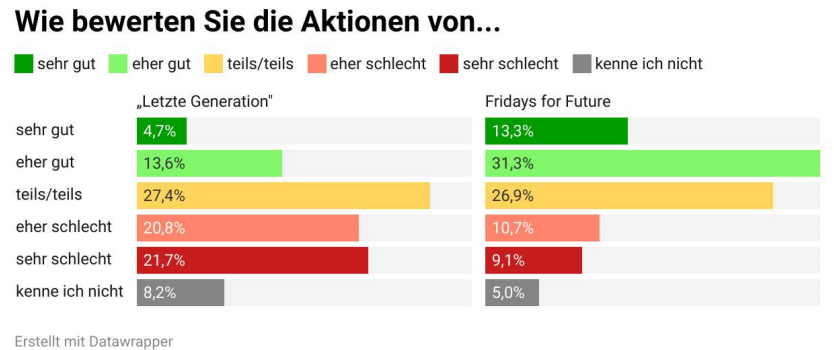


Abbildung 7: Bewertung der Aktionen der Letzten Generation und von Fridays for Future im gewichteten Datensatz (N = 2099) (fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

Schließlich gab es in den Fokusgruppeninterviews vereinzelt Teilnehmende, die ihre Emotionen gegenüber dem Klimawandel als eher „gemischt“ beschrieben oder sich von der Thematik teilweise „genervt“ zeigten. Auch fand sich unter diesen Teilnehmenden eine eher neutrale und abgeklärte Gefühlshaltung, die sich teilweise auch als zynisch, fatalistisch oder nihilistisch interpretieren lässt:

Also ich [habe] ziemlich neutrale [Gefühle] grundsätzlich erst mal, weil ich der Meinung bin, dass die Menschheit so oder so früher oder später ausstirbt und dass wir uns mit dem Gedanken anfreunden können, die Erde wird es auch nicht ewig geben, das ist nur ein Fakt. Und ja, ich meine, klar können wir darauf achten, dass wir unser Leben auf der Erde nicht unnötig schnell kaputtmachen, aber ja, früher oder später, gerade in Anbetracht dessen, dass wir uns am Ende in einer Eiszeit befinden und sich sowieso die Temperaturen so oder so anheben werden, ja, das ist alles endlich im Universum, sage ich mal so. [...] Also ich sehe das ganz nüchtern (Max, Gruppe 9).

3.3.4 Zusammenfassung: Angst, Ohnmacht und Enttäuschung: Einstellungen und Emotionen zum Klimawandel

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Klimawandel und dessen Folgen für die Mehrheit der Teilnehmenden der qualitativen Forschung im Rahmen des RIOET-Projekts als ein ernsthaftes Problem angesehen wurde. Dementsprechend kritisch wurde der Klimawandel auch in den meisten Fokusgruppeninterviews diskutiert. Damit einhergehend wurde der Klimawandel von den Teilnehmenden überwiegend mit vielfältigen negativen Emotionen und Ohnmachtsgefühlen belegt, die gleichzeitig mit diversen Phänomenen und Perspektiven verbunden wurden, wie etwa mit der Wahrnehmung klimawandelbedingter negativer Folgen. Dabei trug insbesondere die Wahrnehmung der eigenen begrenzten Handlungsmöglichkeiten gegenüber dem Klimawandel erheblich zu diesen emotionalen Belastungen bei, ebenso wie das Gefühl, dass Mitmenschen oftmals kein Interesse an der Thematik hätten, zu wenig Engagement zeigten und politische Akteur*innen nicht ausreichend gegen den Klimawandel vorgingen.

3.4 Wirkmächtigkeit, Handeln und Verantwortung: Folgen für Politik- und Demokratievertrauen

In Kapitel 3.3 wurden die Einstellungen und Gefühle junger Menschen in Deutschland bezüglich des Klimawandels dargelegt und erläutert. Dabei zeigte sich u.a., dass ein Großteil der Teilnehmenden der narrativ-biografischen Interviews und der Fokusgruppeninterviews das Problem des Klimawandels in der Regel als ernst einschätzte, was viele negative Gefühle wie Angst, Frust und Wut bei ihnen auslöste. In diesem Kapitel soll es nun darum gehen, welchen Einfluss verschiedene Problemwahrnehmungen und Gefühle der jungen Menschen auf ihre Wahrnehmung von (politischer) Wirksamkeit, ihr Handeln und ihr Verantwortungsbewusstsein innehaben und welche Folgen für das politische Vertrauen sich daraus ergeben.

Hierzu wird im ersten Schritt (1) die theoretische Verknüpfung von politischer Informiertheit, politischem Vertrauen, Wahrnehmung von politischer Selbstwirksamkeit und politischem Handeln erläutert. Anschließend werden im zweiten Schritt (2) die Ergebnisse aus der RIOET-Forschung mit diesen theoretischen Perspektiven zusammengeführt. Im dritten Schritt (3) werden auf dieser Grundlage Ebenen der Verantwortung für den Klimawandel und dessen Eindämmung ermittelt. Dabei wird auch auf das daraus resultierende politische Handeln von jungen Menschen eingegangen. Schließlich werden im vierten Schritt (4) die Ergebnisse dieses Kapitels zusammengefasst und resü-

miert, was diese über politische Selbstwirksamkeit, politisches Handeln und politische Verantwortung bei jungen Menschen bezüglich des Klimawandels aussagen.

3.4.1 Theoretische Zusammenhänge von politischer Informiertheit, politischem Vertrauen, Wahrnehmung von politischer Selbstwirksamkeit

In der politischen Psychologie wird davon ausgegangen, dass je mehr Bedeutung eine Person einem politischen Thema für sich persönlich beimisst, desto eher informiert sie sich darüber und wird in diesem Feld politisch aktiv (Landwehr 2016: 109). Es entsteht politische Partizipation, die laut der Autor*innen Verba und Nie zu mehr Demokratie in politischen Entscheidungen beiträgt (ebd.: 111). Allerdings ist die politische Partizipation von Individuen davon beeinflusst, wie stark diese über ein politisches Thema bereits vorinformiert sind (ebd.: 112). Politisches Interesse gilt demnach als eine Voraussetzung für politische Selbstwirksamkeit, Handlungsbereitschaft und kompetentes politisches Handeln (ebd.: 113). Dabei ist jedoch zu beachten, dass politische Partizipation durch verschiedene Wirkmechanismen ausgelöst werden kann: Zum einen wird sie durch Unzufriedenheit mit der Regierung ausgelöst und zum anderen durch das Vertrauen in das politische System (ebd.).

Das Vertrauen in das politische System spielt auch bei der politischen Selbstwirksamkeit eine zentrale Rolle: Die politische Selbstwirksamkeit, die als „Einschätzung der eigenen Fähigkeit, Politik zu verstehen und infolge der eigenen Fähigkeiten Einfluss auf Politik nehmen zu können“ (Westle 2006: 22, zitiert nach Landwehr 2016: 120) definiert werden kann, kann in ein internes und externes politisches Selbstvertrauen (efficacy) unterteilt werden. Beim internen politischen Selbstvertrauen ist ein Individuum davon überzeugt, dass es über die Mittel und Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme verfügt, während dieses bei dem externen davon ausgeht, dass das politische System auf seine Einflussversuche reagiert (ebd.). Es kann dabei davon ausgegangen werden, dass Personen, die über mehr politisches Selbstvertrauen verfügen, eher der Auffassung sind, dass das politische System auf ihre Beteiligung reagiert und somit ihre Einflussmöglichkeiten höher einschätzen (ebd.: 121).

In der Regel folgen für die Individuen aus ihrem unterschiedlich wahrgenommenen politischen Selbstvertrauen verschiedene politische Handlungsstrategien. Politisches Handeln wird hierbei als Teilnahme an politischer Meinungsbildung zur Beeinflussung von politischen Entscheidungen oder dessen direkter Umsetzung verstanden (ebd.: 124). Es beginnt dabei bereits bei der kommunikativen Handlung, sich Informationen zu einem politischen Thema zu beschaffen und wird zu entscheidungskonformem Handeln gesteigert, bei dem Verhaltensregeln befolgt werden, die durch politische Entscheidungen zu-

stande kamen. Erst bei partizipativem politischem Handeln werden politische Entscheidungen aktiv beeinflusst. Die höchste Stufe des politischen Handelns findet auf der Ebene von Entscheidungsrollen statt, in denen politische Entscheidungen getroffen und durchgesetzt werden (ebd.).

3.4.2 Politische Informiertheit, politisches Vertrauen, Wahrnehmung von politischer Selbstwirksamkeit und politisches Handeln in der RIOET-Forschung

Bezüglich der politischen Informiertheit, die nach Landwehr et al. 2016 den Grundstein für politische Selbstwirksamkeit und politisches Handeln legt, zeigte die quantitative Forschung des Projekts RIOET, dass sich mehr als die Hälfte der Befragten ziemlich bis sehr für politische Themen interessierte. Im Allgemeinen interessierten sich 57,2 Prozent der Befragten für politische Themen, was einer deutlichen Mehrheit entspricht. Kapitel 3.3 legte bereits die Informiertheit über die Ursachen und Folgen des Klimawandels dar und zeigte, dass sich die Mehrheit der Befragten überwiegend gut darüber (59,4 Prozent über die Ursachen und 63,8 Prozent über die Folgen) informiert fühlte. Diese Werte stiegen sogar mit steigenden (angestrebten) Bildungsabschlüssen (vgl. Kap. 3.3). Die in der quantitativen Online-Befragung ermittelten Ergebnisse zu Interesse an politischen Themen und Klimawandel wurden auch an dem qualitativen Datenmaterial ersichtlich. Ein junger Mann erzählte dazu Folgendes in einem Interview:

Also ich bin damals mit 16 Jahren bei den Grünen eingetreten und habe da so die ersten größeren Berührungspunkte auch gehabt mit Klimawandel, weil es natürlich eines der großen Themen der Grünen halt auch ist. [...] Also ich hatte mich eigentlich schon immer für Politik auch interessiert und hab dann erst mal überlegt, was für eine Partei könnte zu mir passen, weil ich mich halt auch irgendwie politisch engagieren wollte (Tobias, narrativ-biografisches Interview).

Auch das politische Vertrauen in die Demokratie, das für politische Selbstwirksamkeit von zentraler Bedeutung ist, wurde in der quantitativen Befragung bei RIOET abgefragt. Die Einschätzung „Die deutsche Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut“ bekam insgesamt von einem Drittel der Befragten (34,7 Prozent) Zustimmung (eher oder vollkommen). Ein weiteres Drittel war ambivalent und ca. ein Viertel (25,5 Prozent) lehnte diese Einschätzung ab (vgl. Abb. 8). Zudem konnte bei dieser Aussage ein schwacher positiver Zusammenhang mit der Problemwahrnehmung des Klimawandels ermittelt werden: Je ernster junge Menschen das Problem mit dem Klimawandel für

sich persönlich einschätzten, umso eher stimmten sie der Aussage zu, dass die deutsche Demokratie gut funktioniere (Abb. 8).³⁹

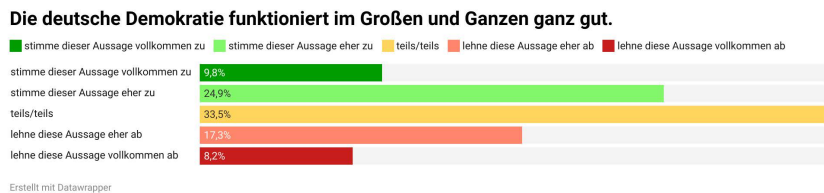


Abbildung 8: Zustimmungen zu der Aussage „Die deutsche Politik funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut“ (N=2099)

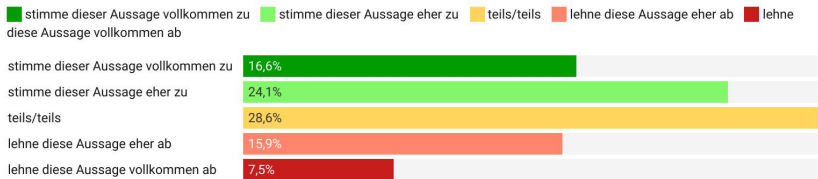
Des Weiteren wurde das Vertrauen der Befragten in die demokratische Praxis des deutschen Parlamentarismus abgefragt. Hierbei zeigte sich, dass die Befragten diesem deutlich weniger Vertrauen entgegenbringen als der Demokratie im Allgemeinen: Über 40 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen gaben an, dass sie der Aussage, die demokratischen Parteien würden alles zerreden und die Probleme nicht lösen, zustimmen (vgl. Abb. 9). Über ein Viertel (28,6 Prozent) stimmte mit „teils/teils“ und lediglich ein knappes Viertel (23,4 Prozent) lehnte diese Aussage ab. Ein statistischer Zusammenhang mit dieser Aussage und Personen, die das Problem des Klimawandels für sich persönlich als ernst einschätzen, konnte hierbei allerdings nicht festgestellt werden. Allerdings konnte eine sehr schwache negative Korrelation zwischen der populistischen Aussage „Die Demokratie führt eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen“ und der Einschätzung der Ernsthaftigkeit des Klimawandels auf persönlicher Ebene festgestellt werden: Je ernster die Folgen des Klimawandels persönlich wahrgenommen wurden, umso geringer war die Zustimmung zu dieser Aussage. Auch bei der Frage nach dem Institutionsvertrauen in Deutschland zeigten sich klimabesorgte junge Menschen optimistischer: Je ernster die Folgen des Klimawandels persönlich wahrgenommen wurden, umso eher wurde der Aussage „Alles in allem vertraue ich den staatlichen Institutionen wie Behörden, Gerichten und Universitäten in Deutschland“ zugestimmt.

Bezüglich der politischen Partizipation von jungen Menschen in Deutschland im Jahr 2024 ergab die quantitative Umfrage von RIOET, dass trotz des recht großen Anteils an Personen, die sich in der Befragung ablehnend zur Funktionalität der Demokratie äußerten, ein großer Teil der Befragten angab, er halte es für sinnvoll, sich politisch zu engagieren. So äußerten 13,5 Prozent aller Befragten, dass sie der Aussage „Ich halte es für sinnvoll, mich politisch zu engagieren“ vollkommen und weitere 25,6 Prozent, dass sie ihr eher zustimmten. Somit zeigten fast 40 Prozent eine positive Einstellung zu politi-

39 $p < 0,001$

schem Engagement und damit verbundener politischer Beteiligung. Fast ein Drittel (31 Prozent) stimmte der Aussage in Teilen zu und 23,1 Prozent lehnen die Aussage ab (14,4 Prozent eher und 8,7 Prozent vollkommen). Auch bei dieser Aussage zeigte sich eine positive Korrelation mit Personen, die den Klimawandel für sich persönlich als problematisch empfinden. Je stärker der Klimawandel problematisiert wird, umso sinnvoller erachteten die Befragten es, sich politisch zu engagieren.

Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht.



Erstellt mit Datawrapper

Abbildung 9: Zustimmungen zu der Aussage „Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen keine Probleme“ (N=2099)

Politische Partizipation in Bezug auf den Klimawandel

Haben Sie in den vergangenen 12 Monaten irgendeine der folgenden Aktivitäten unternommen, um etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen?



Erstellt mit Datawrapper

Abbildung 10: Politische Partizipation in Bezug auf den Klimawandel, Mehrfachantwort, gewichteter Datensatz, (N=2099; fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

Bei der politischen Partizipation bezüglich der Klimawandelthematik gaben 83,7 Prozent der Befragten an, sich in den letzten zwölf Monaten aktiv gegen den Klimawandel eingesetzt zu haben (Abb. 10). Darunter gehörten in der Befragung niedrigschwellige Partizipationsmöglichkeiten, wie die Nutzung des Internets, um sich über soziale und politische Themen zu informieren, die fast 40 Prozent der Befragten in Anspruch nahmen. Über ein Drittel der Befragten gab außerdem an, ein bestimmtes Produkt gekauft oder boykottiert oder nachhaltige Produkte gekauft zu haben, auch wenn diese teurer gewesen seien. Rund ein Fünftel der Befragten gab zudem an, an einer Demonstration teilgenommen oder bewusst auf Flugreisen verzichtet zu haben. Lediglich 7,9 Prozent gaben an, aktiv in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet zu haben und nur 9,5 Prozent hatten in den letzten zwölf Monaten Kontakt zu einer*em Politiker*in aufgenommen, um etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen. Somit zeigte sich insgesamt, dass gerade niedrigschwellige Formen der politischen Partizipation unter den befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen Anklang finden.

An dieser Stelle lässt sich nach der Betrachtung der quantitativen Ergebnisse der RIOET-Forschung in Bezug auf die politische Informiertheit, das politische Vertrauen, die Selbstwirksamkeit und das politische Handeln der jungen Befragten Folgendes festhalten: Landwehr et al. machten deutlich, dass politisches Interesse und Informiertheit zentrale Voraussetzungen für politische Selbstwirksamkeit und damit für politisches Handeln darstellen. Diese Grundlagen waren bei den befragten jungen Menschen weitgehend gegeben: Mehr als die Hälfte der Befragten interessierte sich für politische Themen und fühlte sich insbesondere in Bezug auf Ursachen und Folgen des Klimawandels gut informiert, was auch in den qualitativen Daten zum Ausdruck kam:

Ich denke über den Klimawandel, dass er heutzutage oder auch schon damals ein sehr, sehr großes Problem war, was alle Menschen betrifft. [...] Das Klima ändert sich ja ständig, das ist auch durchaus naturgegeben. Aber ich bin deutlich davon überzeugt, dass wir Menschen stark dazu beitragen, diesen Klimawandel nicht gerade verhindern und diesen sogar verstärken zu unserer heutigen Zeit. [...] Ich meine, das ist ja unsere Zukunft auf diesem Planeten. Und es ist ja statistisch nachweisbar, dass wir uns nicht mehr so viel dafür einsetzen müssen, dass das Klima immer wärmer wird, was ja auch Folgen für viele Regionen, viele Tiere, viele Biosphären quasi hat (Julia, narrativ-biografisches Interview).

Auffällig war jedoch, dass es bei diesen Fragen in der quantitativen Online-Befragung eine hohe Tendenz zur Mittelkategorie „teils/teils“ gab, die zwischen ca. einem Viertel und einem Drittel lag. Weiterhin betont die Theorie zu politischer Selbstwirksamkeit die Bedeutung von politischem Vertrauen – sowohl in das politische System als Ganzes als auch in dessen Responsivität, die besonders für die externe politische Selbstwirksamkeit wichtig ist. Hier zeigen sich bezüglich des Vertrauens in die Demokratie und die demokratische Praxis in Deutschland in den Ergebnissen ambivalente Muster: Während rund ein

Drittel der Befragten Vertrauen in die Funktionsweise der deutschen Demokratie äußerte, war das Vertrauen in die parlamentarische Praxis deutlich schwächer ausgeprägt. Die relative Mehrheit glaubte nicht daran, dass die demokratischen Parteien Probleme effektiv lösen können. Dieser Befund könnte erklären, warum trotz hoher Informiertheit und Interesse an (klima-)politischen Fragen eher niedrigschwellige Formen der politischen Partizipation dominierten (z. B. die Beschaffung von politischen Informationen über das Internet oder der Kauf oder Boykott von bestimmten Produkten), während stärker einflussorientierte Handlungsformen wie direkte Kontaktaufnahme mit politischen Entscheider*innen oder Mitarbeit in Bürgerinitiativen weniger verbreitet waren.

Die Unterscheidung zwischen interner und externer politischer Selbstwirksamkeit spiegelte sich ebenfalls in den Ergebnissen wider: 40 Prozent der Befragten hielten politisches Engagement für sinnvoll, was auf ein gewisses Maß interner Selbstwirksamkeit hindeutet. Jedoch verweist das eher ambivalent angegebene Vertrauen in die Reaktionsfähigkeit des politischen Systems darauf, dass jungen Menschen ihre externe Selbstwirksamkeit nur eingeschränkt wahrnehmen und somit intensivere Beteiligungsformen gehemmt werden könnten. Dies wird dadurch sichtbar, dass ein knappes Viertel es nicht für sinnvoll erachtete, sich politisch zu engagieren.

Ein weiterer wichtiger theoretischer Aspekt ist, dass politische Partizipation sowohl durch Unzufriedenheit als auch durch Vertrauen motiviert sein kann. Die empirischen Ergebnisse legen nahe, dass bei klimabewussten jungen Menschen insbesondere die Problemwahrnehmung des Klimawandels eine Rolle spielt: Je ernster sie die Klimaproblematik einschätzten, desto größer war sowohl ihr Vertrauen in Institutionen als auch ihre Bereitschaft zum Engagement. Dies unterstützt die Annahme, dass politische Motivation nicht nur aus genereller Systemkritik, sondern auch aus themenspezifischer Problembewusstheit erwachsen kann.

An dieser Stelle lohnt sich auch ein vertiefender Blick auf die Verantwortungsebenen, auf denen junge Menschen Möglichkeiten für effektive Maßnahmen gegen den Klimawandel verorten und wie sie dort ihre politischen Handlungsfähigkeiten einschätzen.

3.4.3 Ebenen der Verantwortung und daraus resultierendes politisches Handeln

In Hinblick auf die Frage, wer die Verantwortung für den Klimaschutz tragen müsse, wurde in der Online-Befragung der Grad der Zustimmung bzw. Ablehnung der Aussage „Reiche Länder wie Deutschland, die mehr Treibhausgase ausgestoßen haben, tragen mehr Verantwortung für den Klimaschutz“ erfragt. Insgesamt stimmten dieser Aussage 47,1 Prozent der Teilnehmenden eher oder

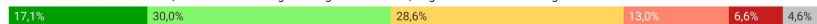
vollkommen zu und nur 6,6 Prozent lehnten sie vollkommen ab. Für über die Hälfte der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen stand außerdem fest, dass Deutschland für die Folgen des Klimawandels in anderen Ländern mitverantwortlich sei. Lediglich 6,8 Prozent aller befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen lehnten diese Aussage vollkommen ab (vgl. Abb. 11).

Die Antworten zeigen, dass die Mehrheit der Befragten der Meinung war, dass Deutschland und andere reiche Länder, die historisch bedingt mehr Treibhausgase ausstoßen und damit mehr klimaschädliche Emissionen produzieren, auch eine größere Verantwortung für den Klimaschutz und die Folgen des Klimawandels tragen müssen. Die Befragten zeigten daher deutlich ein Bewusstsein für die Thematik und reflektierten die historischen und globalen Dimensionen des Klimawandels sowie die Rolle, die reiche Länder wie Deutschland dabei spielen sollten. Der recht große Anteil derer, die jeweils mit „teils/teils“ antworteten, könnte zum einen ein Hinweis auf eine Verunsicherung der Befragten sein oder aber darauf, dass ihnen eine klare Antwort auf diese komplexen Themen schwerfiel und sie diese Antwortoption daher nahelag.

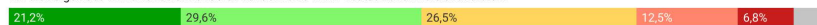
Aussagen zur Verantwortung für Klimaschutz und Klimawandel

■ stimme dieser Aussage vollkommen zu ■ stimme dieser Aussage eher zu ■ teils/teils ■ lehne diese Aussage eher ab ■ lehne diese Aussage vollkommen ab ■ weiß nicht / keine Angabe

Reiche Länder wie Deutschland, die mehr Treibhausgase ausgestoßen haben, tragen mehr Verantwortung für den Klimaschutz.



Für die Folgen des Klimawandels in anderen Ländern sind wir in Deutschland mitverantwortlich.



Erstellt mit Datawrapper

Abbildung 11: Aussagen zur Verantwortung für Klimaschutz und -wandel im gewichteten Datensatz (N = 2099)

In den qualitativen Interviews waren sich die meisten Teilnehmenden darüber einig, dass prinzipiell jeder Mensch durch sein Handeln im Hinblick auf den Klimawandel Einfluss nehmen kann. Diese Erkenntnis deckt sich mit den quantitativen Ergebnissen zu Informiertheit und Interesse über den Klimawandel der Befragten. Allerdings zeigte die vertiefende Analyse der qualitativen Daten, dass junge Menschen die Verantwortlichkeit für den Klimawandel und dessen Bekämpfung auf drei verschiedenen Ebenen verorten, wenn sie den Klimawandel als real und menschengemacht ansahen: Die ökonomische, die politische und die individuelle Ebene. Dementsprechend wurden verschiedene Möglichkeiten diskutiert und u.a. konkrete Möglichkeiten benannt.

Sahen die Teilnehmenden die Verantwortlichkeit auf der ökonomischen Ebene, sprachen sie die industrielle Produktionsweise an, wobei explizit der Kohleabbau genannt wurde. Dementsprechend wurden für eine gerechte Bewältigung des Klimawandels Lösungsansätze auf dieser Ebene vorgeschlagen. So forderte eine Person beispielsweise, dass vor allem Großkonzerne Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen müssten und dies weniger von Einzelnen erwartet werden sollte:

Aber, finde ich, ein falscher Ansatz, jetzt zwingend an den Einzelnen zu gehen. Ich meine, klar muss das in alle Köpfe rein, dass was passieren muss. Aber in erster Linie sollte man sich an Großkonzerne richten und da Maßnahmen ergreifen. Weil, das ist letztendlich bei Weitem machtvoller (Max, Gruppe 9).

Tobias, ein Teilnehmer eines narrativ-biografischen Interviews aus dem Harz, übertrug die strukturelle kapitalistische Problematik bezüglich des Klimawandels auch auf den regionalen Konflikt des Umgangs mit dem Totholz im Harz. Dabei sah er einen wirtschaftlichen Konflikt zwischen Waldbesitzenden, die das Holz als Rohstoff verkaufen möchten, und dem Nationalpark, der das Totholz liegen lassen möchte, damit dieses für Organismen als Biotop fungieren kann:

Und das hatte ja verschiedene Reaktionen auch zur Folge, wo erst mal gerade auch von den kommerziellen Waldbesitzern so eine Abwehrreaktion war und auch so eine Gegenreaktion gegen den Nationalpark. Die gesagt haben: „Wie könnt ihr das da alles laufen lassen? Ihr müsst jetzt Borkenkäferfallen aufstellen und das muss ja alles rausgeholt werden, das Totholz!“ Und das war ja auch erst mal eine Riediskussion gewesen, wo halt auch gerade von politischer Seite die CDU und das konservative, rechte Lager doch sehr Stimmung gegen die Nationalparkideen gemacht haben. Einfach weil sie halt auch da die forstwirtschaftlich Arbeitenden mehr im Fokus hatten. Also das hatte auch kapitalistische Hintergründe, das Ganze (Tobias, narrativ-biografisches Interview).

Ein Interviewter aus der Region Zeitz-Weißenfels verknüpfte den zentralen Transformationskonflikt seiner Region des Braunkohleausstiegs ebenfalls mit seiner Kritik an kapitalistischen Wachstumsbestrebungen und schlug stattdessen ein Wirtschaftskonzept ohne Wachstumsbestreben vor:

Eher am Gegenteil, es wird klimapolitisch weiter viel kaputt gemacht. Also wir werden hier demnächst 400 Hektar Land versiegeln für ein neues Industrie- und Gewerbegebiet und es ist halt fast genauso groß wie die ganze Stadt Weißenfels. Quasi als Ausgleich für die wegfallenden Jobs der Braunkohleindustrie. Wobei man da auch sagen muss, dass so viele Jobs gar nicht benötigt werden in einer Region, die massiv von Abwanderung betroffen ist. Heißt, ihr setzt mal weiter auf Wachstum. Also hier ist nicht mal die Rede von grünem Wachstum, mehr ist man immer noch standardmäßig bei Wachstum. In grünem Wachstum, was auch immer noch aus meiner planerischen Fachrichtung sehr schwachsinig ist, weil es gibt kein grünes Wachstum. Eigentlich muss man eher von aktiver Schrumpfung reden (Oliver, narrativ-biografisches Interview).

Auch ein weiterer Interviewter kritisierte die kapitalistische Wirtschaftsweise und sprach sich dabei auch für sozialistische oder planwirtschaftliche Wirtschaftsalternativen aus (Leon, narrativ-biografisches Interview). Seine Kapitalismuskritik milderte ein weiterer Interviewpartner damit ab, indem er dem Kapitalismus eine gewisse Innovationsfähigkeit zugestand und nur bei besonders klimaschädlichen Wirtschaftszweigen sozialistische Ansätze befürwortete:

Wahrscheinlich müsste man über eine Mischform [des Wirtschaftens] nachdenken. Von manchen Bereichen wird man einfach deutlich stärkere Regulierung brauchen, die halt fast schon planwirtschaftlichen Charakter haben könnten. Auf der anderen Seite Innovationsfähigkeit, muss man sagen, ist im Kapitalismus ja schon nicht ganz fremd. Von daher wäre ich offen in Richtung Mischformen zu denken. Gerade die sehr klimaschädlichen Bereiche halt eher mit sozialistischen Instrumenten in den Fokus nehmen (Tobias, narrativ-biografisches Interview).

Wurde die Verantwortung für den Klimawandel auf der politischen Ebene verortet, zielten die vorgeschlagenen Lösungsstrategien beispielsweise darauf, mehr Menschen und Staaten in die Verantwortung zu nehmen („mehr globale Ansätze“) oder sich an wissenschaftlichen (entgegen emotionalisierten) Erkenntnissen zu orientieren: „Weniger Gefühlsbetontheit, sondern mehr Kompetenz und Fakten“ (Max, Gruppe 9). In Verbindung mit der ökonomischen Sphäre wird der Politik dabei eine Steuerungs- und Reglementierungsaufgabe zugeschrieben. Hier sollten beispielsweise „Unternehmen und Konzerne [...] in der Art, wie sie Dinge produzieren, herstellen und handeln“ (Kim, Gruppe 4) eingeschränkt werden. Zudem wurden die Rolle und die Verantwortlichkeit von anderen Staaten, darunter emissionsstarken Ländern wie den USA und China, kritisch diskutiert.

Verantwortung für die Bekämpfung des Klimawandels wurde auch auf der kommunalpolitischen Ebene verortet, wobei jedoch auf Limitierungen der politischen Handlungsfähigkeiten bezüglich der Entscheidungsgewalten hingewiesen wurde. Oliver, der selbst im Stadtrat einer Stadt der Region Zeitz-Weißfels saß, merkte diesbezüglich an, dass es auf der kommunalpolitischen Ebene einfacher sei, direkte Maßnahmen für den Klimaschutz zu treffen (Hochwasser- und Umweltschutz) als grundlegende klimapolitische Maßnahmen („Aber dieses komplette Klimathema ist für die Kommunen natürlich zu groß“ – Oliver, narrativ-biografisches Interview). Dementsprechend äußerte sich auch ein anderer Teilnehmer eines Fokusgruppeninterviews in der Region um den Reinhardswald über seine Erwartungen an die (Kommunal-)Politik angesichts der geplanten Windkraftanlagen:

Wenn zum Beispiel 90 Prozent der Leute dagegen sind, dass eine Windkraftanlage oben irgendwo im Wald gebaut wird, im Reinhardswald, dann sollte man auch als Politik oder als Kommune dann mal überlegen, beziehungsweise die Kommunen sind ja da nicht mehr so involviert, sondern mehr die Politik generell, ist irgendwie doch nicht SO eine gute Idee an der Stelle. Müssen wir noch mal überdenken, mal vielleicht ein Gegenangebot machen oder irgendwie halt den Leuten auch entgegenkommen und nicht einfach sagen: „Wir machen das jetzt, Arsch lecken.“ Ja (Andreas, Gruppe 5)?

In den qualitativen Interviews war es allerdings auffällig, dass, wenn die politische Ebene als verantwortliche Ebene zur Bekämpfung des Klimawandels genannt wurde, kaum politische Akteur*innen genannt wurden, denen Lösungsvermögen für das Problem zugestanden wurde. Es zeigte sich vielmehr,

dass die befragten jungen Menschen politischen Akteur*innen diesbezüglich nicht vertrauten:

[I]ch habe manchmal das Gefühl, die Politiker, die wissen nicht mehr richtig, was sie genau machen sollen, und versuchen es der Bevölkerung recht zu machen, aber verlieren am Ende im Grunde ihr eigentliches Ziel, was sie eigentlich erreichen wollen und was auch für unser Land am besten wäre oder was für unser Land zumindest eine positive Auswirkung hätte oder haben wird. Das verlieren irgendwie mittlerweile momentan viele Politiker, auch in Bezug zum Thema Klimawandel, und das, glaube ich, ist wahrscheinlich auch Kern des Problems, weil die Politiker haben am Ende die Macht, das zu entscheiden (Duc, Gruppe 7).

In Kapitel 3.3 wurden die Zustimmungen zu den Aussagen der Umweltaffekte beschrieben. Die Aussage „Ich bin enttäuscht von der Politik, weil sie die Anliegen der jungen Generation zu wenig beachtet“ ist auch an dieser Stelle wichtig, da sie Aufschluss über das externe politische Selbstvertrauen (ebd.: 120) der befragten jungen Menschen gibt. Dieser Aussage stimmten insgesamt 56,7 Prozent zu. Auch gaben 47 Prozent an, dass sie die Bemühungen der Bundesregierung im Bereich des Klimaschutzes als zu wenig erachten. Als „gerade richtig“ beurteilten lediglich 22,4 Prozent die Klimaschutzmaßnahmen. Dennoch war auch ein Fünftel (19,3 Prozent) der Ansicht, dass die Bemühungen der Bundesregierung zum Klimaschutz zu umfangreich seien. Für die externe politische Selbstwirksamkeit der jungen Befragten bezüglich der Klimapolitik bedeutet dies, dass sie, ähnlich wie bei den Aussagen zu Politik im Allgemeinen, dazu neigten, den Politiker*innen wenig zu vertrauen und somit weniger externes politisches Selbstvertrauen kultivieren.

Als Strategie, um mit dem geringen externen politischen Selbstvertrauen durch das geringe Vertrauen in Politiker*innen umzugehen, war in den qualitativen Interviews zu beobachten, dass junge Menschen internes politisches Selbstvertrauen gewannen. Es entstand der Impuls, sich selbst aus einer wahrgenommenen Handlungsunfähigkeit zu befreien und sich daraus folgend politisch zu engagieren, um Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen:

Ja, also ich bin schon immer so auf der Suche nach Ideen und Möglichkeiten, wie man vielleicht doch noch die Welt zu einem besseren Ort machen kann und das verändern kann. Aber, wie das halt so bei komplexen Problemen ist, sie sind halt einfach sehr, sehr groß und hängen mit so vielen Sachen zusammen, dass es einfach unmöglich erscheint, jetzt als einzelner Mensch irgendwie so eine weltverändernde Sache zu machen, die plötzlich das Problem aus der Welt schafft. Das ist einfach eine Erkenntnis, die irgendwo blöd ist, auf der Seite, dass man erst mal merkt, dass man jetzt relativ handlungsunfähig ist. Und wo man dann erst mal wieder rauskommen muss und sagen muss: „Na ja, so ganz handlungsunfähig ist man ja eigentlich doch nicht.“ Man kann ja zumindest in einem kleineren Maßstab, also gerade jetzt hier vor Ort – das Altbekannte global denken, lokal handeln – dann irgendwie doch ja zumindest ein paar Nadelstiche setzen (Tobias, narrativ-biografisches Interview).

Das in diesem Zitat beschriebene Gefühl der Machtlosigkeit (vgl. Kap. 3.3) zeigte sich teilweise auch bei Teilnehmenden, die sich aktivistisch gegen den Klimawandel engagierten: So wurde der Klimaaktivismus einerseits als Möglichkeit benannt, gegen den Klimawandel vorzugehen und diesem Gefühl der Machtlosigkeit zu entkommen. Dabei war es einer interviewten Person vor allem wichtig, politische Akteur*innen zu erreichen, die die Macht und die Möglichkeiten dafür besitzen, effiziente Maßnahmen gegen den Klimawandel durchzusetzen. Die empfundene Machtlosigkeit und das Gefühl, mit ihrem Klimaschutzanliegen nicht ausreichend von Politiker*innen in Machtpositionen unterstützt zu werden, bewegte sie dazu, selbst Klimaschutzbündnisse in ihrer Region zu gründen und Einfluss auf die dortige Kommunalpolitik zu nehmen (Sammy, narrativ-biografisches Interview).

Andererseits äußerten sich einige Aktivist*innen in den Interviews ernüchtert: Zunächst benannte Ciel, eine Person, die sehr stark bei Fridays for Future involviert war, als Grundmotivation die Erwartung, zu erreichen, dass jungen Menschen dadurch verstärkt zugehört werden könne. Auf Grundlage der tatsächlichen Erfahrungen ihres Aktivismus bei Fridays for Future kam Ciel aber zu der Ansicht, als junger Mensch mit eigenen politischen Anliegen bezüglich des Klimawandels nicht ernst genommen oder politisch repräsentiert zu werden:

Und wir haben viele Gespräche gehabt: Mit dem Oberbürgermeister unserer Stadt, mit dem Stadtrat, mit einem SPD-Abgeordneten, der eben aus der Stadt kommt. Wir haben so viele Gespräche mit dem geführt und uns so viel Mühe gegeben und Ideen vorgebracht, wie wir unsere Stadt weiterbringen können. [...] Und wir werden belächelt. Und: „Geht mal weiter zur Schule und lebt erst mal ein Leben, und dann reden wir noch mal.“ So. Wir junge Menschen fänden halt, unsere Generation, meine Generation da so wenig ernst genommen wird so (Ciel, Gruppe 3).

Für eine andere Person, die in Lützerath aktiv war, war die Räumung der Ortschaft ein starkes Moment der Resignation und wurde als „Riss in der Klimabewegung“ beschrieben:

Weil es jetzt nicht mehr so diesen zentralen Ort irgendwie gab. Und so die Frage ist so: Wie macht man jetzt weiter so? Es gibt jetzt keine richtige Klimabewegung mehr, habe ich das Gefühl (Kim, Gruppe 4).

Aufgrund des tendenziell geringen Vertrauens in die Politik bzw. politische Akteur*innen, verorteten Teilnehmende in den qualitativen Interviews Lösungsstrategien zu Bekämpfung des Klimawandels auch eher auf der individuellen Ebene. In der Online-Befragung teilten 66,3 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Einschätzung, dass jede*r Einzelne Verantwortung dafür trägt, dass nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen werde (vgl. Abb. 12). Lediglich knapp fünf Prozent lehnten diese Aussage vollkommen ab. Bemerkenswert ist dabei die unterschiedliche Beurteilung der Aussage mit Blick auf die Geschlechterunterschiede: Männliche

Befragte stimmten dieser Aussage mit 60,6 Prozent zwar häufig eher bis vollkommen zu, aber sie teilten diese Ansicht dennoch seltener als weibliche Befragte, bei denen die Zustimmung bei 72,7 Prozent lag.

Jede*r Einzelne trägt Verantwortung dafür, dass wir nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen.

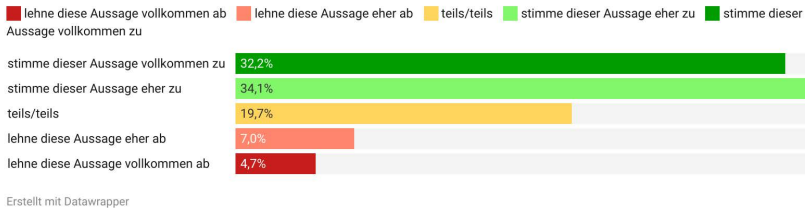


Abbildung 12: Verantwortung für nachfolgende Generationen, gewichteter Datensatz (N = 2099) (fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

In den qualitativen Interviews berichteten die Teilnehmenden, dass sie versuchen, klimapolitische Handlungsfähigkeit zu erlangen, indem sie eigenverantwortlich ihr Konsumverhalten verändern oder an kleinen Umweltschutzaktionen mit direkten Auswirkungen wie Baumpflanzaktionen teilnehmen. Dies beschrieb eine Person folgendermaßen:

Ja, also ich reduziere meinen Massenkonsum. Also ich bestelle kein Fast Fashion. Ich achte darauf, wo meine Kleidung herkommt. Ich achte darauf zu gucken, dass meine Lebensmittel und generell Konsumgüter nicht einmal durch den ganzen Planeten quasi mit dem Flugzeug transportiert werden, sondern dass ich auch lokale Produkte kaufe. Auf Fleisch verzichte ich auch schon zum Großteil (Julia, narrativ-biografisches Interview).

Andere Teilnehmende nannten auch einen nachhaltigeren Kleidungsstil oder schlugen vor, weniger Müll zu produzieren, entstandenen Müll zu trennen oder auch klimafreundlicher zu heizen. Zudem wurde auch dazu geraten, den Pro-Kopf-Konsum durch Neuverwertung von Waren zu senken:

Ich glaube, ein wichtiges Thema wäre auf jeden Fall die Nachhaltigkeit. Wir sollten auf jeden Fall mehr von dieser Konsumgesellschaft wegkommen, alles günstig und viel davon bekommen [...]. Wir produzieren auch sehr, sehr viel Müll, was nicht unbedingt produziert werden soll. Man kann viele Sachen auch wiederverwerten. Ich weiß nicht, wie ich es erklären soll, aber zum Beispiel ich bin aufgewachsen, dass T-Shirts werden zuerst, T-Shirts, die man draußen trägt, dann werden die zu Haus-T-Shirts, zu Schlaf-T-Shirts und dann schmeißt man die irgendwo hin und nutzt die als [...] Waschlappen oder so (Marwin, Gruppe 1).

Ebenso wurde von den Teilnehmenden das Thema Mobilität angesprochen. Um den Klimawandel zu bekämpfen, wurde insbesondere diskutiert, die private Nutzung von PKWs zu reduzieren und stattdessen verstärkt öffentliche

Verkehrsmittel oder das Fahrrad zu nutzen, sowie für kurze Strecken das Zu-
fußgehen zu priorisieren (Gregor, Gruppe 2). Zudem wurde die Nutzung von
E-Autos als Möglichkeit genannt (Timo, Gruppe 6). Bezüglich eines Umstiegs
auf öffentliche Verkehrsmittel bzw. deren forcierter Nutzung wurde jedoch
von Teilnehmenden aus dem kleinstädtischen und ländlichen Raum, die in
mehreren Fokusgruppeninterviews stärker vertreten waren, darauf hingewie-
sen, dass aufgrund mangelnder öffentlicher Verkehrsinfrastruktur ein Verzicht
auf das Auto nicht möglich sei:

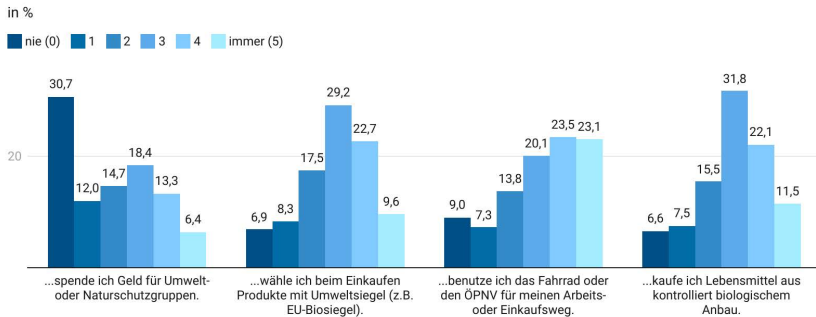
Das ist halt im ländlichen Raum [Nordhessen, Nähe Reinhardswald] immer sehr
schwierig, wie weil wir haben halt keine gute öffentliche Anbindung an den Nah-
verkehr. [...] Wenn ich jetzt bei mir im Dorf losfahren würde, mit dem Bus zum
nächsten Bahnhof fahren würde, von da mit dem Zug [...] zur nächstgrößeren Stadt
[fahren würde], da wäre ich bestimmt fast 50 bis 60 Minuten unterwegs. Wenn ich
mit dem Auto [fahre], sind es 25 Minuten. [...] Und da hat man auch, muss ich
sagen, im ländlichen Raum nicht so den Eindruck, dass das so die führenden Poli-
tiker auf dem Schirm haben überhaupt. [...] Und ich glaube, dadurch verliert man
auch viele Leute bei so Themen im ländlichen Raum (Mattis, narrativ-biografi-
sches Interview).

Die folgende Darstellung (Abb. 13) zeigt die Zustimmungswerte zu mehreren
Klimaschutzmaßnahmen, die individuell durchgeführt werden können. So ga-
ben 46,6 Prozent aller Befragten an, dass sie fast immer oder immer Fahrrad
oder ÖPNV nutzen, um zu ihrer Arbeit oder zum Einkaufen zu fahren. Ein
Drittel gab an, dass sie häufig bis immer Lebensmittel aus kontrolliert biologi-
schem Anbau kaufen würden, und ein ähnlich großer Anteil achtete beim Ein-
kaufen auf Umweltsiegel. Lediglich bei der Frage, wie häufig die Befragten
Geld für Umwelt- und Naturschutzgruppen spenden, war der Anteil derer, die
angaben, dies nie oder fast nie zu tun bei über 40 Prozent. Bei den Antworten
zum Umweltverhalten müssen an dieser Stelle jedoch gewisse Spezifika der
Stichprobe berücksichtigt werden: Obwohl in der Befragung das Einkommen
der Teilnehmenden nicht erfasst wurde, lässt sich aufgrund der demographi-
schen Daten vermuten, dass es sich um eine Gruppe mit eher geringem Ein-
kommen handelte. Nur 37,2 Prozent der Befragten gaben an, berufstätig zu
sein, während 19 Prozent zum Zeitpunkt der Datenerhebung studierten und
17,5 Prozent noch Schüler*innen waren. Diese Faktoren deuten darauf hin,
dass viele der Befragten möglicherweise kein eigenes Auto besaßen oder, ins-
besondere im Fall der Schüler*innen, nicht für eigene Einkäufe verantwortlich
waren.

Auf der anderen Seite gab es aber auch mehrere Teilnehmende, die eine
eher pessimistische Position bezüglich ihrer eigenen Wirkmächtigkeit bei der
Bekämpfung des Klimawandels einnahmen und dabei oftmals ein Gefühl der
Machtlosigkeit artikulierten oder zumindest die Auffassung vertraten, dass nur
eine große Summe von Einzelhandlungen wirksam sei:

Ja, also auf zwei Worte eigentlich erst mal machtlos. Also man hat halt sehr wenig Einfluss. Auch, wenn man durch das Handeln einer einzelnen Person doch Einfluss gewinnen kann, aber er ist halt immer noch ziemlich gering wie eine Ameise im Ameisenhaufen. Wo man ja nicht alleine als einzelne Ameise einen Haufen versetzen kann, aber mit allen schon (Sebastian, Gruppe 1).

Um das Klima zu schützen...



Erstellt mit Datawrapper

Abbildung 13: Umweltverhalten, gewichteter Datensatz, N = 2099 (fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

Zudem kritisierten mehrere Personen, dass beim klimagerechten Handeln oft „auf den einzelnen kleinen Personen herumgehackt“ (Ciel, Gruppe 3) werde, obwohl deren individuellen Handlungen im Vergleich zur Handlungsmacht anderer Akteur*innen nur geringe Auswirkungen hätten (Sebastian, Gruppe 1). So würden Großkonzerne und emissionsstarke Staaten immer noch zu wenig in die Verantwortung genommen (Max, Gruppe 9), was auch an entsprechender mangelnder politischer Intervention läge:

Also das lässt einen dann so ein bisschen klein fühlen und auch ziemlich machtlos. Und, ja, da bin ich halt auch so ein bisschen enttäuscht, was so sich in der Politik tut, was sich im Lobbyismus tut und sowas. Dass halt diese Lobbys viel zu groß sind, um da irgendwie effizient dagegen ankommen zu können (Janosch, Gruppe 3).

Die hier dargestellten Aussagen zu politischer Selbstwirksamkeit von klima-aktivistischen jungen Menschen erweisen sich als besonders interessant, da sich bereits 2023 die Autor*innen Waechter und Steinmann in einem Paper mit dem politischen Selbstverständnis von jungen Protestierenden der Fridays for Future-Bewegung auseinandersetzten (Waechter/Steinmann 2023). In diesem beschrieben sie, dass Fridays for Future-Aktivist*innen aus Österreich und Deutschland tendenziell davon ausgehen, mit ihren Protesten die Politik maßgeblich beeinflussen zu können (ebd.: 90). Zudem ging aus dem Paper hervor, dass Personen, die an den Demonstrationen des Bündnisses teilnahmen, höhere

Werte bezüglich der politischen Selbstwirksamkeit aufwiesen als Personen, die organisatorisch in die Organisation von Protesten eingebunden waren (ebd.). Dies konnte mit Erfahrungen von Frustration und Enttäuschungen begründet werden, wenn beispielsweise politische Ziele zu langsam erreicht wurden oder auch komplett verfehlt wurden, trotz starkem Einsatz von Ressourcen der Aktivist*innen (ebd.: 95). Die oben genannten Zitate aus der RIOET-Forschung gehen mit diesen Befunden einher.

Anhand der ermittelten Verantwortungsebenen vor dem Hintergrund der Wahrnehmung von (politischer) Wirksamkeit und politischem Handeln der jungen Menschen, lassen sich die Ergebnisse zusammenfassen: Auf der *ökonomischen Ebene* wurde die Verantwortung vor allem bei Großkonzernen verortet und betont, dass nur diese im Gegensatz zum einzelnen Individuum dazu in der Lage seien, zielführende Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen. Desweiteren wurde auch der Kapitalismus im Ganzen kritisiert, da dessen Strukturen und Wachstumslogiken als Haupthindernisse für effektiven Klimaschutz betrachtet wurden. Dies zeigte sich besonders in Debatten über den Kohleausstieg oder den Umgang mit natürlichen Ressourcen wie Totholz. Als Lösungsansätze hierfür wurden zum Teil wachstumskritische oder sozialistische Wirtschaftsformen genannt. Auffällig war hierbei allerdings, dass in den Interviews keine Strategien genannt wurden, wie diese Alternativen umgesetzt werden können, wer dies tun könnte und wie eine mögliche Selbstbeteiligung daran aussehen könnte. Dies könnte darauf hindeuten, dass einzelne junge Menschen zwar die Probleme des kapitalistischen Wirtschaftens erkennen, den Kapitalismus aber als zu mächtig und etabliert betrachten, um selbstwirksame politische Handlungsweisen zu entwickeln oder in Betracht zu ziehen. Auch die Aussage, dass es als unfair empfunden wird, wenn dabei auf den Einzelnen geschaut wird, könnte diese Annahme bestätigen.

Eine stärkere Ambivalenz innerhalb der Ansichten bei jungen Menschen konnte auf der *politischen Verantwortungsebene* festgestellt werden: Auf der einen Seite schrieben die Befragten die Verantwortung, den Klimawandel zu bekämpfen, den Regierungen zu, weil diese die Macht besäßen, global koordinierte Maßnahmen zu ergreifen oder die klimaschädliche Wirtschaft zu regulieren. Gleichzeitig äußerten sie jedoch großes Misstrauen gegenüber politischen Akteur*innen. Sie nahmen die Politik als unentschlossen und oft von wirtschaftlichen Interessen beeinflusst wahr. Fehlendes Vertrauen in politische Entscheidungsträger*innen führte dabei dazu, dass konkrete politische Lösungen als unwahrscheinlich wahrgenommen wurden, was das Gefühl verstärkte, dass Klimaschutz nicht effektiv umgesetzt werden könne. Auf das daraus resultierende Ohnmachtsgefühl konnten zwei Strategien bei den jungen Menschen beobachtet werden, um die politische Selbstwirksamkeit wiederherzustellen. Zum einen begannen die Akteur*innen, selbst politisch aktiv zu werden und traten dabei in Parteien ein, um auf die Kommunalpolitik ihrer Regionen einwirken zu können. Ebenso beteiligten sie sich an bestehenden Klima-

schutzbündnissen oder gründeten welche, um auf das Problem des Klimawandels durch beispielsweise Demonstrationen, aufmerksam zu machen. Allerdings zeigte sich, dass auch klimapolitisch aktive junge Menschen ein Gefühl von politischer Ohnmacht erleben können, wenn sie sich aufgrund ihres jungen Alters von etablierten Politiker*innen nicht ernst genommen fühlen oder ihre politischen Bemühungen fehlschlagen.

Zum anderen führte dieses politische Ohnmachtsgefühl auch dazu, dass junge Menschen die Verantwortung für die Bekämpfung des Klimawandels direkt auf der *individuellen Ebene* verorteten. Daraus folgte, dass junge Menschen sich verstärkt auf individuelle Handlungen konzentrierten, um ihre eigene Handlungsfähigkeit auf den Klimaschutz zu verwirklichen. Dazu zählen Konsumveränderungen, nachhaltige Lebensstile und kleinere lokale Umweltschutzinitiativen. Sie waren sich jedoch dabei oft bewusst, dass diese Maßnahmen allein den Klimawandel nicht aufhalten können. Gleichzeitig wurde schlechte Anbindung an den ÖPNV oder dessen zu niedrige Taktung, insbesondere im ländlichen Raum, als Hindernis für individuelle nachhaltige Verhaltensänderungen wahrgenommen, was die Frustration über die Politik weiterhin verstärkte.

3.4.4 Zusammenfassung: Wirkmächtigkeit, Handeln und Verantwortung: Folgen für Politik- und Demokratievertrauen

Die Ergebnisse des Projekts RIOET zu wahrgenommener politischer Wirkmächtigkeit, Handeln und Verantwortung von jungen Menschen bezüglich der Klimawandelthematik verdeutlichen, dass junge Menschen den Klimawandel als eine drängende globale, wirtschaftliche und politische Herausforderung wahrnehmen, der sie sich auch auf der individuellen Ebene stellen. Während die Demokratie als System grundsätzlich akzeptiert wird, wird der parlamentarische Prozess oft als ineffektiv wahrgenommen. Besonders diejenigen, die dem Thema Klimaschutz eine hohe Relevanz zuschreiben, haben tendenziell mehr Vertrauen in politische Institutionen und sehen politische Partizipation als sinnvoll an. Allerdings äußern viele junge Menschen gleichzeitig ein tiefes Misstrauen gegenüber politischen Akteur*innen, da sie deren Maßnahmen als unzureichend empfinden und sich in ihren Anliegen nicht ernst genommen fühlen. Junge Menschen mit starkem Interesse am Klimaschutz zeigen sich zwar eher bereit, sich politisch zu engagieren, erleben aber häufig Frustration, wenn politische Entscheidungsträger*innen ihre Forderungen nur langsam umsetzen. Dies führt dazu, dass sie sich entweder aus dem politischen Prozess zurückziehen oder ihr Engagement auf individuelle Konsumententscheidungen und lokale Umweltschutzmaßnahmen verlagern. Vor allem junge Menschen, die viele Ressourcen in politische Handlungen gegen den Klimawandel einset-

zen, laufen Gefahr, durch frustrierende Erfahrungen in der Politik weniger politische Selbstwirksamkeit wahrzunehmen. Hierbei zeigt sich ein interessanter Zusammenhang zwischen politischem Handeln, der wahrgenommenen politischen Selbstwirksamkeit und dem politischen Vertrauen: Einerseits weisen junge Menschen mit Bewusstsein für die Problematik des Klimawandels eine erhöhte Bereitschaft auf, sich politisch zu engagieren, erachten politische Partizipation als sinnvoller an und bringen der Politik mehr Vertrauen entgegen als junge Menschen mit weniger Interesse am Klimawandel. Andererseits ist zu beobachten, dass diese wahrgenommene politische Selbstwirksamkeit und das Vertrauen gegenüber der Politik wieder abnehmen, wenn junge Menschen stark in Klimaproteste involviert sind. Gründe dafür können Gefühle von Frustration bei verfehlten politischen Zielen oder zu gering wahrgenommener Einfluss auf politische Prozesse sein. Insgesamt zeigt sich bei der Betrachtung von wahrgenommener politischer Selbstwirksamkeit, Handeln und Verantwortung bei jungen Menschen, dass der Klimawandel eine zentrale Rolle für die politische Sozialisation junger Menschen spielt. Dies bildet wiederum wichtige Fallstricke dafür, ob sie sich politisch repräsentiert und politisch handlungsfähig fühlen, was wiederum ihr Vertrauen in das politische System und die Demokratie maßgeblich beeinflusst.

3.5 Zwischen Abwehr und Zustimmung: Resonanz auf äußerst rechte (Klima-)Narrative

Die vorherigen Ergebnisse konnten zeigen, welche Emotionen die befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit den Themen Klimawandel und Klimaschutzpolitiken verknüpfen. Auch wie die Befragten ihre eigenen Handlungsspielräume und ihre Wirkungsmacht in Bezug zum Klimaschutz einschätzen und was einige der jungen Menschen schon heute tun, um klimabewusst zu leben, wurde dargestellt. Doch wie reagieren die befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf Narrative zu Klimawandel und Klimaschutzpolitiken, die die äußerste Rechte verbreiten? Wie anschlussfähig sind klimawandelleugnende Aussagen für die jungen Menschen und wie werden äußerst rechte Impulse mit Klimabezug unter ihnen diskutiert? Was begünstigt die Zustimmung und was die Ablehnung äußerst rechter und verschwörungsideologischer Ideen zum Thema Klimawandel und Transformation?

Im Folgenden soll diesen Fragen nachgegangen werden. Dafür werden zunächst die Reaktionen auf (äußerst) rechte Klimanarrative in der qualitativen Erhebung dargestellt und gezeigt, wie die befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen die vorgestellten Impulse in den Fokusgruppeninterviews untereinander diskutierten. Im Anschluss werden die Ergebnisse der Online-Befragung dargestellt, in der den Teilnehmenden auch noch weitere (äußerst) rechte

Klimawandelnarrative und klimawandelleugnende Aussagen zur Bewertung gestellt wurden. Um die Anschlussfähigkeit von Klimawandelleugnung zu äußerst rechter Einstellung nachvollziehen zu können, wurden in der quantitativen Befragung auch Items zur (äußerst) rechten Einstellung mit aufgenommen. Auch diese Ergebnisse werden zum Abschluss des Kapitels dargestellt.

3.5.1 Reaktionen auf (äußerst) rechte Klimanarrative in den Fokusgruppeninterviews (Impulse)

Ein Großteil der Teilnehmenden in den Fokusgruppeninterviews lehnte Positionen von Akteur*innen aus dem äußerst rechten und verschwörungsideologischen Spektrum zu den Themen Klimawandel und zu den lokalen Transformationsprozessen ab. Die Teilnehmenden der Fokusgruppeninterviews zeigten sich überwiegend quellenkritisch und lehnten die äußerst rechten und verschwörungsideologischen Impulse mehrheitlich sowohl aufgrund ihrer Inhalte als auch aufgrund ihrer argumentativen Form ab. So wurden einzelne Narrative beispielsweise als „Propaganda“ markiert und in der Folge abgelehnt. Die meisten Befragten kritisierten auch einzelne Begriffe (wie zum Beispiel „Klimaideologen“) und dechiffrierten sie unter anderem als unzutreffend, spalterisch und populistisch. Auch zeigten die Befragten zum Teil ein hohes Maß an Selbstreflexion: So problematisierten die Befragten aus Gruppe 7 beispielsweise ihre eigenen Aussagen und distanzierten sich nachträglich, als sie bemerkten, dass sie Narrative von äußerst rechten Quellen zunächst als plausibel wahrnahmen oder ihnen zustimmen konnten. In mehreren Gruppen zeigte sich, dass das (Vor-)Wissen einzelner Teilnehmender einen positiven Einfluss auf die kritische Haltung der gesamten Gruppe hatte.

Äußerst rechte und verschwörungsideologische Impulse zum Thema Klimawandel und Transformation stießen ebenfalls bei den Befragten der narrativ-biografischen Interviews auf Ablehnung. Die Befragten, die zum Zeitpunkt der Erhebung teilweise selbst klimapolitisch engagiert waren, beschrieben eine starke politische Spaltung der jüngeren Generation in ihrer Region. Neben dieser Wahrnehmung berichtete eine Befragte auch von konkreten Anfeindungen bei klimapolitischen Aktionen. Die Betroffene selbst interpretierte diese Anfeindungen als ein Ergebnis der Verbreitung äußerst rechter Einstellung in weiten Teilen der lokalen Gesellschaft und einer allgemeinen Politikverdrossenheit in der Bevölkerung.

[D]er Streik dazu war ganz schön, das Problem war nur beim Auf- und Abbau kommen natürlich Menschen vorbei, die die Konfrontation suchen. [...] Also Provokationshandlungen von wegen, man schmeißt dann Müll auf die Straße vor meinen Augen, nur um mich abzufucken [...] also nur um mich zu provozieren, ja oder dann halt auch, aber auch von wegen man darf nicht dein Bedürfnis von Klimaschutz auf alle übertragen (Lisa, narrativ-biografisches Interview).

Aber nicht nur die persönliche Betroffenheit durch Anfeindungen oder äußerst rechte Mobilisierungen in der eigenen Region führte zur Ablehnung äußerst rechter Klimanarrative, sondern auch die eigene politische Überzeugung und Haltung, die nicht mit äußerst rechter Agitation vereinbar ist. Eine Befragte machte beispielsweise deutlich, dass äußerst rechte Angebote, die den Anschein geben, für Klima und Natur zu stehen, grundsätzlich widersprüchlich seien:

Aber es ist halt einfach gelogen [...] Ich habe das Gefühl, wer rechts ist, der kann nicht klimafreundlich sein. Also das schließt einander aus. Klimagerechtigkeit bedeutet auch irgendwie die soziale Gerechtigkeit. Und soziale Gerechtigkeit heißt vor allem, nicht Verfassungswidrigkeiten oder verfassungswidrige Äußerungen zu bringen gegen Menschen. Und das machen ja rechte Menschen (Lisa, narrativ-biografisches Interview).

Im Gegensatz zu der unter den Befragten überwiegenden Ablehnung von äußerst rechten Klimanarrativen und äußerst rechten Akteur*innen, fiel besonders eine Fokusgruppe (Gruppe 8) auf, in der sich ein anderes Bild zeigte. Dort wurden die äußerst rechten Impulse deutlich stärker befürwortet als in den anderen Gruppen und teils sehr positiv aufgenommen. Auch die Klärung, von wem die zur Diskussion gestellten Aussagen stammten, führten hier nicht zu einer Rücknahme der zuvor geäußerten Zustimmung. Äußerst rechte Angebote wurden in dieser Gruppe explizit positiv bewertet. So bewertete eine Teilnehmerin die Einladung zur „1. Harzer Waldkonferenz“ der AfD als „eigentlich gut, dass mal wirklich was angeboten wird“ (Hanna), das Plakat des III. Wegs wurde von einem Teilnehmer als „besser als das, was die Grünen machen“ (Nils) bewertet. Die Relativierung äußerst rechter Akteur*innen und die positive Bewertung ihres vermeintlichen Einsatzes für die Natur und Umwelt lässt sich exemplarisch an dieser Aussage illustrieren:

Natürlich, ja, die AfD hat ihren Ruf weg, genauso wie Der III. Weg in dem Sinne. Man sagt immer: Also wenn man die wählt, dann äh. Aber bei sowas ist es ja dann doch gut, wie sie sich einsetzen (Jennifer, Gruppe 8).

Die Teilnehmenden bewerteten den Aufruf der AfD und auch des III. Weges als uneigennützig, aktiv zu werden, und relativierten deren äußerst rechte Ausrichtung. In der Folge wurden die Anliegen der äußerst Rechten in Bezug auf Naturschutz von der Mehrheit der Gruppe unterstützt.

Aber auch über scheinbare Bemühungen für den Klimaschutz hinaus äußerten sich die Teilnehmenden dieser Fokusgruppe zum Teil positiv zu äußerst rechten Akteur*innen. Die neonazistische Kleinpartei Der III. Weg wurde als äußerst rechte Akteur*in erkannt, was für die Teilnehmenden aber nicht mit einer Ablehnung der Aussagen einherging. Stattdessen äußerten sich Teilnehmende im weiteren Verlauf der Diskussion geschichtsrevisionistisch mit Blick auf den Nationalsozialismus, wie beispielsweise hier:

Ach so. Na, ich finde immer, die Rechtsradikalen werden immer so hart abgestempelt, so noch aus damals aus Hitlerzeiten. Obwohl ich finde, meistens sind das die, die die das beurteilen, sind die, die das von damals meistens absolut nicht mitbekommen haben. Ich meine, können unsere Geschichtsbücher beurteilen, wie es damals wirklich war? (Nils, Gruppe 8)

Aber auch drüber hinaus war die Diskussion in dieser Gruppe geprägt von rassistischen und menschenverachtenden Aussagen:

Aber dann gibt es auch natürlich wieder die, die nur das ganze Geld vom Staat halt einheimsen, sich beschweren, nichts tun, trotzdem einen Benz fahren, auch, ja, ist halt leider wirklich so, dann im Drogengeschäft drin sind. Ich habe das in meiner Straße, wo ich gewohnt habe, öfters erlebt, dass dort eine Razzia drinnen war, öfters was gefunden wurde, typisch Ausländer (Jennifer, Gruppe 8).

Zwar gab es auch in anderen Gruppen Momente, in denen äußerst rechten Impulsen teilweise zugestimmt wurde, das Ausmaß und die Form der Diskussion war in dieser Gruppe aber sehr auffällig. Ein möglicher Hinweis, die Auffälligkeit dieser Gruppe im Vergleich zu den anderen Gruppen zu deuten, könnte der Zugang zu der Gruppe sein. Das Gespräch mit den Teilnehmenden dieser und einer weiteren Gruppe (Gruppe 9) fand im Rahmen einer FSJ-Veranstaltung statt. Die Teilnahme an der Diskussion war für die Teilnehmenden dieser beiden Gruppen zwar – wie bei allen – freiwillig, durch die Einbettung in ein Seminarprogramm mussten sich die jungen Menschen jedoch nicht aktiv auf unseren Aufruf melden.

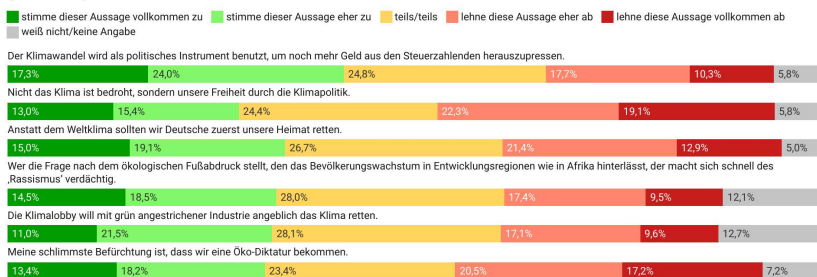
Während sich bei anderen Gruppen eine Zustimmung zu den vorgelegten Impulsen teilweise mit einem Mangel an Vorwissen über die zugrundeliegenden Quellen der Impulse erklären ließe, wenn diese nach der Klärung der äußerst rechten Akteur*innen von ihrer Zustimmung zurücktraten, zeigten sich in Gruppe 8 deutliche Tendenzen äußerst rechter, beziehungsweise dezidiert rassistischer und gewaltbereiter Überzeugungen.

Gleichzeitig zeigte sich mit Blick auf alle durchgeführten Fokusgruppeninterviews die Relevanz deutungsmächtiger Sprecher*innen innerhalb der Gruppen für die Meinungsbildung. ‚Laute‘ Stimmen wurden in den Fokusgruppeninterviews gehört und beeinflussten die inhaltliche Entwicklung des Diskussionsverlaufs – egal ob zustimmend oder ablehnend: Wenn es von Einzelnen eine klare Abgrenzung gegen Rechtsextremismus gab, neigte die Gruppe dazu, einzustimmen – wenn aber die Zustimmung zu äußerst rechten Positionen die Diskussion dominierte, stimmten auch die ‚stillen‘ Teilnehmenden in der Tendenz zu und/oder positionierten sich nicht klar dagegen.

3.5.2 Zustimmung zu (äußerst) rechte Klimanarrativen in der Online-Befragung

Angelehnt an die Impulse, die die Teilnehmenden der Fokusgruppeninterviews vorgelegt bekommen haben, wurden auch den Befragten der Online-Befragung äußerst rechte Klimanarrative als Items vorgelegt (vgl. Abb. 14). Bei den ablehnenden Aussagen gegenüber klimapolitischen Maßnahmen handelte es sich nicht zwangsläufig immer um originär äußerst rechte Aussagen oder Inhalte, da Akteur*innen der äußersten Rechten diverse Argumente und Narrative aus verschiedenen politischen Spektren nutzen, aber um solche, die von äußerst rechten Akteur*innen übernommen und verbreitet werden.

(Äußerst) rechte Klimanarrative



Erstellt mit Datawrapper

Abbildung 14: Bewertung klimapolitischer Maßnahmen, gewichteter Datensatz (N=2099)

Dazu gehörten Narrative wie „Der Klimawandel wird als politisches Instrument genutzt, um noch mehr Geld aus den Steuerzahlenden herauszupressen“, „Anstatt dem Weltklima sollten wir Deutschen zuerst unsere Heimat retten“ oder, „Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit durch die Klimapolitik“. Letzterer Aussage, die an den EIKE-Impuls („Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit!“) in den Fokusgruppeninterviews angelehnt ist, stimmten fast 28,4 Prozent aller Befragten eher oder vollkommen zu. 41,4 Prozent der Befragten lehnten die Aussage eher oder vollkommen ab. Zwar wurde die Aussage in der Online-Befragung noch einmal auf den Einfluss durch die Klimapolitik konkretisiert. Mit Blick auf die Diskussionen, die in den Fokusgruppeninterviews geführt wurden, könnte es dennoch sein, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen diese verschieden deuteten: So könnte die Aussage im Sinne des Impulses interpretiert worden sein, dass die Befragten Klimapolitiken als mutmaßliche Freiheitsbeschränkung verstanden, die auch vor dem Hintergrund des Klimawandels nicht gerechtfertigt seien. Eine andere Deutungsebene, die in den Fokusgruppeninterviews diskutiert wurde, wäre die Einschätzung, dass die Folgen des Klimawandels zukünftig Freiheiten ein-

schränken könnten und die derzeitigen Klimapolitiken hier nicht weitreichend genug eingreifen würden.

Das Item, das in dieser Reihe die größte Zustimmung erhielt und lediglich von einem Zehntel (10,3 Prozent) abgelehnt wurde, ist die Aussage „der Klimawandel wird als politisches Instrument genutzt, um noch mehr Geld aus den Steuerzahlenden herauszupressen“. Ganze 41,3 Prozent stimmten dieser Aussage vollkommen oder eher zu. Wie schon bei einigen Items zuvor, war der Anteil der teils/teils-Kategorie bei diesen Aussagen mit einem Viertel der Befragten recht groß. Viele Jugendliche und junge Erwachsene schienen in der Einordnung dieser Aussagen entweder unentschlossen zu sein, sich nicht klar positionieren zu wollen oder in Teilen zuzustimmen.

Werden Klimaschutzmaßnahmen auch politisch angestrebt und gesetzlich implementiert, kann das auch Folgen für die Bevölkerung und jede*n Einzelne*n haben. Das rechtsextreme Compact-Magazin hat im Jahr 2019 als Reaktion auf die Klimabewegung den Begriff der „Ökodiktatur“ (Elsässer 2019) popularisiert. Dabei handelt es sich um einen Kampfbegriff, der seitdem nicht nur von äußerst rechten Akteur*innen genutzt wird. Unter den befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen stimmten 31,6 Prozent der Aussage eher oder vollkommen zu, dass ihre schlimmste Befürchtung sei, dass wir eine Öko-Diktatur bekämen. Mit 37,7 Prozent ist der Anteil derer, die diese Aussage eher oder vollkommen ablehnen, dennoch größer. Gleichzeitig fällt im Vergleich mit den anderen Aussagen auf, dass die „teils/teils“-Kategorie zwar mit 23,4 Prozent immer noch recht groß ist, hier aber am kleinsten. Somit scheint es den Befragten bei dieser Aussage am leichtesten gefallen zu sein, sich deutlich festzulegen.

Dass Umwelt- und Naturschutz schon lange als Mobilisierungs- und Anknüpfungsthema äußerst rechter und vor allem völkischer Akteur*innen genutzt wird (vgl. Kap. 2.1), zeigt sich unter anderem im Ursprung des sogenannten „Heimatschutz“-Konzepts. Dieses richtet „sich primär gegen einen ‚jüdischen Materialismus‘ und sozialistische Einflüsse aus der Arbeiterbewegung“ (FARN 2019) und umfasst heute „ein breiteres Spektrum an rassistischen Auffassungen – gegen sämtliche Menschen, die nicht einem völkisch-deutschen Verständnis entsprechen“ (ebd.). Forderungen wie „Umweltschutz ist Heimatschutz“ kursieren bis heute innerhalb des völkischen Spektrums (Der III. Weg 2020). Um dieses Narrativ in der Befragung aufzugreifen, wurde im Fragebogen die Aussage „Anstatt dem Weltklima sollten wir Deutsche zuerst unsere Heimat retten“ abgefragt. Lediglich 12,9 Prozent aller Befragte lehnten diese Aussage vollkommen und 21,4 Prozent eher ab, während 19,1 Prozent eher und 15 Prozent sogar vollkommen zustimmten (Abb. 14).

Zwei (äußerst) rechte Klimanarrative, die in der Befragung ähnliche Zustimmungswerte bekamen, waren „Wer die Frage nach dem ökologischen Fußabdruck stellt, den das Bevölkerungswachstum in Entwicklungsregionen wie in Afrika hinterlässt, der macht sich schnell des ‚Rassismus‘ verdächtig“ und

„Die Klimalobby will mit grün angestrichener Industrie angeblich das Klima retten“. Während in der ersten Aussage ökologische Probleme in den Globalen Süden externalisiert, rassistisch aufgeladen und globale Ungerechtigkeitsverhältnisse, Verteilungs- und Ressourcenprobleme unsichtbar gemacht werden, suggeriert das zweite Item, dass Bemühungen für mehr Klimaschutz und grüne Industrie lediglich Lobbyarbeit für Unternehmen seien, die diesem nachhaltigen Anspruch nicht nachkäme. Beiden Aussagen stimmte circa ein Drittel aller Befragten eher oder vollkommen zu und nur ein gutes Viertel lehnte sie eher oder vollkommen ab. Auch hier war die „teils/teils“-Kategorie mit gut 28 Prozent erneut sehr groß.

In der Online-Befragung zeigte sich deutlich, dass (äußerst) rechte Klimanarrative unter den befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen durchaus hohe Zustimmungswerte erzielten. Drei der sechs Narrative wurden von einem größeren Teil der Befragten abgelehnt. Außerdem zeigte sich, dass große Teile in der Einschätzung der Narrative unentschlossen waren oder sich nicht klar zustimmend oder ablehnend positionieren mochten. Gleichzeitig zeigt die Auswertung der qualitativen Interviews, dass die Mehrheit der Teilnehmenden der Fokusgruppeninterviews sich kritisch und reflektiert zu äußerst rechten Narrativen zu Klima, Natur und Umwelt äußert. Teilweise revidierten sie auch ihre vorherige Zustimmung zu den Impulsen, sobald ihnen die dahinterstehenden Akteur*innen bekannt wurden. Somit wird hier zum einen deutlich, dass (äußerst) rechte Klimanarrative teilweise bei der jungen Zielgruppe anschlussfähig sind und aktiv reproduziert werden. Zum anderen verdeutlichen die Ergebnisse die Notwendigkeit einer politischen Bildung, die die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu einer Kontextualisierung und kritischen Einordnung solcher Aussagen befähigt, da ein großer Teil der Teilnehmenden durchaus eine kritische Haltung gegenüber den zitierten äußerst rechten Akteur*innen hat und sich von ihnen distanzieren möchte.

3.5.3 Klimawandelleugnung in der qualitativen und quantitativen Befragung

Dass bei der Beschäftigung mit dem Klimawandel und seinen Folgen in Verbindung mit der äußersten Rechten das Thema Klimawandelleugnung nicht ausbleibt, wurde schon in den vorangegangenen Kapiteln ausgeführt (Kap. 2.1., 3.1.). Dementsprechend wurden klimawandelleugnende Aussagen nicht nur in den Fragebogen der quantitativen Befragung aufgenommen, sondern auch in den Fokusgruppeninterviews darüber diskutiert, inwieweit der Klimawandel menschengemacht sei oder nicht. In diesem Zusammenhang wird häufig nicht nur von Klimawandelleugnung, sondern auch Klimawandelskepsis gesprochen. Was den Begriff der „Klimawandelskepsis“ betrifft, können nach Rahmstorf (2005) drei verschiedene Typen von Klimawandelskeptiker*innen

identifiziert werden: Den ersten Typus bezeichnet Rahmstorf als „Trendskeptiker*innen“, weil diese den Klimawandel als solchen per se bzw. den Trend einer fortschreitenden Erderwärmung bestreiten (Rahmstorf 2005: 77f.). Unter „Ursachenskeptiker*innen“ versteht Rahmstorf Personen, die zwar die Tatsache eines Klimawandels akzeptieren, allerdings dessen menschliche Verursachung verneinen (ebd.: 78f.). Der letzte Typus von Klimawandelskeptiker*innen sind die sogenannten „Folgenskeptiker*innen“. Diese erkennen zwar die Tatsache eines Klimawandels an, gleichzeitig bezweifeln sie, dass eine globale Erderwärmung negative Folgen hat, oder betonen mögliche positive Folgen einer solchen Entwicklung, „wie etwa die mögliche Ausdehnung der Landwirtschaft in höhere Breitengrade“ (ebd.: 79). Radtke et al. (2020) weisen mit Bezug auf die beschriebenen Typen der Klimawandelskepsis darauf hin, dass diese stets eine Verneinung des Klimawandels und seiner negativen Folgen beinhalten und die Ablehnung in der Regel keine philosophische Skepsis darstellt, die eine unvoreingenommene Prüfung von Aussagen ermöglicht, sondern eher feststehende Positionen dogmatisch vertreten werden (Radtke et al. 2020: 818). Diesem Argument folgend soll im weiteren Verlauf ausschließlich der Begriff Klimawandelleugnung verwendet werden. Dieser soll Positionen wie die von Rahmstorf als Skeptizismus beschriebenen ebenso umfassen wie solche, die sich ins Narrativ der Ablehnung eines menschengemachten Klimawandels fügen – wie die Nichtanerkennung wissenschaftlicher Erkenntnisse zum Klimawandel oder deren selektive Umdeutung (ebd.: 816; Soentgen/Bilandzic: 2014).

In den Fokusgruppeninterviews zeigte sich, dass ein Großteil aller befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen den menschengemachten Klimawandel anerkannte. So äußerte sich ein Teilnehmer beispielsweise ganz deutlich:

Also ich würde direkt noch mal einen Schritt weitergehen. Ich finde den Klimawandel/Also ob es einen menschengemachten Klimawandel gibt, ja oder nein, das kann eine Meinung sein, das ist ein Fakt in meinen Augen. Also ich würde da definitiv noch einen Schritt weitergehen und sagen, das ist faktisch belegt. Es gibt menschengemachten Klimawandel. Und jeder, der irgendwas erzählen will, ist einfach totaler Blödsinn, würde ich so weit gehen (Marwin, Gruppe 1).

Gleichzeitig äußerten einzelne Personen aber auch Zweifel daran, dass die Hauptverantwortung für den Klimawandel dafür bei Menschen liege:

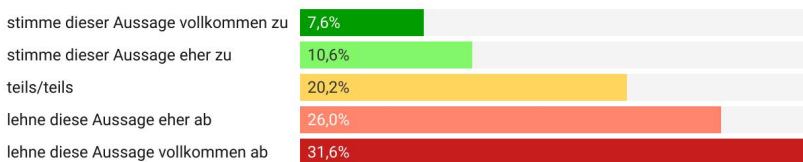
Also ich würde persönlich sagen, dass der Mensch auch eine Teilschuld hat, so aber nicht komplett allein verantwortlich dafür ist. Viele würden ja sagen, der Mensch verursacht den Klimawandel, aber Mutter Natur weiß auch, was sie tut. Und wir können ja auch nicht immer etwas für das Wetter und generell, ob es wärmer oder kälter wird. Deswegen würde ich auch Mitschuld auf die Natur schieben. (Niklas, narrativ-biografisches Interview)

Diese und ähnliche Aussagen wie „den Klimawandel, den gab es ja schon immer“ (Frieda, Gruppe 7) oder die Aussage, wir befänden uns am „Ende in einer Eiszeit [...] und sich sowieso die Temperaturen so oder so anheben“ (Max, Gruppe 7), zeigten, dass es unter den Teilnehmenden durchaus Personen gab, die zwar die Existenz des Klimawandels nicht anzweifeln, wohl aber die Verantwortung des Menschen für ihn. Da die Leugnung des menschengemachten Klimawandels in den Fokusgruppeninterviews in der Form geäußert wurde und sich darin Anknüpfungspunkte und Parallelen zu den Narrativen der äußersten Rechten ergeben (Forchtner/Lubarda 2023 und Kap. 2.1), wurden entsprechende klimaleugnende Aussagen auch in die quantitative Befragung aufgenommen. Um Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen in der Online-Befragung vergleichen zu können, werden die Ergebnisse im Folgenden entsprechend aufgeschlüsselt. Ziel ist es darzustellen, ob sich das Zustimmungsverhalten nach Geschlecht oder auch dem (angestrebten) Schulabschluss unterscheidet.

In der Online-Befragung lehnte über die Hälfte der Befragten die Aussage, dass der Klimawandel nicht vom Menschen gemacht sei, eher oder vollkommen ab und nahm den Klimawandel damit als menschengemacht an (vgl. Abb. 15). Insgesamt 18,2 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen stimmten der Aussage aber (eher) zu und weitere 20,2 Prozent gaben an, teilweise zuzustimmen. Die Zustimmungswerte hierzu unterschieden sich unter Berücksichtigung des (angestrebten) Schulabschlusses der Befragten. So lehnten über 37 Prozent der Befragten mit Fachhochschulreife oder Abitur diese Aussage vollkommen ab. Unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die niedrigere Schulabschlüsse hatten oder anstrebten, lag die vollkommene Ablehnung im Vergleich bei nur knapp 25 Prozent.

Der Klimawandel ist nicht von Menschen gemacht.

■ stimme dieser Aussage vollkommen zu ■ stimme dieser Aussage eher zu ■ teils/teils ■ lehne diese Aussage eher ab ■ lehne diese Aussage vollkommen ab



Erstellt mit Datawrapper

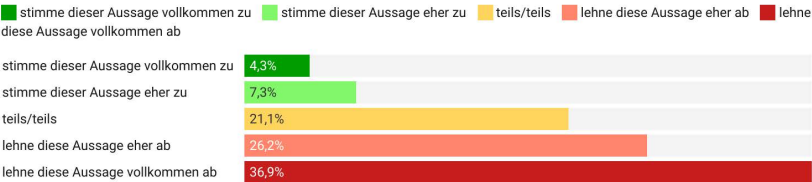
Abbildung 15: Klimawandelleugnung/-skepsis, gewichteter Datensatz, (N = 2099; fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

Demgegenüber nahm eine Person aus den Fokusgruppeninterviews noch eine andere Perspektive ein und hinterfragte gezielt die auf einer Leugnung des Klimawandels basierende Ablehnung von Klimaschutzpolitiken:

Ich meine, was reden wir jetzt/Wenn wir jetzt auch wirklich mal annehmen würden, wir setzen uns jetzt auf den Arsch und machen was gegen den Klimawandel, und in zwanzig Jahren stellt sich heraus: Ja gut, das ist doch kein menschengemachter Klimawandel gewesen, das hat doch irgendwie nur/halt Ursachen gewesen, wo wir als Mensch doch nichts daran ändern können. Ach Scheiße, haben wir die ganze Arbeit jetzt umsonst gemacht? Dass wir in einer gesunden Welt leben. Dass wir regionalere Versorgung haben. So. Ne? Es ist doch NICHTS Negatives daran, einfach nur zu schauen, dass es allen Menschen gut geht und dass wir in einer ordentlichen Welt leben (Ciel, Gruppe 3).

Auch die Aussage „Es gibt keine ausreichenden wissenschaftlichen Belege dafür, dass es einen Klimawandel gibt“ wurde in der Online-Befragung zur Abstimmung gestellt. 11,6 Prozent der von uns befragten jungen Erwachsenen zweifelten offensiv an ausreichenden wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Klimawandel und 21,1 Prozent äußerten latente Zweifel (teils/teils). Somit teilten insgesamt 63,1 Prozent aller Befragten diese klimaskeptische Aussage nicht (vgl. Abb. 16).

Es gibt keine ausreichenden wissenschaftlichen Belege dafür, dass es einen Klimawandel gibt.



Erstellt mit Datawrapper

Abbildung 16: Es gibt keine ausreichenden wissenschaftlichen Belege dafür, dass es einen Klimawandel gibt, gewichteter Datensatz (N = 2099; fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

Bemerkenswert war bei dieser Aussage, dass in der RIOET-Befragung mit 13,8 Prozent Zustimmung (vollkommen bis eher) dieser Anteil bei den Befragten ohne Hochschulzugangsberechtigung oder mit derzeit angestrebter Berechtigung größer war als bei denjenigen, die ein Abitur oder einen vergleichbaren Abschluss hatten oder anstrebten. Im Vergleich dazu betrug der Anteil dieser Gruppe knapp ein Zehntel. Die „teils/teils“-Kategorie fand insgesamt viel Anklang, wobei der Anteil bei Personen ohne Hochschulzugangsberechtigung mit 26,2 Prozent fast zehn Prozent höher lag als bei der Vergleichsgruppe (vgl. Abb. 17).

Die Daten zeigen somit, dass Jugendliche und junge Erwachsene mit Abitur oder einem vergleichbaren Abschluss seltener an der wissenschaftlichen

Existenz des Klimawandels zweifeln und auch weniger unentschlossen in Bezug auf diese Frage sind.

Auch bei der Aussage, dass die herrschende Klimapolitik vor allem ideologisch getrieben sei, war der Anteil derer, die mit „teils/teils“ antworteten, mit 33,4 Prozent am größten. Es lehnten weniger Jugendliche und junge Erwachsene diese Aussage vollkommen oder eher ab (22,2 Prozent) als diejenigen, die eher oder vollkommen zustimmten (31,1 Prozent) (vgl. Abb. 18).

Neben den beiden vorangegangenen klimaleugnenden Aussagen wurden den Befragten auch weitere Items vorgelegt, die gemeinsam betrachtet Tendenzen der Klimawandelleugnung unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen erfragen sollen (vgl. Abb. 18).

Es gibt keine ausreichenden wissenschaftlichen Belege dafür, dass es einen Klimawandel gibt.

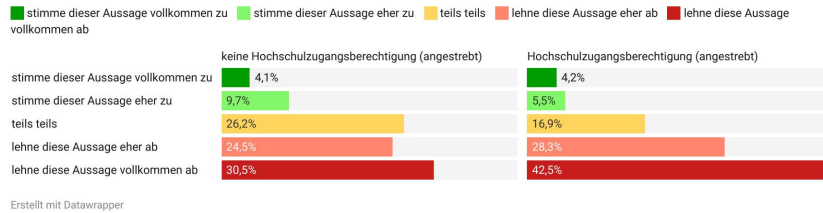


Abbildung 17: Zustimmung zur Aussage „Es gibt keine ausreichenden wissenschaftliche Belege dafür, dass es einen Klimawandel gibt“, gewichteter Datensatz nach (angestrebtem) Schulabschluss (n = 2032; fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

Klimawandelleugnung

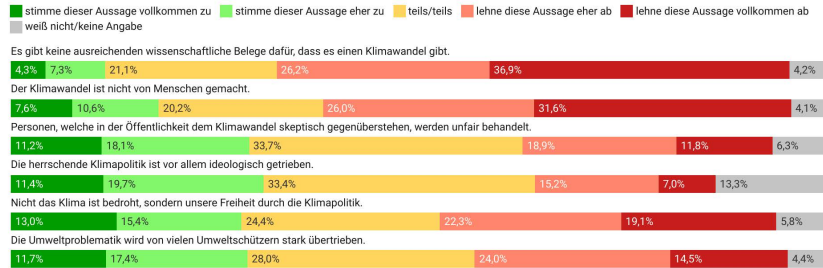


Abbildung 18: Zustimmung zu Aussagen der Klimawandelleugnung (N=2099)

Dass der Klimawandel menschengemacht ist, ist grundsätzlich wissenschaftlicher Konsens (Cook et al. 2013). Dennoch gibt es immer wieder öffentliche Stimmen, die suggerieren, dass es hierüber strittige Debatten in der Wissenschaft gebe oder es an tatsächlichen Nachweisen hierfür fehle. Quent et al. 2023 beschreiben dies als Strategie von Klimaleugner*innen. Da der wissen-

schaftliche Diskurs für Außenstehende oft schwer nachvollziehbar ist, „suggerieren klimaskeptische und klimaleugnende Antiökolog*innen gern, dass sie mit ihren Behauptungen wissenschaftliche Geltung beanspruchen könnten. [...] Sie wollen die seriöse Forschung zum Klimawandel unglaublich machen, weil diese immer mehr Befunde zutage fördert, die ihren Interessen entgegenläuft.“ (Quent et al. 2023: 187). Um einen Einblick zu bekommen, ob diese Strategie unter den befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen bekannt ist und verfangt, wurde die Aussage „Personen, welche in der Öffentlichkeit dem Klimawandel skeptisch gegenüberstehen, werden unfair behandelt“ mit in den Fragebogen aufgenommen. Dort stimmten knapp 30 Prozent der Befragten vollkommen oder eher zu. Mit 30,7 Prozent war der Anteil derer, die die Aussage eher oder vollkommen ablehnten, nur knapp größer. Ein Drittel wählte auch hier die „teils/teils“-Kategorie. Demnach scheint es Anteile unter den Befragten zu geben, die zumindest teilweise der Ansicht sind, dass auch klimawandelleugnende und somit wissenschaftsfeindliche Äußerungen in der Öffentlichkeit berücksichtigt werden sollten.

Ähnlich teilte sich die Zustimmung unter den Befragten zu der Aussage auf, dass die herrschende Klimapolitik vor allem ideologisch getrieben sei. Hier lag die Zustimmung (vollkommen und eher) bei 31,1 Prozent und ein Drittel der Befragten gab „teils/teils“ an. Bemerkenswert ist hier, dass der Anteil derer, die diese Aussage vollkommen oder eher ablehnten im Vergleich am geringsten ausfiel. Lediglich 7 Prozent aller Befragten lehnten die Aussage vollkommen ab, 15,2 Prozent lehnten sie eher ab. Auch der Anteil derer, die diese Aussage mit „weiß nicht“ beantworteten oder keine Angabe machten, ist hier mit 13,3 Prozent vergleichsweise hoch.

Neben der schon zuvor ausgeführten Aussage, dass nicht das Klima bedroht sei, sondern „unsere Freiheit“, wurde hier auch das Item „die Umweltproblematik wird von vielen Umweltschützern stark übertrieben“ mit aufgenommen. Dieser Einschätzung folgten fast 30 Prozent der Befragten. Während 28 Prozent sich erneut für die „teils/teils“-Kategorie entschieden, war der Anteil derer, die hier nicht zustimmten mit 38,5 Prozent, etwas größer. Dennoch scheinen große Teile der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Sorgen und das Engagement von Umweltschützer*innen als übertrieben wahrzunehmen, also als nicht verhältnismäßig mit Blick auf die tatsächlichen Gefahren für Mensch und Umwelt. Obwohl sich die Folgen des Klimawandels schon heute zeigen.

Um Aussagen darüber treffen zu können, inwieweit die Befragten klimawandelleugnenden Aussagen insgesamt zustimmten, wurde der Mittelwertindex Klimawandelleugnung mit den Aussagen aus der Abbildung 18 gebildet und die Items damit zusammengefasst (vgl. Abb. 19). Mit Hilfe einer explorativen Faktorenanalyse (EFA) wurde geprüft, ob die Items denselben latenten Faktor messen und somit als ein gemeinsamer Index verwendet werden können. Dabei wurden hier nur die Fälle ausgewählt, bei denen die Befragten alle

sechs Aussagen beantworteten. Abbildung 19 zeigt, dass es in den Daten der RIOET-Erhebung signifikante Unterschiede ($p = 0,030$) in der Zustimmung zum Index der Klimawandelleugnung⁴⁰ zwischen den Geschlechtern gab. Dabei fällt auf, dass die männlichen Befragten (2,84) im Mittel den klimawandel-leugnenden Aussagen häufiger zustimmten als die weiblichen (2,68) und die kleine Gruppe der diversgeschlechtlichen Befragten (2,65).⁴¹

Zustimmung Index Klimawandelleugnung

Mittelwerte (gesamt=2,76)



Abbildung 19: Mittelwerte zur Zustimmung zum Index der Klimawandelleugnung/-skepsis, gewichteter Datensatz (n=1610)

Signifikant war auch der Unterschied zwischen den (angestrebten) Schulabschlüssen, der hier unter allen im Gruppenvergleich am größten ausfiel. So wählten die Befragten ohne (angestrebte) Hochschulzugangsberechtigung (2,96) im Mittel häufiger die „teils/teils“-Kategorie und stimmten den klimawandelleugnenden Aussagen damit zumindest teilweise zu. Die Befragten, die zur Zeit der Befragung ein Abitur oder einen vergleichbaren Schulabschluss hatten oder anstrebten, tendierten weniger deutlich zur Mittelkategorie (2,63).

Mit Blick auf die Größe der Wohnorte der Befragten zeigte sich, dass es auch hier Unterschiede in der Zustimmung zum Index zur Klimawandelleugnung gab. Dabei gab es einen signifikanten Zusammenhang zwischen der beobachteten Zustimmung zum Index und dem Wohnen in der Großstadt. Unter den Befragten, die angaben, in Großstädten (2,67) zu wohnen, war die Zustimmung zu klimawandelleugnenden Aussagen im Mittel am geringsten. Die im Mittel höchsten Zustimmungen hatten die Befragten, die in Mittelstädten wohnten und die mit einem Wert von 2,8 im Schnitt dazu neigten, den Aussagen zumindest teilweise zuzustimmen oder sich nicht entscheiden zu wollen. Dabei gab es allerdings keine statistische Signifikanz.⁴² Auch mit Blick auf eventuelle Ost-West-Unterschiede in der Zustimmung zu den klimawandel-leugnenden Aussagen zeigten sich hier keine signifikanten Unterschiede.⁴³

40 Mittelwertindex der likertskalierten Items aus Abbildung X von 1= „lehne diese Aussage vollkommen ab“ bis 5= „stimme dieser Aussage vollkommen zu“.

41 Bei den Mittelwerten gilt: Je höher der Wert, desto höher die durchschnittliche Zustimmung zu klimawandelleugnenden Aussagen. Ein Wert von 2,65 bedeutet hier also, dass die befragte Gruppe im Schnitt Aussagen eher ablehnte oder teils/teils auswählte.

42 $p > 0,05$

43 $p > 0,05$ im ungewichteten Datensatz.

3.5.4 Äußerst rechte Einstellungen unter den befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Nach den großen Klimaprotesten, die von Fridays for Future organisiert und von vielen jungen Menschen unterstützt wurden, sowie den Pandemie Jahren, die die Möglichkeit für Vernetzung und Protest von Klimaaktivist*innen beeinflussten, dominierten zuletzt Schlagzeilen über die Jugend und deren rechte Einstellungen die öffentlichen Debatten. Besonders oft diskutiert wurde die Reichweite von TikTok-Inhalten äußerst rechter Akteur*innen, insbesondere der AfD, sowie deren Wahlerfolge unter jungen Menschen bei den Landtagswahlen 2023 und den Europawahlen 2024.

In diesem Zusammenhang war es relevant herauszufinden, inwieweit äußerst rechte Narrative auch über einen Klimabezug hinaus unter den befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen Anklang fanden. Hierfür wurden den Teilnehmenden der Online-Befragung einige Aussagen vorgelegt, die verschiedene Ungleichwertigkeitsvorstellungen beinhalten und somit verschiedene Dimensionen des Rechtsextremismus umfassen. Die ausgewählten Items werden so auch in den Befragungen der Leipziger Autoritarismus Studie (zuletzt Decker et al. 2024) und der Mitte-Studie (zuletzt Zick et al. 2023) verwendet. In der RIOET-Befragung wurden nur einzelne Aussagen der jeweiligen Rechtsextremismusdimensionen abgefragt. Differenzierte Aussagen zu bestimmten Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind daher nur begrenzt möglich. Dennoch geben die vorliegenden Ergebnisse einen guten Einblick in die Zustimmung zu äußerst rechten Aussagen insgesamt.

Zustimmung zu äußerst rechter Einstellung



Erstellt mit Datawrapper

Abbildung 20: Zustimmung äußerst rechte Einstellung, gewichteter Datensatz (N=2099; fehlend: weiß nicht/keine Angabe)

Mit einem Blick auf Abbildung 20 zeigt sich, dass durchaus große Teile der Befragten den vorgelegten autoritären, nationalistischen, aber auch antisemitischen und rassistischen Aussagen eher oder sogar vollkommen zustimmten. Wie auch schon bei den (äußerst) rechten Klimanarrativen sind die Anteile

derjenigen, die die „teils/teils“-Kategorien wählten, auch hier sehr groß. Unter den Befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen schien es demnach große Teile zu geben, die diesen Aussagen zumindest nicht gänzlich widersprachen und/oder sich nicht klar positionieren mochten.

Die höchste Zustimmung bekam in dieser Auflistung der autoritäre Wunsch nach einer einzig starken Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpern soll. Der extremen Rechten dient die angestrebte so genannte „Volksgemeinschaft“ als ideologisches Konstrukt der Fremd- und Selbstzuschreibung (Lehnert 2015: 16).

Mitglieder dieser „Gemeinschaft“ sind – im Gegensatz zur demokratischen „Gesellschaft“ – schicksalhaft miteinander verbunden. Die Zugehörigkeit ist nicht frei wählbar und längst nicht für alle Menschen möglich. Lediglich „gesunde“, „deutsche“ Menschen gehören dazu. „Deutschsein“ wird über das Blut, nicht über den Pass oder den aktuellen Wohnort bestimmt. Die „Volksgemeinschaft“ verweist auf eine verklärt beschworene Vergangenheit und eine ebenso imaginierte Zukunft (Lehnert 2015: 16).

Das „Volk“ wird also als überhistorische, organische „Gemeinschaft“ verstanden und anhand einer Blut-und-Boden-Ideologie definiert und politisiert. Selbstverständlich kann anhand der Zustimmungen zu der Aussage nicht erkannt werden, inwieweit den Befragten dieses Konstrukt ein Begriff ist oder nicht. Dass der Aussage hier aber über ein Drittel (36,7 Prozent) aller Befragten eher oder vollkommen zustimmten und sich somit für eine einzig starke Partei aussprachen ist bemerkenswert. Der Anteil ist damit größer als derjenigen, die die Aussage ablehnten (eher oder vollkommen). Ein weiteres Viertel der Befragten wählte die „teils/teils“-Kategorie und lehnte die autoritäre Aussage somit zumindest nicht ab. Der Anteil unter den weiblichen Befragten lag mit 28,9 Prozent deutlich unter dem Anteil der männlichen Befragten (37,6 Prozent), die hier eher oder vollkommen zustimmten. Auffällig ist im Vergleich zur bevölkerungsrepräsentativen Mitte-Studie 2023 (Zick/Mokros 2023), dass der Anteil derer, die der Aussage dort überwiegend oder voll und ganz zugestimmt haben, mit 23,9 Prozent deutlich geringer und der Anteil derer, die die Aussage völlig ablehnten, um 30 Prozent größer war (44 Prozent) als bei den hier befragten 16- bis 27-Jährigen.⁴⁴

Ähnlich hohe Zustimmung bekam die Aussage „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“. Ein Drittel der Befragten war nationalchauvinistischen Einstellungen, die in dieser Aussage deutlich werden, zugewandt. Weitere über 30 Prozent stimmten zumindest in Teilen zu.

44 Aufgrund der unterschiedlichen Stichproben der Befragungen ist hier nur bedingt eine Vergleichbarkeit möglich. Die Darstellung dient hier der Illustration, der weitere Analysen folgen müssten.

Die beiden rassistischen und antisemitischen Aussagen (vgl. Abb. 20), die hier mit abgefragt wurden, bekamen im Vergleich dazu recht hohe Ablehnungswerte. Die rassistische Einschätzung, „die Ausländer kommen nur hierher, um den Sozialstaat auszunutzen“ wurde zwar von fast 44 Prozent der Befragten abgelehnt, dennoch stimmten auch hier fast ein Viertel aller Befragten eher bis vollkommen zu. Dieses Narrativ kam auch in einem der Fokusgruppeninterviews auf (Nr. 8). Dort äußerte sich eine Teilnehmerin wie folgt:

Also ich bin ja selber halb Ausländer. Aber ich finde jetzt zum Beispiel, die Ukraine, die jetzt hergekommen sind, die kriegen teilweise eine eigene Wohnung geschenkt, kriegen Sachen geschenkt. Und dann sieht man Videos, wo die sich noch darüber beschweren, wie scheiße es hier in Deutschland ist und so. Da denke ich mir, warum kommen die überhaupt hierher? (Jasmin, Gruppe 8).

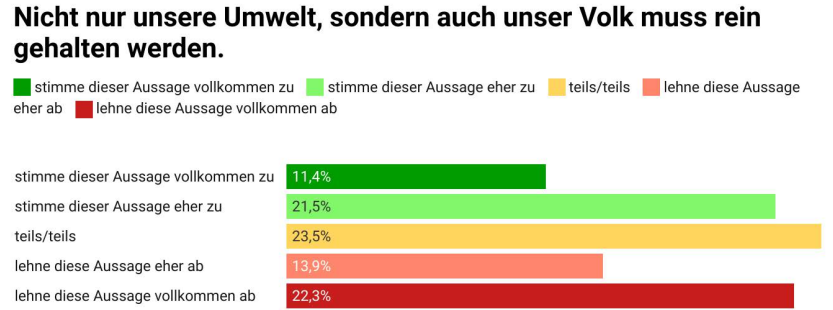
Das Bild, dass der Sozialstaat gezielt durch Migrant*innen und Geflüchtete ausgenutzt würde, wird hier im Zusammenhang mit ukrainischen Geflüchteten nach dem russischen Angriffskrieg bedient.

Etwas mehr als die Hälfte aller Befragten positionierte sich in der Online-Befragung gegen die antisemitische Äußerung „Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen“. Mit knapp 18 Prozent war die Zustimmung zu der Aussage aber noch immer sehr hoch. Besonders beachtlich ist diesbezüglich, dass der Anteil derjenigen, die „teils/teils“ auswählten, mit 18,7 Prozent auch hier recht groß war, aber im Vergleich zu den anderen Aussagen am geringsten ausfiel. Gleichzeitig war hierbei der Anteil derer, die „keine Antwort“ oder „weiß nicht“ ankreuzten, mit 13 Prozent unter den in Abbildung 20 dargestellten Items am größten. Demnach schien sich ein großer Teil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht zu dem antisemitischen Item äußern zu wollen, diejenigen, die sich aber äußern wollten, positionierten sich tendenziell klarer. Diese beiden Items wurden ebenfalls analog zur der Mitte-Studie 2022/2023 (Zick et al. 2023) angewandt und auch hier zeigten sich zum Teil gravierende Unterschiede im Zustimmungsverhalten. In der Mitte-Studie lehnten knapp zwei Drittel der Befragten (62,3 Prozent) und damit deutlich mehr die antisemitische Aussage völlig ab. Dementsprechend lag die Zustimmung dort mit insgesamt 8,2 Prozent deutlich unter den 17,6 Prozent bei den hier befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In Hinblick auf das Item, dass Ausländer lediglich den Sozialstaat ausnutzen würden, kamen beide Befragungen zu ähnlichen Ergebnissen. So lehnten in der Mitte-Studie 45,2 Prozent die Aussage ab und 25 Prozent stimmten ihr zu (Zick/Mokros 2023, 64f.).

Bezüglich sozialdarwinistischer Orientierungen teilte in der vorliegenden Befragung ein Fünftel der Befragten (20,4 Prozent) die Vorstellung, in der Gesellschaft sollte sich „immer der Stärkere durchsetzen“. Demgegenüber lehnten insgesamt über 40 Prozent diese sozialdarwinistische Aussage ab und ein Viertel wählte die „teils/teils“-Kategorie. In der Mitte-Studie wurde dieses Item im Vergleich von über 70 Prozent aller Befragten überwiegend oder völ-

lig abgelehnt; deutlich mehr als unter den hier befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen (Zick/Mokros 2023, 64f.).

Dass Umweltthemen, die mit Klimathemen verknüpft werden, schon lange auch Mobilisierungsthemen der äußersten Rechten sind, wurde bereits zuvor ausgeführt (vgl. Kap. 3.1). Vor allem in der völkischen Ideologie steht dabei, gemäß einer ökorassistischen Argumentationslinie, häufig der Wunsch nach einer „Reinheit des Volkes“ und der Einheit zwischen „Blut und Boden“ im Mittelpunkt und wird in extrem rechten Naturschutznarrativen aufgegriffen. Dementsprechend wurde auch ein Item aus der „SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen“ aus dem Jahr 1981 in abgeänderter Form in dieser Befragung übernommen: „Nicht nur unsere Umwelt, sondern auch unser Volk muss rein gehalten werden“ (Flaig/Uelzhöffer 1981).⁴⁵



Erstellt mit Datawrapper

Abbildung 21: Zustimmung zur Aussage „Nicht nur unsere Umwelt, sondern auch unser Volk muss rein gehalten werden“ (N=2099; fehlend: „keine Angabe“/„weiß nicht“)

Insgesamt 11,4 Prozent aller Befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen in unserer Befragung stimmten dieser Aussage vollkommen zu, 21,5 Prozent eher und 23,5 Prozent wählten „teils/teils“ als Antwortoption. Nur etwas mehr als ein Fünftel (22,3 Prozent) lehnte die Aussage vollkommen und 13,9 Prozent eher ab (vgl. Abb. 21).

Durch die verschiedenen methodischen Vorgehensweisen der SINUS- und der RIOET-Befragung ist hier keine direkte Vergleichbarkeit der Ergebnisse gegeben. Bemerkenswert ist dennoch, dass in der SINUS-Studie die Aussage von 12 Prozent der Befragten als „völlig richtig“ und von weiteren 27 Prozent als teilweise richtig eingeschätzt wurde (Flaig/Uelzhöffer 1981), was sich mit

45 In der SINUS-Studie wurde die Wahlbevölkerung (N = 6.968 befragt) und eine vierstufige Antwortskala mit den Kategorien „völlig richtig“, „teilweise richtig“, „eher falsch“ und „völlig falsch“ genutzt. In der RIOET-Befragung wurde wie bei der Mehrheit der Items eine fünfstufige Likertskala vorgegeben.

den Ergebnissen in dieser Befragung 42 Jahre später deckt. Dies verweist auf ein vorhandenes kontinuierliches Potential ökorassistischer Orientierungen.

Die geringe vollkommene Ablehnung der vorgestellten menschenfeindlichen Aussagen und die damit einhergehende fehlende Distanzierung von äußerst rechten Narrativen und Einstellungen bei jungen Menschen ist aus einer demokratischen Perspektive alarmierend. Das stellten auch teilweise die Befragten in den Fokusgruppeninterviews und narrativ-biografischen Interviews selbst fest. So beschrieb beispielsweise eine Befragte, welchen Einfluss die Zustimmung für die AfD in ihrer Region auf sie hatte:

Es ist für mich immer so erschreckend zu sehen, wie verdammt viele Menschen auf diesen AfD-Demos sind. [...] Und da hatten wir knapp, glaube ich, auf der Gegenseite 10.000 Menschen. Und Zeitz hat mit Eingemeindung gerade mal 22.000 Einwohner. Also es sind knapp 50 Prozent der Einwohner von Zeitz. Und das war heftig. Auf meiner Gegendemo waren gerade 100 Leute und davon waren auch noch sehr viele aus Leipzig da. Wo ich dann halt schon gesehen habe, alter, fuck. Gerade da ist es mir extrem bewusst geworden, Zeitz hat, glaube ich, ein Nazi-Problem (Ante, narrativ-biografisches Einzelinterview).

Auch ein weiterer Befragter bezog sich auf die AfD, um menschenfeindliche Einstellungen zu thematisieren und problematisieren:

Ich sehe sie als fundamentale Gefahr für unsere Demokratie. Nicht nur hinsichtlich der absolut demokratiefeindlichen Äußerungen, die Mitglieder dieser Partei von sich geben. Gleichzeitig natürlich die absolute Verteufelung von Minderheiten, Flüchtlingen, nicht binären Menschen, aber auch religiösen Minderheiten und die fundamentale Hetze gegen diese Gruppen, die dann natürlich damit einhergeht. Gleichzeitig aber auch die menschliche Herabsetzung. Weiter geht es mit den Angriffen auf die universellen Grundsätze im Grundgesetz und auch die universellen Menschenrechte und das generell mittelalterliche Weltbild, gerade wenn es um die Gleichstellung von Mann und Frau geht (Leon, narrativ-biografisches Einzelinterview).

Unterschiede im Zustimmungsverhalten zu äußerst rechten Aussagen und Einstellungen zeigten sich außerdem innerhalb verschiedener Befragungsgruppen in der Online-Befragung. Um diese besser darstellen zu können, wurde auch hier ein Mittelwertindex zu äußerst rechten Einstellungen mit den Items aus Abbildung 20 gebildet und eine explorative Faktorenanalyse durchgeführt.⁴⁶ Abbildung 22 veranschaulicht, dass es signifikante Unterschiede in der Zustimmung zu äußerst rechten Aussagen zwischen den verschiedenen Ge-

46 Mittelwertindex der Likertskalierten Items aus Abbildung 20 von 1= „lehne diese Aussage vollkommen ab“ bis 5= „stimme dieser Aussage vollkommen zu“. Bei den Mittelwerten gilt also: je höher der Wert, desto höher die durchschnittliche Zustimmung zu äußerst rechten Einstellungen. Ein Wert von 2,66 bedeutet hier also, dass die befragte Gruppe im Schnitt Aussagen eher ablehnte oder teils/teils auswählte.

schlechtern gab.⁴⁷ Demnach erreichten die befragten Jungen und Männer im Durchschnitt höhere Zustimmungswerte auf dem Index äußerst rechter Einstellung (2,89) als Frauen und Mädchen (2,66) und der kleinen Gruppe von diversgeschlechtlichen Befragten (2,6).

Mit Blick auf die Größe der Wohnorte der Befragten zeigte sich, dass es auch hier signifikante Unterschiede⁴⁸ in der Zustimmung zum Index äußerst rechte Einstellung gab. Dabei war die Zustimmung zum Index tendenziell in kleineren Gemeinden (2,85) und Städten (2,87) höher und in Großstädten am niedrigsten (2,62).

Der größte Unterschied fand sich aber im Vergleich der Mittelwerte der Befragten unter Berücksichtigung ihrer (angestrebten) Schulabschlüsse.⁴⁹ Während die Befragten mit einer Hochschulzugangsberechtigung im Mittel einen in diesem Vergleich recht geringen Zustimmungswert von 2,6 auf dem Index vorwiesen, lagen die Zustimmungswerte der Befragten ohne (angestrebten) Hochschulzugangsberechtigung zu den Aussagen leicht über der mittleren „teils/teils“-Kategorie (vgl. Abb. 22).

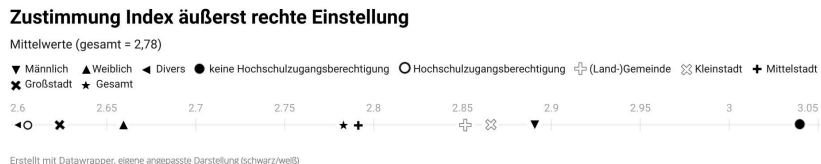


Abbildung 22: Zustimmungen Index äußerst rechte Einstellung (Mittelwerte), gewichteter Datensatz n=1461 (fehlend: weiß nicht, keine Angabe)

Wie unterscheidet sich das Antwortverhalten zwischen Befragten aus Ost- und Westdeutschland? Hier zeigte sich, dass die Zustimmung zu äußerst rechten Einstellungen unter den Befragten, die derzeit in West- und Ostdeutschland leben, recht ähnlich war. Dabei war die Zustimmung unter den in Westdeutschland lebenden Befragten etwas höher (vgl. Abb. 23). In Berlin hingegen war die mittlere Zustimmung etwas höher (2,9), aber noch immer bei einer durchschnittlichen „teils/teils“-Antwort. Der Zusammenhang ist statistisch signifikant.⁵⁰

47 (p<0,001).
48 (p<0,001).
49 (p<0,001).
50 (p<0,05)

Zustimmung Index äußerst rechte Einstellung

Mittelwerte (ungewichteter Datensatz, gesamt = 2,77)



Abbildung 23: Zustimmungen Index äußerst rechte Einstellung (Mittelwerte), ungewichteter Datensatz n= 1465 (fehlend: weiß nicht, keine Angabe)

Mit Blick auf die Zustimmungen zum Index äußerst rechte Einstellung zeigten sich aber nicht nur Tendenzen im Zustimmungsverhalten verschiedener Gruppen innerhalb der Befragten, sondern auch, wie sich diese im Verhältnis zu anderen abgefragten Aussagen darstellte. Jugendliche und junge Erwachsene neigten in dieser Befragung tendenziell zu höheren Zustimmungen zu Aussagen der Klimawandelleugnung und -skepsis, wenn sie höhere Zustimmungen auf dem Index äußerst rechte Einstellung hatten.¹⁶ Das verdeutlichte nochmals, dass die Verbindung von äußerst rechten Einstellungen und klimawandelskeptischen Ansichten nicht nur von Seiten äußerst rechter Akteur*innen forciert wird, sondern die ideologische Nähe bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen durchaus auf Resonanz stößt.

3.5.5 Politische Selbsteinstufung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen: Educational Gender Gap

Neben dem Zustimmungsverhalten und der möglichen Anschlussfähigkeit von äußerst rechten (Klima-) Narrativen unter den Befragten, ist es auch interessant zu untersuchen, wie sich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbst politisch verorten. Auf diese Ergebnisse wird in den folgenden Abschnitten genauer eingegangen. Dabei zeigen sich unter den Befragten bemerkenswerte Unterschiede zwischen den Geschlechtern und verschiedenen (angestrebten) Bildungsabschlüssen.

Der Mittelwertvergleich des Index äußerst rechte Einstellung zeigt, dass männliche Befragte im Schnitt den Aussagen häufiger zustimmten als die befragten Mädchen und Frauen. Auch im Zusammenhang mit vergangenen Wahlen ließen sich in der öffentlichen Debatte einige Schlagzeilen lesen wie „Werden junge Frauen linker, Männer rechter?“ (Billmayer 2024) oder „Warum junge Männer rechts wählen“ (Biallas/Schneider 2024). So zeigte unter anderem die 19. Shell Jugendstudie 2024, in der junge Menschen im Alter von 15 bis 25 Jahren befragt wurden, dass „der Anteil männlicher Jugendlicher, die sich eher rechts bezeichnen, merklich angestiegen“ sei seit der vorherigen Befragung aus dem Jahr 2019. Unter den dort befragten Mädchen ließ sich kein solcher Trend ausmachen (Schneekloth/Mathias 2024: 62). Zu diesem Phänomen folgern die Autor*innen der Leipziger Autoritarismus Studie 2024, dass

„Rechtsextremismus zwar kein reines „Männerproblem“ [sei], doch die erhöhten Einstellungen [...] mit einer höheren Mobilisierungsfähigkeit zu rechtsextremen Demonstrationen und für extrem rechte Parteien“ (Decker et al. 2024: 53) einhergehen würden.

In der Online-Befragung wurden die Jugendlichen und jungen Erwachsenen daher auch darum gebeten sich selbst politisch einzustufen (vgl. Abb. 24).

Politische Selbsteinstufung

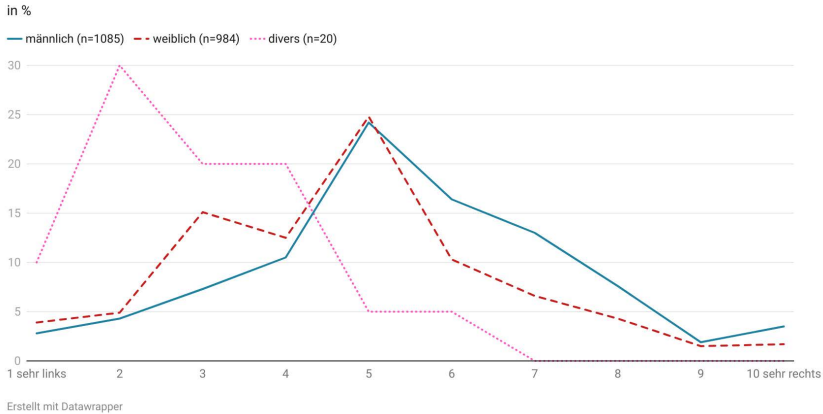


Abbildung 24: Politische Selbsteinstufung gruppiert nach Geschlecht, gewichteter Datensatz (n=2096; fehlend: keine Angabe/weiß nicht)

Dabei zeigte sich, dass sich 30,8 Prozent aller Befragten als sehr oder eher links einordneten, ein Fünftel (20,3 Prozent) verstand sich selbst als eher oder sehr rechts.⁵¹ Der größte Teil der Befragten (37,5 Prozent) ordnete sich hinsichtlich der eigenen politischen Orientierung weder links noch rechts ein. Abbildung 26 zeigt außerdem deutlich, dass es hier klare Unterschiede zwischen weiblichen, männlichen und diversgeschlechtlichen Befragten gab. So verstand sich unter den weiblichen Befragten mehr als ein Drittel als sehr oder eher links und nur 14,1 Prozent als eher bis sehr rechts. Im Vergleich verortete sich mit 26 Prozent ein deutlich größerer Teil der männlichen Befragten als eher bis sehr rechts und lediglich ein Viertel (24,9 Prozent) als sehr bis eher links. Gleichzeitig wählten unter den weiblichen Befragten 14,7 Prozent die Kategorien „weiß nicht“ oder „keine Angabe“. Unter den männlichen Befragten lediglich 8,4 Prozent. Es zeigte sich ein leichter politischer Gendergap zwischen Frauen und Männern in der Selbsteinstufung der Befragten, insbeson-

51 Die Befragten konnten sich auf einer endpunktverbalisierten Skala von (1) „sehr links“ bis (10) „sehr rechts“ einordnen. In diesem Abschnitt wurden die Werte in drei Kategorien gruppiert: sehr bis eher links (1-4), weder links noch rechts (5-6) und eher bis sehr rechts (7-10).

dere im moderat linken und rechten Spektrum. Auf den politischen Randpositionen sowie in der exakten Mitte waren die Werte fast identisch. Bemerkenswert war der starke Linkstrend in der kleinen Gruppe queerer Personen. Mit Blick auf die verschiedenen (angestrebten) Schulabschlüsse zeigte sich, dass sich mit 34,1 Prozent unter den Befragten, die eine Hochschulzugangsberechtigung hatten oder anstrebten, ein größerer Teil als links einstufte als unter den Befragten, die dies nicht taten (28,2 Prozent). Unter diesen war dementsprechend auch der Anteil derer, die sich selbst als eher oder sehr rechts verstanden, höher (21,1 Prozent). Mit 19,5 Prozent war der Teil unter den Befragten, die ein (Fach-)Abitur, allgemeine Hochschulreife oder gleichwertigen Abschluss anstrebten, etwas geringer. Der Anteil derer, die sich weder rechts noch links einordneten, ist bei beiden Gruppen ähnlich groß. Mit 38,8 Prozent wählte rund ein Prozent unter den Befragten mit geringeren (angestrebten) Schulabschlüssen diese Kategorie aber häufiger.

Die folgende Tabelle nimmt unter Berücksichtigung der angestrebten Schulabschlüsse der Befragten geschlechtsspezifische Unterschiede im Zustimmungsverhalten in den Blick (vgl. Tabelle 10). Dabei zeigt sich zunächst, dass der Unterschied zwischen den befragten Männern und Frauen ohne (angestrebte) Hochschulzugangsberechtigung sehr gering ist. Im Mittelwertvergleich zwischen beiden Gruppen gibt es also kaum Unterschiede in der Zustimmung zu den äußerst rechten Aussagen. Deutlicher zeigt sich aber ein Unterschied unter denjenigen Befragten, die eine Hochschulzugangsberechtigung und somit einen höheren Bildungsabschluss (anstrebten). Dabei erzielten Jungen und Männer höhere Mittelwerte. Unter den jungen Frauen scheint ein höheres Bildungsniveau also stärker präventiv gegen äußerst rechte Einstellungen zu wirken als unter jungen Männern (Kastberg et al. 2025: 17).

Tabelle 10: Vergleich der Mittelwerte zur Zustimmung zu äußerst rechten Aussagen nach Geschlecht und (angestrebten) Schulabschluss

Mittelwerte Zustimmung zu den äußerst rechten Aussagen		
	keine Hochschulzugangsberechtigung (angestrebt)	Hochschulzugangsberechtigung (angestrebt)
männlich	3,05	2,77
weiblich	3,03	2,45

Bemerkenswert ist dabei, dass sich unter denjenigen, die allen äußerst rechten Aussagen mindestens teilweise zugestimmt haben, nur ein knappes Drittel (32,3 Prozent) politisch eher bis sehr rechts verortete und 16,4 Prozent von sich sagen, dass sie sich selbst eher bis sehr links verorten würden. Weitere 31,5 Prozent verstanden sich selbst als weder links noch rechts. Mit 37,6 Prozent ist dieser Anteil unter den Befragten größer, die alle Aussagen mindestens teilweise ablehnten. Unter diesen Befragten ist der Anteil derer, die sich als eher

bis sehr rechts verorten, mit 20,3 Prozent überraschend hoch. Außerdem verstanden sich 30,8 Prozent als eher bis sehr links.

Die Teilnehmenden der narrativ-biografischen Interviews aus der Harzregion und der Region Zeitz-Weißenfels waren mehrheitlich klimapolitisch und/oder kommunalpolitisch in Parteien engagiert und ordneten sich selbst dem antifaschistischen und linken Spektrum zu. Das Interesse an politischen Themen entwickelte sich bei den Befragten dabei im Teenageralter oder sogar bereits in der Grundschule.

Auch in den Fokusgruppeninterviews äußerten sich einige Teilnehmende explizit dazu, wie sie ihre eigene politische Haltung einordnen würden. So ordnete sich ein Teilnehmer wie folgt ein:

Also ich bin eher in der links-grün-versifften Bubble. Ich darf das sagen. Für mich ist er nämlich ein guter Begriff. Und ich weiß/Also dann kriege ich halt auch eher diese Inhalte. (Luis, Gruppe 3)

Es gab aber auch Teilnehmende, die sich selbst politisch „rechts“ verorteten:

Also da wo ich herkomme, ja, sind die Leute, was das angeht, eigentlich ziemlich, ja, ich sage mal politisch rechtsorientiert. Und wollen damit so weit es geht in Ruhe gelassen werden. Ja, was ja von Grund auf an sich auch nichts Schlimmes ist, sage ich mal. Ich sehe das ziemlich ähnlich (Max, Gruppe 9).

Auch dieser Teilnehmende eines narrativ-biografischen Interviews verdeutlichte, dass „rechts“ sein für ihn zunächst kein Problem darstelle und nicht automatisch mit Klimawandelleugnung einhergehe:

Dass man dann dieses Rechts ist was Schlimmes, das wird immer in meinen Augen so/suggestiert, dass Rechts was Schlimmes ist. Und das sehe ich jetzt so nicht. Man kann da auch konservativ sein und eher, sage ich mal, für sein Land und trotzdem aber auch das Klima/das wahrnehmen und erkennen (Michael, narrativ-biografisches Interview).

Im Verlauf der Gespräche gab es immer wieder Jugendliche und junge Erwachsene, denen es grundsätzlich ein Anliegen zu sein schien, sich von extremen Haltungen zu distanzieren. Neben der Einordnung und Ablehnung von äußerst rechten Akteur*innen wie der AfD, äußerte sich diese Einstellung auch mit Blick auf die Proteste der Aktivist*innen der Letzten Generation.

3.5.6 Zusammenfassung: Zwischen Abwehr und Zustimmung: Resonanz auf äußerst rechte (Klima-)Narrative

Insgesamt zeigt sich in den Reaktionen auf die (äußerst) rechten und klimawandelleugnenden Aussagen und Impulse ein gemischtes Bild. Während der Großteil der Interviewten entsprechende Aussagen spätestens dann ablehnten, sobald ihnen die dahinterstehenden Akteur*innen bekannt wurden, gab es in

der quantitativen Befragung hohe Zustimmungswerte und ein breites Feld Befragter, die die Aussagen nicht vollständig ablehnten. Es zeigt sich also durchaus ein hohes Anschlusspotential für äußerst rechte Klimanarrative unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Besonders – und das hat die qualitative Erhebung gezeigt – wenn diese in der Bildsprache für weniger informierte Rezipient*innen zunächst harmlos erscheinen, können äußerst rechte Angebote bei dieser Zielgruppe verfangen. Außerdem zeigt sich, dass die Kontextualisierung der Akteur*innen für die befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Fokusgruppeninterviews sehr relevant waren und teilweise zu einer verspäteten Ablehnung geführt haben. Die hohen Zustimmungswerte für klimawandelleugnende Narrative in der quantitativen Befragung, wo eine Einordnung nicht gegeben war, könnten sich zumindest in Teilen dadurch erklären, dass den Teilnehmenden hier die Einordnungen im Vergleich nicht gegeben wurden.

Mit Blick auf die Zustimmung zu Klimawandelleugnung zeigt sich zusammenfassend, dass ein Großteil der Teilnehmenden beider Befragungen den menschengemachten Klimawandel anerkennt. Dennoch wurden in den Fokusgruppeninterviews vereinzelt auch relativierende Aussagen, wie es hätte den Klimawandel schon immer gegeben, geäußert. In den quantitativen Daten zeigte sich außerdem, dass es bei dem Zustimmungswerten für klimawandelleugnende Aussagen insgesamt einen Unterschied sowohl unter den Geschlechtern als auch mit Blick auf den (angestrebten) Schulabschluss gab. So stimmten männliche Befragte den Aussagen tendenziell häufiger zu als weibliche und Befragte mit einer (angestrebten) Hochschulzugangsberechtigung seltener als Befragte mit niedrigeren (angestrebten) Schulabschlüssen.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in der Bewertung äußerst rechter Einstellung. Auch hier zeigen sich Unterschiede zwischen den Geschlechtern und (angestrebten) Schulabschlüssen. Weiter wurde deutlich, dass wer äußerst rechten Aussagen eher zustimmte, auch dazu tendierte, klimawandelleugnenden Aussagen zuzustimmen.

Die hohe Zustimmung zu Aussagen der äußerst rechten Einstellung in der quantitativen Befragung, lässt sich nur teilweise in den qualitativen Interviews nachvollziehen. Äußerst rechte Aussagen wurden dort hauptsächlich in einem Fokusgruppeninterview (Gruppe 8) dezidiert geäußert. Dennoch gab es über verschiedene Gruppen hinweg immer wieder Teilnehmende, die sich selbst politisch als rechts einstufen.

3.6 Fazit: Klimageneration und/oder rechte Jugend? Ergebnisse aus der RIOET-Forschung

Dass die Themen Klima, Natur und Umwelt von Akteur*innen der äußersten Rechten aufgegriffen werden, ist schon länger Gegenstand wissenschaftlicher Forschung (vgl. u.a. Ekberg et al. 2023; Olsen 2024; Quent et al. 2022). Die vorliegende Studie konnte nun anhand der qualitativen Erforschung konkreter Fallbeispiele in NRW, Hessen und Sachsen-Anhalt in Verbindung mit einer umfassenden quantitativen Befragung zeigen, auf welche Resonanz äußerst rechte und klimawandelleugnende Narrative und Angebote zu den Themen Klima, Natur und Umwelt bei jungen Menschen stoßen. Die Ergebnisse der Studie werden im Folgenden zusammengefasst, bevor im nächsten Kapitel ein Ausblick auf sich anschließende (Forschungs-)Fragen gegeben wird. Abschließend wird dann auf Handlungsempfehlungen für die Präventions- und Interventionspraxis eingegangen, die sich aus den Ergebnissen ableiten lassen.

Emotionen zum Klimawandel

In der vorliegenden Studie zeigt sich deutlich: Der Klimawandel und seine Folgen verunsichern viele Jugendliche und junge Erwachsene. Die Befragten äußerten in den Interviews Gefühle wie Machtlosigkeit, Ohnmacht und Verzweiflung hinsichtlich der eigenen Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit dem Klimawandel. Einige fühlten sich außerdem von der Politik im Kampf gegen den Klimawandel im Stich gelassen. Daher benannten die Teilnehmenden Gefühle wie Frustration und Wut über das als mangelhaft wahrgenommene Engagement der Gesellschaft und politischer Akteur*innen für den Klimaschutz.

Die Sorge vor den Folgen des Klimawandel äußerten Befragte nicht nur in Hinblick auf ihre eigene Zukunft, die durch veränderte klimatische Bedingungen beeinflusst werde, sondern auch in einer Sorge um nachkommende Generationen. Diese Befürchtungen spiegelten sich auch in den Ergebnissen der quantitativen Befragung wider. Passend zu dieser Besorgnis war der Anteil derjenigen, die sich selbst desinteressiert am Klimawandel äußerten, sowohl in den Interviews als auch in der Online-Befragung vergleichsweise gering.

Obwohl sich in der RIOET-Befragung somit ganz deutlich abzeichnet, dass der Klimawandel und seine Folgen Themen sind, die junge Menschen nicht nur auf der Ebene eines grundsätzlichen Interesses, sondern auch emotional berühren, reagierten die Teilnehmenden beider Befragungen ambivalent auf klimaaktivistische Gruppen. Während die Aktionen von Fridays for Future in der Online-Befragung zum großen Teil positiv bewertet und in den Interviews wohlwollend kommentiert wurden, stießen die Aktionen der Letzten Generation in der quantitativen Befragung mehrheitlich auf Ablehnung. Auch in

den Fokusgruppeninterviews wurden ihre Aktionen sehr kritisch und emotional aufgeladen diskutiert. Teilweise ging die Ablehnung sogar so weit, dass den Aktivist*innen gegenüber Gewaltfantasien zum Ausdruck gebracht wurden.

Politische Verantwortung und Selbstwirksamkeit

Vor dem Hintergrund, das Vertrauen in das politische System als Voraussetzung für die politische Selbstwirksamkeit zu verstehen, wurden die Teilnehmenden der Online-Befragung explizit zu ihrem Vertrauen in die Demokratie und politisches Handeln befragt. Dabei zeigte sich ein ambivalentes Bild: Während ein Drittel der Befragten (eher) zustimmte, dass die deutsche Demokratie im Großen und Ganzen ganz gut funktioniere und ein Viertel diese Aussage (eher) ablehnte, wählte ein weiteres Drittel die „teils/teils“-Kategorie. Des Weiteren stimmten in der Befragung große Teile zu, dass der parlamentarische Prozess oft ineffektiv sei und sie davon enttäuscht seien, dass die Politik die Anliegen der jungen Generation zu wenig beachte. Auch die politischen Bemühungen für den Klimaschutz wurden von großen Teilen als nicht ausreichend bewertet.

Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse der Studie deutlich, dass der Klimawandel und seine Folgen in der Wahrnehmung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine drängende politische Herausforderung sind, über die sie sich überwiegend gut informiert fühlen. Ein bemerkenswert hoher Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen gab außerdem an, dass sie sich bereits, zumindest niedrigschwellig, gegen den Klimawandel engagiert hätte. Auch die Teilnehmenden der narrativ-biografischen Interviews und Fokusgruppeninterviews berichteten zum Teil von ihrem eigenen aktivistischen Engagement gegen den Klimawandel. Dabei schilderten sie aber auch häufig frustrierende Erfahrungen, wenn der eigene Aktivismus nicht den erhofften Erfolg erzielte. Diese Frustration äußerte sich dann beispielsweise darin, dass sie ihren eigenen Einflussbereich in persönlichen Konsumentscheidungen verorteten, statt in der Beteiligung an politischen Prozessen. Den Befragten war grundsätzlich bewusst, dass jede Person eine Verantwortung für den Klimawandel und die nächsten Generationen trägt. Zeitgleich forderten sie, dass auch die Politik Verantwortung im Kampf gegen den Klimawandel übernehmen müsse.

Zwischen Abwehr und Zustimmung: Resonanz auf äußerst rechte (Klima-)Narrative

Neben der emotionalen Involviertheit Jugendlicher und junger Erwachsener zum Thema Klimawandel, seinen Folgen und dessen Auswirkung auf das eigene (Klima-)politische Engagement, ging die RIOET-Studie noch weiteren Fragen nach: Wie reagieren die Befragten auf Impulse und Aussagen mit kli-

mawandelleugnenden und (äußerst) rechten Inhalten? Unter welchen Umständen und mit welchen narrativen Angeboten gelingt es der äußersten Rechten, Veränderungen und Ängste für ihre Zwecke zu adressieren und zu nutzen? Und wie hängen Zustimmungen zu Klimawandelleugnung und äußerst rechter Einstellung zusammen?

Die Analyse der Interviews zeigte, dass die Reaktionen zum Teil sehr unterschiedlich ausfielen: Die Mehrheit der Teilnehmenden der Fokusgruppeninterviews konnte die vorgelegten Impulse als äußerst rechte und klimawandelleugnende Aussagen erkennen und einordnen und lehnte sie aufgrund ihrer Inhalte und argumentativen Form ab. Ein anderer Teil der Teilnehmenden, die den Impulsen zunächst positiv gegenüberstand, lehnten diese ab, sobald ihnen die dahinterstehenden Akteur*innen, beziehungsweise deren äußerst rechte Gesinnung, bekannt waren. Dennoch gab es auch in den Fokusgruppeninterviews vereinzelt Teilnehmende, die den Akteur*innen und ihren Aussagen weniger kritisch gegenüberstanden oder ihnen zustimmten. In der quantitativen Befragung stimmte ein knappes Viertel der Befragten den äußerst rechten Aussagen im Mittel eher oder vollkommen zu.⁵² Ein noch größerer Teil distanzierte sich im Mittel zumindest nicht klar von ihnen.

Insgesamt zeigte sich in der RIOET-Studie also, dass es durchaus ein Anschlusspotential für äußerst rechte (Klima-)Narrative unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen gibt, besonders dann, wenn ihnen der Kontext und die Akteur*innen noch nicht bekannt sind. Kenntnisse über klimawandelleugnende oder äußerst rechte Akteur*innen führten in den Fokusgruppeninterviews zu großen Teilen zu einer negativen Einschätzung durch die Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Sowohl in der qualitativen als auch der quantitativen Befragung erkannte ein Großteil der Befragten den Klimawandel als menschengemacht an. Mit mindestens 18 Prozent, die den anthropogenen Klimawandel leugnen, zeigte die Studie aber auch, dass eine große Minderheit innerhalb der Kohorte der jungen Befragten die menschengemachte Verantwortung für die Erderhitzung entgegen dem wissenschaftlichen Konsens negiert. Dementsprechend äußerten sich auch in den Fokusgruppeninterviews vereinzelt Personen relativierend oder skeptisch und beschrieben den Klimawandel als normale Temperaturschwankungen. Mit Blick auf die quantitativen Daten zeigte sich, dass die Zustimmung zu klimawandelleugnenden Aussagen unter bestimmten soziografischen Gruppen häufiger war. So stimmten Jungen und Männer häufiger zu als Frauen und Mädchen sowie Personen ohne (angestrebte) Hochschulzugangsberechtigung als diejenigen Befragten, die ein (Fach-)Abitur oder ähnlichen Abschluss anstrebten bzw. hatten.

Ähnliche Unterschiede ließen sich auch mit Blick auf Zustimmungswerte zu äußerst rechter Einstellung in der quantitativen Befragung ausmachen. Au-

52 Mittelwerte zwischen 3,5-5 auf dem Index äußerst rechte Einstellung

ßerdem konnte festgestellt werden, dass Befragte, die eine höhere Zustimmung zu Klimawandelleugnung hatten, auch äußerst rechten Aussagen eher zustimmten. Zu den teilweise hohen Zustimmungswerten zu äußerst rechten Aussagen in der Online-Befragung ließen sich nur stellenweise Parallelen in den narrativ-biografischen Interviews und Fokusgruppeninterviews finden. Dabei fiel besonders eine Gruppe auf, in der dezidiert rassistische und geschichtsrevisionistische Aussagen geäußert wurden.

Die vorliegende Studie gibt einen breiten Einblick darüber, auf welche Resonanz äußerst rechte und klimawandelleugnende Narrative und Angebote bei jungen Menschen stoßen. Für eine genauere Analyse ließen sich weitere Forschungsfragen stellen, die zu möglichen Erklärungsansätzen führen könnten, um zu verstehen, warum junge Menschen äußerst rechten und klimawandelleugnenden Angeboten zu Klima, Natur und Umwelt zustimmen oder diese ablehnen. Im weiteren Verlauf wird auf diese eingegangen und ein Ausblick gegeben.

4. Schlussbetrachtung: Junge Menschen zwischen Klimakrise und äußerst rechter Einflussnahme

Wir haben uns in dieser Publikation dem Zusammenwirken der Themen Jugend, Klima und Rechtsextremismus gewidmet. Wie blicken junge Menschen in Deutschland aktuell auf den Klimawandel? Wie nehmen sie ökologische Transformationsprozesse in ihrer Region wahr? Wie greifen Akteur*innen der äußersten Rechten diese beiden Themen auf? Und auf welche Resonanz stoßen äußerst rechte Angebote zum Klima, Natur und Umwelt bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen? Ausgangspunkt für diese Studie waren die Beobachtungen, dass sich äußerst rechte Akteur*innen in den letzten Jahren sowohl lokal als auch global verstärkt dem Thema Klimawandel angenommen haben und dass auch junge Menschen äußerst rechten Parteien wie der AfD in hohem Maße ihre Stimme geben. Um diesen Themenkomplex genauer zu untersuchen, haben wir mehrere Tiefenbohrungen vorgenommen: Wir haben mit Expert*innen gesprochen, äußerst rechte Medien analysiert, uns regionale Transformationsprozesse vor Ort angeschaut, mit jungen Menschen aus den jeweiligen Regionen gesprochen und diese Zielgruppe in einer umfassenden Online-Erhebung befragt.

Dabei sind uns unterschiedliche Perspektiven zum Klimawandel, dem Erstarren der äußersten Rechten und der konkreten Transformation vor Ort begegnet. So berichteten Expert*innen aus der Bildungsarbeit, dass sie bei dem Thema rechter Ökologie immer wieder auf Unwissen in Behörden und Institutionen stoßen und es dauerhafter Strukturen bedürfe, um darüber aufzuklären. In den ökologischen Transformationsräumen in ganz Deutschland trafen wir auf Jugendliche und junge Erwachsene, die krisenhafte Jahre hinter sich hatten. Die Corona-Pandemie hat ihren Alltag, wie auch den der Gesamtgesellschaft, in kürzester Zeit massiv verändert. Soziale Begegnungsorte wie die Schule, Sportvereine oder Freizeitzentren standen nicht mehr zur Verfügung. Vieles verlagerte sich ins Digitale. Sie wachsen auf in einer Gesellschaft, die sich in den vergangenen Jahrzehnten nur mangelhaft um die Eindämmung des Klimawandels gekümmert hat, und sind nun konfrontiert mit Aufforderungen zum individuellen Verzicht. Diesem Unmut machten sie in der qualitativen Erhebung Luft – und äußerten dabei sowohl differenzierte Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem als auch an der ungerechten Verteilung der Folgekosten von Klimawandel und Klimapolitik. Gleichzeitig wurden diese Frustrationen aber auch auf andere externalisiert: Klimaaktivist*innen der Letzten Generation wurden zum Teil massiv beschimpft und Menschen mit Migrationsgeschichte abgewertet. Doch: Diese Aussagen teilte nur eine deutliche Minderheit der Befragten der qualitativen Studie. Eine Mehrheit der Befragten distanzierte sich von äußerst rechten Akteur*innen und Narrativen. In diesem Ka-

pitel fassen wir die empirischen Ergebnisse der Studie zusammen und skizzieren anschließende (Forschungs-)fragen, bevor wir im letzten Kapitel (Kap. 5) Handlungsempfehlungen für die Präventions- und Interventionspraxis vorstellen.

4.1 Ergebnisse

Im Mittelpunkt der vorliegenden Publikation stehen die Befunde des Forschungsprojekts „Rechtsextremismus in ökologischen Transformationsräumen“ (RIOET). In einem multimethodischen Vorgehen haben wir im Forschungsprozess neben Dokumenten- und Quellenanalysen, Expert*inneninterviews (N=31), narrativ-biografischen Interviews (N=15), Fokusgruppeninterviews (N=60) und Feldbegehungen auch eine große quantitative Befragung (N=2.099) unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 16–27 Jahren durchgeführt. Ziel war es, tiefere Einsichten in die individuellen und kollektiven Wahrnehmungen von jungen Menschen zur ökologischen und sozialen Transformation, zum Klimawandel sowie deren mögliche Verknüpfung mit Ideologien der äußersten Rechten zu gewinnen. Das Forschungsprojekt bestand aus fünf Teilaspekten: eine Dokumenten- und Quellen-Analyse, um Narrative zu Klima, Natur und Umwelt der äußersten Rechten herauszuarbeiten; eine lokale Feldforschung in vier Transformationsräumen; eine qualitative und eine quantitative Befragung junger Menschen sowie – und dies wird in Kapitel 5 vorgestellt – die Herausarbeitung von Handlungsempfehlungen für Politik und Zivilgesellschaft.

Zentrale Ergebnisse der Dokumenten- und Quellenanalyse

Zunächst sind wir in der vorliegenden Studie auf die äußerst rechte Medienlandschaft eingegangen und haben dargestellt, wie einzelne Akteur*innen das Thema Klimawandel aufgreifen. Dabei wurde deutlich, dass durchaus unterschiedliche und sich grundlegend widersprechende Annahmen zum Klimawandel innerhalb dieser Akteur*innengruppe verbreitet sind. Die überwiegende Mehrheit äußerst rechter Akteur*innen lehnt Klimaschutzmaßnahmen ab und steht dem Thema Klimawandel skeptisch bis leugnend gegenüber. Anschließend folgte eine exemplarische Untersuchung der *Jungen Freiheit*, um die Narrative zu identifizieren, die die Wochenzeitung zum Thema Klimawandel verbreitet. Auch die *Junge Freiheit* ist nicht einheitlich bei der Bewertung des Klimawandels, tritt jedoch meist skeptisch bis leugnend auf. Ausnahmen machen die Autor*innen, wenn das Thema Klimawandel mit Migrationsprozessen oder der Einwanderung von invasiven Tier- und Pflanzenarten verknüpft wird. Der Schwerpunkt in der Bewertung liegt jedoch auf der Ableh-

nung von Klimaschutzmaßnahmen. Dabei schreckt die Wochenzeitung nicht vor Vergleichen mit der NS-Diktatur und Zwangsmaßnahmen in der DDR zurück. Sie verbreitet das Narrativ, dass durch Klimaschutzmaßnahmen die Wirtschaft leiden würde und ein Wohlstandsverlust drohe. Dabei sieht sie Klimaschutzbefürwortung einerseits als Ideologie beziehungsweise Pseudoreligion, andererseits durch Eliten gesteuert. Sie nutzt dazu wissenschaftsfeindliche Argumentationen und versucht Forscher*innen zu diskreditieren. Auch die Erinnerungskultur an die NS-Verbrechen sieht die *Junge Freiheit* als Ursache dafür, dass Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland erfolgreich wären, da diese den freien Willen der Bevölkerung untergraben würde.

Zentrale Ergebnisse der Feldforschung in vier Transformationsräumen

Im Rahmen der empirischen Feldforschung haben wir vier Forschungsregionen ausgewählt, die sich durch spezifische sozialökologische Transformationsprozesse auszeichnen: In Sachsen-Anhalt fokussierte sich die Feldforschung zum einen auf den Harz, in dem aktuell das Waldsterben infolge des Klimawandels diskutiert wird. Außerdem wurde in diesem Bundesland die Mittelstadt Zeitz und ihre nähere Umgebung als Forschungsgebiet ausgewählt, da sich durch die unmittelbare Nähe zum Mitteldeutschen Braunkohlerevier vor Ort die Diskussionen um den vorgezogenen Kohleausstieg abzeichnen. In Westdeutschland stand mit dem Rheinischen Revier in Nordrhein-Westfalen ebenfalls eine Kohleregion und mit dem Reinhardswald in Nordhessen eine Waldregion im Fokus der Untersuchung, wobei in letzterer die Debatten um den Ausbau der Windkraft eine bedeutende Rolle spielten. Somit zeichneten sich alle Untersuchungsregionen durch Konflikte im Rahmen der sozialökologischen Transformation aus: Spannungen waren zu beobachten zwischen Maßnahmen für den Klimaschutz im Sinne der Energiewende und dem Erhalt der lokalen Natur-, Kultur- und Tourismuslandschaft in ihrer bisherigen Form. Aber auch die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, der Erhalt von durch den Kohleabbau bedrohten Ortschaften und die strukturellen Herausforderungen, wie der (mögliche) Verlust von Arbeitsplätzen in der Kohleindustrie, waren Teil der lokal geführten Debatten.

In allen Untersuchungsregionen war ein breites Spektrum von äußerst rechten und verschwörungsideologischen Akteur*innen sichtbar, die sich kommunikativ und/oder politisch strategisch auf die Transformationsprozesse und die damit einhergehenden Diskussionen bezogen. Insbesondere die AfD als ressourcenstarke Partei positionierte sich in allen Regionen deutlich. Die AfD lehnt als einzige Fraktion im Bundestag den Kohleausstieg ab und kann sich damit auf lokaler Ebene – gerade in den Kohleregionen – profilieren (AfD 2025: 41). Neben der AfD mobilisierten die neonazistische Kleinpartei Der III. Weg sowie weitere äußerst rechte Gruppierungen und Protestformationen in den Untersuchungsregionen und griffen die Themen Transformation und

Klimawandel auf. Auch in den sozialen Medien traten äußerst rechte und verschwörungsideologische Gruppierungen aus den Untersuchungsregionen auf.

Zentrale Ergebnisse der qualitativen Befragungen

Die beschriebenen lokalen Transformationsprozesse waren auch Gegenstand der Fokusgruppeninterviews sowie der narrativ-biografischen Einzelinterviews mit jungen Menschen, die im Rahmen der dritten Teilstudie durchgeführt wurden. Die Befragten waren weitgehend mit den sozialökologischen Transformationsprozessen in ihren Regionen vertraut. Eine Mehrheit der Befragten bewertete die vorgezogenen Ausstiege aus der Kohleverstromung positiv, wenngleich es vereinzelt Bedenken bezüglich möglicher Arbeitsplatzverluste gab, die in den ostdeutschen Forschungsregionen stärker als in NRW artikuliert wurden. Problematisch waren für mehrere Teilnehmende aus NRW jedoch die Enteignung und Umsiedlung von Dörfern zugunsten des Kohleabbaus. Die jeweiligen Transformationsprozesse wurden in der qualitativen Befragung dann kritisch kommentiert, wenn die Teilnehmenden oder ihr soziales Umfeld selbst von den Folgen betroffen waren. So verbanden die Befragten das Waldsterben im Harz mit einem Verlust von Lebensqualität und von vertrauter Umgebung, dem politisch entgegenzuwirken sei. Das geplante Windkraftprojekt im hessischen Reinhardswald wurde aus Naturschutzgründen besonders kritisch diskutiert. Befragte in der Region Reinhardswald positionierten sich oftmals gegen dieses Windkraftprojekt, ohne jedoch grundsätzlich Windkraftanlagen in ihrer Nähe oder erneuerbare Energien generell abzulehnen. Energiewendemaßnahmen als Reaktion auf den Klimawandel bewertete die Mehrheit der Befragten positiv.

Den Klimawandel erkannte die Mehrheit der befragten jungen Menschen als menschengemachtes und ernstes Problem an. Sie äußerten den Wunsch nach kollektiven, systematischen und strukturellen Lösungsansätzen auf nationaler und globaler Ebene. Während als weitere Lösungsansätze individuelle Maßnahmen und klimaaktivistisches Engagement diskutiert wurden, stießen besonders die Straßenblockaden der Letzten Generation auf gemischte Reaktionen, einschließlich scharfer Ablehnung und – in Einzelfällen – expliziter Gewaltfantasien. Grundsätzlich bewerteten die Befragten Klimaaktivismus und Klimaproteste zumeist als positiv, solange sie keine aus ihrer Sicht gewalttätigen bzw. radikalen Formen annehmen. Die Befragten äußerten in den Interviews zudem Gefühle wie Machtlosigkeit, Ohnmacht und Verzweiflung hinsichtlich der eigenen Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit dem Klimawandel oder hatten ein schlechtes Gewissen, selbst zu wenig gegen den Klimawandel zu tun. Zudem artikulierten einige Befragte Gefühle wie Frustration und Wut über ein als unzulänglich wahrgenommenes Engagement der Gesellschaft und politischer Akteur*innen im Kampf gegen den Klimawandel.

Äußerst rechte und verschwörungsideologische Impulse wurden von der deutlichen Mehrheit der Befragten in den Fokusgruppeninterviews kritisiert und abgelehnt. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zeigten zum Teil ein hohes Analyse- und Reflexionsniveau. Einzelne konnten Symbole und Narrative der äußersten Rechten (wie beispielsweise die Formulierung „Eine intakte Natur ist die Grundlage unseres Volkes!“ auf einem Plakat des III. Wegs) dechiffrieren, selbst wenn sie die Quelle des diskutierten Impulses nicht (er)kannten. Eine quellenkritische Auseinandersetzung mit der Form und dem Inhalt der Impulse führte selbst bei denjenigen Befragten zu einer negativen Resonanz, die diesen zuvor zugestimmt hatten. Ein Großteil der Befragten stand äußerst rechten und verschwörungsideologischen Akteur*innen – insbesondere der AfD – kritisch bis ablehnend gegenüber. Entsprechend wurden die Versuche äußerst rechter Akteur*innen, die Themen Klima, Natur und Umwelt zu vereinnahmen, von diesen Befragten schnell verstanden und abgelehnt.

Äußerst rechte Narrative zu Klima, Natur und Umwelt stießen in den Fokusgruppen folglich nur selten auf Zustimmung. Wenn dies aber der Fall war, hatte das verschiedene Gründe: Dominierten zustimmende Teilnehmende die Diskussion, was vor allem in einem Fokusgruppeninterview vorkam, kam es teilweise auch unter anderen, eher „stillen“ Teilnehmenden zu einer Zustimmung zu äußerst rechten und verschwörungsideologischen Narrativen. Zudem wurde in den Fokusgruppeninterviews deutlich, dass den entsprechenden Narrativen häufiger zugestimmt wurde, wenn wenig Vorwissen über den äußerst rechten Ursprung der vorgelegten Impulse und damit die fehlende Möglichkeit einer quellenkritischen Einordnung gegeben war. Einzelne Teilnehmende der Fokusgruppeninterviews ordneten sich selbst außerdem als politisch rechts ein und sympathisierten offen mit äußerst rechten Angeboten. Auffällig war, dass die Aktionen der äußerst rechten Akteur*innen für Natur- und Umweltschutz (z. B. Aufforderungen zum Schutz des „deutschen Waldes“ der AfD) von einzelnen Befragten der qualitativen Studie als positiv gewertet und in der Folge die äußerst rechte Ausrichtung der Akteur*innen relativiert wurde. Selbst wenn die Befragten den äußerst rechten Akteur*innen kritisch bis ablehnend gegenüberstanden, wurden ihre Aufrufe für Natur- und Umweltschutz positiv bewertet. Das zeigte sich an vereinzelt Aussagen wie „Aber bei sowas ist es ja dann doch gut, wie sie sich einsetzen“ (Jennifer, Gruppe 8) oder „besser als das, was die Grünen machen“ (Nils, Gruppe 8). Äußerst rechten Akteur*innen kann es in Einzelfällen also gelingen, aufgrund ihrer Angebote zu natur- und umweltpolitischen Themen selbst bei kritischen Personen Zuspruch zu gewinnen.

Es zeigte sich zusammengefasst in der qualitativen Erhebung: Der Klimawandel wurde als menschengemacht anerkannt und als bedeutsames Problem empfunden. Trotz vereinzelter Bedenken bezüglich möglicher negativer sozialer Folgen des Braunkohleausstiegs und der teilweisen Ablehnung von Windkraftanlagen im Wald bewerteten die meisten Teilnehmenden die Energie-

wende als notwendig und entsprechende Maßnahmen als positiv. Äußerst rechte und verschwörungsideologische Akteur*innen sowie deren Narrative und Aktionen im Kontext der Klimawandelthematik und der beforschten sozialökologischen Transformationsprozesse stießen überwiegend auf Ablehnung.

Zentrale Ergebnisse der quantitativen Online-Befragung

Die Befunde aus der qualitativen Erhebung dienten als Ausgangspunkt für die quantitative Online-Befragung, die Einstellungen von jungen Menschen zum Klimawandel sowie zu Klimanarrativen der äußersten Rechten abfragte. Ein großer Anteil der Befragten zeigte Interesse für den Klimaschutz und politische Themen allgemein. Die Befragten waren besorgt und teils verängstigt bezüglich der Folgen des Klimawandels und erkannten ihn überwiegend auch hier als menschengemacht an. Gleichzeitig erachteten die Befragten die Bemühungen der Bundesregierung für den Klimaschutz mehrheitlich als zu gering.

Aussagen zu äußerst rechten Einstellungen erhielten eine höhere Zustimmung als Ablehnung: So war die Personengruppe, die alle Aussagen zur äußerst rechten Einstellung (Abb. 20) wenigstens teilweise ablehnte, relativ klein (14,5 Prozent). Demgegenüber war der Anteil derer, die den Aussagen mindestens teilweise zustimmten, größer (17,8 Prozent). Bei einzelnen Aussagen zeigten sich noch deutlichere Zustimmungswerte zu äußerst rechten Narrativen. Bemerkenswert ist dabei, dass sich unter denjenigen, die allen äußerst rechten Aussagen mindestens teilweise zugestimmt haben, nur ein knappes Drittel (32,3 Prozent) selbst politisch eher bis sehr rechts verortete und 16,4 Prozent der Befragten von sich sagten, dass sie sich selbst eher bis sehr links verorten würden. Ebenso verfielen äußerst rechte Klimanarrative bei einem Teil der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen und erreichten teils hohe Zustimmungswerte. Mit mindestens 18 Prozent Leugner*innen des anthropogenen Klimawandels zeigt die Studie, dass eine große Minderheit innerhalb der Kohorte der jungen Befragten die menschengemachte Verantwortung für die Erderhitzung entgegen dem wissenschaftlichen Konsens negiert. Bei etwa einem Fünftel der Befragten zeigt sich eine Verdichtung von äußerst rechten und klimaleugnenden Orientierungen. Deutlich wurde außerdem ein Zusammenhang zwischen äußerst rechten und klimawandelleugnenden Aussagen: Wer äußerst rechten Aussagen eher zustimmte, tendierte auch dazu, klimawandelleugnenden Aussagen zuzustimmen. Verschwörungsideologien spielen bei beiden Einstellungsmustern eine relevante Rolle und können hier als Brücke dienen.

Auch war in der quantitativen Studie zu beobachten, dass die befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen viel Zeit in den sozialen Medien verbrachten und dabei gleich mehrere Plattformen sehr regelmäßig nutzten. Für einige Befragte diente das Internet nicht nur als (alleinige) vertrauenswürdige

Informationsquelle, sondern auch als Ort des politischen Engagements, indem unter anderem Petitionen online unterschrieben wurden.

In der Online-Befragung zeigten sich auch zahlreiche Unterschiede zwischen den Befragten entlang verschiedener politischer und soziodemografischer Parameter. Bezüglich der politischen Selbstverortung sortierten sich etwas mehr weibliche Befragte links ein als befragte Jungen und Männer. Diese Selbsteinschätzung bestätigte sich auch mit Blick auf die Zustimmung zu äußerst rechten Einstellungen und der Zustimmung zur Klimawandelleugnung, bei denen die männlichen Befragten im Durchschnitt höhere Zustimmungswerte erzielten als die weiblichen und diversgeschlechtlichen Befragten. Signifikante Unterschiede zeigten sich auch im Zustimmungsverhalten von Befragten, die ein (Fach-)Abitur, die allgemeine Hochschulreife oder einen gleichwertigen Abschluss hatten oder anstrebten, und denjenigen Befragten, die niedrigere Schulabschlüsse hatten oder anstrebten. Dabei fiel nicht nur auf, dass die Befragten mit höheren (angestrebten) Schulabschlüssen äußerst rechten Aussagen in der Tendenz weniger häufig zustimmten, sondern unter ihnen auch geringere Anteile den menschengemachten Klimawandel oder die wissenschaftlichen Belege für dessen Existenz anzweifeln. Ebenso war unter den Befragten mit niedrigeren (angestrebten) Schulabschlüssen der Anteil derer, die es für sinnvoll hielten, sich zu engagieren, geringer.

Außerdem ergaben sich in der Befragung signifikante Unterschiede zwischen Befragten, die in Großstädten wohnen, und denjenigen, die in kleineren Orten leben. Großstädter*innen schätzten das Problem des Klimawandels häufiger als ernst für ihre Region ein. Gleichzeitig zeigte sich, dass diese Befragten häufiger der Aussage zustimmten, dass die Demokratie grundsätzlich funktioniere, und im Mittel die geringste Zustimmung zu äußerst rechten Aussagen aufwiesen. Schließlich zeigten die Ergebnisse auf der Einstellungsebene nur wenige deutliche Unterschiede im Zustimmungsverhalten der in Ost- und Westdeutschland lebenden Befragten. Befragte in Ostdeutschland waren nicht per se stärker rechts eingestellt, aber mehr junge Menschen in Ostdeutschland sympathisierten offen mit rechtsextremen Parteien. Die quantitative Studie ist mit Blick auf diese Verteilung jedoch nicht repräsentativ.

Insgesamt zeigen die Studienergebnisse ein ambivalentes Bild: Die Befragten interessierten sich für Klimaschutz und politische Themen. Sie waren besorgt und teils verängstigt bezüglich der Folgen des Klimawandels und erkannten ihn als menschengemacht an. Gleichzeitig waren nicht nur die Anteile derer, die Aussagen gegenüber der Demokratie gespalten gegenüberstanden, sehr hoch, sondern auch die Zustimmungswerte zu äußerst rechten Aussagen aus demokratischer Perspektive besorgniserregend. Wie ließen sich diese Ergebnisse deuten und welche Fragen schließen sich an die Befunde an? Im Folgenden soll darauf ein Ausblick skizziert werden.

4.2 Ausblick: Anschließende Forschungsfragen und -perspektiven

Die vorliegende Studie gibt einen empirisch dichten Einblick, auf welche Resonanz äußerst rechte und verschwörungsideologische Narrative zu den Themen Klima, Natur und Umwelt bei jungen Menschen stoßen und wie lokale Transformationsprozesse in Ost- und Westdeutschland in dieser Zielgruppe diskutiert werden. Für eine genauere Analyse ließen sich weitere Forschungsfragen stellen, um zu verstehen, warum junge Menschen äußerst rechten und verschwörungsideologischen Angeboten zu den Themenkomplexen Klima, Natur und Umwelt zustimmen oder diese ablehnen. Hier wäre zu untersuchen, welche konkreten sozialstrukturellen und biografischen Merkmale die Resonanz auf äußerst rechte und verschwörungsideologische Angebote beeinflussen könnten. Wie in Kapitel 3.2.2 erwähnt, steht eine ausführliche Analyse zum Zusammenhang soziodemographischer Daten mit den erhobenen Einstellungen noch aus. Die qualitativen und die quantitativen Befunde, die hier dargestellt wurden, geben aber bereits Hinweise darauf, dass Wohnort, Geschlecht und Bildung einen Einfluss auf die Resonanz haben. Es ließe sich genauer untersuchen, aus welchen Gründen dies zutrifft. Ansätze aus der kritischen Männlichkeitsforschung (u. a. Kimmel 2013; Daggett 2018), den Gender Studies (Hark/Villa 2015; Lang 2015; Stögner 2014; Mayer et al. 2018; Veit 2022) und der Rechtsextremismus- und Autoritarismusforschung (u. a. Decker et al. 2024; Beelmann/Michelsen 2022) könnten dazu beitragen, diese Fragen zu erhellern.

Beim Versuch, die Ergebnisse der vorliegenden Studie in einen größeren, gesellschaftstheoretischen Rahmen einzubetten, finden sich thematische Anknüpfungspunkte zu Analysen der Autoritarismusforschung in Anschluss an die Kritische Theorie (Adorno et al. 1973; Löwenthal 2021; Decker et al. 2024). Aus dieser Perspektive wird gefragt, welche Rolle gesellschaftliche Strukturen wie der Kapitalismus, die liberale Demokratie oder das Geschlechter- und Naturverhältnis für die Genese äußerst rechter und verschwörungsideologischer Ressentiments spielen. Ein Konzept, das in den vergangenen Jahren für die Erklärung dieser Ressentiments entwickelt wurde, ist der „libertäre Autoritarismus“ (Amlinger/Nachtwey 2022). Dieser zeige sich bei Einzelnen in Form von Gefühlen der Ohnmacht, der Kränkung und auch als Groll, der regressiv gewendet auf „andere“ projiziert wird. Die individuelle Freiheit wird rebellisch gegen das verteidigt, was diese einschränken könnte – wie sich beispielsweise auf den sogenannten Coronaprotesten gezeigt hat. Den libertären Autoritarismus führen Amlinger und Nachtwey in ihrer Analyse auf die gegenwärtige Gesellschaft zurück: Der andauernde Konkurrenzdruck in allen Lebensbereichen und die Forderung zur Eigenverantwortung und Individualität, während immer wieder Erfahrungen der Abhängigkeit und des Kontrollver-

lusts gemacht werden, kulminieren auf destruktive Art im libertären Autoritarismus (ebd.: 13). Dieser ist somit Ausdruck einer bestimmten Gesellschaftsform – und äußerst rechte und verschwörungsideologische Ansichten sind in diesem Sinne nicht randständig, sondern werden durch die gegebenen Strukturen sowie das ständige Scheitern an ihnen hervorgebracht. Daran anschließend ließen sich die vorgestellten Ergebnisse dahingehend befragen, inwiefern die Zustimmung zu äußerst rechten und verschwörungsideologischen Narrativen zu Klima, Natur und Umwelt auch auf Erfahrungen in der spätmodernen Gesellschaft zurückzuführen sein könnte.

Einen weiteren Hinweis für sich anschließende thematische Analysen könnten die Aussagen der befragten jungen Menschen zum Thema Freiheit darstellen. Die Befragten bezogen sich auf unterschiedliche Vorstellungen von Freiheit, die mal vom Klimawandel bedroht zu sein schien, mal von klimapolitischen Maßnahmen. Verhandelt wurde in diesem Zuge auch, welche eigene Wirkmächtigkeit und Handlungsfähigkeit junge Menschen in Bezug auf die Klimakrise haben. Hier zeigte sich ein erlebter Widerspruch: Während die Befragten sich der Aufforderung, ihr eigenes Verhalten klimafreundlicher zu gestalten, bewusst waren und versuchten, dieser nachzukommen, äußerten sie ebenfalls die Einschätzung, dass Einzelne wenig verändern könnten. Dies verknüpften sie zum Teil mit der Forderung, klimaschädliche Unternehmen stärker in die Verantwortung zu nehmen. Ihre daraus resultierenden Gefühle von Ohnmacht, schlechtem Gewissen und Frustration in diesem Dilemma könnten einen Anknüpfungspunkt für äußerst rechte Angebote sein, die negativen Affekte auf andere zu projizieren: „die“ Politik, maßgeblich die Partei Bündnis 90/Die Grünen, aber auch Aktivist*innen der Letzten Generation wurden als Feindbild in einzelnen Fokusgruppeninterviews explizit benannt. Diese Emotionen und Projektionen, die im Kontext des Klimawandels und lokaler ökologischer Transformationsprozesse zu Tage traten, könnten auch aus einer psychoanalytisch-sozialpsychologischen Perspektive vertieft werden, um die Dimension der latenten und potenziell verdrängten Affekte zu analysieren (Ester/Koch 2023; Kaufhold et al. 2024).

Affekttheoretisch ließe sich genauer untersuchen, welche Rolle diese Gefühle für die Polarisierung und Radikalisierung in der Klimadebatte spielen – und wie diese Affekte medial und politisch adressiert bzw. reproduziert werden. Hier könnten sich auch weitere Forschungsfragen anschließen, die untersuchen, inwiefern Erfahrungen (politischer) Selbstwirksamkeit und Partizipation im Rahmen klimapolitischer Maßnahmen der Zustimmung zu äußerst rechten Narrativen entgegenwirken könnten.

Nicht zuletzt für die Frage nach Präventions- und Interventionsmaßnahmen und die Förderung demokratischer Alternativen im Kontext klimapolitischer Debatten könnten weiterführende Forschungen in diesem Themenfeld erhellend sein. Die vorliegenden Ergebnisse bieten Möglichkeiten, vertiefende Fragen zu stellen und weitere Forschungen anzuschließen.

5. Was tun? Handlungsempfehlungen für Politik, Zivilgesellschaft und demokratische Institutionen

Die Forschungsergebnisse der RIOET-Studie zeigen, dass äußerst rechte Narrative mit Bezug auf den Klimawandel und seine Folgen und Ursachen bei jungen Menschen verfangen können – wenn auch die Mehrheit der Befragten der quantitativen und der qualitativen Erhebung diesen Narrativen kritisch und ablehnend gegenübersteht. Dennoch können sich äußerst rechte Narrative beispielsweise über die Kritik an klimapolitischen Maßnahmen, an Klimaaktivismus, an Windkraft sowie durch die Konstruktion der Partei Bündnis 90/Die Grünen als Feindbild oder durch das Thema Energiesicherheit annähern. Auch die Leugnung des (anthropogenen) Klimawandels oder das gegeneinander Ausspielen von Klima- und Umweltschutz sind Teil dieser Diskurse. Um zivilgesellschaftliche Akteur*innen im Umgang mit äußerst rechten Einflussversuchen im Kontext ökologischer Diskurse zu stärken, werden in diesem Kapitel Handlungsempfehlungen aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen des RIOET-Projekts entwickelt, die als Anregung für die demokratiefördernde Praxis dienen sollen.

In den Ergebnissen zeigte sich deutlich, dass es wichtig ist, Klimathemen als Anknüpfungsfeld des Rechtsextremismus zu erkennen (vgl. Kap. 2), da eine Zustimmung zu äußerst rechten Narrativen tendenziell mit einer Zustimmung zu klimaleugnenden Narrativen einhergeht. (Klima-)politische Aufklärung kann langfristig somit auch gewinnbringend für die Rechtsextremismusprävention sein und andersherum. In Institutionen wie Ministerien, FÖJs und lokalen Strukturen, aber auch bei Pädagog*innen und Sozialarbeiter*innen sollte dafür mehr Bewusstsein geschaffen und Ressourcen für Weiterbildungsangebote und Informationskampagnen bereitgestellt werden. Außerdem sollten Informationsangebote, die äußerst rechte Narrative zum Klimawandel entkräften, stärker gefördert und ausgebaut werden.

Weiter ergibt sich aus den Daten, dass ökologische, soziale und generationale Gerechtigkeit miteinander verbunden sind. Sie legen die Grundlagen für eine stabile und zukunftsfähige Demokratie. Klimaschutz, der Abbau sozialer Ungleichheit und die Sicherstellung der Rechte und Ressourcen zukünftiger Generationen müssen als zusammenhängende Herausforderungen gedacht werden. Vor allem sollte dabei eine gerechte Klimapolitik verfolgt werden, die sozial und ökologisch ist. Bei den Teilnehmenden in der RIOET-Studie gab es ein starkes Bewusstsein dafür, dass es für eine wirksame Klimapolitik eine stärkere Beteiligung und Verantwortungsübernahme von klimaschädlichen Unternehmen bedarf (vgl. Kap. 3.4). Junge Menschen forderten in dieser Studie eine gerechte Verteilung der Verantwortung und der Anstrengungen für eine nachhaltige Zukunft. Klimaschutzmaßnahmen sollten sozial verträglich

umgesetzt werden und dürfen soziale Ungleichheiten nicht vergrößern, da dies ihre Akzeptanz gefährdet. Eine Klimapolitik, die dies berücksichtigt, könnte so der politischen Enttäuschung und dem Sich-allein-gelassen-Fühlen bei jungen Menschen entgegenwirken. Politische Entscheidungsträger*innen sollten die Verbindung von sozialen und ökologischen Aspekten gemeinsam adressieren, um gesellschaftliche Ungleichheiten zu verhindern und demokratische Prozesse zu fördern.

Beratungsstrukturen sollten weiter institutionalisiert werden. Um Fachkräfte und Bürger*innen zu unterstützen, braucht es institutionalisierte und ausfinanzierte Beratungsstrukturen, an die sich Aktive wenden können. Besonders Initiativen und Organisationen wie Naturschutzvereine und lokale Initiativen, die äußerst rechten und verschwörungsideologischen Angriffen und Vereinnahmungsversuchen ausgesetzt sein können, sollten in ihrem demokratischen Engagement gestärkt und über relevante Akteur*innen aufgeklärt werden. Dafür braucht es finanzielle Mittel, die langfristig zur Verfügung stehen und beispielsweise Aufklärungs- und Beratungsangebote sichern.

Wenn äußerst rechte Akteur*innen vehement Natur- und Umweltschutzthemen als niedrigschwellige Einstiegsthemen nutzen (vgl. Kap. 2.4), ergibt sich für Naturschutzverbände- und -initiativen daraus die Notwendigkeit, resilienter gegen äußerst rechte Vereinnahmungsversuche zu werden. Positionspapiere, Resolutionen und Pressemitteilungen, die klar gegen solche Bestrebungen Stellung beziehen, helfen dabei, eine eindeutige Haltung nach außen zu vermitteln. Organisationen können in ihren Satzungen ein ausdrückliches Bekenntnis zu menschenrechtlichen Grundwerten, zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zu Vielfalt und Minderheitenschutz verankern. Damit einhergehen sollte die Möglichkeit, Mitglieder auszuschließen, deren Verhalten diesen Werten widerspricht. In der Praxis lässt sich ein solches Bekenntnis bereits in der Satzung des Naturschutzbund Deutschland e. V. (NABU) unter § 2 (3) finden (NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V. 2022: 3). Da das Feld der Klimawandelleugnung auf unwissenschaftlichen oder verschwörungsideologischen Ansätzen beruht, empfiehlt es sich, sich in Satzungen ausdrücklich zur Wissenschaftlichkeit zu bekennen, um sich gegenüber klimawandelleugnenden und verschwörungsideologischen Akteur*innen klar abzugrenzen.

In der Erhebung wurde deutlich, dass aufgeklärte und informierte Stimmen einen positiven Einfluss innerhalb ihres eigenen Umfelds und ihrer Altersgruppe haben können. Deswegen braucht es mehr Bemühungen, junge demokratische Stimmen zu empowern. Sie zu stärken kann sich positiv auf die Diskurse junger Menschen auswirken, da diese als Multiplikator*innen für demokratische Diskursangebote auf ihre Peer-Groups einwirken können.

Dafür müssen auch soziale Netzwerke als Chance für die (klima-)politische Bildung und Rechtsextremismusprävention begriffen werden. Träger der politischen Bildung sollten auf die starke Nutzung sozialer Medien durch Ju-

gendliche mit eigenen Angeboten reagieren, indem sie beispielsweise zielgruppen- und plattformorientierte Onlineformate entwickeln. Diese Formate sollten Inhalte der ökologischen und politischen Bildung sowie Rechtsextremismusprävention umfassen und den Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen gerecht werden.

Zur Prävention gegen äußerst rechte Einflussnahmen in den Diskursen um den Klimawandel wird auch Medienkompetenzförderung im Rahmen von Aufklärungskampagnen empfohlen, um jungen Menschen beizubringen, Desinformation zu erkennen. So zeigte sich in der RIOET-Studie, dass diejenigen, die Narrative analysieren, Inhalte sowie Forderungen kritisch einordnen und kontextualisieren können, äußerst rechte Inhalte nicht nur als solche erkennen, sondern auch dekodieren können. Um diesbezüglich Strategien zielführend durchführen zu können, braucht es Räume, in denen das Erkennen äußerst rechter Strategien gefördert, Medienkompetenz erlernt und kritische demokratische Diskurse erprobt werden können. Gerade in Regionen, in denen derzeit Transformationsprozesse stattfinden, sollten entsprechende Informationskampagnen und Weiterbildungsangebote intensiviert werden.

Zudem ist es unerlässlich, geschlechterreflektierende Ansätze in der Rechtsextremismusprävention zu implementieren. Männliche Befragte hatten in dieser Studie tendenziell höhere Zustimmungswerte zu Aussagen der äußersten Rechten als weibliche oder diversgeschlechtliche Befragte (vgl. Kap. 3.5). Dass Geschlecht eine unverzichtbare Analysekategorie in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist, muss sich dementsprechend auch in der Präventionsarbeit widerspiegeln.

Demokratieförderung sollte auch in der schulischen Bildung einen höheren Stellenwert bekommen. Befragte mit höheren (angestrebten) Schulabschlüssen stimmten äußerst rechten Aussagen in der Tendenz weniger häufig zu. Daraus ergibt sich nicht nur ein Bedarf an niedrigschwelligen Angeboten der Rechtsextremismusprävention allgemein, sondern auch an einer verstärkten Implementierung von Räumen der kritischen Auseinandersetzung mit Narrativen der äußersten Rechten in der schulischen Bildung. Demokratische Strukturen wie Schülervvertretungen und Klassenräte sollten gestärkt werden. Langfristige Präventionsstrategien erfordern regelmäßige Lehrkräftefortbildungen und Kooperationen mit externen Initiativen. Erfolgreiche Programme wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zeigen, dass klare Positionierung und kontinuierliches Engagement entscheidend sind.

Junge Perspektiven müssen in die (Klima-)Politik stärker einbezogen werden. (Klima-)politische Entscheidungen sollten transparenter gestaltet und kommuniziert werden, um Frustration und Ohnmachtsgefühle unter jungen Menschen (vgl. Kap. 3.3) abzubauen und demokratische Teilhabe zu stärken. Für etablierte politische Akteur*innen ergibt sich daraus auch die Notwendigkeit, entschlossener und transparenter klimapolitische Maßnahmen durchzusetzen. Eine glaubwürdige und ambitionierte Klimapolitik kann nicht nur öko-

logische Fortschritte ermöglichen, sondern auch das Vertrauen junger Menschen in demokratische Prozesse stärken. Eine effektive und inklusive Klimapolitik muss dabei auf allen Verantwortungsebenen gedacht werden und sollte vor allem auf die strukturelle Ebene zielen, da besonders in der industriellen Produktion CO₂ freigesetzt wird.

Um junge Menschen in die Gestaltung der Klimapolitik nachhaltig mit einzubeziehen, sollten konkrete demokratische Angebote zum Klimaschutz vor Ort geschaffen und ausgebaut werden. Denn äußerst rechte Angebote zum Klimaschutz (wie der Aufruf des III. Wegs und die Waldkonferenz der AfD) wurden von Befragten zum Teil positiv bewertet und auch der konkrete, lokale „Einsatz fürs Klima“ wurde gewürdigt (vgl. Kap. 3.5). Hier sollte es demokratische, niedrigschwellig und attraktiv gestaltete Alternativen geben, die jungen Menschen konkrete Möglichkeiten bieten, sich vor Ort für den Klimaschutz zu engagieren. Damit könnte auch an die affektive Ebene angeknüpft werden: Junge Menschen – aber auch alle anderen – klimapolitisch zu aktivieren, könnte auch die Wirkmächtigkeit und Erfahrung von Selbstwirksamkeit stärken. Zudem sollten niedrigschwellige Beteiligungsformen weiter ausgebaut und ernst genommen werden, um junge Menschen vor allem auf der kommunalen Ebene aktiv in politische Prozesse einzubinden. Ängste und Frustrationen von jungen Menschen sollten dabei ernst genommen werden, um langfristige Politikverdrossenheit zu verhindern. Dies gilt auch für Klimaschutzverbünde: Vor allem jungen Mitgliedern sollte nahegebracht werden, wie mit politischen Niederlagen oder langwierigen politischen Entscheidungen umgegangen werden kann, damit sie diesen resilienter gegenüberstehen können und nicht ihr politisches Vertrauen verlieren oder sich aus der aktiven Klimapolitik zurückziehen. Hierbei wäre es vor allem hilfreich, jungen Menschen Einblicke in politische Abläufe und Entscheidungsfindungen zu gewähren, damit sie diese nachvollziehen können. Beteiligungsprojekte sollten dabei möglichst niederschwellig sein und Jugendliche mit unterschiedlichen Bildungsniveaus aktiv miteinbeziehen.

Um die demokratische Teilhabe und Resilienz in allen Regionen gewährleisten zu können, sollte Demokratiearbeit im ländlichen Raum ausgebaut und verstetigt werden. Jugendsozialarbeit, Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen sollten speziell für junge Menschen in allen Regionen ermöglicht werden, auch in weniger gut angebundenen Gebieten, denn sie bieten wichtige Orte des außerschulischen Austauschs. Erfolgreiche Angebote wie die Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) sollten ausfinanziert und langfristig gefördert werden.

Im gleichen Zuge sollte das Thema Klimawandel auch im ländlichen Raum relevant gemacht werden. Denn die RIOET-Studie zeigt, dass Befragte aus kleineren Orten (unter 5000 Einwohner*innen) die Probleme im Zuge des Klimawandels weniger ernst einschätzten als Befragte aus urbanen Räumen (vgl. Kap. 3.3). Das Bewusstsein für den Klimawandel und die damit einher-

gehenden Herausforderungen – lokal wie global – sollte auch im ländlichen Raum explizit gestärkt werden. Zudem gilt es, die Besonderheit ländlicher Räume bei der sozialökologischen Transformation mitzudenken, da Klimaschutzmaßnahmen sich nicht eins zu eins auf urbane wie auf ländliche Räume übertragen lassen. Die spezifischen Bedingungen ländlicher, insbesondere strukturgeschwächter Räume müssen in der Klimapolitik mitbedacht werden. Dies ergab sich in der RIOET-Studie vor allem durch die narrativ-biografischen Interviews, in denen Teilnehmende darauf hinwiesen, dass es einen Ausbau des ÖPNV bräuchte, um realistisch auf das Auto verzichten zu können (vgl. Kap. 3.4). Auch die ökonomische Beteiligung der lokalen Bevölkerung an regionalen erneuerbaren Energien könnte die Zustimmung zu klimapolitischen Maßnahmen erhöhen und rechte Angebote in diesem Feld entkräften.

Es besteht auch eine Notwendigkeit, die lokale Bedeutung des Klimawandels zu betonen. Der Klimawandel wurde in der RIOET-Studie eher als ein globales, denn als ein lokales Problem wahrgenommen (vgl. Kap. 3.3). Auch wenn diese Einschätzung größtenteils zutrifft, kann sie der Schlussfolgerung Raum bieten, Folgen und Herausforderungen des Klimawandels als „weit weg“ zu denken und die eigene Betroffenheit zu übersehen. Lokale Folgen des Klimawandels (zum Beispiel das Waldsterben) als solche zu benennen, könnte das Bewusstsein für die aktuelle Situation schärfen und die lokale Bevölkerung (klima-)politisch aktivieren.

Zuletzt sollte der Wissenschafts-Praxis-Transfer bestärkt werden. Forschungsergebnisse, wie die Ergebnisse der RIOET-Studie, sollten auch mit der Fachpraxis diskutiert werden, um praxisnahe Angebote zu entwickeln. Damit praxisrelevante Forschungsergebnisse effektiv in Bildungs- und Sozialarbeit integriert werden können, empfehlen sich gemeinsame Austauschformate.

Diese Handlungsempfehlungen können verdeutlichen, wie Forschungsergebnisse in konkrete Maßnahmen für Zivilgesellschaft und Bildungspraxis überführt werden können. Sie betonen die Notwendigkeit, demokratische Strukturen zu stärken, äußerst rechte Einflussversuche aktiv zurückzudrängen und junge Menschen für eine gerechte Klimapolitik zu gewinnen.

Quellen- und Literatur

1. Einleitung

Quellen

AfD Bundesverband (2025): Zeit für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf [Zugriff: 29.05.2025].

Literatur

Bjørge, Tore/Ravndal, Jacob Aasland (2019): Extreme-Right Violence and Terrorism: Concepts, Patterns, and Responses. In: ICCT Policy Brief. <https://icct.nl/publication/extreme-right-violence-and-terrorism-concepts-patterns-and-responses>

Blühdorn, Ingolfur/Butzlaff, Felix/Deflorian, Michael/Hausknost, Daniel/Mock, Mirijam (2020): Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet. Bielefeld: transcript Verlag.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2024): Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven. München: oekom verlag. 2. Auflage.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom verlag.

Bundesregierung (2024): Angriffe auf Politiker, Parteibüros und Wahlplakate bis einschließlich 2023. In: [dserver.bundestag.de](https://dserver.bundestag.de/btd/20/101/2010177.pdf) (Nr. 20/10177). <https://dserver.bundestag.de/btd/20/101/2010177.pdf>.

Cremer, Hendrik (2023): Warum die AfD verboten werden könnte. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.

Dörre, Klaus/Holzschuh, Madeleine/Köster, Jakob/Sittel, Johanna (Hrsg.) (2022): Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationsprozesse um Energie. Frankfurt/New York: Campus Verlag. 2. Auflage.

Ekberg, Kristoffer/Forchtner, Bernhard/Hultman, Martin/Jylhä, Kirsti (2022): Climate Obstruction. How Denial, Delay and Inaction are Heating the Planet. London: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781003181132-4>.

Eversberg, Dennis/Fritz, Martin/von Faber, Linda/Schmelzer, Matthias (2024): Der neue sozialökologische Klassenkonflikt. Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um Transformation. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.

Freie Demokratische Partei e. V. (2024): Weichen für Wachstum stellen. <https://www.fdp.de/weichen-fuer-wachstum-stellen>. [Zugriff: 29.05.2025].

Hausmanning, Thomas (2013): Verschwörung und Religion. München: Fink.

Infratest dimap (2024a): Wen wählten Jüngere und Ältere? [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-06-09-EP-DE/umfrage-alter.shtml). <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-06-09-EP-DE/umfrage-alter.shtml> [Zugriff: 20.09.2025]

- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023): *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Olsen, Jonathan (1999): *Nature and Nationalism. Right-Wing Ecology and the Politics of Identity in Contemporary Germany*. New York: St. Martin's Press.
- Quent, Matthias (2020): *Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Quent, Matthias (2024): *Feindbild Grüne*. Republik.ch. Verfügbar unter: <https://www.republik.ch/2024/03/14/feindbild-gruene> [Zugriff: 29.05.2025].
- Quent, Matthias/Richter, Christoph/Salheiser, Axel (2022): *Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende*. München: Piper Verlag.
- Sommer, Bernd/Schad, Miriam (2022): Sozial-ökologische Transformationskonflikte. Konturen eines Forschungsfeldes. In: *ZfP Zeitschrift für Politik* 69, 4, S. 451–468. <https://doi.org/10.5771/0044-3360-2022-4-451>.
- Sommer, Bernd/Schad, Miriam/Kadelke, Philipp/Humpert, Franziska/Möstl, Christian (2022): *Rechtspopulismus vs. Klimaschutz? Positionen, Einstellungen, Erklärungsansätze*. München: oekom verlag.
- Tagesschau.de (2024): *Fast 100 Tote bei Sturzfluten in Spanien*. tagesschau.de. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/spanien-unwetter-tote-102.html> [Zugriff: 29.05.2025].
- Tagesschau.de (2025a): *Wen wählten Jüngere und Ältere?* Tagesschau.de <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/umfrage-alter.shtml> [Zugriff: 30.05.2025].
- Tagesschau.de (2025b): *AfD „gesichert rechtsextremistisch“*. Tagesschau.de <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/verfassungsschutz-afd-102.html> [Zugriff: 30.05.2025].
- Virchow, Fabian (2024): *Rechtsextreme Narrative in sozialen Medien – Merkmale, Einfluss auf junge Menschen und Umgang hiermit*. Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz: BzKJAKTUELL. Ausgabe 2. S. 5–9. <https://www.bzkg.de/resource/blob/240366/2e2983a9f1ca5f69f67b08b9f9a6fc8f/20242-rechtsextreme-narrative-und-social-media-influencende-data.pdf> [Zugriff: 01.06.2025].
- Wolff, Reinhard (2018): *Waldbrände in Schweden. „Eine Demonstration, was uns erwartet“*. Klimareporter.de. <https://www.klimareporter.de/erdsystem/eine-demonstration-was-uns-erwartet> [Zugriff: 01.06.2025].
- Zeit Online (2024): *Zehntausende demonstrieren bundesweit für mehr Klimaschutz*. Zeit Online. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-09/fridays-for-future-klimastreik-demonstration-klimaschutz-bundesweit> [Zugriff: 30.05.2025].
- Zweites Deutsches Fernsehen (2024): *Copernicus: Sonntag war weltweit heißester Tag*. ZDFheute. <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/klima-heissester-tag-hitze-copernicus-100.html> [Zugriff: 30.05.2025].

2. Klimawandel, Transformationsprozesse und die äußerste Rechte

Quellen

- AfD (2023): +++ Greta Thunberg in Gewahrsam: Der einzig richtige Umgang mit Klimaterroristen! +++. FB-Post vom 18.01. <https://www.facebook.com/alternativefuere/posts/pfbid02Mc4VTY9ubYkZUYjdMwZygRucmeQQHsYmnR86i6ycS6EY7Wog-BxfWPRoX79wQoPMxl> [Zugriff: 29.07.2025].
- AfD Bundestagsfraktion (2020a): Abholzung des Reinhardswaldes verhindern! Pressekonferenz der AfD-Fraktion im Bundestag. YouTube-Beitrag vom 27.08. <https://www.youtube.com/watch?v=UN580tI5aC0> [Zugriff: 31.01.2024].
- AfD Bundestagsfraktion (2020b): Pressekonferenz im Wald: „Erhalt des hessischen Reinhardswaldes“. FB-Post vom 21.08. <https://www.facebook.com/afdimbundestag/posts/pfbid0Af75AWbGreWHVw2cVgEoLSeiQXTAr1fLKL5WC1mfZ5teYTbANUyMepimz9Zuo34l> [Zugriff: 31.01.2024].
- AfD Bundestagsfraktion (2023): Eine krisenfeste, verlässliche und kostengünstige Energieversorgung Deutschlands ermöglichen. Antrag der Abgeordneten Karsten Hilde, Marc Bernhard, Steffen Kotré, Dr. Rainer Kraft und der Fraktion der AfD. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/088/2008874.pdf> [Zugriff: 29.02.2024].
- AfD Bundesverband (2025): Zeit für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag.
- AfD-Fraktion Hessen (2018): #SaveMyReiny – Aktion gegen die Zerstörung des Märchenwaldes. FB-Post vom 28.10. <https://www.facebook.com/AfDLandesverbandHessen/posts/pfbid038KFwdmTESzEQkfZcVHfD3yLxVEqYbzkjng51GYo5r3PJRwQxUDRov8oZzvsF5Vl> [Zugriff: 29.02.2024].
- AfD-Fraktion Hessen (2019a): Kleine Anfrage (Drucksache 20/355). Flächenverbrauch durch Windenergieanlagen (WEA). Kleine Anfrage von Claudia Papst-Dippel (AfD), Klaus Gagel (AfD), Andreas Lichert (AfD) und Antwort der Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.
- AfD-Fraktion Hessen (2019b): Kleine Anfrage (Drucksache 20/1325). Entsorgung von Windkraftanlagen. Kleine Anfrage von Klaus Gagel (AfD), Andreas Lichert (AfD) und Arno Enners (AfD) und Antwort von der Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.
- AfD-Fraktion Hessen (2020): Kleine Anfrage (Drucksache 20/2450). Brandschutzkonzept in Windenergieanlagen. Kleine Anfrage von Dr. Dr. Rainer Rahn (AfD) und Antwort vom Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen.
- AfD-Fraktion Hessen (2021): Kleine Anfrage (Drucksache 20/5309). Wetter- und Klimaänderungseffekte durch Windenergieanlagen. Kleine Anfrage von Klaus Gagel (AfD), Claudia Papst-Dippel (AfD), Gerhard Schenk (AfD) und Antwort der Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.
- AfD-Fraktion Hessen (2022a): Erst der Wald, dann das Windrad! Broschüre Windkraftanlagen. https://afd-fraktion-hessen.de/wp-content/uploads/2022/02/Broschuere_A5_WKA.pdf [Zugriff: 31.01.2024].

- AfD-Fraktion Hessen (2022b): Erst der Wald, dann das Windrad! Flugblatt Anti WKA. https://afd-fraktion-hessen.de/wp-content/uploads/2022/02/Flugblatt_Anti-WKA.pdf [Zugriff: 31.01.2024].
- AfD-Fraktion Hessen (o.J.): Wir kämpfen für den Reinhardswald. AfD kritisiert die sogenannte „Energiewende“. <https://afd-fraktion-hessen.de/wir-kaempfen-fuer-den-reinhardswald/> [Zugriff: 31.01.2024].
- AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin (2024): Gesamtkonzept zur Natur- und Umweltbildung: Wohlgefühl in der Natur statt Klima-Angst im Klassenzimmer (Antrag). Drucksache 19/1648 vom 08.05.2024.
- AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag (2019): Die „Grüne“ Energiewende (Faltblatt). Berlin: AfD.
- AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag (2023a): Freiheit statt Ideologie – Aufkündigung aller internationalen Klimavereinbarungen (Antrag). Drucksache 20/8417 vom 19.09.2023.
- AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag (2023b): Deutsche Kulturlandschaften verteidigen – Flächenfraß und visuelle Raumnahme der Wind- und Solarindustrie bekämpfen (Antrag). Drucksache 20/9799 vom 14.12.2023.
- AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag (2024): Windindustrieanlagen im Wald (Kleine Anfrage). Drucksache 20/10486 vom 27.02.2024.
- AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag AK Umwelt (2019): Dresdener Erklärung der umweltpolitischen Sprecher der AfD im Bundestag und den Landtagsfraktionen. Dresden: AfD.
- AfD-Fraktion im Thüringer Landtag (2022): Kosten für die Klimaziele der EU nicht auf die Thüringer Bürger und Unternehmen abwälzen, Bevormundung durch die EU entgegenreten (Antrag). Drucksache 7/4262 vom 08.06.2022.
- AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen (2019a): ++ Schildbürgerstreich „Kohleausstieg“ ++. FB-Post vom 29.09. <https://www.facebook.com/watch/?v=2938960849452170> [Zugriff: 29.02.2024].
- AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen (2019b): Kohleausstieg: Arbeitsplätze und Energiesicherheit sind bedroht – aber worin liegt aus Sicht der Landesregierung der Sinn des deutschen Kohleausstiegs? FB-Post vom 05.03. <https://www.facebook.com/afdfraktionNRW/videos/512168162643584/> [Zugriff: 29.05.2025].
- AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen (2023a): ++ Lützerath: Aufstieg des Klimaterrors ++. FB-Post vom 13.01. <https://www.facebook.com/watch/?v=5865791326870418>.
- AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen (2023b): Grüne und Klimaterroristen Hand in Hand gegen unsere Polizei! Telegrampost vom 12.01. <https://t.me/afdfraktionnrw/1537> [Zugriff: 29.02.2024].
- AfD-Kompakt (2022): Junge Alternative protestiert gegen Abholzung des Grimmschen Märchenwaldes. <https://afdkompakt.de/2022/03/29/junge-alternative-protestiert-gegen-abholzung-des-grimmschen-maerchenwaldes/> [Zugriff: 31.01.2024].
- AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen (2018): Mehr als 30.000 Menschen, darunter viele RWE-Mitarbeiter, haben laut Veranstalter und Polizei an einer Großkundgebung in Elsdorf teilgenommen – in Sorge um ihre Arbeitsplätze. FB-Post vom 24.10. <https://www.facebook.com/AfDfuerNRW/posts/pfbid02WbeYJF8RehcWgK5JBCrTHpba5v59Lu64CBYtyV2EvSFL2yQVWunrMMon8kQavcnl> [Zugriff: 29.02.2024].

- AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen (2022): Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 18. Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen. <https://afd.nrw/wahlprogramm/> [Zugriff: 29.07.2025].
- Albrecht, Christian (2023, 15. April). „Kernkraft gewinnt“ – Freunde der Atomkraft feiern Fest in Berlin (Video). In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/atom-fest-in-berlin/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Bambeck, Manfred/Fricke, Rolf/Götz, Karl/Haverbeck, Werner Georg/Illies, Joachim/Manns, Peter/Rasch, Harold/Riedl, Franz Hieronymus/Schade, Heinrich/Schürmann, Kurt/Siebert, Ferdinand/Stadtmüller, Georg/Oberländer, Theodor (1981): Heidelberger Manifest. In: Deutschland in Geschichte und Gegenwart 4/1981, S. 34.
- Behrens, Bastian (2023): Klimablockade geräumt: JUNGE FREIHEIT startet Spendenaktion für entlassenen LKW-Fahrer/Unternehmer bietet neuen Job an. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/pressemitteilung/2023/klimablockade-geraeumt-junge-freiheit-startet-spendenaktion-fuer-entlassenen-lkw-fahrer-unternehmer-bietet-neuen-job-an/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Brandstetter, Markus (2023): Die Daten-Krake. In: Junge Freiheit 23/2023 vom 02.06.2023, S. 2.
- Cullen, Paul (2023): Lust am Untergang. In: CATO 3/2023, S. 46–49.
- Der dritte Weg (2022a): Aufklärungsarbeit in Zeitz geht weiter – Nationale Partei – DER III. WEG. <https://der-dritte-weg.info/2022/03/aufklaerungsarbeit-in-zeitz-geht-weiter/> [Zugriff: 01.03.2024].
- Der III. Weg (2021): Verteilaktion gegen die BRD-Impfdiktatur in Zeitz – Nationale Partei – DER III. WEG. <https://der-dritte-weg.info/2021/08/verteilaktion-gegen-die-brd-impf-diktatur-in-zeitz/> [Zugriff: 01.03.2024].
- Der III. Weg (2022b): Familienfreundliche Wanderung im Harz. <https://der-dritte-weg.info/2022/09/familienfreundliche-wanderung-im-harz-2/> [Zugriff: 01.03.2024].
- Der III. Weg (2022c): Wind-Industrie-Park im Reinhardswald genehmigt. <https://der-dritte-weg.info/2022/02/wind-industrie-park-im-reinhardswald-genehmigt/> [Zugriff: 31.03.2024].
- Der III. Weg (2023a): Kein Applaus für Tierquälerei in Zeitz – Nationale Partei – DER III. WEG. <https://der-dritte-weg.info/2023/05/kein-applaus-fuer-tierquaelerei-in-zeitz/> [Zugriff: 01.03.2024].
- Der III. Weg (2023b): Flugblattaktion in Zeitz – Nationale Partei – DER III. WEG. <https://der-dritte-weg.info/2023/03/flugblattaktion-in-zeitz/> [Zugriff: 01.03.2024].
- Der III. Weg (2023c): Heldengedenken im Harz. <https://der-dritte-weg.info/2023/11/heldengedenken-im-harz/> [Zugriff: 01.03.2024].
- Der III. Weg (2023d): Reinhardswald: Abholzungen für Monster-Windräder haben begonnen. <https://der-dritte-weg.info/2023/12/reinhardswald-abholzungen-fuer-monster-windrader-haben-begonnen/> [Zugriff: 31.03.2024].
- Douglas, Holger (2023): Windräder im Märchenwald. In: Tichys Einblick. <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/windraeder-reinhardswald-maerchenwald/> [Zugriff: 22.05.2025].
- Douglas, Holger (2024): Habecks Prioritäten: Insolvenzen fürs Klima. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2024/die-prioritaeten-von-habeck-insolvenzen-fuers-klima/> [Zugriff: 01.06.2025].

- Etscheid, Georg (2022): Eines der wertvollsten Waldgebiete Deutschlands wird der „Energiewende“ geopfert. Gastautor. In: Tichys Einblick. <https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/eines-der-wertvollsten-waldgebiete-deutschlands-wird-der-energie-wende-geopfert/> [Zugriff: 22.05.2025].
- Facebookseite der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt (2021): Spritpreise explodieren: Wird Autofahren zum Luxusgut? #ZahlDerWoche. <https://www.facebook.com/afdfraktion.lsa/photos/a.1079991518690155/4556192187736720> [Zugriff: 16.05.2025].
- Facebookseite der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt (2023): Wähler: Ein menschengemachter Strukturwandel stürzt die Leute in persönliche Not. <https://www.facebook.com/watch/?v=842133653753391> [Zugriff: 01.03.2024].
- Fischer, Jörg (2023): Franziskus wird zum Klima-Papst. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/kultur/gesellschaft/2023/franziskus-wird-zum-klima-papst/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Fischer, Jörg (2024): Deutscher Ethikrat – Die erbarmungslosen Experten. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/wissen/natur-und-technik/2024/deutscher-ethikrat-die-erbarmungslosen-experten/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Franz, Frank (2023): Mehr Unabhängigkeit im Energiesektor! In: Deutsche Stimme 10/2023, S. 35.
- Freilich Magazin (2024): Gespräch mit Ex-Förster und AfD-Politiker: „Es wird Jahrhunderte dauern, bis der Harz wieder ein Mischwald ist“. <https://www.freilich-magazin.com/gesellschaft/gespraech-mit-ex-foerster-und-afd-politiker-es-wird-jahrhunderte-dauern-bis-der-harz-wieder-ein-mischwald-ist> [Zugriff: 01.03.2024].
- Friedhoff, Dietmar (2023): 1. Harzer Waldkonferenz, 01.07.2023. <https://dietmar-friedhoff.de/1-harzer-waldkonferenz-01-07-2023/> [Zugriff: 03.04.2024].
- Fröhlich, Armin (2020): Märchenwald in Gefahr. In: Die Kehre.
- fw (2023): Erste Barrikaden brennen. Linkspartei und Grüne unterstützen Proteste in Lützerath. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/proteste-in-luetzerath/> [Zugriff: 22.05.2025].
- Gansel, Jürgen (2023): Grün gegen Grün in Lützerath. In: Deutsche Stimme 3/2023, S. 24–26.
- Germis, Carsten (2023): Ein wortgewaltiger Gnostiker. In: Tumult 2/2023, S. 14–18.
- Gruhl, Herbert (1975): Ein Planet wird geplündert – Die Schreckensbilanz unserer Politik. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.
- Harms, Björn (2023): Grüner Klassenkampf. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/kultur/2023/gruener-klassenkampf/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Hauke, Frank (2023a): Ist eine Jacke im August schon Klimaleugnung?. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/debatte/2023/kaelte-august-klimaleugnung/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Hauke, Frank (2023b): Habecks Heizungshammer ist das neue Corona. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2023/heizungsverbot-wie-corona/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Hauke, Frank (2023c): Warum war der kalte Juli zwei Grad zu warm?. In: Junge Freiheit Online.

- <https://jungefreiheit.de/wissen/umwelt/2023/warum-war-kalter-juli-zu-warm/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Hilse, Karsten (2023): „natürlich ist e selbstverliebt“ (Interview). In: Zuerst! 2/2023, S. 18–19.
- Hinz, Thorsten (2023a): Die Grünen auf totalitärer Mission. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/gruene-und-hacks/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Hinz, Thorsten (2023b): Deutschland – wo der Irrsinn grassiert. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/kultur/2023/irres-deutschland/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Höcke, Björn (2023): Kahlschlag im Märchenwald. Telegram-Post vom 27.11. <https://t.me/BjoernHoeckeAfD/1873> [Zugriff: 31.03.2024].
- JF-Online (2023a): Experte: Windräder verursachen Dürre – aber keiner will es hören. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/windraeder-duerre/> [Zugriff: 01.06.2025].
- JF-Online (2023b): Hans-Werner Sinn: Verbrennerverbot beschleunigt Klimawandel. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/klima-verbrennerverbot/> [Zugriff: 01.06.2025].
- JF-Online (2023c): Wegen brennender E-Autos: Wattenmeer steuert auf Umweltkatastrophe zu. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2023/katasrophe-im-wattenmeer/> [Zugriff: 01.06.2025].
- JF-Online (2023d): E-Autos: Bosch streicht 1.500 Stellen. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/wirtschaft/2023/e-autos-bosch-streicht-1-500-stellen/> [Zugriff: 01.06.2025].
- JF-Online (2023e): Nun soll Deutschland auch noch „Klimaflüchtlinge“ aufnehmen. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/zuzug-klimafluechtlinge/> [Zugriff: 01.06.2025].
- JF-Online (2023f): Die Große Lüge vom klimafreundlichen Bio-Fleisch. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/wirtschaft/2023/bio-fleisch-klimaschaedlich/> [Zugriff: 01.06.2025].
- JF-Online (2023g): CDU-Abgeordneter will Leugnung des Klimawandels verbieten. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/cdu-abgeordneter-klimawandel/> [Zugriff: 01.06.2025].
- JF-Online (2023h): Ein Verfassungsrichter redet Klartext. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/verfassungsrichter-klartext/> [Zugriff: 01.06.2025].
- JF-Online (2023i): „Tagesschau“ dramatisiert Klimawandel mit falschem Bild. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/kultur/medien/2023/tagesschau-klimawandel/> [Zugriff: 01.06.2025].
- JF-Online (2023j): Grüner Verkehrsminister ist Flugmeilenkönig. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/gruener-flugmeilenkoenig/> [Zugriff: 01.06.2025].

- JF-Online (2023k): Klimakleber: Feuerwehr kommt 20 Stunden zu spät. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/kultur/gesellschaft/2023/klimakleber-feuerwehr-spaet/> [Zugriff: 01.06.2025].
- JF-Online (2023l): JF-Petition für Atomkraft knackt 70.000-Marke. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/jf-petition-70000/> [Zugriff: 01.06.2025].
- JF-Online (2024a): Kriminalität an Bahnhöfen in Baden-Württemberg steigt deutlich. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2024/kriminalitaet-an-bahnhofen-steigt-rasant/> [Zugriff: 01.06.2025].
- JF-Online (2024b): Physiknobelpreisträger Chu rechnet mit den Grünen ab: „Abstruse Ideen“. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2024/nobelpreistraeger-chu-gegen-gruene/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Junge Alternative (2022): „Märchenwald muss bleiben“. Junge Alternative im #Reinhardswald 2022. YouTube-Beitrag vom 01.04.2022. <https://www.youtube.com/watch?v=xeYVazkXnfw> [Zugriff: 31.04.2024].
- Junge Freiheit (2023m): Grüne zerstören Märchenwald für Windräder. In: Junge Freiheit Online.
- Kaiser, Boris T. (2023a): Grüne Gesinnungsprüfung. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2023/gruene-gesinnungspruefung/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Kaiser, Boris T. (2023b): Rekordverdächtige Klimaschätzungen und glühender Asphalt. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2023/rekord-klimaschaetzungen/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Klages, Ludwig (1913/1937): Mensch und Erde. mit anderen Abhandlungen, 5. Auflage. Jena: Diederichs.
- Klages, Ludwig (1929): Der Geist als Widersacher der Seele. Leipzig: Barth.
- Kofner, Stefan (2023): Die teure deutsche Klimawende. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/wissen/2023/die-teure-deutsche-klimawende/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Krug, Reinhold (2025): Betuchte Klimaschützer. In: Zuerst! 4/2025, S. 76.
- Leonhard, Johann (2023): Vom Klima-Wahn zum Kopf-ab-Kult. In: Compact 3/2023, S. 32–34.
- Leonhard, Paul (2024): E-Autos und Brandgefahr: 5.000 Liter mehr Wasser. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/wissen/natur-und-technik/2024/e-autos-und-brandgefahr/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Lieger, Hartmut/Schops, Christian/Kranzler, Ludwig (2023): Kommt die Öko-Diktatur? In: Zuerst! 14, 2, S. 8–17.
- Lindenquell Marktplatz (2024): Bücher. <https://marktplatz.lindenquell.de/23-buecher> [Zugriff: 01.03.2024].
- Mai, Klaus-Rüdiger (2023): Klimabewegte wollen Lützerath zum Symbol machen. In: Tichys Einblick. <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/luetzerath-resuemee/> [22.05.2025].
- Malcoci, Christian (2023a): Klima-Diktatur ist Kommunismus durch die Hintertür. In: N.S. Heute 37, S. 25–28.
- Malcoci, Christian (2023b): Die Klima-Täuschung. In: N.S. Heute 38, S. 27–29.

- Markovics, Alexander (2023): Die ‚grüne Avantgarde‘. In: Deutsche Stimme 47, 7-8, S. 15–16.
- Meckelein, Martina (2023): Neobiota – die Invasion der Fremdartigen. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/wissen/umwelt/2023/neobiota-invasion/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Mehrens, Dietmar (2023): Vom Verbotskult der grünen Heiligen. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2023/verbotskult-gruene-heilige/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Mirzo, Laila (2023): Klima-Angst macht Generation Schneeflocke krank. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2023/klima-angst-macht-krank/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Paasche, Stefan (2023): Wälder weichen Windkraft. In: Deutsche Stimme 47, 7-8, S. 17–18.
- Pellack, Matthias (2023): Energiewende: Zu Lasten aller. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/wissen/natur-und-technik/2023/energiewende-lastet/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Pföhringer, Daniell/Reuth, Sven (2023): Der Klima-Dissident. In: Compact 4/2023, S. 40–42.
- Riedl, Maximilian (2024): Alpine Erfolgsgeschichte. In: Zuerst! 57/2024, S. 74–76.
- Riehl, Wilhelm Heinrich (1854): Die Naturgeschichte des Volkes als Grundlage einer deutschen Social-Politik. Stuttgart/Augsburg: J.G. Cotta'scher Verlag.
- Rohbohm, Hinrich (2023): Für alles außer Klimaschutz. In: Junge Freiheit 38/2023 vom 15.09.2023, S. 4.
- Rothacher, Albrecht (2023): Die EU-Gebäude richtlinie als Niederlage für die Sanierungsmafia. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/wirtschaft/2023/eu-gebäude richtlinie/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Schmidt-Ahmad, Fabian (2023): „Letzte Generation“: Säulenheilige auf dem Asphalt. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2023/heilige-letzte-generation/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Schmidt, Marc (2023): Grün, langlebig, günstig, sicher. In: Junge Freiheit 23/2023 vom 02.06.2023, S. 7.
- Schöne Harzer Heimat (2023): 10 Fakten über Windräder. <https://harzer-heimat.de/10-fakten-uber-windrader/> [Zugriff: 09.04.2024].
- Schumacher, Björn (2023): Vorhut einer sich anbahnenden Ökotypen. In: Junge Freiheit 7/2023 vom 10.02.2023, S. 13.
- Siefers, Michael (2023): Freie Fahrt für ‚Klimaflüchtlinge‘. In: Deutsche Stimme 47, 7-8, S. 19–20.
- Spengler, Oswald (1919/1922/1963): Der Untergang des Abendlandes. München: C.H. Beck.
- Spengler, Oswald (1923/2007): Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte. Düsseldorf: Albatros.
- st (2023): Klima-Terrorismus. Über 1.000 Polizisten: Videos zeigen linksextreme Gewalt in Lützerath. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/gewalt-in-luetzerath/> [Zugriff: 22.05.2025].
- Stein, Dieter (2023): Die grüne Lust am Untergang. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/debatte/streiflicht/2023/gruene-lust-am-untergang/> [Zugriff: 29.07.2025].

- Storch, Beatrix von (2023): Am goldenen Faden. Die globale Finanzindustrie als Treiber der Klimapolitik. In: Junge Freiheit 22/2023 vom 26.05.2023, S. 18.
- Telegram-Kanal „Zeit läuft“ (2022): Post von User „Bodo P.“. <https://t.me/zeitl/1877> [Zugriff: 16.05.2025].
- Telegram-Kanal „Zeit läuft“ (2023a): Post von User „Lanzelot“. <https://t.me/zeitl/2628> [Zugriff: 16.05.2025].
- Telegram-Kanal „Zeit läuft“ (2023b): Post von User „Bodo P.“. <https://t.me/zeitl/2585?single> [Zugriff: 16.05.2025].
- Tichy Redaktion (2019): <https://www.tichyseinblick.de/daily-es-sentials/todesurteil-fuer-reinhardswald-monster-windraeder-in-grimms-maerchenwald/> [Zugriff: 29.07.2025].
- Versteegen, Sven (2023): Sind das die Anfänge der Klima-RAF?. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/sind-das-die-anfaenge-der-klima-raf/> [Zugriff: 01.06.2025].
- von Aichfriede, Sascha (2023): Der grün-rote Eisberg. In: Deutsche Stimme 10/2023, S. 28–29.
- Von Storch, Beatrix (2023a): Die globale Finanzindustrie als Treiber der Klimapolitik. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2023/klimapolitik-macht-geld/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Von Storch, Beatrix (2023b): Blackrock und der Gottkomplex grüner Milliardäre. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2023/wie-blackrock-harmoniert/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Zach, Kurt (2023a): Willkommen im Klimazwangsstaat. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2023/klima-stasi/> [Zugriff: 01.06.2025].
- Zach, Kurt (2023b): Grüner Filz: Und sie schämten sich nicht. In: Junge Freiheit Online. <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2023/gruener-filz/> [Zugriff: 01.06.2025]
- Zastrow, Frank (2024): Klima oder Natur? In: Zuerst! 3/2024, S. 54–55.

Literatur

- Abou-Chadi, Tarik/Jansen, Jannik/Kollberg, Markus/Redeker, Nils (2024): Debunking the Backlash. Uncovering European Voters' Climate Preferences. Policy Brief Hertie School Jacques Delors Centre.
- Abou-Chadi, Tarik/Mark A. Kayser (2017): It's not easy being green: Why voters punish parties for environmental policies during economic downturns. In: Electoral Studies 45, 1, S. 201–207.
- Adler, Meinhard (1991): Der Begriff der Natur im Nationalsozialismus und in der Übertragung auf die heutige Zeit. In: Hassenpflug, Dieter (Hrsg.): Industrialismus und Ökonomie. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag, S. 65–92.
- András, Angelika (2019): Gewinner sind Verlierer: Das sind die gewählten Stadträte in Zeitz. <https://www.mz.de/lokal/zeit/gewinner-sind-verlierer-das-sind-die-gewahlten-stadtrate-in-zeit-1560909> [Zugriff: 08.03.2024].
- Arenz, Rainer/Zuther, Maximilian/Schimitzek, Konstantin (2023): Sachsen-Anhalt-Monitor 2023. Neue Herausforderungen nach der Pandemie. Hamburg: GMS Dr. Jung.

- Arifi, Bleta/Winkel, Georg (2021): Wind energy counter-conducts in Germany: understanding a new wave of socio-environmental grassroots protest. In: *Environmental Politics* 30, 5, S. 811–832.
- Ayyadi, Kira (2023): „Arier-Züchtung“: Verbot der Artgemeinschaft. <https://www.belltower.news/ariere-zuechtung-verbot-der-artgemeinschaft-152815/> [Zugriff: 20.04.2025].
- Babcock, Hope M. (2020): The Current Role of the Environment in Reinforcing Acts of Domestic Terrorism: How Fear of a Climate Change Apocalypse May Strengthen Right-Wing Hate Groups. In: *Virginia Environmental Law Journal* 38, S. 207–231.
- Bar-On, Tamir (2019): Richard B. Spencer and the Alt Right. In: Sedgwick, Mark (Hrsg.): *Key Thinkers of the Radical Right: Behind the New Threat to Liberal Democracy*. New York: Oxford academic, S. 224–241.
- Benoist, Lise/Turner, Joe/Bailey, Daniel (2024): Ecofascism in the shadow of „patriotic ecology“: Nativism, economic greenwashing, and the evolution of far-right political ecology in France. In: *Politics Online* First 12. November 2024. DOI: <https://doi.org/10.1177/02633957241273649>.
- Bettini, Giovanni/Casaglia, Anna (2024): From denial to domestication: Unpacking Italy’s right-wing approach to climate migration and security. In: *GeoForum* 155, 104079.
- Biehl, Janet/Staudenmaier, Peter (1996): *Ecofascism: Lessons from the German Experience*. San Francisco: AK Press.
- Bierl, Peter (2024): Der antiökologische Kurs der AfD. In: Mense, Thorsten/Goetz, Judith (Hrsg.): *Rechts, wo die Mitte ist. Die AfD und die Modernisierung des Rechtsextremismus*. Münster: Unrast, S. 270–283.
- Bryant, Jesse Callahan/Farrell, Justin (2024): Conservatism, the Far Right, and the Environment. In: *Annual Review of Sociology* 50, S. 273–296. DOI: <https://doi.org/10.1146/annurev-soc-083023-035225>.
- Budras, Corinna/Decker, Hanna (2023): Die Bloß-keine-Wärmewende-Partei. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10.06.2023, S. 20.
- Burgenlandkreis (2024): Wirtschaftsstruktur. <https://www.burgenlandkreis.de/de/wirtschaftsstandort/wirtschaftsstruktur.html> [Zugriff: 01.03.2024].
- Burgkart, Claus (1984): Das ‚Heidelberger Manifest‘, Grundlage staatlicher Ausländerpolitik? In: Meinhardt, Rolf (Hrsg.): *Türken raus? Oder: Verteidigt den sozialen Frieden*. Hamburg: Rowohlt Verlag, S. 141–161.
- Buzogány, Aron/Mohamad-Klotzbach, Christoph (2022): Environmental Populism. In: Oswald, Michael (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of Populism*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 321–340.
- Center for Countering Digital Hate (2024): *The New Climate Denial. How social media platforms and content producers profit by spreading new forms of climate denial*. London/Washington, DC: CCDH.
- Clarke, Isabelle (2024): The Discourses of Climate Change Denialism Across Conspiracy and Pseudoscience Websites. In: Maci, Stefania M./Demeta, Massimiliano/McGlashan, Mark/Seargeant, Philip (Hrsg.): *The Routledge Handbook of Discourse and Disinformation*. London: Routledge, S. 325–341.
- Conversi, Daniele (2024): Eco-Fascism: an oxymoron? Far-right nationalism, history, and the climate emergency. In: *Frontiers in Human* 6:1373872 – DOI: 10.3389/fhumd.2024.1373872
- Crone, Manni (2024): Roots, trees, and the re-enchantment of nature: the French new right’s eco-political utopia. In: *Journal of Political Ideologies* 29, 3, S. 409–426.

- Czymara, Christian. S., & Bauer, Leo. (2023): Discursive Shifts in the German Right-Wing Newspaper Junge Freiheit A Computational Approach. *German Politics*, S. 1–28. <https://doi.org/10.1080/09644008.2023.2231353>.
- Dannemann, Hauke (2024): Populism and Anti-Populism in Climate Politics: Conflict Line, Contingent Relation, or Tacit Alliance in Climate Obstruction? In: *Politische Vierteljahresschrift*.
- DEBRIV (o.J.): Braunkohlereviere. Rheinisches Revier. Bundesverband Braunkohle. <https://braunkohle.de/braunkohle-in-deutschland/braunkohlereviere/> [Zugriff: 31.01.2024].
- Dennison, James (2018) The Rug Pulled From Under Them: UKIP and the Greens. In: *Parliamentary Affairs* 71 (suppl_1), S. 91–108.
- Deutscher Bundestag (2022): Braunkohle-ausstieg im Rheinischen Revier wird auf 2030 vorgezogen. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw48-de-braunkohleausstieg-923096> [Zugriff: 31.01.2024].
- Dickson, Zachary P./Hobolt, Sara B. (2024): Going against the Grain: Climate Change as a Wedge Issue for the Radical Right. In: *Comparative Political Studies Online* First 12. August 2024.
- Doherty, B.; M. Paterson, A. Plows & D. Wall (2003): Explaining the fuel protests. In: *The British Journal of Politics and International Relations* 5(1), S. 1–23.
- Doudaki, Vaia/Carpentier, Nico (2025): Behind the narratives of climate change denial and rights of nature: sustainability and the ideological struggle between anthropocentrism and ecocentrism in two radical Facebook groups in Sweden. In: *Journal of Political Ideologies* 30(1), S. 200–219.
- Douglas, Karen N./Sutton, Robbie M. (2015): Climate change: Why the conspiracy theories are Dangerous. In: *Bulletin of the Atomic Scientists* 71(2), S. 98–106.
- eg/tty (2012): Forstamt Reinhardshagen bringt Windkraftplanung in die Diskussion. In: *Hessische/Niedersächsische Allgemeine*. <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/wieviel-vertraegt-wald-2502797.html> [Zugriff: 22.05.2025].
- Eichenauer, Eva/Reusswig, Fritz/Meyer-Ohlendorf, Lutz/Lass, Wiebke (2018): Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen. In: Kühne, O/Webr, F. (Hrsg.): *Bausteine der Energiewende*. Wiesbaden: Springer, S. 633–651.
- Eversberg, Dennis/Fritz, Martin/Faber, Linda von/Schmelzer, Matthias (2024): Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt. Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um Transformation. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Fachstelle für Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) (2019): Wenn Rechtsextreme von Naturschutz reden – Argumente und Mythen. Berlin. https://www.nf-farn.de/system/files/documents/farn_leitfaden_wenn_rechtsextreme_von_naturschutz_reden.pdf [Zugriff: 01.06.2025].
- FARN-Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (2021): Die extreme Rechte zwischen Klimawandelleugnung und Klimanationalismus. Berlin.
- FARN-Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (2022): *Grünes Blatt auf braunem Boden. Rechte Ideologien in der Landwirtschaft*. Berlin.
- Fernández, Iván Escobar/Hart, Heidi (2023): What's under green? Eco-populism and eco-fascism in the climate crisis. In: *Journal of Populism Studies*. DOI: 10.55271/JPS000117.

- Fisher, Steven D./Kenny, John/Poortinga, Wouter/Böhm, Gisela/Steg, Linda (2022): The politicisation of climate change attitudes in Europe. In: *Electoral Studies* 79:102499 – DOI: 10.1016/j.electstud.2022.102499.
- Fitzgerald, James/Santini, Rose Marie/Salles, Débora (2025): The extraction ideology: Brazilian pro-agribusiness propaganda in times of climate emergency. In: *Critical Studies in Media Communication* 42, 1, S. 95–100.
- Fleming, Sean (2024): Searching for Ecoterrorism: The Crucial Case of the Unabomber. In: *American Political Science Review* 118, 4, S. 1–14.
- Forchtner, Bernhard (Hrsg.) (2020): *The Far Right and the Environment. Politics, Discourse and Communication*. Abingdon/New York: Routledge.
- Forchtner, Bernhard & Lubarda, Balša. (2022): Skepticisms and beyond? A Comprehensive portrait of climate change communication by the far right in the European Parliament. *Environmental Politics*, 32(1), S. 43–68.
- Forchtner, Bernhard/Kroneder, Andreas/Wetzel, David (2018): Being Skeptical? Exploring Far-Right Climate-Change Communication in Germany. In: *Environmental Communication*, 12(5), S. 589–604.
- Forchtner, Bernhard/Olsen, Jonathan (2023): Double Vision: local environment and global climate change through the German far-right lens. In: Forchtner Bernhard (Hrsg.): *Far-Right Environments. Communication and the politics of nature*. Manchester University Press, S. 229–252.
- Forchtner, Bernhard/Özvatan, Özgür (2020): Beyond the ‚German Forest‘. Environmental communication by the far right in Germany. In: Forchtner, Bernhard (Hrsg.): *The Far Right and the Environment. Politics, Discourse and Communication*. London: Routledge, S. 216–236.
- Friberg, Anna (2025): The construction of subjectivities and enemies in global warming: searching for the political climate issue in Swedish Election Campaigns, 1988– 2014. In: *Journal of Political Ideologies* 30, 2, S. 499–516.
- Frohn, Hans-Werner (Hrsg.) (2019): *Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit im Naturschutz*. München: oekom verlag.
- Goerke, Ute/Kamlage, Jan-Hendrik/Pauß, Leonard (2023): Strukturwandel im Rheinischen Revier: Partizipation der Zivilgesellschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit DOI: 10.13140/RG.2.2.16293.27367.
- Gottschlich, Daniela/Katz, Christine (2020): Einflussnahme und Vereinnahmung. Rechte Akteur*innen im Umwelt- und Naturschutz. In: *Jahrbuch Ökologie* 2021, S. 72–80.
- Götze, Susanne/Kirchner, Sandra (2016): *Die Umweltpolitik der Alternative für Deutschland (AfD). Eine politische Analyse*. Dresden: Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen.
- Graham, Nicolas (2024): Think tanks and climate obstruction: Atlas affiliates in Canada. In: *Canadian Revue of Sociology/Revue canadienne de sociologie* 61, 1, S. 110–130.
- Hemkentokrax, Johanna (2024): AfD-Jugend „Junge Alternative“: Bürgerlich auftreten, rechtsextreme Ideologie verbreiten. In: MDR. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/afd-ja-junge-alternative-rechtsextremismus-102.html> [Zugriff: 10.08.2025].
- Hansson, Sven Ove (2022): Anthroposophical Climate Science Denial. In: *Critical Research on Religion* 10, 3, S. 281–297.
- Hartman, Matthew R. (2024): Beyond Climate Denial: White Supremacy and the Growth of Nationalist Environmentalism on the Right. In: *Journal for the Study of Nature, Religion and Culture* 18, 3, S. 376–392.

- Harzer Kurier (2022): Totholz: Nabu und Nationalpark Harz legen Rechtsstreit bei. <https://www.harzkurier.de/article237047767/Totholz-Nabu-und-Nationalpark-Harz-legen-Rechtsstreit-bei.html> [Zugriff: 27.03.2024].
- HateAid (2023): Rechtsextremismus und Klima. <https://hateaid.org/rechtsextremismus-und-klima/> [Zugriff: 18.09.2025].
- Hausding, Götz (2020): Deutscher Bundestag – Bundestag beschließt das Kohleausstiegs-gesetz. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw27-de-kohleausstieg-701804> [Zugriff: 01.03.2024].
- Heinrich, Gudrun/Kaiser, Klaus-Dieter/Wiersbinski, Norbert (Hrsg.) (2015): Naturschutz und Rechtsradikalismus. Bonn: Bundesamt für Naturschutz.
- Henke, Gerd (2023): Naturschutzinitiative hält an Klage gegen Windpark im Reinhardswald fest. In: Hessische/Niedersächsische Allgemeine. <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/naturschutzinitiative-haelt-an-klage-gegen-windpark-im-reinhardswald-fest-92204542.html> [Zugriff: 22.05.2025].
- Herb, Hartmut/Peters, Jan/Thesen, Mathias (1980): Der neue Rechtsextremismus. Fakten und Trends. Lohra-Rodenhausen: Winddruck Verlag.
- Heuser, Marie-Luise (1991): Was grün begann endete blutigrot. In: Hassenpflug, Dieter (Hrsg.): Industrialismus und Ökorumantik. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag, S. 43–64.
- Hoffmann, Gitta (2024): 200 Menschen wandern in Immenhausen für die Demokratie. In: Hessische/Niedersächsische Allgemeine. <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/immenhausen-ort84274/200-menschen-wandern-in-immenhausen-fuer-die-demokratie-92897769.html> [Zugriff: 22.05.2025].
- Holdinghausen, Heike (2020): AfD will Wald in Hessen schützen. In: taz. <https://taz.de/Initiative-kritisiert-falsche-Fakten/15704334/> [Zugriff: 22.06.2025].
- Holly, Leon (2024): Die Bio-Deutschen. In: wochentaz vom 20.–26.04.2024, S. 37.
- Huber, Robert A./Greussing, Esther/Eberl, Jakob-Moritz (2022): From populism to climate scepticism: the role of institutional trust and attitudes towards science. In: Environmental Politics 31, 7, S. 1115–1138.
- Hughes, Brian/Jones, Dave/Amarasingam, Amarnath (2022): Ecofascism: An Examination of the Far-Right/Ecology Nexus in the Online Space. In: Terrorism and Political Violence 34, 5, S. 997–1023.
- Hummel, Thomas/Wernicke, Christian (2025): Alice im Windkraftland. In: Süddeutsche Zeitung vom 18./19. Januar 2025, S. 8.
- IM Hessen (2023): Verfassungsschutz in Hessen. Bericht 2022. https://verfassungsschutz.hessen.de/sites/verfassungsschutz.hessen.de/files/2023-11/lfv_bericht22_screen_neu_1123.pdf [Zugriff: 29.07.2025].
- IM Hessen (2024): Verfassungsschutz in Hessen. Bericht 2023. https://lfv.hessen.de/sites/lfv.hessen.de/files/2024-09/lfv_bericht23_barrierefrei_0.pdf [Zugriff: 29.07.2025].
- IVW (2024): Verkaufte Auflage der Wochenzeitung Junge Freiheit vom 4. Quartal 2015 bis zum 1. Quartal 2024 [Graph]. In Statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1248368/umfrage/verkaufte-auflage-der-jungen-freiheit/> [Zugriff: 24.05.2025].
- Jahn, Thomas/Wehling, Peter (1991): Ökologie von rechts. Nationalismus und Umweltschutz bei der Neuen Rechten und den ‚Republikanern‘. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Jylhä, Kirsti M./Hellmer, Kahl (2020): Right-Wing Populism and Climate Change Denial: The Roles of Exclusionary and Anti-Egalitarian Preferences, Conservative Ideology,

- and Antiestablishment Attitudes. In: *Analyses of Social Issues and Public Policy* 20, 1, S. 315–335.
- Kaiser, Tobias (2023): Der Klimaschutz gerät unter Druck. In: *Die Welt* vom 29.11.2023.
- Kater, Michael (1971): Die Artamanen – Völkische Jugend in der Weimarer Republik. In: *Historische Zeitschrift* 213, S. 577–638.
- Keller, Reiner. (2011): *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. Wiesbaden: VS Verlag. 4. Auflage.
- Klaus, Julia (2023): „Weda Elysia“: Rechte Siedler wollen in Kommunalpolitik. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/anastasia-weda-elysia-wahl-wienrode-100.html> [Zugriff: 01.03.2024].
- Koch, Helga (2024): Windräder im Wald: Angekündigte Änderung des Waldgesetzes beschäftigt den Nabu. <https://www.mz.de/lokal/sangerhausen/angekündigte-änderung-des-waldgesetzes-beschäftigt-den-nabu-3767497> [Zugriff: 27.03.2024].
- Köcher, Renate (2023): Lost in Transformation. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19.05.2023.
- Krishna, Arunima (2021): Understanding the differences between climate change deniers and believers’ knowledge, media use, and trust in related information sources. In: *Public Relations Review* 47, 101986. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.pubrev.2020.101986>.
- Kulin, Joakim/Sevä, Ingemar Johansson/Dunlap, Riley (2021): Nationalist ideology, right-wing populism, and public views about climate change in Europe. In: *Environmental Politics* 30, 7, S. 1111–1134.
- Küppers, Anne (2022): ‘Climate-Soviets,’ ‘Alarmism,’ and ‘Eco-Dictatorship’ – The Framing of Climate Change Scepticism by the Populist Radical Right Alternative for Germany. In: *German Politics* 33, 4, S. 1–21. DOI: 10.1080/09644008.2022.2056596.
- Landesportal Sachsen-Anhalt (2016): Wahl des 7. Landtages von Sachsen-Anhalt am 13. März 2016. <https://statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt16/fms/fms213li.html>, <https://web.archive.org/web/20160324132015/http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt16/fms/fms213li.html> [Zugriff: 01.03.2024].
- Landesportal Sachsen-Anhalt (2020a): Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt – Wahl des 6. Landtages von Sachsen-Anhalt am 20. März 2011. <https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt11/erg/wkr/lt.43.ergtab.php> [Zugriff: 01.03.2024].
- Landesportal Sachsen-Anhalt (2020b): Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt – Wahl des 4. Landtages von Sachsen-Anhalt am 21. April 2002. <https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt02/vwahl/wkr/lt.47.vwahl.php> [Zugriff: 01.03.2024].
- Landeswahlleiterin NRW (2020): Kommunalwahlen 2020. Endgültiges Ergebnis für: Nordrhein-Westfalen. <https://www.wahlergebnisse.nrw/kommunalwahlen/2020/aktuell/a00000kw2000.shtml> [Zugriff: 31.03.2024].
- Landeswahlleiterin NRW (2022): Wahlergebnisse in NRW. Landtagswahl 2022. <https://www.wahlergebnisse.nrw/landtagswahlen/2022/> [Zugriff: 31.01.2024].
- Landkreis Kassel (o.J.a): Dach für 28 Städte und Gemeinden. <https://www.landkreiskassel.de/der-landkreis/staedte-und-gemeinden.php> [Zugriff: 31.03.2024].
- Landkreis Kassel (o.J.b): Der Landkreis in Zahlen. <https://www.landkreiskassel.de/der-landkreis/der-landkreis-in-zahlen.php> [Zugriff: 31.03.2024].
- Landtag von Sachsen-Anhalt (2022): Stenografischer Bericht 8/27. <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/plenum/wp8/027stzg.pdf>

- [Zugriff: 01.03.2024].
- Langer, Nadine (2021): *Ökologie und die Neue Rechte. Eine Analyse des Magazins ‚Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz‘*. Berlin: FARN.
- Lanuv NRW (o.J.): Das Rheinische Braunkohlerevier. Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV). <https://www.lanuv.nrw.de/umwelt/wasser/grundwasser/folgen-des-braunkohleabbaus/das-braunkohlerevier/> [Zugriff: 31.01.2024].
- Leitschuh, Heike/Brunnengräber, Achim/Ibisch, Pierre/Loske, Reinhard/Müller, Michael/Sommer, Jörg/Weizäcker, Ernst Ulrich von (Hrsg.) (2020): *Ökologie und Heimat. Gutes Leben für alle oder die Rückkehr der braunen Naturschützer?* Stuttgart: Hirzel.
- Levidow, Les (2022): Green New Deals: What Shapes Green and Deal? In: *Capitalism Nature Socialism* 33, 3, S. 76–97.
- Lochau, Lea (2022): Anastasia: Nährboden für rechte Ideologie. In: *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* 2, 2, S. 313–327.
- Löwenich, Friedhelm (1992): Verstaatlichte Sittlichkeit. Die konservative Konstruktion der Lebenswelt in Wilhelm Heinrich Riehls *‚Naturgeschichte des Volkes‘*. Opladen: Leske+Budrich.
- Lubarda, Balša (2024): *Far-Right Ecologism. Environmental Politics and the Far Right in Hungary and Poland*. London/New York: Routledge.
- Macklin, Graham (2022): The Extreme Right, Climate Change and Terrorism. In: *Terrorism and Political Violence* 34, 5, S. 979–996. DOI: <https://doi.org/10.1080/09546553.2022.2069928>.
- Marian, Hans-Gerd/Müller, Michael/Sommer, Jörg (2020): Naturschutz ist nicht unpolitisch. Von den völkischen Wurzeln zu neurechten Ideologien. In: *Jahrbuch Ökologie* 2021, S. 60–71.
- Marquardt, Jens/Lederer, Markus (2022): Politicizing climate change in times of populism: an introduction. In: *Environmental Politics* 31, 5, S. 735–754.
- Maurin, Jost (2024): Unterwanderung der Bauernproteste: Alles, was rechts ist. <https://taz.de/Unterwanderung-der-Bauernproteste/!6045310/> [Zugriff: 09.08.2025].
- McKenna, Russel/Lilliestam, Johan/Heinrichs, Heidi U./Weinand, Jann/Schmidt, Johannes/Staffell, Iain/Hahmann, Andrea N./Burgherr, Peter/Burdack, Arne/Bucha, Monika/Chen, Ruihong/Klingler, Michael/Lehmann, Paul/Lowitzsch, Jens/Novo Riccardo/Price, James/Sacchi, Romain/Scherhauer, Patrick/Schöll, Eva M./Visconti, Piero/Velasco-Herrejón, Paola/Zeyringer, Marianne/Camargo, Luis Ramirez (2025): System impacts of wind energy developments: Key research challenges and opportunities. In: *Joule* 9, 1, 101799. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.joule.2024.11.016>.
- MDR (o.J.): Kohlemilliarden. Die Zahlen. Rheinisches Revier. Arbeitslosigkeit im Revier. <https://kohlemilliarden.de/die-zahlen> [Zugriff: 31.03.2024].
- Mentel, Christian (2012): Collegium Humanum. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Handbuch des Antisemitismus. Organisationen, Institutionen, Bewegungen*. Band 5. Berlin: de Gruyter, S. 114–116.
- MIBRAG (2024): Über MIBRAG. <https://www.mibrag.de/unternehmen/ueber-mibrag/> [Zugriff: 01.03.2024].
- Michel, Marie (2022): Martin Lichtmesz und Caroline Sommerfeld: Mit Linken leben. In: Meiering, David Schlüsseltexthe der *‚Neuen Rechten‘*. Kritische Analysen antidemokratischen Denkens. Wiesbaden: Springer VS, S. 281–292.

- Mitteldeutsche Zeitung (2021): Hunderte Menschen demonstrieren in Zeitz gegen Coronapolitik. <https://www.mz.de/lokal/zeit/hunderte-menschen-demonstrieren-in-zeitz-gegen-coronapolitik-3310795> [Zugriff: 01.03.2024].
- Mitteldeutsche Zeitung (2023): Nancy Faeser verbietet „Artgemeinschaft“ nach Verbot von Hammerskins – Razzien gegen völkische Siedler auch im Burgenlandkreis. <https://www.mz.de/lokal/zeit/nancy-faeser-artgemeinschaft-verbot-hammerskins-razzien-voelkische-siedler-burgenlandkreis-3699613> [Zugriff: 08.03.2024].
- Mobile Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus für Demokratie (2020): Völkische Siedlungen. Rechtsextreme Rückzugs- und Aktionsräume im ländlichen Raum Niedersachsens. Verden: MBNRD.
- Moore, Sam/Roberts, Alex (2022): *The Rise of Ecofascism. Climate Change and the Far Right*. Cambridge: Polity.
- Müller, Ella (2023): *Die amerikanische rechte und der Umweltschutz. Geschichte einer Radikalisierung*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Müller, Matthias (2021): 1000 Seiten Einwendungen gegen Windpark Reinhardswald übergeben. In: Hessische/Niedersächsische Allgemeine. <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/hofgeismar-ort73038/1000-seiten-einwendungen-gegen-windpark-reinhardswald-an-rp-kassel-uebergeben-90159608.html> [Zugriff: 22.05.2025]
- Müller, Michael/Sommer, Jörg/Ibsch, Pierre L. (2020): Heimat. Ein schwieriges Thema. In: *Jahrbuch Ökologie 2021*, S. 14–39.
- NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V. (2014): Massenbefall im Fichtenwald. Der Borkenkäfer im Sachsen-Anhalts Wäldern. <https://sachsen-anhalt.nabu.de/natur-und-landschaft/wald/info.html> [Zugriff: 01.03.2024].
- Nationalpark Harz (o.J.): Waldentwicklung im Nationalpark Harz. <https://www.nationalpark-harz.de/de/der-nationalpark-harz/waldentwicklung/> [Zugriff: 16.05.2025].
- Nationalparkverwaltung Harz (2024): Der Nationalpark Harz. Eine besondere Landschaft. <https://www.nationalpark-harz.de/de/der-nationalpark-harz/> [Zugriff: 01.03.2024].
- Naturpark Reinhardswald (o.J.): Naturschutzgebiet Urwald Sababurg. Das Reich der Baumriesen. <https://www.naturpark-reinhardswald.de/attraktionen/urwald-sababurg#/article/0f2ed496-77f0-47d0-9454-2b93448bd7a7> [Zugriff: 31.03.2024].
- Neu, Daria/Thiele, Thomas (2022): Windpark Reinhardswald: Streit verschärft sich – Klagen gegen Baumfällungen. In: Hessische/Niedersächsische Allgemeine. <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/reinhardshagen-ort101242/klagen-gegen-baumfaellungen-fuer-windpark-reinhardswald-91283273.html> [Zugriff: 22.05.2025].
- Nicolaisen, Lukas (2020): Atomenergie als ‚Völkermord‘? Rechtsextreme und die Anti-AKW-Bewegung. In: *Jahrbuch Ökologie 2021*, S. 100–112.
- Nordensvard, Johan/Ketola, Markus (2022): Populism as an act of storytelling: analyzing the climate change narratives of Donald Trump and Greta Thunberg as populist truth-tellers. In: *Environmental Politics* 31, 5, S. 861–882.
- o.A. (2023): Ein „III. Weg-Stützpunkt“ in Nordhessen. In: *Antifaschistisches Info-Blatt (AIB) 2.2023*, 139. <https://antifaifoblatt.de/aib139/ein-iii-weg-stuetzpunkt-nordhessen> [Zugriff: 22.05.2025].
- Otteni, Cyrill/Weisskircher, Manès (2022): Global warming and polarization. Wind turbines and the electoral success of the greens and the populist radical right. In: *European Journal of Political Research* 61, 4, S. 1102–1122.
- Passieck, Yannick (2020): Gemeinsam für die Natur? In: *Jahrbuch Ökologie 2021*, S. 90–99.

- Pasvantis, Christos (2020): Proteste in Lützerath. Polizei rechtfertigt Vorgehen am Tagebau-
rand. In: Rheinische Post Online. [https://rp-online.de/nrw/staedte/erkelenz/tagebau-ga
rzweiler-ii-polizei-rechtfertigt-vorgehen-bei-protesten-in-luetzerath_aid-54687543](https://rp-online.de/nrw/staedte/erkelenz/tagebau-ga
rzweiler-ii-polizei-rechtfertigt-vorgehen-bei-protesten-in-luetzerath_aid-54687543)
[Zugriff: 22.05.2025].
- Peter, Erik (2023): Nazis gegen Fridays. In: die tageszeitung vom 15.09.2023, S. 5.
- Peters, Jan/Thesen, Matthias (1980): Ultrarechte Aktivitäten und Trends in der Umwelt-
schutzbewegung. In: Herb, Hartmut/Peters, Jan/Thesen, Matthias: Der neue Rechtsext-
remismus. Fakten und Trends. Lohra-Rodenhausen: Winddruckverlag, S. 148–187.
- Pfister, Christian (2001): Klimawandel in der Geschichte Europas. In: Österreichische Zeit-
schrift für Geschichtswissenschaften 12, 2, S. 7–43.
- Pinto, José (2013): Einwohner wehren sich gegen Riesenwindräder: „Monster verhindern“.
In: Hessische/Niedersächsische Allgemeine. [https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/
buerger-oberweser-wahlsburg-gegen-riesenwindraeder-2895870.html](https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/
buerger-oberweser-wahlsburg-gegen-riesenwindraeder-2895870.html)
[Zugriff: 22.05.2025].
- Pomer, Laura (2023): Dramatische Aufnahmen! Bekannter deutscher Wald stirbt.
<https://www.travelbook.de/news/nationalpark-harz-wald-stirbt> [Zugriff: 01.03.2024].
- Protopapadakis, Evangelos D. (2014): Environmental Ethics and Linkola's Ecofascism: An
Ethics Beyond Humanism. In: Frontiers of Philosophy in China 9, 4, S. 586–601.
- Radkau, Joachim/Uekötter, Frank (Hrsg.) (2003): Naturschutz und Nationalsozialismus.
Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Rechercheteam Europäische-Energiewende-Community (2021): Bürgerinitiativen gegen
Windkraft in Deutschland. Eine Studie des Rechercheteams „Europäische-Energie-
wende-Community“. [https://energiewende.eu/wp-content/uploads/2021/01/Buergerini
tiativen-gegen-Windkraft-mit-Anhang-Studie-Community-Europaeische-Energie-
wende.pdf](https://energiewende.eu/wp-content/uploads/2021/01/Buergerini
tiativen-gegen-Windkraft-mit-Anhang-Studie-Community-Europaeische-Energie-
wende.pdf) [Zugriff: 31.03.2024].
- Regierungspräsidium Kassel (2022a): Hintergrundinformation. Genehmigungsverfahren für
Windkraftanlagen Genehmigung von 18 WKA im Reinhardswald. [https://rp-kas
sel.hessen.de/sites/rp-kassel.hessen.de/files/2022-06/20220309_faq_windkraft_u_wp_
reinhardswald_1.pdf](https://rp-kas
sel.hessen.de/sites/rp-kassel.hessen.de/files/2022-06/20220309_faq_windkraft_u_wp_
reinhardswald_1.pdf) [Zugriff: 01.03.2024].
- Regierungspräsidium Kassel (2022b): Genehmigungsverfahren. RP Kassel erteilt immissi-
onsschutzrechtlichen Bescheid zur Errichtung von 18 Windkraftanlagen. Pressemittei-
lung. RP Kassel erteilt immissionsschutzrechtlichen Bescheid zur Errichtung von 18
Windkraftanlagen | rp-kassel.hessen.de [Zugriff: 22.05.2025].
- Rettet den Reinhardswald (o.J.): Windige Behauptungen. Falsch: „Engagement für den
Schutz des Reinhardswalds ist rechts oder von rechts unterwandert“. [https://rettet-den-
reinhardswald.de/](https://rettet-den-
reinhardswald.de/).
- Reusswig, Fritz/Küpper, Beate (2022): Tyrannei der Minderheit? Energiewende und Popu-
lismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 72, 21-11, S. 28–34.
- RND (2023): Das Dorf Lützerath: Chronologie eines jahrelangen Streits im Braunkohlere-
vier. In: Redaktionsnetzwerk Deutschland. [https://www.rnd.de/politik/luetzerath-cho
nologie-eines-jahrelangen-streits-im-braunkohlerevier-XLEQDWXTOSNYCO6RFN
UVJBDRO4.html](https://www.rnd.de/politik/luetzerath-cho
nologie-eines-jahrelangen-streits-im-braunkohlerevier-XLEQDWXTOSNYCO6RFN
UVJBDRO4.html) [Zugriff: 29.07.2025].
- Röpke, Andrea (2023): „Anastasia“-Volksfest im Harz. [https://www.endstation-rechts.de/
news/anastasia-volksfest-im-harz](https://www.endstation-rechts.de/
news/anastasia-volksfest-im-harz) [Zugriff: 01.03.2024].
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2019): Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler,
rechte Ökos. Berlin: Ch. Links.
- Rosga, Anna (2020): Die Anastasia-Bewegung. Schnittstelle zwischen Ökologie, Esoterik
& rechter Ideologie. In: Jahrbuch Ökologie 2021, S. 81–89.

- Rueda, Daniel (2020): Neoeocofascism: The Example of the United States. In: *Journal for the Study of Radicalism* 14, 2, S. 95–126.
- Sachsen-Anhalt Rechtsaussen (2021): Völkische Szene, germanische Gläubige und Corona-Proteste. <https://lsa-rechtsaussen.net/voelkische-szene-germanische-glaebige-und-corona-proteste/> [Zugriff: 01.03.2024].
- Satgar, Vishwas (2021): The Rise of Eco-Fascism. In: Williams, Michelle/Satgar, Vishwas (Hrsg.): *Destroying Democracy*. Johannesburg: Wits University Press, S. 25–47.
- Schierholz, Alexander/Huesmann, Felix (2023): Neonazi-Vereinigung: Verbot der „Artgemeinschaft“. Diese Spur führt nach Sachsen-Anhalt. <https://www.mz.de/mitteldeutschland/sachsen-anhalt/verbot-der-artgemeinschaft-diese-spur-fuehrt-nach-sachsen-anhalt-3699977> [Zugriff: 09.04.2024].
- Schindler, Holger (2014): 184 Windstandorte in Nordhessen. In: *Hessische/Niedersächsische Allgemeine*. <https://www.hna.de/kassel/windstandort-nordhessen-4456219.html> [Zugriff: 22.05.2025].
- Schlagenhaufer, Stefan/Storch, Joachim (2023): Deutscher Märchenwald wird für Windräder zerstört. In: *Bild Online*. <https://www.bild.de/regional/frankfurt/politik-inland/kaum-noch-zu-stoppen-deutscher-maerchenwald-wird-fuer-windraeder-zerstoert-86094640.bild.html> [Zugriff: 22.05.2025].
- Schneider, Tobias (2001): Ideologische Grabenkämpfe. Der Philosoph Ludwig Klages und der Nationalsozialismus 1933-1938. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 49, 2, S. 275–294.
- Schröder, Katrin (2023): Windkraft: Verein von Windenergie-Gegnern gegen Bau von Windrädern im Oberharz. <https://www.volksstimme.de/lokal/vernigerode/windkraft-verein-von-windenergie-gegnern-gegen-bau-von-windraedern-im-oberharz-3696610> [Zugriff: 01.03.2024].
- Schwörer, Jakob/Fernández-García, Belén (2023): Climate Sceptics or Climate Nationalists? Understanding and Explaining Populist Radical Right Parties' Positions towards Climate Change (1990–2022). In: *Political Studies* 72, 3, S. 1178–1202.
- Simpson, Sid/Cheever, Kate (2025): It Was Always Blood and Soil Ecofascism and the Racial Capitalocene. In: *Antipode* 57,2. Online First 12. März 2025.
- Stadt Blankenburg (2023): Ergänzungswahl Ortschaftsrat Wienrode 2023. <https://www.blankenburg.de/rathaus/wahlen/ergaenzungswahl-ortschaftsrat-wienrode-2023/> [Zugriff: 01.03.2024].
- Stadt Zeitz (2024): Stadtrat. Stadt Zeitz. <https://www.zeitz.de/buergerinformationssystem/fr010.asp> [Zugriff: 08.03.2024].
- Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. (2024): Braunkohle im Überblick. 1989-2022. Stand 03/24. <https://kohlenstatistik.de/daten-fakten/> [Zugriff: 31.03.2024].
- Statistisches Landesamt NRW (o.J.a): Wahlergebnisse seit 1983 für Erkelenz, Stadt. <https://www.it.nrw/sites/default/files/wahlprofile/wp05370004.pdf> [Zugriff: 31.03.2024].
- Statistisches Landesamt NRW (o.J.b): Wahlergebnisse seit 1983 für Kreis Heinsberg. <https://www.it.nrw/sites/default/files/wahlprofile/wp05370.pdf> [Zugriff: 31.04.2024].
- Strukturwandel Rheinisches Revier: Daten und Fakten. <https://www.rheinisches-revier.de/was/strukturwandel/daten-und-fakten/> [Zugriff: 31.01.2024].
- Szenes, Eszter (2023): Building resiliency to ecofascist radicalisation. Den Haag: ICCT.
- Ungureanu, Camil/Popartan, Lucia Alexandra (2024): The green, green grass of the nation. A new far-right ecology in Spain. In: *GeoForum* 108, 102953.

- Veldman, Robin Globus/O'Donnell, S. Jonathon/Hartman, Matthew R. (2024): Introduction to the Special Issue: Religion, Environment, and the Political Right. In: *Journal for the Study of Nature, Religion and Culture* 18, 3, S. 309–317.
- Viehöver, Wilhelm. (2010): Die Wissenschaft und die Verzauberung des sublunaren Raumes. Der Klimadiskurs im Licht der narrativen Diskursanalyse. In Reiner Keller, Andreas Hirsland, Werner Schneider, Wilhelm Viehöver (Hrsg.). *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis..* Wiesbaden: VS Verlag. 4. Auflage, S. 233–270.
- Virchow, Fabian (2021): ‚Medienkrieg‘. Die populistische und extreme Rechte als mediale Akteurin. In: Schütz, Johannes/Schäller, Steven/Kollmorgen, Raj (Hrsg.): *Die Neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten..* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 321–334.
- Virchow, Fabian (2024): Rechtsextreme Narrative in sozialen Medien – Merkmale, Einfluss auf junge Menschen und Umgang hiermit. Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz: BzKJAKTUELL. Ausgabe 2. S. 5–9. <https://www.bzjk.de/resource/blob/240366/2e2983a9f1ca5f69f67b08b9f9a6fc8f/20242-rechtsextreme-narrative-und-social-media-influencende-data.pdf> [Zugriff: 01.06.2025].
- Wagner, Andreas (2010): Das ‚Heidelberger Manifest‘ von 1981. Deutsche Professoren warnen vor ‚Überfremdung des deutschen Volkes‘. In: Klatt, Johanna/Lorenz, Robert (Hrsg.): *Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells.* Bielefeld: transcript Verlag, S. 285–313.
- Weber, Florian/Jenal, Corinna/Rossmeyer, Albert/Kühne, Olaf (2017): Conflicts Around Germany's Energiewende: Discourse Patterns of Citizens' Initiatives. In: *Quaestiones Geographicae* 36, 4, S. 117–130.
- Weisskircher, Manès/Volk, Sabine (2025): The People against the Sun? Ideology and Strategy in Far-Right Parties' Climate Obstruction of Solar Energy. In: *Environmental Politics Online* First vom 4. März 2025. <https://doi.org/10.1080/09644016.2025.2458380>
- Weiß, Volker (2023): Angst vor der grünen Internationale. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 10.06.2023, S. 15.
- Wirtschaftsministerium NRW (o.J.): Braunkohleausstieg 2030 im Rheinischen Revier. <https://www.wirtschaft.nrw/themen/energie/kohleausstieg-2030> [Zugriff: 31.01.2024].
- Wölk, Volkmar (1992): *Natur und Mythos.* Duisburg: DISS.
- Wüst, Jürgen (1993): *Konservatismus und Ökologiebewegung.* Frankfurt am Main: IKO.
- Zechner, Johannes (2006): *Ewiger Wald und ewiges Volk. Die Ideologisierung des „deutschen Waldes“ im Nationalsozialismus.* Freising: TU München.
- Zimmermann, Wiebke (2022): Der Klimaschutzdiskurs der „Neuen Rechten“. Eine ideengeschichtliche Analyse des Periodikums *Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz*. Wiesbaden: Springer VS. <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-39111-9> [Zugriff: 01.06.2025].
- Żuk, Piotr/Szulecki, Kacper (2020): Unpacking the right-populist threat to climate action: Poland's progovernmental media on energy transition and climate change. In: *Energy Research & Social Science* 66, 2, 101485.

3. Klimageneration und/oder rechte Jugend? Ergebnisse aus der RIOET-Forschung

Quellen

- AfD (2023): Für Habeck „Mutige Jugendliche“. Für und Extremisten. Twitter-Beitrag vom 29.04.2023. <https://twitter.com/AfD/status/1652274800423849984/photo/1> [Zugriff: 22.05.2025].
- AfD Bundesverband (2025): Zeit für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf [Zugriff: 26.05.2025].
- AfD Kreis Bielefeld (2020): Bundesregierung beschließt Kohleausstieg. Webseite des Kreisverbands. <https://www.youtube.com/watch?v=dzhVHPTKx0s> [Zugriff: 22.05.2025].
- AfD-Fraktion Hessen (2022): Erst der Wald, dann das Windrad! Flugblatt Anti WKA. https://afd-fraktion-hessen.de/wp-content/uploads/2022/02/Flugblatt_Anti-WKA.pdf [Zugriff: 22.05.2025].
- AfD-Fraktion NRW (2021): Über 250.000 Stellen gefährdet! Telegram Beitrag vom 13.12.2021. <https://t.me/afdfraktionnrw/786> [Zugriff: 22.05.2025].
- AfD-Fraktion-NRW (2022): Kohleausstieg wie angekündigt: Bürger haben keine Kohle mehr!. Instagram-Post vom 17.09.2022. <https://www.instagram.com/p/CimiHhhoWsu/?igsh=YmFpbmZraDVyb2sz>. [Zugriff: 22.05.2025].
- BLKregionalTV (2018): Ausstieg Fachtagung Herrmannschacht Zeitz Tag der Stiftungen Bürgermeister Hoh. <https://www.youtube.com/watch?v=dzhVHPTKx0s> [Zugriff: 22.05.2025].
- Der III. Weg (2019): Ausführungen zum Punkt 7 „Umweltschutz ist Heimatschutz“ des Zehn-Punkte-Programms. <https://der-dritte-weg.info/2019/01/ausfuehrungen-zum-punkt-7-umweltschutz-ist-heimatschutz-des-zehn-punkte-programms/> [Zugriff: 22.05.2025].
- Der III. Weg (2024): Wie karibische Meeresschwämme das Klimadogma widerlegen. <https://der-dritte-weg.info/2024/03/wie-karibische-meeresschwamme-das-klimadogma-widerlegen/> [Zugriff: 24.05.2025].
- Dritter Weg (2019): Plädoyer für eine radikale nationalistische Umweltschutzpolitik. <https://der-dritte-weg.info/2019/07/plaedoyer-fuer-eine-radikale-nationalistische-umweltschutzpolitik/> [Zugriff: 22.05.2025].
- EIKE (o.J.): About us. EIKE online. <https://eike-klima-energie.eu/about-us/> [Zugriff: 22.05.2025].
- Elsässer, Jürgen (Hg.) (2019): Klimawahn „Öko-Diktatur und die heimliche Agenda der Grünen.“. Werder: COMPACT-Magazin.
- Fokus online (2023): Der Wald stirbt vor unseren Augen – Es braucht 100 Millionen Bäume. <https://www.youtube.com/watch?v=iTkx-5V5DXM> [Zugriff: 22.05.2025].
- Friedhoff, Dietmar (2023): 1. Harzer Waldkonferenz, 01.07.2023. Konferenzbericht. <https://dietmar-friedhoff.de/1-harzer-waldkonferenz-01-07-2023/> [Zugriff: 22.05.2025].

- Guterres, Antonio (2022): Message from UN Secretary António Guterres on the Launch of the Third IPCC Report. Rede des UN-Generalsekretärs. <https://laopdr.un.org/en/176912-message-un-secretary-ant-prozentC3prozentB3nio-guterres-launch-third-ipcc-report> [Zugriff: 22.05.2025].
- Hessischer Rundfunk (2022): Kampf im Reinhardswald – Wie Energiewendegegner einen Windpark torpedieren. <https://www.ardmediathek.de/video/dokus-und-reportagen/kampf-im-reinhardswald-wie-energiewendegegner-einen-windpark-torpedieren/hr-fernsehen/Y3JpZDovL2hyLW9ubGluZS8xODU5NTc> [Zugriff: 22.05.2025].
- Pföhringer, Daniell (2023): Schnee im März: Blamage für Klimaideologen. <https://www.compact-online.de/schnee-im-maerz-blamage-fuer-klima-ideologen/> [Zugriff: 22.05.2025].
- Materialvertrieb der Partei „Der III. Weg“ (Der III. Weg) (2020): Umweltschutz ist Heimatschutz – Plakat DIN A3 – Materialvertrieb. <https://www.materialvertrieb.de/produkt/umweltschutz-ist-heimatschutz-a3/> [Zugriff: 31.08.2024].
- Rechercheplattform zur Identitären Bewegung (2024): IB-Chef Martin Sellner teilt ein Video und erklärt in der Beschreibung, „warum die Kreuzzüge gut waren“. <https://x.com/IbDoku/status/1833796690781823118> [Zugriff: 25.05.2025].
- Schreiber, Peter (2019): DS September 2019: Für einen nationalen Klimawandel!. Deutsche Stimme online. <https://deutsche-stimme.de/ds-september-2019-fuer-einen-nationalen-klimawandel/> [Nicht mehr abrufbar].
- Telegram-User*in (2022): Grüne Klimarettung. Telegramkanal: Rettet den Märchenwald. Telegram-Post vom 14.12.2022. <https://t.me/Reinhardswald/2955> [Zugriff: 22.05.2025].
- Z-Versand (o.J.): Recht und Wahrheit Aufkleber R006. <https://z-versand.shop/produkt-kategorie/aufkleber/> [Zugriff: 22.05.2025].

Literatur

- ARD alpha (2023): Klimawandel: Wetter ist nicht Klima! <https://www.ardalpha.de/wissen/umwelt/klima/wetter-klima-unterschied-klimawandel-100.html> [Zugriff: 22.05.2025].
- Arenz, Rainer/Zuther, Maximilian/Schimitzek, Konstantin (2023): Sachsen-Anhalt-Monitor 2023. Neue Herausforderungen nach der Pandemie. Hamburg: GMS Dr. Jung, S. 76–78.
- Bandura, Albert (1982): Self-efficacy mechanism in human agency. In: *American Psychologist* 37, 2: 122–147. DOI: <https://doi.org/10.1037/0003-066X.37.2.122> [Zugriff: 22.05.2025].
- Bartels, Agneta/Karic, Senka: (2023): A gap between talk and action? Engagement junger Menschen im Kontext des Klimawandels. *Voluntaris*, 11(1).
- Beaumont, Elizabeth (2011): Promoting Political Agency, Addressing Political Inequality: A Multilevel Model of Internal Political Efficacy. In: *The Journal of Politics* 73, 1: 216–231. DOI: <https://doi.org/10.1017/S0022381610000976> [Zugriff: 22.05.2025].
- Belotti, Francesca/Donato, Stellamaria/Bussoletti, Arianna/Comunello, Francesca (2022): Youth activism for climate on and beyond social media: Insights from FridaysForFuture-Rome. *The International Journal of Press/Politics*, 27(3), S. 718–737. DOI: <https://doi.org/10.1177/19401612211072776> [Zugriff: 24.05.2025].

- Biallas, Manuel/Schneider, Isabel (2024): Warum junge Männer rechts wählen. <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/archiv/2024/Warum-junge-Maenner-rechts-waehlen,jungemaenner100.html> [Zugriff: 22.05.2025].
- Billmeyer, Luisa (2024): Gender-Gap: Werden junge Frauen linker und Männer rechter? <https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/politischer-gender-gap-100.html> [Zugriff: 22.05.2025].
- Björge, Tore/Ravndal, Jacob Aasland (2019): Extreme-Right Violence and Terrorism: Concepts, Patterns, and Responses. In: ICCT Policy Brief. <https://icct.nl/sites/default/files/import/publication/Extreme-Right-Violence-and-Terrorism-Concepts-Patterns-and-Responses-4.pdf> [Zugriff: 24.05.2025].
- BMUV (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) (2020): Zukunft? Jugend fragen! Eine Studie des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und des Umweltbundesamtes Umwelt, Klima, Politik, Engagement – Was junge Menschen bewegt. Berlin: BMUV.
- Bock, Vero/Bruns, Lucia/Jänicke, Christin, Kopke, Christoph/Lehnert, Esther/Mildenberger Helene (Hrsg.) (2023): Jugendarbeit, Polizei und rechte Jugendliche in den 1990er Jahren. Weinheim: Beltz Juventa.
- Bott, Hermann (1969): Die Volksfeind-Ideologie. Zur Kritik rechtsradikaler Propaganda. Stuttgart: DVA.
- Bröckling, Marie (2025): Debatte um AfD-Verbot. Patriotisch, Deutschland, Jugend: So soll der AfD-Nachwuchs heißen. <https://correctiv.org/aktuelles/debatte-um-afd-verbot/2025/04/11/drei-namen-fuer-afd-partei-jugend/> [Zugriff: 24.05.2025].
- Bruns, Lucia (2022): Jung, männlich, ostdeutsch, gewalttätig? Die Debatte um Jugendarbeit und rechte Gewalt seit den 1990er Jahren. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/rechte-gewalt-in-den-1990er-jahren-2022/515775/jung-maennlich-ostdeutsch-gewalttaetig/> [Zugriff: 02.07.2025].
- Cook, John/Nuccitelli, Dana/Green, Sarah A./Richardson, Mark/Winkler, Bärbel/Painting, Rob/Way, Robert/Jacobs, Peter/Skuce, Andrew (2013): Quantifying the consensus on anthropogenic global warming in the scientific literature. In: *Environmental Research Letters* 8, 2: 24024. DOI: <https://doi.org/10.1088/1748-9326/8/2/024024> [Zugriff: 22.05.2025].
- Dahmen, Stephan/Demir, Zeynep/Ertugul, Baris/Ritter, Bettina (Hrsg.) (2024): Politisierung von Jugend. Weinheim: Beltz Juventa.
- Damoah, Benjamin/Yeboah, Clement/Keengwe, Sagini/Owusu, Samuel/Kekessie, Francis (2024): The global climate and environmental protest: Student environmental activism a transformative defiance. *International Journal of Environmental, Sustainability and Social Science*, 4(4), S. 1180–1198.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2024): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Forschung Psychosozial. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Della Porta, Donatella/Portos, Martín (2023): Rich kids of Europe? Social basis and strategic choices in the climate activism of Fridays for Future. *Italian Political Science Review/Rivista Italiana di Scienza Politica*, 53, S. 24–49. DOI: <https://doi.org/10.1017/ipo.2021.54> [Zugriff: 24.05.2025].
- Devine-Wright, Patrick (2013): Explaining „NIMBY“ Objections to a Power Line. In: *Environment and Behavior* 45, 6: 761–781. DOI: <https://doi.org/10.1177/0013916512440435> [Zugriff: 22.05.2025].

- Drees, Caroline (2025): Bundestagswahl 2025: Linke verliert bei jungen Wählern – AfD legt zu. ZDF heute. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/bundestagswahl-2025-linke-afd-junge-waehler-100.html> [Zugriff: 24.05.2025].
- Duindam, Hanne M./Verhoef, Rogier E. J./van den Akker, Alithe L./Asscher, Jessica J. (2024): Far-right violent radicalization profiles of youth in the Netherlands. *Psychology of Violence*. Advance online publication. DOI: <https://doi.org/10.1037/vio0000545> [Zugriff: 24.05.2025].
- Ekberg, Kristoffer/Forchtner, Bernhard/Hultman, Martin (2023): *Climate obstruction. How denial, delay and inaction are heating the planet*. New York: Routledge. First Edition.
- Fabel, Marc/Flückiger, Matthias/Ludwig, Markus/Rainer, Helmut/Waldinger, Maria/Wichert, Sebastian: (2023): The power of youth: Did the „Fridays for Future“ climate movement trickle-up to influence voters, politicians, and the media? CESifo Working Paper No. 9742. The Power of Youth: Did the „Fridays for Future“ Climate Movement Trickle-Up to Influence, Voters, Politicians, and the Media? Working Paper ifo CESifo [Zugriff: 24.05.2025].
- Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) (Hrsg.) (2019): Wenn Rechtsextreme von Naturschutz reden – Argumente und Mythen. Ein Leitfaden. https://www.nf-farn.de/system/files/documents/farn_leitfaden_wenn_rechts_extreme_von_naturschutz_reden.pdf [Zugriff: 22.05.2025].
- Fiedler, Maria (2018): Frauen bei der Identitären Bewegung: Rechte Schwestern ganz vorn. <https://www.tagesspiegel.de/politik/rechte-schwester-ganz-vorn-3928435.html> [Zugriff: 24.05.2025].
- Flaig, Berthold Bodo/Uelzhöffer, Jörg (1981): 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben“: Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. Reinbek: Rowohlt.
- Focus Online (2023): Habeck über Klima-Kleber: „Bewundere die jungen Leute für ihre Courage“. https://www.focus.de/politik/habeck-ueber-letzte-generation-bewundere-di-e-jungen-leute-fuer-ihre-courage_id_192427282.html [Zugriff: 24.05.2025].
- Forchtner, Bernhard/Lubarda, Balša (2022): Scepticisms and beyond? A comprehensive portrait of climate change communication by the far right in the European Parliament. In: *Environmental Politics* 32, 1, S. 43–68. DOI: <https://doi.org/10.1080/09644016.2022.2048556> [Zugriff: 22.05.2025].
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2022): (NACH-)Wahlanalyse: Wie haben junge Deutsche 2021 bei der Bundestagswahl gewählt? In: [library.fes.de](https://library.fes.de/pdf-files/pbud/19475.pdf). <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/19475.pdf> [Zugriff: 24.05.2025].
- Fröhlich, Alexander/Geiler, Julius/Pohl, Dennis (2025): Razzia gegen Rechtsextreme: Was steckt hinter der „Letzten Verteidigungswelle“ – und wie gefährlich ist sie? Tagesspiegel. <https://www.tagesspiegel.de/politik/razzia-gegen-rechtsextreme-was-steckt-hinter-der-letzten-verteidigungswelle--und-wie-gefaehrlich-ist-sie-13729753.html> [Zugriff: 02.07.2025].
- Gantenbrink, Nora (2024): Mit den Beatsteaks auf Anti-AfD-Tour. Moshpit in „Faschohausen“ Der Spiegel. <https://www.spiegel.de/panorama/beatsteaks-auf-tour-mit-der-punk-rockband-in-ostdeutschland-moshpit-fuer-die-demokratie-a-5d6e25ec-dbec-4698-8e96-6df3e7778c2e> [Zugriff: 31.05.2025]
- Habibi-Kohlen, Delaram (2023): „Für uns ist die Zerstörung des Planeten etwas Persönliches“: Kinder und Jugendliche in der Klimakrise. *Jahrbuch für Psychoanalytische Pädagogik*, 29, S. 171–189.

- Hafeneger, Benno/Jestädt, Hannah/Schwerthelm, Moritz/Schuhmacher, Nils/Zimmermann, Gillian (2021): Die AfD und die Jugend. Frankfurt/Main: Wochenschau Verlag.
- Hauß, Sebastian (2020): Protest in der Risikogesellschaft. Bielefeld: transcript Verlag. DOI: <https://doi.org/10.14361/9783839453474> [Zugriff: 02.07.2025].
- Hausmanninger, Thomas (2013): Verschwörung und Religion. München: Fink.
- Heinze, Anna-Sophie (2024): Drivers of radicalisation? The development and role of the far-right youth organisation ‚Young Alternative‘ in Germany. In: *International Political Science Review* 46, 1, S. 108–124. DOI: <https://doi.org/10.1177/01925121231221961> [Zugriff: 24.05.2025].
- Hickman, Caroline/Marks, Elizabeth/Pihkala, Panu/Clayton, Susan/Lewandowski, R. Eric/Mayall, Elouise E./Wray, Britt/Mellor, Catriona/van Susteren, Lise (2021): Climate anxiety in children and young people and their beliefs about government responses to climate change: A global survey. In: *The Lancet Planetary Health*, 5(12), S. 863–873.
- Kastberg, Ann-Katrin/Mönig, Alina/Quent, Matthias/Stein, Christian (2025): Der politische gendered Education Gap unter jungen Menschen. In: *GiP Gleichstellung in der Praxis* 21, 2, S. 11–19.
- Kleinert, Hubert (2018): Die AfD und ihre Mitglieder: Eine Analyse mit Auswertung einer exemplarischen Mitgliederbefragung hessischer Kreisverbände. Wiesbaden: Springer VS.
- Krieg, Yvonne (2022): Is the World Run by Evil Forces? Conspiracy Mentality Among Adolescents in Relation to Right-Wing Extremist Ideology and Discriminatory Behavior. In: *Journal for Deradicalization*, 33, S. 1–39.
- Kuckartz, Udo/Rädiker, Stefan (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Grundlagentexte Methoden. Grundlagentexte Methoden. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Küpper, Beate/Zick, Andreas/Mokros, Nico (Hrsg.): Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Dietz <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdac3e0fd> [Zugriff: 25.05.2025].
- Küppers, Anne (2022): ‚Climate-Soviets‘, ‚Alarmism‘, and ‚Eco-Dictatorship‘: The Framing of Climate Change Scepticism by the Populist Radical Right Alternative for Germany. In: *German Politics* 33, 1, S. 1–21. DOI: <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2056596> [Zugriff: 25.05.2025].
- Landwehr, Barbara (Hrsg.) (2016): Partizipation, Wissen und Motivation im Politikunterricht. Eine Interventionsstudie. Empirische Forschung in den gesellschaftswissenschaftlichen Fachdidaktiken. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Landwehr, Barbara (2016): Politische Partizipation. In: Landwehr, Barbara (Hrsg.): Partizipation, Wissen und Motivation im Politikunterricht. Eine Interventionsstudie. Empirische Forschung in den gesellschaftswissenschaftlichen Fachdidaktiken. Wiesbaden: Springer Fachmedien: S. 109–128. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-16507-9_5 [Zugriff: 22.05.2025].
- Langebach, Martin (2016): Rechtsextremismus und Jugend. In: Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hrsg.): *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer VS, S. 375–439.
- Lehnert, Esther (2015): Die Ideologie der „Volksgemeinschaft“ und ihre Anschlussfähigkeiten. In: Amadeu Antonio Stiftung (AAS) (Hg.): *Instrumentalisierung des Themas sexueller Missbrauch durch Neonazis. Analysen und Handlungsempfehlungen für Zivilgesellschaft und Betroffenenengruppen*. Berlin: AAS, S. 15–18. <https://www.amadeu-an>

- tonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/08/instrumentalisierung-des-themas-sexueller-missbrauch-durch-neonazis-1.pdf [Zugriff: 22.05.2025].
- McDonnell, Duncan/Ammssari, Sofia/Werner, Annika/Bolin, Niklas/Valbruzzi, Marco/Lopes, Hugo Ferrinho/Heinisch, Reinhard/Jungar, Ann-Cathrine/Wegschneider, Carsten (2025): Young radicals, moderates and aligned: Ideological congruence and incongruence in party youth wings. In: *European Journal of Political Research*. DOI: <https://doi.org/10.1111/1475-6765.70000> [Zugriff: 25.05.2025].
- Nehmer, Julian/Simon, Stephanie/Thiele, Felix (2022): Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. bpb.de. <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/508474/massnahmen-gegen-rechtsextremismus/> [Zugriff: 24.05.2025].
- Olsen, Jonathan (2024): *Nature and Nationalism. Right-wing Ecology and the Politics of Identity in Germany*. Cham: Springer Nature Switzerland; Imprint Palgrave Macmillan. 2nd ed. 2024. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-031-74342-9> [Zugriff: 02.07.2025].
- Pilz, Michael (2024): Björn Höcke fährt Simson S51: Wie die AfD in Thüringen ihren kulturpolitischen Instinkt verlor. <https://www.welt.de/kultur/article252958712/Bjoern-Hoecke-faehrt-Simson-S51-Wie-die-AfD-in-Thueringen-ihren-kulturpolitischen-Instinkt-verlor.html> [Zugriff: 25.05.2025].
- Priert, Christina/Menthe, Jürgen (o. J.): Typisierung von Jugendlichen im Umgang mit der Klimakrise. Universität Hildesheim, <https://gdcp-ev.de/wp-content/uploads/securepdfs/2023/09/Priert.pdf> [Zugriff: 25.05.2025].
- Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika (2021): *Qualitative Sozialforschung*. Berlin/Boston: De Gruyter. 5. Auflage.
- Radtke, Jörg/Drewing, Emily/Zorn, Jenny/Schreurs, Miranda (2020): Doubt every crisis! Klimawandelleugnung in Zeiten der Pandemie. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33, 4, S. 815–828. DOI: <https://doi.org/10.1515/fjsb-2020-0072> [Zugriff: 22.05.2025].
- Rahmstorf, Stefan (2005): Die Klimaskeptiker. In: Münchner Rück (Hrsg.): *Wetterkatastrophen und Klimawandel – sind wir noch zu retten? Der aktuelle Stand des Wissens – alle wesentlichen Aspekte des Klimawandels von den Ursachen bis zu den Auswirkungen*. Edition Wissen. München: Münchener Rückversicherungs-Ges., S. 76–83.
- Rafael, Simone (2016): Eine Übersicht: Rechtspopulistische Gesprächsstrategien. <https://www.belltower.news/rechtspopulistische-gespraechsstrategien-eine-uebersicht-41674/> [Zugriff: 25.05.2025].
- Reusswig, Fritz/Küpper, Beate (2023): Klimapolitische Einstellungen im Kontext des Krieges gegen die Ukraine. In: Küpper, Beate/Zick, Andreas/Mokros, Nico (Hrsg.): *Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23* S. 289–313. Bonn: Dietz <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd> [Zugriff: 25.05.2025].
- Reusswig, Fritz/Küpper, Beate/Rump, Maike (2021): Propagandefeld: Klima. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Schröter, Franziska (Hrsg.): *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: Dietz: S. 262–282.
- Rochnia, Michael/Kleen, Hannah/Gräsel, Cornelia/Ulm, Sonja/Soermann, Fabian (2021): Die Argumentation der AfD in sozialen Medien zum Thema Flucht und Migration. *Bildungsforschung*, Nr. 2 (2021): Methode, Wege und Zielrichtungen. DOI: <https://doi.org/10.25539/BILDUNGSFORSCHUN.V0I2.326> [Zugriff: 25.05.2025].

- Rothhut, Sophia/Hauff, Darian/Puschmann, Cornelius (2024): Rechtsextreme Narrative und Social-Media-Influencende. Rechtsextreme Narrative und Social-Media-Influencende [Zugriff: 25.05.2025].
- Schelling, Philip (2024): Politisierung im Kontext des „Schulstreiks fürs Klima „–Ein Theoretisierungsversuch mit Jacques Rancière. In: Dahmen, Stephan/Demir, Zeynep/Ertugul, Baris/Ritter, Bettina (Hrsg.): Politisierung von Jugend. Weinheim: Beltz Juventa.
- Schedler, Jan/Häusler, Alexander (Hrsg.) (2011): Autonome Nationalisten. Wiesbaden: Springer VS.
- Scherr, Albert (2001): Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus: Erscheinungsformen und soziale Bedingungen. Opladen: Barbara Budrich Verlag.
<https://elibrary.utb.de/doi/epdf/10.3224/gwp.v50i2.05> [Zugriff: 25.05.2025].
- Schönberger, Christoph/Schönberger, Sophie (2023): Die Reichsbürger. Ermächtigungsver-suche einer gespenstischen Bewegung. München: C.H. Beck. DOI: <https://doi.org/10.17104/9783406807510>. [Zugriff: 02.07.2025].
- Schneekloth, Ulrich/Albert, Mathias (2024): Jugend und Politik. In: Albert, Mathias/Quen-zel, Gudrun/Leven, Ingo (Hrsg.): Jugend 2024. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt. Shell Jugendstudie, 19 (2024). Weinheim/Basel: Beltz, S. 43–100.
- Serrano, Juan Carlos Medina/Shahrezaye, Morteza/Papakyriakopoulos/Hegelich, Simon (2019): The Rise of Germany's AfD: A Social Media Analysis. In: SMSociety'19: Pro-ceedings of the 10th International Conference on Social Media and Society, S. 214–223. DOI: <https://doi.org/10.1145/3328529.3328562> [Zugriff: 02.07.2025].
- Smith, Eric/Klick, Holly (2008): Explaining NIMBY opposition to wind power.
<http://smith.faculty.polsci.ucsb.edu/wind.pdf> [Zugriff: 31.05.2025].
- Soentgen, Jens/Bilandzic, Helena (2014): Die Struktur klimaskeptischer Argumente. Ver-schwörungstheorie als Wissenschaftskritik. In: GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society 23, 1, S. 40–47. DOI: <https://doi.org/10.14512/gaia.23.1.10> [Zu-griff: 22.05.2025].
- Südwestrundfunk (2024): Rechtsextreme beim Kampfsport in BW? Verfassungsschutz warnt. swr.de. <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/rechtsextreme-kampfsport-verfassungsschutz-100.html> [Zugriff: 22.05.2025].
- Szanto, Thomas (2021): Hass und die negative Dialektik affektiver Herabsetzung. In: Deut-sche Zeitschrift für Philosophie 69, 3, S. 422–437. DOI: <https://doi.org/10.1515/dzph-2021-0035> [Zugriff: 22.05.2025].
- Tagesschau.de (2021): AfD-Stimmenanteile nach Altersgruppen. https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-06-06-LT-DE-ST/charts/umfrage-al-ter/chart_727762.shtml. [Zugriff: 19.06.2025].
- Tagesschau.de (2022): Wen wählten Jüngere und Ältere?
<https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2022-05-15-LT-DE-NW/umfrage-alter.shtml> [Zugriff: 19.06.2025].
- Tagesschau.de (2023a): Wen wählten Jüngere und Ältere?
<https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/umfrage-alter.shtml> [Zugriff: 19.06.2025].
- Tagesschau.de (2023b): Wen wählten Jüngere und Ältere?
<https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-HE/umfrage-alter.shtml> [Zugriff: 19.06.2025].
- Tagesschau.de (2024a): Wen wählten Jüngere und Ältere?

- <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-SN/umfrage-alter.shtml> [Zugriff: 19.06.2025].
- Tagesschau.de (2024b): Wen wählten Jüngere und Ältere? <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH/umfrage-alter.shtml> [Zugriff: 19.06.2025].
- Tagesschau.de (2024c): Wen wählten Jüngere und Ältere? <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-22-LT-DE-BB/umfrage-alter.shtml> [Zugriff: 19.06.2025].
- Tagesschau.de (2024d): Hauptgründe für das Wahlergebnis. <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-06-09-EP-DE/umfrage-aktuellethemen.shtml> [Zugriff: 23.05.2025].
- Tsevreli, Irida/Proutsos, Nikolaos/Tsevreli, Magdalini/Tigkas, Dimitris (2023): Generation Z Worries, Suffers and Acts against Climate Crisis—The Potential of Sensing Children's and Young People's Eco-Anxiety: A Critical Analysis Based on an Integrative Review. In: *Climate* 11, 8, S. 171. DOI: <https://doi.org/10.3390/cli11080171> [Zugriff: 25.05.2025].
- Quent, Matthias/Richter, Christoph/Salheiser, Axel (2022): *Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende*. München: Piper.
- Uba, Katrin/Lavizzari, Anna/Portos, Martín (2023): Experience of economic hardship and right-wing political orientation hinder climate concern among European young people. In: *Journal of Contemporary European Studies* 31, 3, S. 835–856. DOI: <https://doi.org/10.1080/14782804.2022.2061433> [Zugriff: 25.05.2025].
- Virchow, Fabian (2006): *Gegen den Zivilismus*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Virchow, Fabian (2016): PEGIDA: Understanding the emergence and essence of nativist protest in Dresden. In: *Journal of Intercultural Studies*. Vol. 37, No. 6. S. 541-555. PEGIDA: Understanding the Emergence and Essence of Nativist Protest in Dresden: *Journal of Intercultural Studies*: Vol 37, No 6. DOI: <https://doi.org/10.1080/07256868.2016.1235026> [Zugriff: 25.05.2025].
- Virchow, Fabian/Langebach, Matrin/Häusler, Alexander (Hrsg.) (2016): *Handbuch Rechts-extremismus*. Wiesbaden: Springer VS.
- Vogl, Susanne (2019): Gruppendiskussion. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS. 2. Auflage.
- Von der Weiden, Nastassja (2024): Rechte Drohgebärden gegen Christopher Street Days in Sachsen. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/csd-proteste-100.html> [Zugriff: 25.05.2025].
- Waechter, Natalia/Steinmann, Nico Maximilian (2023): Fridays for Future zwischen Hoffnung und Frustration: Politische Selbstwirksamkeit im Verständnis junger Protestierender. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 49, 1: 85–103. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11614-023-00553-z> [Zugriff: 22.05.2025].
- Wallis, Hannah/Loy, Laura S. (2021): What drives pro-environmental activism of young people? A survey study on the Fridays for Future movement. In: *Journal of Environmental Psychology* 74, S. 101581. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.jenvp.2021.101581> [Zugriff: 25.05.2025].
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico/Schröter, Franziska (Hrsg.) (2023): *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn: Dietz.

- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Schröter, Franziska (Hrsg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn: Dietz.
- Zick, Andreas/Mokros, Nico (2023): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico/Schröter, Franziska (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Dietz, S. 53–100.

4. Schlussbetrachtung

Quellen

- AfD Bundesverband (2025): Zeit für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf [Zugriff: 26.05.2025].

Literatur

- Adorno, Theodor W./Frenkel-Brunswik, Else/Levinson, Daniel J./Sanford, R.Nevitt (1950): The Authoritarian Personality. New York: Harper & Brothers (= Studies in Prejudice Volume 1).
- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Suhrkamp: Berlin.
- Beelmann, Andreas/Michelsen, Danny (Hrsg.) (2022): Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration. Interdisziplinäre Debatten und Forschungsbilanzen. Wiesbaden: Springer VS.
- Daggett, Cara (2018): Petro-masculinity: Fossil Fuels and Authoritarian Desire. In: Millennium 47, 1, S. 25–44. DOI: <https://doi.org/10.1177/0305829818775817> [Zugriff: 21.09.2025].
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2024): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismusstudie 2024. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2020): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Ekberg, Kristoffer/Forchtnr, Bernhard/Hultman, Martin/Jylhä, Kirsti (2022): Climate Obstruction. How Denial, Delay and Inaction are Heating the Planet. London: Routledge. DOI: <https://doi.org/10.4324/9781003181132-4>.
- Ester, Marvin/Koch, Rhonda (2023): Für eine psychoanalytisch-sozialpsychologische Perspektive auf die Klimakrise. In: PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 211, 53, Nr. 2, S. 307–318.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.) (2015): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript Verlag.
- Kaufhold, Charlie/Lilge-Hartmann, Andrea/Bechtoldt, Myriam/Kirchhoff, Christine (2024): „Kein gutes Thema für die Zukunft“. Wie wir den Klimawandel erleben: Über die fol-

- genreiche Abwehr einer bedrohlichen Realität. In: psychosozial III/2024, DOI: <https://doi.org/10.30820/0171-3434-2024-3-46>.
- Kimmel, Michael (2013): *Angry White Men. American Masculinity at the End of an Era*. New York: Nation Books.
- Lang, Juliane (2015): Familie und Vaterland in der Krise. Der rechte Diskurs um Gender. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 167–181.
- Löwenthal, Leo (2021): *Falsche Propheten: Studien zur faschistischen Agitation*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Mayer, Stefanie/Šori, Itzok/Sauer, Birgit/Ajanović, Edma (2018): Mann, Frau, Volk. Familiendylle, Heteronormativität und Femonationalismus im europäischen rechten Populismus. In: *Feministische Studien* 36, Heft 2, S. 269–285.
- Olsen, Jonathan (1999): *Nature and Nationalism. Right-Wing Ecology and the Politics of Identity in Contemporary Germany*. New York: St. Martin's Press.
- Quent, Matthias, Salheiser, Axel & Richter, Christoph (2022). *Klimarassismus: Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende*. München: Piper.
- Stögner, Karin (2014): *Antisemitismus und Sexismus. Historisch-gesellschaftliche Konstellationen*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Veit, Konstantin (2022): „Gender-Ideologie“ und „Klimahysterie“. Der Natur-Geschlechter-Nexus im rechten und extrem rechten Denken. In: *Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* 2, 1, S. 19–20.

5. Was tun? Handlungsempfehlungen für Politik, Zivilgesellschaft und demokratische Institutionen

Literatur

- Hammerbacher, Michael (2023): Intervention und Prävention gegen Rechtsextremismus an Schulen. BIK Netz Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus. <https://demokratieundvielfalt.de/wp-content/uploads/2016/09/Dossier-Rechtsextremismuspraevention-an-Schulen.pdf> [Zugriff: 24.05.2025].
- NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V. (2022): Bundessatzung des NABU (Naturschutzbund Deutschland) e. V. in der Fassung vom 12./13. November 2022. <https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nabu/240321-nabu-bundessatzung-2024.pdf> [Zugriff: 30.05.2025].

Der Klimawandel und das Erstarken der äußersten Rechten fordern die Zukunft der Demokratie heraus. Welche Strategien der äußersten Rechten lassen sich in Bezug auf den Klimawandel beobachten? Und wie blicken diejenigen darauf, um deren es Zukunft hier geht? Die Autor*innen haben junge Menschen in einer deutschlandweiten Studie befragt. Deutlich wurde: Viele junge Menschen lehnen rechte Narrative zu Klimathemen ab, doch einige rechte Positionen stoßen auch auf Zustimmung.

Die Autor*innen:

Marleen Hascher, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für demokratische Kultur, Hochschule Magdeburg-Stendal und Doktorandin an der gleichen Hochschule am Promotionszentrum für Sozial-, Gesundheits- und Wirtschaftswissenschaften

Ann-Katrin Kastberg, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-Stendal und Doktorandin am Institut für Humangeographie und Institut für Sozialforschung an der Goethe-Universität Frankfurt a. M.

Benjamin Kerst, M.A., assoziierter Wissenschaftler am Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA), Hochschule Düsseldorf

Alina Mönig, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für demokratische Kultur, Hochschule Magdeburg-Stendal

Edmund Osterberger, B.A., assoziierter Mitarbeiter Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA), Hochschule Düsseldorf

Prof. Dr. Matthias Quent, Professor für Soziologie für die Soziale Arbeit, Hochschule Magdeburg-Stendal, Vorstandsvorsitzender Institut für demokratische Kultur

Dr. Fabian Virchow, Professor für Theorien der Gesellschaft und Theorien politischen Handelns an der Hochschule Düsseldorf, Leiter des Forschungsschwerpunkts Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA)

ISBN 978-3-8474-3165-7



9 783847 431657 >

www.budrich.de